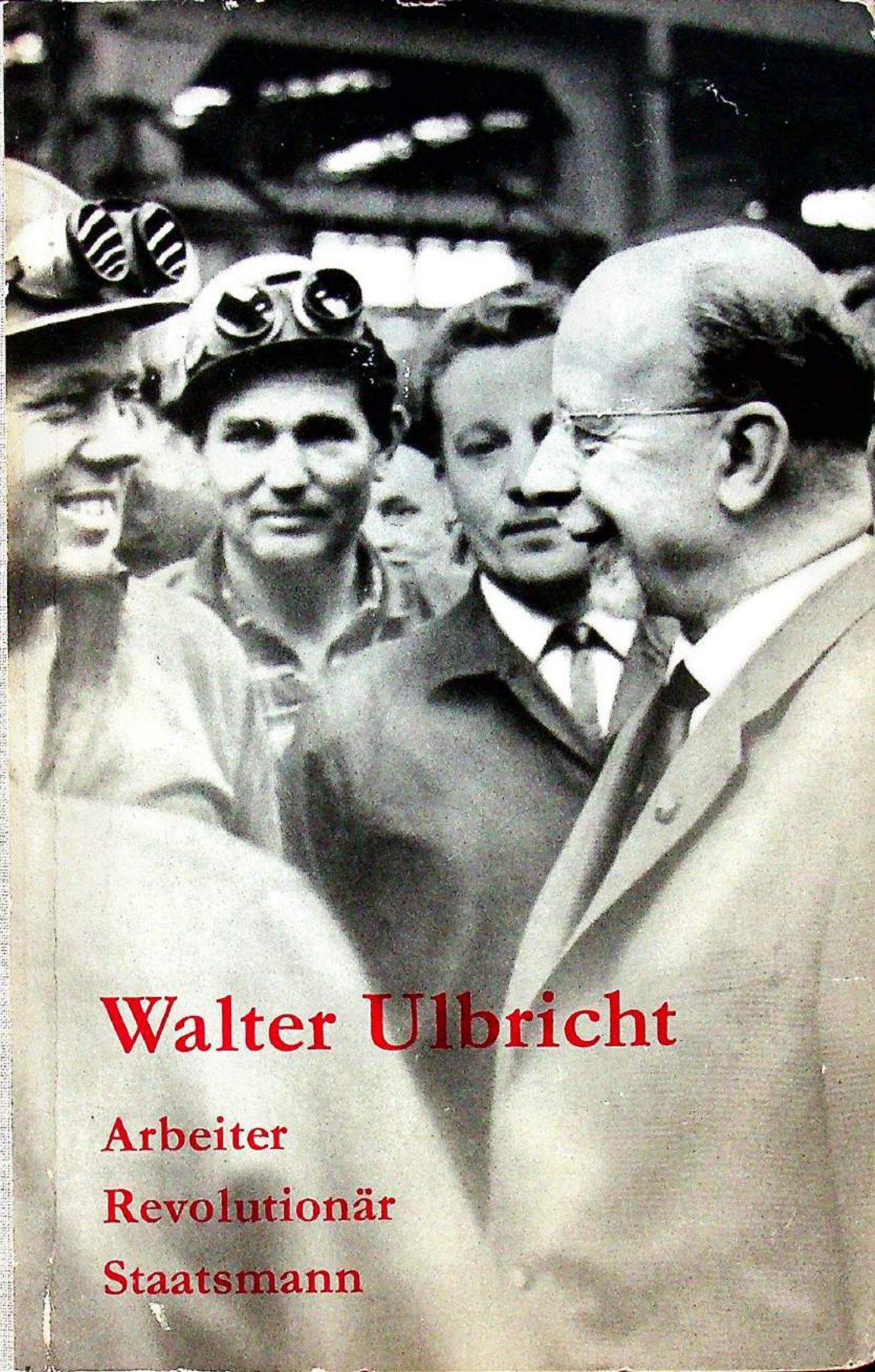




[www.MinisterieVanPropaganda.org](http://www.MinisterieVanPropaganda.org)



# Walter Ulbricht

Arbeiter

Revolutionär

Staatsmann

# Walter Ulbricht

Arbeiter

Revolutionär

Staatsmann

Eine biographische Skizze  
von Lieselotte Thoms,  
Hans Vicillard und Wolfgang Berger



Staatsverlag  
der Deutschen Demokratischen Republik  
Berlin 1968

# Jugend eines Arbeitersohnes

Er wird hineingeboren in eine Zeit tiefer Widersprüche. An der Schwelle seines Lebens reifen große Entscheidungen heran. Er erblickt das Licht der Welt als Sohn der Arbeiterklasse, jener erstarkenden internationalen Kraft, die im Aufbruch ist, ausgerüstet mit dem historischen Auftrag, die Welt von den Übeln jahrtausendealter Ausbeuterherrschaft zu befreien.

Die Welt jener Jahre ist geprägt vom Beginn einer neuen Epoche, der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolutionen. Unter heftigen Erschütterungen erzeugt der Kapitalismus sein höchstes und letztes Entwicklungsstadium, erfolgt die Ablösung des Kapitalismus der freien Konkurrenz durch die Herrschaft der Monopole. Die Welt ist territorial unter die imperialistischen Hauptmächte aufgeteilt; nun bricht ein neuer Kampf an, der Kampf der Räuber um die Neuverteilung der Beute. Er tobt unablässig und mit allen Mitteln, verschärft alle Gegensätze und ist dabei, die Menschheit in völkermordende Kriege von nie gekannten Ausmaßen zu stürzen.

Deutschland ist in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts gleichfalls in seine imperialistische Periode eingetreten. Aber das deutsche Großkapital ist zu spät gekommen bei der Aufteilung der Welt und erhebt nun besonders aggressiv seine Ansprüche nach ihrer Neuaufteilung. Überall sucht es Rohstoffe und Märkte in seinen Griff, ganze Länder und Gebiete unter seinen Einfluß zu bekommen.

Es verschärfen sich die Lasten, die dem Volk für diese aggressive Politik aufgebürdet werden; es verschärft sich der Klassenkampf

30. Juni 1893  
*Walter Ulbricht*  
*in Leipzig geboren*

im Innern des Landes, es vertiefen sich die Gegensätze zu den anderen imperialistischen Mächten. Immer spürbarer wird die Gefahr für Frieden, Leben und Existenz der Nation, die von der aggressiven imperialistischen Herrschaft ausgeht.

Ein halbes Jahrhundert zuvor haben Marx und Engels im „Kommunistischen Manifest“ den Klassencharakter der kapitalistischen Gesellschaft aufgedeckt und der Arbeiterschaft den Weg des Kampfes für eine neue, sozialistische Ordnung gewiesen. Wenn die Nation in Glück und Wohlstand leben soll, dann muß Deutschland ein Land des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus werden. Diese große Aufgabe kann nur die Arbeiterklasse im Bunde mit den Bauern und den anderen Werktätigen lösen.

So wird das „Auf zum letzten Gefecht!“ der Internationale schon an der Wiege des Kindes gesungen, das am 30. Juni 1893 in Leipzig, Gottschedstraße 25, geboren wird.

Die Kost der fünfköpfigen Familie Ulbricht ist schmal, wie die so vieler Arbeiterfamilien. Walter Ulbricht sagt später oft: „Ich hatte eine gute Kinderstube. Meine Eltern waren klassenbewußte Sozialisten. Meine Mutter hatte Bebels Buch ‚Die Frau und der Sozialismus‘ gelesen und betrachtete es als Richtlinie für die Arbeit und das Leben. Später haben wir das Buch dann alle gelesen, es gehörte in unsere Bibliothek marxistischer Literatur.“ Vom Vater erzählt Walter Ulbricht, daß er Mitglied des Vorstandes der Schneidergewerkschaft war und zu den Vertrauensmännern der Sozialdemokratischen Partei gehörte.

1899–1907 *Besuch der fünften Bezirksschule Leipzig, Elsässer Straße* Lehrer und Pfarrer freilich verstehen in dieser Zeit etwas anderes unter dem Begriff „gute Kinderstube“. Sie sind bestellt, die Kinder zu gehorsamen Untertanen und willfährigen Werkzeugen für die Imperialisten und ihre Kriegspläne heranzuziehen. Die Kinder der Sozialisten – mit Walter Ulbricht sind es vier in der Klasse – nennt man „die Roten“ und macht es ihnen nicht leicht. Aber es gibt auch Ausnahmen. Seinen Klassenlehrer vor allem liebt Walter Ulbricht sehr, weil dieser in ihm das Interesse für die Natur und die Naturwissenschaften weckt und dem wißbegierigen Jungen Bücher empfiehlt, die weit über das Schulpensum hinausgehen. Klug bestärken ihn die Eltern in seinem Lerneifer, finden trotz der Arbeit Zeit, die Schularbeiten zu kontrollieren, erkundigen sich

bei den Lehrern nach seinen Leistungen. „Erst die Schularbeit, dann das Fußballspiel“, mahnt die Mutter, wenn der kindliche Übermut das Spiel im Freien vorziehen möchte.

Walter ist ein Junge wie jeder andere. Er balgt sich mit den Schulkameraden, spielt in den Straßen Fußball, fährt im Winter von der Schule aus mit Schlittschuhen ein ganzes Stück nach Hause, auch wenn das Eis auf der Elster noch nicht ganz sicher ist. Zum Leipziger „Tauscher“, einem traditionellen Kostümfest für Kinder, geht er wie andere in Indianerkleidung in den „Kampf“, der zwischen den Cliquen der verschiedenen Straßen geführt wird.

Aber es gibt zu Hause Dinge, bei denen Walter jedes Spiel vergißt. Wenn der Vater Besuch von Kollegen aus dem Gewerkschaftsvorstand hat, läßt der Junge sich kein Wort der Gespräche entgehen. So hört er auch vom Kampf der Textilarbeiter.

Der Streik der Crimmitschauer Weber um den Zehnstudentag beginnt im August 1903 und wird zu einer Kraftprobe zwischen den mit dem Staatsapparat verbundenen kapitalistischen Unternehmerverbänden und der organisierten Arbeiterklasse. Er wird zugleich zu einem nachhaltigen Kindheitserlebnis Walter Ulbrichts. Die Zeitungen berichten von internationalen Solidaritätskundgebungen. Der Vater nimmt an den Sammlungen zur Unterstützung der Streikenden teil. Und der Sohn ist stolz, auch etwas für seine Helden tun zu können: Er verteilt Flugblätter, wirft sie, Haus für Haus, in die Briefkästen, immer im oberen Stockwerk beginnend und damit all denen ein Schnippchen schlagend, die der guten Sache und ihren Verfechtern nicht gut gesonnen sind.

Im Januar 1904 wird der Weberstreik, der auf Crimmitschau beschränkt bleibt, beendet. Der Zehnjährige unterdrückt mit Mühe die Tränen, als er seinen Eltern den Leitartikel der „Leipziger Volkszeitung“ vorliest, der den Titel trägt: „Das Ende von Crimmitschau“.

Doch Crimmitschau ist nicht das Ende. Die Arbeiter sammeln gerade in dieser harten Schule die Erfahrung, daß der Kampf gegen den Imperialismus neue, revolutionäre Methoden und Aktionen, daß er gemeinsames Handeln in politischen Massenstreiks verlangt. Neue, große Streiks brechen 1905 im Ruhrgebiet und 1906 in Hamburg aus.

In den Jahren 1905 bis 1907 erheben sich Arbeiter und Bauern Rußlands zur ersten Revolution im Zeitalter des Imperialismus. Sie

werden grausam niedergeschlagen, aber ihr Kampf gibt der deutschen Arbeiterbewegung revolutionären Aufschwung.

Von alledem erfährt Walter Ulbricht, wenn er seinen Eltern aus der Zeitung vorliest. Man lernt dabei nicht nur das Lesen, sondern auch das Leben besser kennen. Das schwere fremde Wort „Revisio- nismus“ buchstabiert er, liest den Namen seines Begründers Eduard Bernstein. Was er nicht versteht, erklären Vater und Mutter auf ihre einfache und gute Weise. Und so beginnt schon der Junge zu begreifen, daß es auch innerhalb der Arbeiter- bewegung Feinde der Arbeiter gibt: jene, von denen Lenin sagt, daß der theoretische Sieg des Marxismus seine Feinde zwingt, sich als Marxisten zu verkleiden.

1907–1911 *Lehrzeit –  
Eintritt in die  
sozialistische  
Arbeiterjugend* Einen starken Eindruck macht auf Walter Ulbricht die Jugend- weihe, mit der die Schulzeit ihren Abschluß findet. Wie andere Kinder, die nicht am Religionsunterricht der Schule teilnehmen, besucht er die Jugendstunden, die auf das Leben des Erwachsenen vorbereiten. Die Jungen und Mädchen erhalten in der Hauptsache Moralunterricht im Sinne des klassischen deutschen Humanismus mit sozialdemokratischer Färbung. Das gegenseitige Verhalten, die Beziehungen der Menschen und naturwissenschaftliche Er- kenntnisse sind die wichtigsten Themen. Es gibt auch Anregungen zum Besuch von Theatern, Konzerten und Museen. All das hat sich Walter Ulbricht tief eingepreßt, als nun seine Lehrzeit beginnt. In den vier Lehrjahren erwirbt er sich weit mehr als nur die Berufskennntnisse eines Möbeltischlers. Was dem Arbei- tersohn die Volksschule nicht gab, das eignet er sich jetzt in der nach zehnstündiger Arbeit wahrlich knapp bemessenen Freizeit an. Der gesunde Bildungshunger einer aufsteigenden Klasse ist in ihm besonders stark ausgeprägt. Er wird 1908 Mitglied der Sozialisti- schen Arbeiterjugend und ist einer der Aktivsten im Arbeiter- jugend-Bildungsverein. Goethe, Schiller, Lessing und andere Große aus Literatur und Kunst sind ihm keine Unbekannten. Be- suche in Museen machen ihn mit berühmten Malern und Bild- hauern der Welt vertraut. Theater- und Konzertabende wecken den Sinn für das Schöne und Gute. Silvester – das ist Tradition – besuchen die Mitglieder des Arbei- terbildungsvereins und der Gewerkschaften die Leipziger Albert-

halle, um Beethovens IX: Sinfonie, gespielt vom Gewandhausorchester, zu hören. Das Eintrittsgeld dafür wird lange vorher zusammengespart, und das ist bei 4 Mark „Monatslohn“ nicht leicht für einen Tischlerlehrling, wie Walter Ulbricht einer ist.

Er sitzt im Konzert, tief berührt von der Musik Beethovens, erfüllt von den zukunftsfrohen Klängen des Liedes an die Freude. Noch hat er sein zweites Lebensjahrzehnt nicht vollendet, kann noch nicht wissen, daß ihm bis ins Alter hinein das Konzert am Silvesterabend zu einer lieben Gewohnheit werden wird. Der Beginn aber liegt hier in der Alberthalle. Und in dieser rastlosen, erfüllten Jugend liegt auch die Wurzel des tiefen Kunstverständnisses, das ihn später als Staatsmann auszeichnen und manchen, der diesen Beginn nicht kennt, auch erstaunen wird.

Wenn die jungen Arbeiter im Bildungsverein in ihren Zirkeln beisammen sind und gemeinsam in die Probleme der Naturwissenschaft eindringen, wenn sie vor allem die Werke von Marx und Engels studieren und über dem „Kommunistischen Manifest“ den Traum von der besseren Zukunft träumen, dann gehört auch dazu, daß in dieser besseren Zukunft allen Kindern schon in der Schule eine umfassende Bildung vermittelt werden müßte. Doch zum Träumen ist nicht viel Zeit. Wenn man den festen Willen hat, diese Zukunft zu zimmern, greift man am besten zu Säge und Hobel und tut sein Teil. Ist es zunächst auch nur ein einfaches Rednerpult, das Walter Ulbricht 1908 mit zwei anderen Lehrlingen für den Bildungsverein baut, so wird es für ihn doch bedeutsam, denn er hält daran die erste Rede seines Lebens.

Und es gibt neben der Arbeit und der Bildung des Geistes noch ein Drittes, das ihn sein Leben lang begleiten wird: die Liebe zum Sport. Seine Eltern veranlaßten ihn schon während der Schulzeit, in der Jugendgruppe zu turnen. 1907 trat er dem Turnverein „Eiche“ bei und erprobte am eigenen Leibe die Weisheit, die er später immer wieder den Jungen Pionieren einprägen wird: Der Sozialismus braucht allseitig – das heißt geistig, moralisch und körperlich – entwickelte Menschen, die bewußt das gesellschaftliche Leben gestalten und die Natur verändern.

Anfang 1910 wird Walter Ulbricht in den Jugendausschuß des Leipziger Arbeiterbildungsinstituts gewählt. Zur gleichen Zeit wird er Mitglied des Holzarbeiterverbandes und sammelt seine ersten Erfahrungen in der Gewerkschaftsarbeit.



1911-1912 Den Ranzen auf dem Rücken, einen festen Knotenstock in der Hand – so geht der junge Tischlergeselle nach beendeter Lehrzeit auf die Wanderschaft. Sie führt ihn über Dresden, Bodenbach, Nürnberg, München durch Österreich, Italien, die Schweiz, die Rheinlande, Belgien und Holland.

Und wiederum begnügt er sich nicht mit dem alten Handwerkerbrauch, einmal hier, einmal dort zu arbeiten und sich im übrigen den Wind der Fremde um die Nase wehen zu lassen. Er nützt die Zeit besser. Wo er auch ist, nie versäumt er, die Museen zu besuchen: das Hygiene-Museum in Dresden, das Deutsche Museum und die Pinakothek in München, das Mineralogische Museum in Genf, das Naturwissenschaftliche Museum in Brüssel, die Galerien in der Heimat Rembrandts und der alten niederländischen Maler, die er besonders liebt.

Er bewundert die Architektur an ihren berühmtesten Zeugnissen, vom Dresdner Zwinger, dem Markusdom und dem Dogenpalast in Venedig bis zum Kölner Dom.

Sonntägliche Bergwanderungen von Luzern aus erschließen ihm die Schönheit der Alpen. Abends liest er drei Bände „Geologie der Schweiz“, vor der Reise nach Belgien die Geschichte der belgischen Arbeiterbewegung. Er lernt die Vorbereitungen der belgischen Gewerkschaften und Genossenschaften zum Generalstreik kennen. So erlebt er bewußt die tiefe Bedeutung des Rufes aus dem Kommunistischen Manifest: „Proletarier aller Länder – vereinigt Euch!“

Er sieht, daß der belgische Hafenarbeiter, der Tiroler Bergbauer, der böhmische Kumpel, die arbeitenden Menschen in allen Ländern die gleiche Not leiden und den gleichen Kampf gegen die Ausbeutung zu kämpfen haben wie die deutschen Arbeiter. Das Gefühl der festen internationalen Solidarität wird während dieser Wanderjahre unlösbar in ihm verankert.

1912 Von der Wanderschaft nach Hause zurückgekehrt, wird Walter  
*Eintritt in die Sozialdemokratische Partei* Ulbricht sogleich Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Bald darauf übernimmt er die ersten Funktionen als Mitarbeiter des Arbeiterbildungsinstitutes und der Zentralen Arbeiterbibliothek Leipzig. Schon zeichnen sich erste Konturen eines Wesenszuges ab, der ihm im Lauf seines Lebens immer stärker eigen ist: Andere

schon lehrend, lernt er selbst immer weiter. Abends und sonntags besucht er die Parteischule, um sein theoretisches Wissen zu vervollkommen. Er studiert Marx' ökonomische Lehren, Geschichte, vor allem die des Sozialismus. Doch bald gerät er in Zwiespalt: Was an der Parteischule gelehrt wird, stimmt nicht alles mit dem überein, was das Elternhaus und das Leben ihm bisher an Erkenntnissen und Erfahrungen vermittelten. In der Leipziger Parteischule geben zu dieser Zeit die Kautskyaner den Ton an.

Die tieferen wissenschaftlichen Erkenntnisse und die politischen Lehren, die viele junge Sozialisten, unter ihnen Walter Ulbricht, vom Besuch der Parteischule erhofften, müssen sie sich beim Studium der Werke von Marx und Engels selbst erringen. Und viele von ihnen finden den richtigen Weg. Sie stellen sich auf die Seite der Linken in der deutschen Arbeiterbewegung. Diese verfechten als einzige eine revolutionäre Klassenpolitik gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus, für die Interessen der Arbeiter und des Volkes. Die Linken, vor allem ihre Führer Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Clara Zetkin, verkörpern die besten Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung und bewahren das Erbe von Karl Marx und Friedrich Engels.

Jahr um Jahr verschärft sich die Kriegsgefahr. Die Herrschenden in Deutschland gieren nach der Herrschaft über Europa, vor allem über die Linie Berlin-Bagdad, sinnen auf Raub neuer Kolonien, neuer Märkte für neue Profite.

Dagegen stemmt sich der Wille der Völker nach Frieden. Der Baseler Kongreß der II. Internationale ruft 1912 im Namen der internationalen Arbeiterklasse in die Welt, alle Kräfte zur Verhinderung des drohenden imperialistischen Völkermordens aufzubieten. In vielen Ländern zeugen große Streiks und Demonstrationen gegen den Krieg vom Friedenswillen des Proletariats. In Deutschland weisen die Linken als einzige den Weg zum Kampf.

## Die Brust voll Hoffnung auf bessere Zeiten

1914–1918  
*Soldat und  
Spartakuskämpfer*

**D**rei Sommertage des Jahres 1914. Sie folgen aufeinander, und doch will es scheinen, als läge eine Welt zwischen ihnen. Am 30. Juli sind die Straßen Leipzigs voller Menschen. Sie rufen: „Nieder mit dem Krieg!“ Mächtig übertönen die Kampflieder der Arbeiterklasse das „Deutschland, Deutschland über alles“, das einige nationalistische Studenten anstimmen wollen. Im Chor werden Losungen gerufen – jede ein Schwur gegen den Krieg. Inmitten der Demonstranten geht Walter Ulbricht mit seinem Vater, begeistert und durchdrungen vom Gefühl der großen Kraft der Gemeinsamkeit, gewiß, daß sie den Krieg besiegen kann.

Doch der Krieg kommt über Nacht. An den Litfaßsäulen kleben die Mobilmachungsbefehle. „Kriegserklärung an Rußland“, rufen die Zeitungsverkäufer. Wieder sind die Straßen voller Menschen. Sie schreien, gestikulieren. Chauvinistische Lieder und Parolen übertönen heute alles. Viele Menschen hat ein Taumel erfaßt, wild, fremd und verderblich.

Nicht alle vermag er in seinen Strudel zu ziehen. Zu den jungen Sozialdemokraten, die zuerst niedergeschlagen, dann tief empört sind, gehört auch Walter Ulbricht. Die rechten Führer der Sozialdemokratie gehen auf die Seite der kaiserlichen Regierungspolitik über. „Burgfrieden“ sagen die kaiserlich-deutschen Imperialisten dazu, und das bedeutet nichts anderes als kampflose Unterordnung der Arbeiterklasse unter ihre Bedrücker.

Jetzt gilt es, erst recht die Worte zu beherzigen, die auf Antrag Lenins und Rosa Luxemburgs 1907 in die Resolution des Stuttgarter Kongresses der II. Internationale aufgenommen worden

sind: „Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht“ (der Parteien der II. Internationale – d. V.), „für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“ Walter Ulbricht gehört zu denjenigen, die nach diesen Worten handeln.

Am 4. August tagt der Reichstag. Auf der Tagesordnung steht die Bewilligung der Kriegskredite. In Leipzig tritt eine kleine Gruppe junger sozialdemokratischer Funktionäre entschieden gegen die Bewilligung auf, während die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in Berlin den Krediten zustimmt und sich damit offen auf die Seite der Kriegspartei schlägt.

Die mit den Linken eng verbundene Gruppe junger Sozialisten in Leipzig, darunter Walter Ulbricht, Georg Schumann, Willy Langrock, Rudolf Reimann, erhält die ersten Briefe Karl Liebknechts und Franz Mehrings gegen die verräterische Politik der rechten sozialdemokratischen Führer. Die jungen Sozialisten vervielfältigen sie im Leipziger Volkshaus und verbreiten sie unter den Arbeitern. Kurz nachdem Karl Liebknecht am 2. Dezember 1914 im Reichstag als einziger gegen die Kriegskredite gestimmt hat, verläßt seine Erklärung dazu in vielen Exemplaren das Volkshaus. Flugblätter entstehen hier und kommen in Tausende Arbeiterhände.

Das ist nicht immer leicht. Die Liebknechtgruppe hat nicht nur die Polizei als Gegner, sondern auch die Opportunisten und Revisionisten in den eigenen Reihen, in der Leipziger sozialdemokratischen Parteiorganisation. Über einen Antrag von Walter Ulbricht und Willy Langrock auf der „großen Funktionärversammlung“ der Leipziger sozialdemokratischen Organisation im Dezember 1914, gegen die Politik des Parteivorstandes zu protestieren, wird auf Veranlassung des Vorsitzenden nicht abgestimmt. Im Januar 1915 setzt sich Walter Ulbricht bei einer weiteren Zusammenkunft für einen Antrag ein, die Parteimitglieder über das mutige Auftreten Karl Liebknechts vor dem Reichstag am 2. Dezember 1914 zu informieren. Es geht darum, Karl Liebknechts Protest gegen die Kriegskredite zu einer Sache aller Sozialdemokraten zu machen. Auch das wird verhindert. Noch schlimmer, der Vorsitzende des Leipziger SPD-Bezirksvorstandes, Lipinski, nimmt Walter Ul-

brichts Auftreten zum Anlaß, den unbequemen jungen Mann loszuwerden, und denunziert ihn bei der Polizei. Das bedeutet: Marschbefehl an die Front.

Der Tischlergeselle wird der Stellmacherei der Truppe zugeteilt und, da er als Sozialdemokrat bekannt ist, besonders beobachtet. Schwere Jahre folgen. Walter Ulbricht erlebt, was der Militarismus aus den Menschen machen kann: stumpfe, widerstandslose Geschöpfe, die, ihre Angst mit Hurragebrüll betäubend, in den Tod rennen. Aus Mazedonien schreibt er: „Der Geist des preußischen Militarismus verdirbt systematisch den Charakter. Unter diesem System in seiner extremsten Form haue ich jetzt. Was hier an Menschenschinderei geleistet wird, ist unglaublich . . . Habe jetzt zu Homers Werken Zuflucht genommen, die Brust voll Hoffnung auf bessere Zeiten.“

Der Soldat Walter Ulbricht hat nicht nur Homer, sondern auch „Spartakus“ im Tornister und Liebknechts Losungen im Kopf. Die Linken um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg haben sich jetzt als „Spartakusgruppe“ organisatorisch zusammengeschlossen. Ihre flammenden Aufrufe „Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!“, ihre mobilisierenden Worte an die Arbeiterklasse werden mit den „Spartakusbriefen“ verbreitet. Die Leipziger Genossen schicken soviel Briefe ins Feld, wie nur möglich ist.

Walter Ulbricht nutzt diese Verbindung, um unter seinen Kameraden die Wahrheit über den Krieg zu verbreiten. Der Kommandeur der Transportkompanie, ein preußischer Junkersohn, kommt dahinter, daß Spartakus-Flugblätter in der Truppe verteilt werden. Da der Verteiler nicht gefunden wird, muß die Kompanie Strafdienst machen; das ist Pferdeputzen in der Mittagssonne bei 45° Hitze.

Manchem Kameraden kann Walter Ulbricht die Augen darüber öffnen, daß der wahre Feind in den Regierungssesseln der Heimat sitzt – nicht im Schützengraben gegenüber. Dort stehen Arbeiter und Bauern wie sie selbst. Sie haben den gleichen Feind wie sie selbst: die herrschende Klasse im eigenen Land.

In Deutschland breitet sich Kriegsmüdigkeit aus; der Wunsch nach Frieden wird immer stärker. Die Februarrevolution in Rußland, die den Zaren stürzt, gibt auch dem Klassenkampf in Deutschland Auftrieb. Viele Streiks flammen auf und finden im Sommer 1917 einen Höhepunkt im Aufstand in der deutschen Hochseeflotte.

Wenige Monate später dröhnt der Schuß der „Aurora“, siegen die russischen Arbeiter und Bauern in der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Unter Führung Lenins und der Partei der Bolschewiki erkämpft die Arbeiterklasse Rußlands die Sowjetmacht. Mit diesem ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat wird der Grundstein gelegt für die große Weltenwende, die Befreiung der ganzen Menschheit heißt.

Das Licht des Roten Oktober und Lenins Dekret über den Frieden entfachen über alle Fronten hinweg den Willen der Arbeiter und Bauern im Soldatenrock, den Krieg zu beenden und weitere sinnlose Opfer zu verhindern. An der Ostfront verbrüdernd sich deutsche und russische Soldaten. In der Heimat streiken im Januar 1918 über eine Million Arbeiter und Arbeiterinnen unter den Losungen der Spartakusgruppe gegen den Krieg und die auf die junge Sowjetmacht zielenden Raubpläne der deutschen Imperialisten und Militaristen.

„Die große Anziehungskraft der russischen Revolution fand ihren Ausdruck in einer grandiosen Aktion der deutschen Arbeiter – der ersten während des Krieges“, sagt Lenin. „Diese Aktion des Proletariats in einem vom Taumel des Nationalismus erfaßten und vom Gift des Chauvinismus verseuchten Land ist eine Tatsache von erstrangiger Wichtigkeit und bezeichnet einen Wendepunkt in den Stimmungen des deutschen Proletariats.“

Diese Wende spürt Walter Ulbricht auch unter seinen Kameraden an der Front. Viel aufgeschlossener sind sie seinen Worten. Im Frühsommer 1918 wird seine Einheit vom Balkan an die Westfront zu einer Infanteriedivision geschickt. Je weiter es nach Deutschland hineingeht, um so leerer werden die Wagen. In Köln kommt nur der dritte Teil von den Soldaten an, die fünf Tage zuvor den Zug bestiegen haben. Auch darin zeigt sich die große Anziehungskraft der Oktoberrevolution, von der Lenin gesprochen hat.

Der Weg des Truppentransportes führt nahe an Leipzig vorbei. In der Morgendämmerung springt Walter Ulbricht aus dem fahrenden Zug. In Leipzig geht er zu dem Genossen Zipperer, der Mitglied der Spartakusgruppe ist, und zum Chefredakteur Seeger von der „Leipziger Volkszeitung“. Während Genosse William Zipperer ihm Ratschläge für die Arbeit in der Truppe gibt, warnt ihn Seeger, Mitglied der USPD, vor der illegalen Arbeit.

brichts Auftreten zum Anlaß, den unbequemen jungen Mann loszuwerden, und denunziert ihn bei der Polizei. Das bedeutet: Marschbefehl an die Front.

Der Tischlergeselle wird der Stellmacherei der Truppe zugeteilt und, da er als Sozialdemokrat bekannt ist, besonders beobachtet. Schwere Jahre folgen. Walter Ulbricht erlebt, was der Militarismus aus den Menschen machen kann: stumpfe, widerstandslose Geschöpfe, die, ihre Angst mit Hurragebrüll betäubend, in den Tod rennen. Aus Mazedonien schreibt er: „Der Geist des preußischen Militarismus verdirbt systematisch den Charakter. Unter diesem System in seiner extremsten Form haue ich jetzt. Was hier an Menschenschinderei geleistet wird, ist unglaublich . . . Habe jetzt zu Homers Werken Zuflucht genommen, die Brust voll Hoffnung auf bessere Zeiten.“

Der Soldat Walter Ulbricht hat nicht nur Homer, sondern auch „Spartakus“ im Tornister und Liebknechts Losungen im Kopf. Die Linken um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg haben sich jetzt als „Spartakusgruppe“ organisatorisch zusammengeschlossen. Ihre flammenden Aufrufe „Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!“, ihre mobilisierenden Worte an die Arbeiterklasse werden mit den „Spartakusbriefen“ verbreitet. Die Leipziger Genossen schicken soviel Briefe ins Feld, wie nur möglich ist.

Walter Ulbricht nutzt diese Verbindung, um unter seinen Kameraden die Wahrheit über den Krieg zu verbreiten. Der Kommandeur der Transportkompanie, ein preußischer Junkersohn, kommt dahinter, daß Spartakus-Flugblätter in der Truppe verteilt werden. Da der Verteiler nicht gefunden wird, muß die Kompanie Strafdienst machen; das ist Pferdeputzen in der Mittagssonne bei 45° Hitze.

Manchem Kameraden kann Walter Ulbricht die Augen darüber öffnen, daß der wahre Feind in den Regierungssesseln der Heimat sitzt – nicht im Schützengraben gegenüber. Dort stehen Arbeiter und Bauern wie sie selbst. Sie haben den gleichen Feind wie sie selbst: die herrschende Klasse im eigenen Land.

In Deutschland breitet sich Kriegsmüdigkeit aus; der Wunsch nach Frieden wird immer stärker. Die Februarrevolution in Rußland, die den Zaren stürzt, gibt auch dem Klassenkampf in Deutschland Auftrieb. Viele Streiks flammen auf und finden im Sommer 1917 einen Höhepunkt im Aufstand in der deutschen Hochseeflotte.

Wenige Monate später dröhnt der Schuß der „Aurora“, siegen die russischen Arbeiter und Bauern in der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Unter Führung Lenins und der Partei der Bolschewiki erkämpft die Arbeiterklasse Rußlands die Sowjetmacht. Mit diesem ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat wird der Grundstein gelegt für die große Weltenwende, die Befreiung der ganzen Menschheit heißt.

Das Licht des Roten Oktober und Lenins Dekret über den Frieden entfachen über alle Fronten hinweg den Willen der Arbeiter und Bauern im Soldatenrock, den Krieg zu beenden und weitere sinnlose Opfer zu verhindern. An der Ostfront verbrüdernd sich deutsche und russische Soldaten. In der Heimat streiken im Januar 1918 über eine Million Arbeiter und Arbeiterinnen unter den Losungen der Spartakusgruppe gegen den Krieg und die auf die junge Sowjetmacht zielenden Raubpläne der deutschen Imperialisten und Militaristen.

„Die große Anziehungskraft der russischen Revolution fand ihren Ausdruck in einer grandiosen Aktion der deutschen Arbeiter – der ersten während des Krieges“, sagt Lenin. „Diese Aktion des Proletariats in einem vom Taumel des Nationalismus erfaßten und vom Gift des Chauvinismus verseuchten Land ist eine Tatsache von erstrangiger Wichtigkeit und bezeichnet einen Wendepunkt in den Stimmungen des deutschen Proletariats.“

Diese Wende spürt Walter Ulbricht auch unter seinen Kameraden an der Front. Viel aufgeschlossener sind sie seinen Worten. Im Frühsommer 1918 wird seine Einheit vom Balkan an die Westfront zu einer Infanteriedivision geschickt. Je weiter es nach Deutschland hineingeht, um so leerer werden die Wagen. In Köln kommt nur der dritte Teil von den Soldaten an, die fünf Tage zuvor den Zug bestiegen haben. Auch darin zeigt sich die große Anziehungskraft der Oktoberrevolution, von der Lenin gesprochen hat.

Der Weg des Truppentransportes führt nahe an Leipzig vorbei. In der Morgendämmerung springt Walter Ulbricht aus dem fahrenden Zug. In Leipzig geht er zu dem Genossen Zipperer, der Mitglied der Spartakusgruppe ist, und zum Chefredakteur Seeger von der „Leipziger Volkszeitung“. Während Genosse William Zipperer ihm Ratschläge für die Arbeit in der Truppe gibt, warnt ihn Seeger, Mitglied der USPD, vor der illegalen Arbeit.



Walter Ulbricht kann nicht lange mit den Leipziger Genossen zusammen sein. Er wird verhaftet, und das Leipziger Militärgericht in der Wächterstraße verurteilt ihn zu zwei Monaten Gefängnis. Unter Bewachung wird er danach zu einem Ersatztruppenteil nach Brüssel gebracht.

Wie anders als 1914 ist jetzt die Stimmung unter den Soldaten! Viele wollen, daß der Krieg zu Ende geht, und die Zahl derjenigen wächst, die wissen, daß die Sache des Friedens in ihren eigenen Händen liegt. Bei einer Durchsuchung findet einer der Offiziere bei Walter Ulbricht Flugblätter gegen den Krieg. Wiederum wird der junge Revolutionär verhaftet und in einem Dorf bei Charleroi in ein provisorisch geschaffenes Gefängnis gesperrt.

Die Spartakusgruppe beschließt am 7. Oktober 1918, genau 11 Monate nach dem Sieg der Sowjetmacht, das Programm der Revolution in Deutschland. Sofortige Beendigung des Krieges – revolutionärer Kampf um demokratische Rechte und Freiheiten – Sturz des kaiserlichen deutschen Imperialismus als Voraussetzung für den Übergang zur sozialistischen Revolution – das sind Forderungen des Programms, Forderungen, die mit den Interessen des Volkes übereinstimmen. Verlangt wird zugleich die unverzügliche Freilassung all derer, die für die Sache des Proletariats in den Gefängnissen und Zuchthäusern schmachten.

Walter Ulbricht, dem das Tätigsein für die Arbeiterklasse zum wichtigsten Lebensbedürfnis geworden ist, hört mit wachsender Ungeduld die Nachrichten, die, übermittelt durch Kameraden, von draußen zu ihm dringen. Da kommt Anfang November die Kunde vom Kieler Matrosenaufstand. Walter Ulbricht gelingt mit Hilfe des Wachhabenden die Flucht aus dem Gefängnis. Jetzt will schon die Mehrheit der Soldaten den Krieg beenden. Als Zeichen der Absetzung werden den Offizieren die Schulterstücke abgerissen, aber es wird ihnen kein Haar gekrümmt. Sie werden sozusagen zu Zivilisten gemacht. Die aktivsten Kameraden bilden einen Soldatenrat, dem auch Walter Ulbricht angehört. Dann beginnt spontan der Rückmarsch.

Walter Ulbricht zieht es nach Leipzig. Er schwingt sich auf einen ostwärts fahrenden Transportzug, der ihn durch die Ardennen nach Frankfurt am Main bringt. Die Strecke bis Leipzig legt er auf dem Tender einer Lokomotive zurück. Endlich ist er wieder daheim bei seinen Genossen.

Die Lage in Leipzig ist recht absonderlich. Der Arbeiter- und Soldatenrat, der aus Mitgliedern der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei besteht, hat anstelle der Städtverordnetenversammlung die Leitung der Stadt übernommen. Aber in der Stadtverwaltung sitzen die alten Beamten, in der Polizei die alten Kommandeure und in den Betrieben die alten Unternehmer. Nicht einmal der Besitzer der „Leipziger Neuesten Nachrichten“, der reaktionäre Kriegshetzer Herfurth, ist enteignet worden. An den realen staatlichen Machtverhältnissen hat sich also wenig verändert, an den wirtschaftlichen Machtverhältnissen überhaupt nichts.

Doch bei den Leipziger Werktätigen entsteht durch die Existenz des Arbeiter- und Soldatenrates der Eindruck, daß eine neue Staatsmacht vorhanden sei.

Die Anhänger des Spartakusbundes fordern: „Alle Macht den Räten!“ – also nicht nur eine formale und scheinbare, sondern die tatsächliche Ausübung der Macht durch die Arbeiter- und Soldatenräte. Vor allem deshalb werden sie vom Vorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bekämpft.

Walter Ulbricht wird nach seiner Rückkehr Mitarbeiter der Aufklärungsabteilung im Arbeiter- und Soldatenrat und ist nun Tag für Tag unterwegs. Auf vielen Versammlungen, im Freien, in Sälen und Lazaretten, spricht er über die Schuldigen des Krieges, über die Ursachen und die Aufgaben der begonnenen Revolution.

Dank dem Kampf der revolutionären Massen gelingt es, den imperialistischen Krieg zu beenden. Durch die Novemberrevolution wird die Hohenzollernmonarchie gestürzt. Eine Reihe demokratischer Forderungen und sozialer Verbesserungen für die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen kann durchgesetzt werden. Der Achtstundentag wird erkämpft, das allgemeine Wahlrecht für Männer und Frauen und andere demokratische Rechte werden erungen.

Doch die Novemberrevolution, die bisher größte revolutionäre Bewegung der deutschen Arbeiterklasse, bleibt – wie Lenin es charakterisiert – „im Februar stecken“, bleibt eine bürgerlich-demokratische Revolution. Die Hauptaufgabe – der Sturz der Herrschaft der kriegsschuldigen deutschen Imperialisten und Militaristen – wird nicht gelöst. An die Stelle der Monarchie tritt die bürgerliche Republik. Der Kaiser geht, doch die Generale bleiben. Und genau wie vorher behält das Finanzkapital mit Stinnes,

Krupp und anderen Monopolherren an der Spitze das Steuer des Staates in der Hand. Den Arbeitern und Soldaten gegenüber nennt sich die neue Regierung (Ebert-Scheidemann) „sozialistisch“. Tatsächlich aber hat sie sich durch das Bündnis mit dem junkerlichen Marschall Hindenburg und solchen Führern des Finanzkapitals wie Stinnes, Vögler und Hugenberg in den Dienst der Bourgeoisie gestellt.

Jetzt rächt sich bitter, daß die revolutionären Linken weder vor dem Krieg noch während seines Verlaufes unter völligem Bruch mit den opportunistischen und zentristischen Kräften der deutschen Sozialdemokratie ihre organisatorische Selbständigkeit hergestellt haben, daß nicht rechtzeitig eine revolutionäre Partei der Arbeiterklasse, eine Partei neuen Typus, gebildet worden ist, wie sie Lenin und die Bolschewiki in Rußland geschaffen hatten.

„Weil in Deutschland keine revolutionäre marxistische Partei bestand, deshalb war die Mehrheit der Arbeiterklasse 1918 noch in bürgerlichen Vorurteilen befangen und von einem tiefen Respekt vor der kapitalistischen Staatsgewalt erfüllt. Sie hoffte, mit Hilfe des Stimmzettels bei den Wahlen zur Nationalversammlung die Macht des Monopolkapitals beseitigen zu können. Weil die Mehrheit der Arbeiterklasse keine richtige Einschätzung der Ursachen des imperialistischen Krieges, der Rolle des deutschen Imperialismus, der Funktion der kapitalistischen Staatsmacht als des Machtapparates des deutschen Finanzkapitals hatte, weil ihr das Bewußtsein von der führenden Rolle der Arbeiterklasse und von der Notwendigkeit des Bündnisses mit den Bauern fehlte, deshalb blieb sie im Schlepptau der sozialdemokratischen Führer und ließ sich von Reden über ‚Sozialisierung‘ irreführen.“ So schreibt Walter Ulbricht drei Jahrzehnte später über die Kämpfe, Siege und Niederlagen des Jahres 1918.

An der Jahreswende 1918/1919, in einer Zeit schwerster Kämpfe gegen die Reaktion, wird die Kommunistische Partei Deutschlands gegründet, wird der Grundstein für eine marxistisch-leninistische Partei und für die spätere Einheit der deutschen Arbeiterklasse gelegt. Damit entsteht auch in Deutschland diejenige Partei, die die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten zum Kampf um die politische Macht führen kann.

# In Leipzig und Thüringen

„**A**ber unser Schiff zieht seinen geraden Kurs fest und stolz dahin bis zum Ziel.

Und ob wir dann noch leben werden, wenn es erreicht wird – leben wird unser Programm; es wird die Welt der erlösten Menschheit beherrschen. Trotz alledem!“

Tief bewegt liest Walter Ulbricht diese Worte in der „Roten Fahne“, die das Datum vom 15. Januar 1919 trägt, das Datum des Todestages von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Wußte Karl Liebknecht, als er diese Worte schrieb, daß seine Mörder schon im Hinterhalt lagen, daß sie die Hand schon erhoben, um die Besten der deutschen Arbeiterklasse grausam niederzumetzeln? Doch das Programm, das „Trotz alledem!“ läßt sich nicht morden, auch wenn die Gewalt gegen die Arbeiter und die Errungenschaften der Revolution immer blutiger wird.

Erschüttert fährt Walter Ulbricht mit nach Berlin. Er gehört der Delegation der Spartakusgruppe Leipzig an, die in den Reihen der Berliner Arbeiterschaft dem großen Vorkämpfer für Frieden und Sozialismus, Karl Liebknecht, das letzte Geleit gibt. Während William Zipperer und Georg Schumann mit dem Vertreter der Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands, Ernst Meyer, zusammenkommen, um über den weiteren politischen Kampf zu beraten, hat Walter Ulbricht einen Treff mit dem Mitglied der Parteiführung der Kommunistischen Partei Deutschlands, Leo Jogiches, über organisatorische Fragen der Gründung der Parteiorganisation der Kommunistischen Partei Deutschlands in Leipzig und im Bezirk Mitteldeutschland.

1919–1920

*Junger Funktionär  
der KPD*

Unmittelbar danach, noch im Januar 1919, bildet eine kleine Gruppe von Genossen die Parteiorganisation der Kommunistischen Partei Deutschlands in Leipzig. Ihr Mitbegründer Walter Ulbricht wird in die Leitung gewählt.

Die alten kaiserlichen Generale, im Bunde mit verräterischen rechten sozialdemokratischen Führern, überziehen Deutschland mit wildem militärischem Terror. „Die Sozialisierung marschieret“ steht noch an den Plakatsäulen – doch in Wahrheit marschieren die Freikorpsbanden, unterstützt von dem sozialdemokratischen Kriegsminister Noske, gegen den Sozialismus. Es ist ein wahrer Hohn, die Wahlen, die unter diesen Bedingungen am 19. Januar 1919 durchgeführt werden, als „frei“ zu bezeichnen, wie es alle bürgerlichen Parteien und die rechten sozialdemokratischen Führer tun. Tatsächlich tragen diese Wahlen nur dazu bei, die durch die Revolution erschütterte Macht der herrschenden Klasse wieder zu festigen. Die Novemberrevolution ist zu Ende.

Zu neuem Kampf gegen die Reaktionäre und Ausbeuter fordert die Kommunistische Partei Deutschlands die Arbeitermassen auf. In „Mätzschkers Festsälen“ im Leipziger Bezirk Süd haben sich am 15. April 1919 Hunderte Lehrlinge versammelt. Walter Ulbricht spricht zu ihnen, und er spricht ihnen aus dem Herzen. Lehrherren, die in den Jugendlichen die billigsten Arbeitskräfte haben, die sie sich nur wünschen können, versuchen die Arbeitszeit dieser jungen Menschen über jedes Maß auszudehnen. Und wenn Meister die unterernährten Jungen oft ohne jeden Anlaß quälen und prügeln – keiner fragt danach.

Keiner? Die Kommunisten kennen die Not der Arbeiterjugend. Walter Ulbricht ruft die Lehrlinge auf, gemeinsam für die Herabsetzung der Arbeitszeit, für besseren Lohn zu kämpfen und zu erzwingen, daß den Lehrherren jede körperliche Züchtigung verboten werde. Beifall und stürmische Begeisterung sind die Antwort, aber die Jugendlichen wissen nicht recht, ob sie das schaffen könnten. Da spricht Walter Ulbricht vom gemeinsamen Kampf um die Rechte der Arbeiterschaft und vom Ziel der ganzen Arbeiterklasse, die kapitalistische Staatsmacht zu stürzen und die Macht der Arbeiter und Bauern zu errichten. Dann werden, so sagt er, sich auch der Jugend breite Wege öffnen, von denen sie heute nicht einmal zu träumen wagt.

Der Kampf der Arbeiterklasse um die Macht trifft die empfind-

lichste Stelle der Arbeiterfeinde. Darum setzen sie alles daran, diesen Kampf zu unterdrücken und das Volk über die Funktion des kapitalistischen Staates zu täuschen.

Der junge, aktive KPD-Funktionär Walter Ulbricht, der im Sinne seiner Partei immer wieder diesen neuralgischen Punkt der Arbeiterfeinde attackiert, ist den rechten Führern der USPD in Leipzig sehr unbequem. Darum streichen sie ihn von der Referentenliste für ihre Versammlungen. Die rechten Führer der Sozialdemokratie atmen auf, als Noske nach der Niederschlagung der Bayerischen Räterepublik im Frühjahr 1919 den Freikorpsbanden den Befehl erteilt, alle Arbeiterzentren zu besetzen, und die Nachricht eintrifft, daß „regierungstreue“ Truppen des Generals Maercker auch auf Leipzig anrücken. Die Kommunistische Partei Deutschlands, die am 11. Mai 1919, einen Tag vor der Besetzung, davon erfährt, ruft in einem Flugblatt auf, den Militaristen den Weg zu verstellen. Es gelingt der sozialdemokratischen Führung, das zu verhindern.

Auf den Autor des Flugblattes, Walter Ulbricht, wird nach der Besetzung Leipzigs mit allen Mitteln Jagd gemacht. Ein Kommandeur der Reichswehr läßt vor dem Wohnhaus Naundörfchen 26 ein Maschinengewehr auffahren und dringt in die Wohnung der Eltern Walter Ulbrichts ein. Der Vater wird mitgeschleppt, weil der Sohn nicht zu finden ist, muß aber bald wieder freigelassen werden.

Bei den Kommandos zweier Regimenter des Landesjägerkorps, bei Polizei und Staatsanwaltschaft wird Ende Mai 1919 eine Geheimakte gegen Walter Ulbricht in Umlauf gebracht, in der es unter anderem heißt: „Der Kommunist Walter Ulbricht, Stötteritzer Straße 4 (Bezirk Ost), Mitarbeiter der ‚Roten Fahne‘, verkehrt in letzter Zeit auffallend viel mit der Telefonistin Käte Reif im Café Astoria (Bezirk NW), höchstwahrscheinlich, weil er von dieser abgehörte Militärgespräche erfährt... Überwachen der genannten Personen, auch durch Kriminalbeamte, ist erforderlich. Bei besonderen Feststellungen sofort Meldung an Jägerstab.“ Aber alle Bemühungen der Reaktion sind vergeblich. Er läuft den Häschern nicht in das Netz.

Walter Ulbricht steht dann, ebenso wie Georg Schumann, Willy Langrock und andere Leipziger Funktionäre der Kommunistischen Partei Deutschlands, auf schwarzen Listen, seine Post wird überwacht – doch das ficht ihn nicht an. Als sich der Bezirk Mittel-

deutschland der Kommunistischen Partei Deutschlands konstituiert, wird er in die Bezirksleitung gewählt und arbeitet als Lokalredakteur des „Roten Kurier“ und später an der Bezirkszeitung der Partei „Der Klassenkampf“.

In ihrer ersten großen Einheitsaktion nach der Novemberrevolution schlägt die deutsche Arbeiterklasse im März 1920 den Kapp-Putsch nieder. Kapp und extrem konterrevolutionäre Kräfte des deutschen Finanzkapitals und des Militarismus wollen in Deutschland eine Militärdiktatur errichten. Kommunisten, Sozialdemokraten, parteilose Arbeiter, Angehörige der Mittelschichten, der Intelligenz und des demokratischen Bürgertums erringen Schulter an Schulter den Sieg. Im Ruhrgebiet entsteht die erste wahre Volksarmee, die Rote Ruhrarmee. In Thüringen, Mecklenburg und Mitteldeutschland bilden sich bewaffnete Formationen. Walter Ulbricht gehört zur Leipziger Kampfleitung und steht mit auf den Barrikaden. Noch größer wird der Haß der Reaktion. Sie erreicht zwar ihr Ziel nicht, kann aber dank ihrer Helfershelfer unter den rechten Sozialdemokraten die Errichtung einer Gewerkschaftsregierung oder einer Arbeiterregierung verhindern.

Die drohende Verhaftung zwingt Walter Ulbricht und andere führende Kommunisten Leipzigs, auch weiterhin illegal zu arbeiten.

Kein Terror kann jedoch verhindern, daß der gemeinsame Kampf gegen die Putschisten seine Früchte trägt. Die revolutionären Arbeiter unterstützen die Losung der KPD „Hände weg von Sowjetrußland!“ Die junge Sowjetmacht, die von den Imperialisten räuberisch überfallen worden ist, spürt die Solidarität der deutschen Arbeiter, die Geld und Sachspenden sammeln und Waffentransporte der Interventen aufhalten. Lenin, der Gründer des Sowjetstaates, dankt es den deutschen Klassenbrüdern durch richtungweisende Ratschläge für ihren Kampf.

Die Kommunistische Partei Deutschlands, die Mehrheit der Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und viele parteilose Gewerkschaftsmitglieder, die im Generalstreik und im bewaffneten Kampf gegen die Kapp-Banden Seite an Seite gestanden haben, dringen auf die Vereinigung von USPD und KPD. Lenins Ratschläge und die Beschlüsse der III. Internationale finden breite Anerkennung.

Im Herbst 1920 beginnen auch die Verhandlungen zwischen der Bezirksleitung Westsachsen der Kommunistischen Partei und der

Bezirksleitung Mitteldeutschland der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in Halle, an denen Walter Ulbricht teilnimmt. Bei der Vereinigung im Dezember wird er Mitglied der Bezirksleitung Westsachsen der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands.

Im Frühling des Jahres 1921 nimmt Walter Ulbricht Abschied von seiner Vaterstadt. Die Zentrale der Partei hat ihn mit der Aufgabe betraut, die zusammengebrochene Parteiorganisation in Thüringen wieder aufzubauen. Er geht als Sekretär der Bezirksleitung Groß-Thüringen nach Jena.

April 1921 bis  
Anfang 1923  
*Bezirkssekretär  
in Thüringen*

Das ist eine verantwortungsvolle Aufgabe, denn es gilt, die Lehren aus der jüngsten großen Klassenschlacht zu ziehen und in die Praxis umzusetzen. Heldenhaft haben im März die Arbeiter Mitteldeutschlands in Streiks und bewaffneten Aktionen gegen die militärische Übermacht der Konterrevolution gekämpft. Sie sind brutal und blutig niedergezwungen worden. Die junge Kommunistische Partei hat als einzige an der Seite der kämpfenden Arbeiter gestanden, unter denen sie in Mitteldeutschland bedeutenden Einfluß besitzt. Doch diese Verbundenheit mit den Massen ist nicht überall gleich, befindet sich vielfach noch in den Anfängen. Deshalb heißt die wichtigste Lehre aus den Märzkämpfen: Den Einfluß der Partei, ihre Verbundenheit mit den Arbeitern und den werktätigen Bauern in ganz Deutschland zu festigen – auch in Thüringen.

Das ist zugleich eine komplizierte Aufgabe, der sich die bisherige Parteileitung in Thüringen nicht gewachsen gezeigt hat. Die Gegner der Arbeiterklasse versuchen auch hier mit allen Mitteln, den Widerstand des Volkes gegen die ständig schlechter werdenden Lebensbedingungen zu brechen. Unter dem Vorwand der „Säuberung“ werden fortschrittliche und demokratisch gesinnte Beamte auf die Straße geworfen – von einer Regierung, die sich „sozialistisch“ nennt. Unter harmlos klingenden Namen organisieren sich die ersten faschistischen Schlägerkolonnen.

Walter Ulbricht beginnt seine Arbeit in Thüringen systematisch: Gestützt auf die fortschrittlichen Arbeiter aus den Betrieben, schafft er als Kern der Leitung zunächst ein festes Kollektiv. Das Schwergewicht der Arbeit wird auf die Gewerkschaften, auf die



Betriebe, auf die werktätigen Bauern und die Forstarbeiter konzentriert.

Der politischen Umsicht Walter Ulbrichts gelingt es, die Arbeitsmethoden operativer zu gestalten, die Partei aktionsfähiger zu machen. Er selbst gibt dafür das Beispiel und entwickelt so den Arbeitsstil, der hier erstmals deutlich sichtbar und später immer charakteristischer für ihn wird. Oft ist er bei den Arbeitern in den Betrieben, spricht zu ihnen, hört auf ihre Fragen und Sorgen. Er scheut auch keinen noch so mühsamen Gebirgsweg, um mit Kleinbauern, Halbproletariern und Forstarbeitern des Thüringer Waldes zu beraten. Durch sein Vorbild werden auch die anderen Genossen erzogen, schnell auf die Ereignisse zu reagieren, alles Neue rechtzeitig zu erkennen, alle Maßnahmen und Beschlüsse vorher mit den Arbeitern zu beraten, kurz - von den Massen zu lernen und die Massen zu lehren. In den regelmäßigen Beratungen mit der kommunistischen Fraktion des Thüringer Landtages lernt er die Fähigkeiten und die Initiative von Dr. Theodor Neubauer kennen und schätzen.

Mit aller Kraft unterstützt die Partei den Kampf der Arbeiter gegen die Not, in der sie leben. Viele sind gezwungen, in den Wäldern Holz zu sammeln, um wenigstens ihre Wassersuppe kochen zu können. Groß ist ihre Verzweiflung, als ihnen auch das Holzsammeln untersagt wird - das Verbot kommt von einem sozialdemokratischen Minister. Doch die Kommunisten wissen Rat. Parteifunktionäre und Abgeordnete gehen in die Dörfer des Thüringer Waldes und organisieren den Widerstand gegen das Verbot. Der Minister muß es einige Zeit später zurücknehmen.

Die Beschlüsse des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale vom Sommer 1921, vor allem auch Lenins richtungweisende Losung „Heran an die Massen!“, beflügeln die Arbeit Walter Ulbrichts in Thüringen. Zwei Ereignisse fallen in diese Zeit, die ihm neue politische Lehren vermitteln und die Begegnung mit zwei Arbeiterführern bringen, deren Vorbild er stets vor Augen hat.

Auf dem 7. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands, der im August 1921 in Jena stattfindet, wechselt er mit Ernst Thälmann den ersten brüderlichen Händedruck. Ein Brief Lenins grüßt den Parteitag und mahnt: „Kaltes Blut und Standhaftigkeit bewahren; systematisch die Fehler der Vergangenheit korrigieren;

unaufhörlich darauf bedacht sein, die Mehrheit der Arbeitermassen sowohl in den Gewerkschaften als auch außerhalb der Gewerkschaften zu erobern; geduldig eine starke und kluge Kommunistische Partei aufbauen.“

Punkt für Punkt wird hier bestätigt, daß Walter Ulbricht mit seiner Arbeit in Thüringen auf dem richtigen Wege ist. Von Lenin zu lernen ist schon seit langem sein ständiges Prinzip. Er hat in den letzten Jahren jedes Werk von ihm, dessen er habhaft werden konnte, mehr als einmal studiert. Nun begegnet er im November/Dezember 1922 Wladimir Iljitsch persönlich auf dem IV. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale.

Das Sowjetland begeht zu dieser Zeit den 5. Jahrestag der Oktoberrevolution – ein Anlaß zu Freude und Stolz über den errungenen weltgeschichtlichen Sieg der Arbeitermacht. Aber diese Macht zu festigen und sie gegen die äußeren und inneren Feinde zu verteidigen verlangt vom Sowjetvolk große Opfer.

Wie viele andere Delegierte des IV. Weltkongresses geht auch Walter Ulbricht zu den sowjetischen Arbeitern. Er spricht im Eisenbahnreparaturwerk von Petrograd und in anderen Fabriken über die Solidarität der deutschen Kommunisten mit ihren sowjetischen Klassenbrüdern und von ihrem Kampf gegen die eigenen Unterdrücker. Es ist kalt in den Betrieben, der Strom reicht nicht aus, das Essen ist dürftig, die Entbehrungen sind groß. Aber die sowjetischen Werktätigen sind von der Gewißheit durchdrungen, daß die Zukunft ihnen gehört.

Das unterstreicht Lenin in seinem Referat auf dem IV. Weltkongreß „Fünf Jahre russische Revolution und die Perspektiven der Weltrevolution“. Er weist nach, daß der Sieg der Arbeiterklasse über den Imperialismus gesetzmäßig ist.

Im Gespräch mit der deutschen Delegation informiert sich Lenin mit großer persönlicher Anteilnahme über die Kämpfe des deutschen Proletariats. Sein Rat für die Genossen heißt: Lernen. Die Erfahrungen der Oktoberrevolution studieren und entsprechend den Verhältnissen des eigenen Landes anwenden, den Kampf um eine Arbeiterregierung führen, das ist zunächst das Wichtigste. Er weist aber auch darauf hin, daß eine Arbeiterregierung noch nicht alle Fragen löst, sondern eine Stufe im Kampf um die politische Macht sein muß, in dem das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft eine große Rolle spielt.

Walter Ulbricht behält nicht nur diese Lehren fest im Gedächtnis. Unauslöschlich prägt sich ihm zugleich ein, mit wieviel Geduld und Aufmerksamkeit Lenin seinen Gesprächspartnern zuzuhören versteht, auch wenn sie falsche Meinungen äußern; mit wieviel Geduld er es dann unternimmt, diese Auffassungen zu widerlegen und den richtigen Weg zu weisen.

## Genosse Zelle

Die Fahrt zum 8. Parteitag in Leipzig tritt der Delegierte Walter Ulbricht an, als ein Brot 2200, ein Pfund Schweinefleisch 5200, ein Pfund Butter 7400 Mark kosten und die Preise ständig steigen. Wenige Tage später beträgt der Preis für ein Brot 50 000 Mark, für ein Ei 10 000 Mark.

Februar 1923  
*Mitglied  
und Sekretär  
der Zentrale  
der KPD*

Die Monopolherren Stinnes, Thyssen, Krupp und andere suchen die Kriegs- und Reparationslasten auf das Volk abzuwälzen; sie nutzen jetzt auch noch die Inflation, um sich gesundzustoßen.

Am 11. Januar 1923 besetzen französische und belgische Truppen das Ruhrgebiet. Seitdem sind die Blicke der arbeitenden Menschen, denen die eigene Not schon viel zu schaffen macht, den Ruhrkumpeln zugewandt. Diese kämpfen, geführt von der Kommunistischen Partei Deutschlands, unterstützt durch die Sowjetregierung, Schulter an Schulter mit den französischen Kommunisten gegen die französische Okkupation um die nationale und soziale Befreiung der Heimat von fremden Eindringlingen und von den eigenen deutschen Stahl- und Kohlebaronen. Mit Demonstrationen, Hungerunruhen und großen Streiks stellt sich die Arbeiterklasse ganz Deutschlands an die Seite ihrer Klassengenossen an der Ruhr.

Während die rechte sozialdemokratische Führung als einzigen Ausweg das Bündnis mit den Schlotbaronen gegen Poincaré\* anpreist, zeigt die Kommunistische Partei Deutschlands, daß allein die Einheitsfront der Arbeiterklasse und des Volkes gegen

\* Französischer Ministerpräsident.

das deutsche Monopolkapital und gegen die französischen Imperialisten dem deutschen Volk wahre nationale und soziale Freiheit bringen kann. „Schlagt Poincaré an der Ruhr und Cuno an der Spree“, ist die Losung der KPD.

Unter dem Eindruck des neuen revolutionären Aufschwunges, der sich jetzt abzeichnet, berät der 8. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 28. Januar bis 1. Februar 1923. Im Mittelpunkt der Diskussion steht die Frage, wie die Einheitsfront geschmiedet, der Sturz der Herrschaft des Monopolkapitals und seiner Regierung erkämpft und eine Arbeiterregierung geschaffen werden kann.

In seinem Werk „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ und mit Nachdruck auch beim Gespräch mit der deutschen Delegation auf dem IV. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale hat Lenin auf die Bedeutung einer Arbeiterregierung als Übergangsmaßnahme im Kampf um die Diktatur des Proletariats und auf die Notwendigkeit des Bündnisses zwischen Arbeitern und Bauern hingewiesen.

Der Parteitag bringt in einem Manifest das große Vertrauen und die treue Verbundenheit der Vorhut der deutschen Arbeiterklasse mit der Sowjetmacht zum Ausdruck. Doch in anderen Fragen faßt der Parteitag keine klaren, einmütigen Beschlüsse. Zur richtigen Anwendung der Leninschen Politik fehlen der jungen Partei noch viele Erfahrungen, die sie selbst erst erwerben muß.

Walter Ulbricht, auf dem Parteitag Vorsitzender der Organisationskommission, wird in die Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands gewählt, der 21 Mitglieder angehören, darunter Clara Zetkin und Wilhelm Pieck.

In diesem Gremium, das etwa dem heutigen Politbüro entspricht, ist der knapp dreißigjährige Walter Ulbricht einer der Jüngsten. Er erhält das Vertrauen der Genossen, weil er im revolutionären Kampf gestählt ist und sich in komplizierten Situationen bewährt hat. Schon vor dem ersten Weltkrieg gehörte er der Liebknechtgruppe an, danach dem Spartakusbund. Als Mitglied der Bezirksleitung Westsachsen sammelte er Erfahrungen im Widerstand gegen die Hörsing-Provokation in Mitteldeutschland und nahm aktiv teil am Kampf um die Sicherung der Einheit der Partei gegen die Ultralinken wie auch gegen die rechten Opportunisten. Nach dem Zusammenbruch der Parteiorganisation in Thüringen ist es

ihm gelungen, dort ein neues Führungskollektiv zu schaffen und die Partei in den Massen zu verwurzeln.

Es fällt Walter Ulbricht nicht leicht, Thüringen zu verlassen, denn enge Freundschaft verbindet ihn mit den Werktätigen im „grünen Herzen Deutschlands“. Doch in Berlin warten neue Aufgaben.

Als verantwortlicher Mitarbeiter des Organisationsbüros der Zentrale übt er von nun an eine Tätigkeit aus, die der eines heutigen Sekretärs des Zentralkomitees gleichkommt. Wenig später gehört er zu den Mitgliedern des von der Zentrale eingesetzten Ständigen Militärischen Rates, der die Bewaffnung der politischen Hundertschaften organisiert.

Die Kampfkraft der Partei und ihre Verbindung zu den Arbeitermassen zu stärken, das ist die Aufgabe, der sich Walter Ulbricht als Mitglied der Zentrale mit Kraft und Konsequenz widmet. Organisierung der Partei auf der Grundlage der Betriebszellen – so lehrt es Lenin, so hat es der III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale prinzipiell festgelegt – entspricht den Grundsätzen einer revolutionären Partei neuen Typus.

Den Vorschlag, nun auch Betriebszellen als Grundorganisationen der Kommunistischen Partei Deutschlands zu schaffen, begründet Walter Ulbricht mit einer genauen Analyse der Situation in Deutschland. Der Kapp-Putsch 1920, die Kämpfe in Mitteldeutschland, vor allem in Leuna 1921, der große Eisenbahnerstreik 1922 und viele andere Aktionen haben gelehrt, daß zur schnellen Mobilisierung großer Arbeitermassen kommunistische Betriebszellen notwendig sind.

Schon als Bezirkssekretär in Thüringen hat er dieses Leninsche Prinzip vertreten. In der „Neuen Zeitung“ vom 22. November 1922 hat er geschrieben: „Die mehr oder weniger feste Verankerung der Kommunistischen Partei in den Betrieben ist der Maßstab für die Aktionsfähigkeit der Partei . . . Legt das Hauptgewicht der Partei in die Betriebe!“

Jetzt ist er selbst, sooft er kann, in den Fabriken, spricht zu den Arbeitern über das Leninwort: „Jeder Betrieb sei unsere Burg“, berät sich mit den Genossen, lehrt sie, die Betriebsarbeit zu organisieren, und lernt aus ihren Erfahrungen.

Im Plenum des Zentralausschusses der Partei begründet er im Mai 1923 den Antrag auf Bildung der Betriebszellen. Der bisherige Organisationsaufbau nach Wohnbezirken, so hebt er hervor, steht

im Widerspruch zu den großen Aufgaben der Partei, zum Kampf um die politische Macht, deren Basis der Betrieb ist.

Von der Beharrlichkeit, mit der Walter Ulbricht die Aufmerksamkeit der Genossen immer wieder auf dieses wichtige Thema lenkt, zeugen auch die leidenschaftlichen Worte aus seinem im August 1923 in der Zeitschrift „Die Internationale“ veröffentlichten Artikel: „Der Betrieb, die Produktionsstätte ist der Ort, wo Massen von Arbeitern täglich gemeinsam fronden müssen und im Kampf um das nackte Leben zusammengeschweißt werden. Hier saust unmittelbar die Peitsche der großindustriellen Diktatur auf die Arbeiter nieder. Durch tägliche revolutionierende Arbeit der kommunistischen Betriebszellen gilt es, den Abwehrwillen und die Empörung der Arbeiter umzumünzen in revolutionäre Kraft, es gilt, ihr Selbstbewußtsein zu stärken und Kampfpositionen zu erobern. Der Betrieb ist die Quelle der revolutionären Kraft des Proletariats.“

Inzwischen hat sich die politische und wirtschaftliche Krise in Deutschland zugespitzt. Sie stellt den Kampf für den Sturz der Regierung auf die Tagesordnung. Die Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands beschließt, in Sachsen und Thüringen die Initiative zur Bildung von Arbeiterregierungen zu ergreifen, den Generalstreik und die Bewaffnung von Hundertschaften der Arbeiter vorzubereiten. Im Auftrag der Zentrale begründet Walter Ulbricht im September 1923 vor der Bezirksleitung Groß-Thüringen der Kommunistischen Partei Deutschlands den Vorschlag an die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zur Bildung einer Arbeiterregierung. In einem Aufruf der Bezirksleitung Thüringen werden wichtige neue Erkenntnisse zur Heranführung der werktätigen Massen an den Kampf um die Macht vermittelt. „An die Arbeiter, Beamten, Kleinbauern und Mittelständler“ wendet sich dieser Aufruf, in dem unter anderem gesagt wird: „Die bisherige sozialdemokratische Regierung ist an ihrer Arbeiterfeindlichkeit gescheitert. Die Kommunistische Partei fordert erneut die Schaffung einer Regierung der Arbeiter und Kleinbauern.“ Der Aufruf legt die dafür notwendigen Schritte dar und fordert die sofortige Einberufung des Thüringer Betriebsrätekongresses unter Hinzuziehung von Kleinbauern-Delegierten. Mitte Oktober bilden Vertreter von KPD und SPD in Thüringen, wie schon kurz vorher in Sachsen, eine Arbeiterregierung.

Es gelingt jedoch nicht, die außerparlamentarischen Aktionen und die proletarische Einheitsfront in ganz Deutschland zur Unterstützung der Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen und zum Sturz der Reichsregierung mächtig zu entfalten und den Einfluß der rechten sozialdemokratischen Führer so zurückzudrängen, wie es dazu erforderlich wäre. Opportunistische, aber auch sektiererische Einflüsse in der Partei und in ihrer Führung behindern den Kampf der Arbeiterklasse. So kommt es, daß Ernst Thälmann entsprechend dem Beschluß der Zentrale die Hamburger Arbeiter in den Aufstand führt, während die Mehrheit der Zentrale unter dem Einfluß des Zurückweichens der linken sozialdemokratischen Führer auf dem Chemnitzer Betriebsrätekongreß die Aktionen abbremsst. Das heldenhafte Ringen der Vorhut der Hamburger Arbeiterschaft wird zu einem Meilenstein auf dem revolutionären Weg der deutschen Arbeiterbewegung.

Die arbeiterfeindliche Haltung der rechten sozialdemokratischen Führer ermöglicht es der Großbourgeoisie, die Arbeiter und ihre Verbündeten niederzuschlagen. Die Kommunistische Partei wird verboten. Gegen viele führende Genossen, unter ihnen auch Walter Ulbricht, ergeht Haftbefehl. An den Plakatsäulen klebt der Steckbrief mit seinem Bild.

Kein Terror der herrschenden Klasse kann die Kommunistische Partei in die Knie zwingen. Unerschrocken setzen die Kommunisten ihren Kampf fort. Die marxistisch-leninistischen Kräfte in der Partei treten weiter für die Bildung kommunistischer Betriebszellen ein, Walter Ulbricht dabei an entscheidender Stelle. Die Ereignisse der vergangenen Monate erlegten ihm zeitweilig andere Pflichten auf, doch er hat stets die Notwendigkeit der Betriebszellen im Auge behalten.

Im März kommt er zu den Leuna-Arbeitern. Das Neue dort zu studieren, wo es am weitesten fortgeschritten ist, gehört bereits zum Arbeitsstil des dreißigjährigen Partéifunktionärs. Im Leuna-Werk gibt es schon eine gut organisierte Betriebszelle und sogar eine kommunistische Betriebszeitung „Der Leuna-Prolet“. Mit ihrer Hilfe werden die Arbeiter jetzt zum wirksamen Widerstand gegen eine von den Konzernherren geplante Verlängerung der Arbeitszeit mobilisiert.

1924  
*Kampf  
in der  
Illegalität*



Dabei schießen die Genossen manchmal auch über das Ziel hinaus. Eine Schlagzeile der Betriebszeitung, auf die ihre Verfasser besonders stolz sind, heißt: „Leuna-Sklaven, noch tragt ihr Ketten! Sprengt sie!“

„Wie wollt ihr denn das schaffen?“ fragt Walter Ulbricht ganz sachlich, ein kaum merkliches Lächeln in den Augenwinkeln. Verblüfft sehen ihn die Genossen an und – wissen keine Antwort. „Jetzt müßt ihr doch erst den Angriff des Chemie-Kapitals auf den Achtstundentag abwehren“, fährt Walter Ulbricht fort, erklärt kameradschaftlich, daß revolutionäre Phrasen eher schaden als helfen, daß man die nächsten Pläne der Konzernherren analysieren und sie dann systematisch durchkreuzen muß. Es gilt, bei den unmittelbaren Interessen der Belegschaftsmitglieder anzuknüpfen. Von jetzt ab setzen sich die Mitglieder der Betriebszelle energischer für die persönlichen Sorgen der Arbeiter ein. Das Ergebnis bleibt nicht aus. Bei den Betriebsrätewahlen Anfang April stimmen 71 Prozent der Leuna-Arbeiter für die kommunistischen Kandidaten. Das ist mit dem Verdienst von Bernard Koenen, der hier einige Jahre Betriebsrat war.

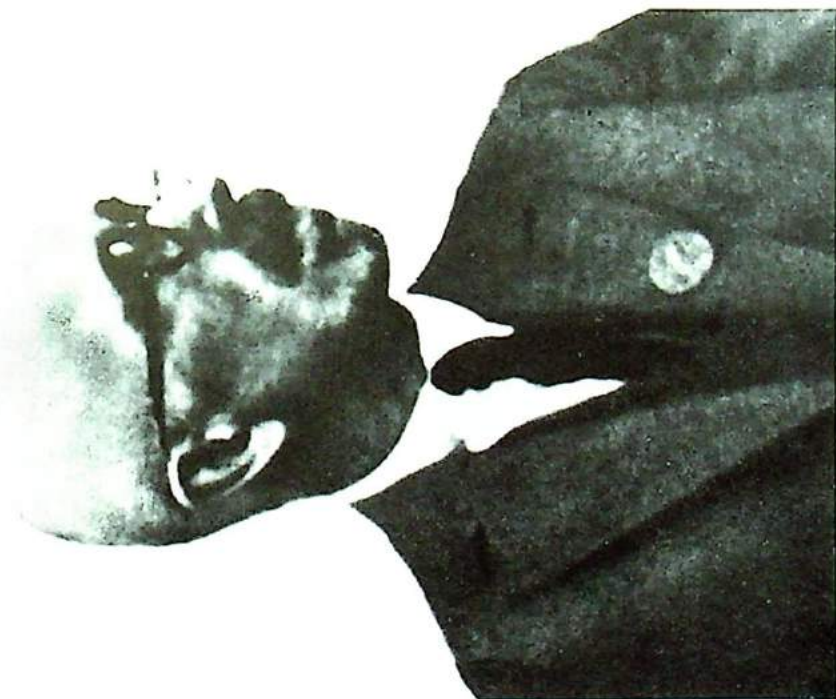
In Offenbach und Frankfurt am Main tagt vom 7. bis 10. April illegal der 9. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands. Walter Ulbricht tritt mit den Worten ans Rednerpult: „Ich muß mit der Feststellung beginnen, daß dieser Parteitag die Organisationsfrage, über die ich zehn Minuten sprechen werde, überhaupt nicht behandelt hat; im Gegenteil, alles, was auf diese Frage Bezug hat, ist von der Tagesordnung abgesetzt worden.“

Die Ursache ist, daß sowohl die ultralinken Elemente in der Parteiführung, die nach der Niederlage vom Herbst 1923 vorübergehend die Oberhand gewonnen haben, als auch Vertreter rechtsopportunistischer Auffassungen gegen die Umorganisation in Betriebszellen sind.

Nun entwickelt Walter Ulbricht, auf Zwischenrufe schlagfertig parierend, die Prinzipien von Betriebszellen als Grundeinheiten der Partei und sagt zum Schluß: „Ich kann mir keine Hundertschaften vorstellen ohne die Verankerung der Partei in den Betrieben. Und ich glaube auch, die Oktoberkämpfe“ (in Hamburg – d. V.) „haben der Partei signalisiert, was es heißt, wenn wenige mutige Kommunisten sich verbluten und breite Massen, selbst große Massen streikender Arbeiter, untätig danebenstehen.“



*Ernst Ulbricht Pauline Ulbricht*



*Die Eltern:*



Wißbegierige Kinder des Volkes: Im Arbeiterjugend-Bildungsverein Leipzig - 1903-1911



*Als junger KPD-Funktionär*

**Beitragsquittung für 1919.**

1. Woche	2. Woche	3. Woche	4. Woche	5. Woche	6. Woche	7. Woche	8. Woche	9. Woche	10. Woche	11. Woche	12. Woche	13. Woche	14. Woche	15. Woche	16. Woche	17. Woche	18. Woche	19. Woche	20. Woche	21. Woche	22. Woche	23. Woche	24. Woche	25. Woche	26. Woche	27. Woche	28. Woche	29. Woche	30. Woche	31. Woche	32. Woche	Agit.- tations- fonds	Agit.- tations- fonds						
Januar				Februar				März				April				Mai				Juni																			

**Kommunistische Partei Deutschlands.**  
**Spartakus-Bund. — Bezirk Mitteldeutschland.**

# Mitgliedskarte

Name: *Ulrich, Helmut*

Beruf: *Glaser*

Geb. am: *1*

zu: (Geburtsort) (Reg.-Bez. oder Kreis, Amt)

Staatsangehörigkeit:

Eingetreten am: *7. Februar 1919*

Überwiesen am:

Ortsgruppe: *Leipzig - Opf.*

(Stempel)



Делегации всех стран соединяйтесь!

**VI-ой КОНГРЕСС  
КОММУНИСТИЧЕСКОГО ИНТЕРНАЦИОНАЛА**

**МАНДАТ № 025**

*Гильберштейн*

*Серманын*

Правлению

Компартии

С ПРАВОМ СОВЕЩАТЕЛЬНОГО ГОЛОСА.

СЕКРЕТАРЬ ИККИ:

МОСКВА, ИЮЛЬ, 1928.

*Гильберштейн*





*Während einer Naziversammlung im Saalbau Friedrichsbau entare: Walter Ulbricht die jüdischischen Lügen und bereitet dem Demagog  
Goebbels (vorn links im Präsidium) eine Niederlage – Januar 1931*

# Bildveröffentlichungen

nr Nr. 1660 des Deutschen Kriminalpolizeiblattes



II. Polizeidirektor Walter Ernst Paul Uibrich in weitem  
Sohorrrats- zu verhalten  
Bilder Nr. 1660 vom 1933

### VIII. Straftaten anderer Art

10. Uibrich, Walter Ernst Paul, Polizeidirektor in Weim,  
S. 1. Straftat: 20. 6. 33, Verp. 10, wegen Vorbereitung  
hochverrat zu verhalten. Bilder vom 1933. II. ist am 23. 10.  
1933 Nr. 1660 des Kriminalpolizeiblattes S. 1. Straftat: 20. 6. 33

Das Blatt wird wegen seiner großen Auflage auf der Rotationsmaschine gedruckt, daher eignen sich nur klare und scharfe  
Abbildungen zur Wiedergabe. Aus demselben Grunde können auch nur hier hergestellte Druckstöcke verwendet werden.

Verlagsdruckerei der Firma H. W. Hagen's Erben, Berlin SW 68, Zimmerstraße 29. — Anzeigen Annahme ebendort.





*Mit Wilhelm Florin bei deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion*

Seine unermüdliche Arbeit für das Leninsche Organisationsprinzip prägt Walter Ulbrichts Persönlichkeit, macht eine seiner charakteristischen Eigenschaften, sich von einem richtigen und wichtigen Ziel nicht abbringen zu lassen, so deutlich sichtbar, daß er den scherzhaften, aber ehrenvollen Namen erhält: „Genosse Zelle“.

Das Jahr 1924 leitet die Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus ein. Sie wird charakterisiert durch eine zeitweilige Festigung der Positionen des Imperialismus und durch eine vorübergehende Ebbe der revolutionären Kämpfe der Arbeiterklasse. In Deutschland wird mit Hilfe von Dollaranleihen des amerikanischen Finanzkapitals für die deutschen Konzernherren in einer Reihe wichtiger Industriezweige, besonders der Schwerindustrie ein Produktionsaufschwung erzielt. Rationalisierungsmaßnahmen in großen Teilen der Industrie verschärfen die Ausbeutung der Arbeiter erheblich.

1924–1926  
*Beauftragter  
des EKKI*

Die Sowjetunion beginnt nach den Jahren des Bürgerkrieges, die Grundlagen der sozialistischen Industrie zu errichten, und beweist der Arbeiterklasse der ganzen Welt die Lebenskraft der Arbeiter- und Bauern-Macht.

In Deutschland gilt es jetzt, aus den Kämpfen der vergangenen Jahre die Lehre zu ziehen und die Kommunistische Partei Deutschlands zu einer marxistisch-leninistischen Massenpartei zu entwickeln. Dazu gehören auch die Leninschen Organisationsprinzipien. Doch einer ihrer konsequentesten Verfechter, „Genosse Zelle“, ist in dieser Zeit nicht in Deutschland.

Die ultralinke Gruppe Fischer-Maslow, gegen die Walter Ulbricht auf dem 9. Parteitag mit aller Entschiedenheit aufgetreten ist, hat durch Manipulationen die Wiederwahl hervorragender Genossen, darunter Clara Zetkin und Walter Ulbricht, in die Zentrale des Parteivorstandes verhindert.

Im Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (EKKI), dessen Vertrauen Walter Ulbricht erworben hat, erkennt man bald, daß eine Zusammenarbeit zwischen ihm und der Gruppe Fischer-Maslow nicht möglich ist. Deshalb halten die Genossen der Kommunistischen Internationale es für zweckmäßig, Walter Ulbricht mit internationalen Aufgaben zu betrauen. Im September wird er als Beauftragter des EKKI nach Wien berufen. Hier trifft er

Georgi Dimitroff, mit dem ihn von da ab jahrzehntelange gute Zusammenarbeit verbinden wird. Genosse Dimitroff leitet das Balkansekretariat des EKKI.

Im Oktober 1924 gehen die Wiener Metallarbeiter zu einem großen Streik auf die Straße. Walter Ulbricht ist mitten unter ihnen. Er wird verhaftet, verurteilt und nach zweieinhalbmonatiger Haft aus Österreich ausgewiesen.

Unmittelbar darauf geht er im Auftrag des EKKI als Instrukteur für Organisationsfragen nach Prag. Dann folgt Moskau, wo er als Beauftragter der Kommunistischen Partei Deutschlands im Exekutivkomitee arbeitet.

In der KPD werden 1925 in konsequenten Auseinandersetzungen und mit Hilfe der Kommunistischen Internationale die rechten und ultralinken Abweichungen überwunden. In einem Offenen Brief an die Kommunistische Partei Deutschlands wendet sich das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale gegen die ultralinke Politik der führenden Gruppe in der Partei. Ein zweiter Brief über die Organisationspolitik der Partei, der von Walter Ulbricht entworfen worden ist, begründet die Leninschen Organisationsprinzipien und schlägt die Umstellung der Partei auf die Grundlage von Betriebszellen vor.

Im Herbst wird das leninistische Zentralkomitee mit Ernst Thälmann an der Spitze gebildet und von der Parteikonferenz im Oktober bestätigt.

Nun ist der Weg offen für eine breite Massenarbeit der KPD. Es ist das geschichtliche Verdienst Ernst Thälmanns, daß unter seiner Führung die von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und den anderen deutschen Linken gegründete Kommunistische Partei Deutschlands zur marxistisch-leninistischen Massenpartei entwickelt und systematisch die Lehren Lenins in die deutsche Arbeiterbewegung und das deutsche Volk hineingetragen werden.

Walter Ulbricht bleibt noch bis 1926 in Moskau. Die Jahre im Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale sind für seine Entwicklung außerordentlich bedeutungsvoll. In Wien wie in Prag erlebt der junge KPD-Funktionär die kommunistischen Parteien der Nachbarländer im Ringen um die richtige Anwendung des Marxismus-Leninismus, auf der Suche nach dem Weg zur Partei neuen Typus. Er sieht, daß dieser Weg in der Grundlinie gleich, doch in Einzelheiten differenziert ist, je nach Tradition und natio-

nationaler Entwicklung der verschiedenen Länder und Völker. Darum studiert er die Geschichte der Arbeiterbewegung dieser Länder und lernt die Arbeiter selbst kennen. Dies und viele kameradschaftliche Streitgespräche im EKKI, in denen die Genossen gemeinsam um Klarheit ringen, werden für ihn zu einer Hochschule besonderer Art. Sie erteilt ihm die Lehre fürs Leben, daß der Marxismus-Leninismus, obwohl für alle Völker und Länder gültig, doch in keinem Fall schematisch angewandt werden kann; daß es in jedem Fall notwendig ist, von einer genauen Analyse der Klassenkräfte auszugehen und die Besonderheiten der nationalen Entwicklung zu berücksichtigen.

In Moskau kann Walter Ulbricht dieses Studium der Theorie und Praxis einige Semester höher fortsetzen: im ersten sozialistischen Staat der Welt. Seine wichtigsten „Fakultäten“ heißen: Parteiarbeit der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Planwirtschaft der Sowjetregierung. Seine „Seminare“ finden in Betrieben und Kolchosen statt. Sehr oft ist er im Moskauer Betrieb Dynamo, spricht mit den Genossen, den Arbeitern an der Werkbank, nimmt an Sitzungen der Parteileitung oder an Produktionsberatungen teil.

Er kennt die Kompliziertheit des Kampfes, in dem von Krieg und Konterrevolution hart betroffenen Land die Sowjetmacht zu festigen, ein besseres Leben aufzubauen. Mit Mut und Kraft wird das schwere Werk angepackt, werden Pioniertaten vollbracht, die nicht nur dem Sowjetvolk, sondern der ganzen Menschheit dienen.

Immer mehr vertieft Walter Ulbricht zugleich sein Wissen um die Geschichte der Arbeiterbewegung in vielen Staaten der Welt. Die Kommissionen des EKKI, in denen er mitarbeitet, beschäftigen sich mit Indien, China und anderen Ländern.

Jahrzehnte später, als Vorsitzender des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, als deutscher Arbeiterführer, dem auch die hohe Achtung der internationalen Arbeiterbewegung gehört, erregt seine sichere Kenntnis der verschiedensten Gebiete – seien es Ökonomie, Geschichte, Naturwissenschaft, Kunst, vor allem aber die marxistisch-leninistische Theorie – auch bei den Fachleuten oft Bewunderung. Gelegentlich wird ihm die Frage gestellt, wann er denn bei seiner stets angespannten politischen Arbeit das alles gelernt und studiert habe. Darauf pflegt Walter Ulbricht zu antworten: „Das meiste habe ich in jungen Jahren gelernt, etwa

bis 1914. Damals haben wir Jugendlichen soviel wie möglich an Wissen in uns aufgenommen: Marx' Ökonomische Lehren, Geschichte des Sozialismus, Fragen der Naturwissenschaften, Literatur und Kunst, ja, ich habe sogar Stenografie gelernt und es schließlich auf 120 Silben in der Minute gebracht. Die Stenografie habe ich zwar inzwischen wieder vergessen. Aber alles andere ist als Bildungsgrundlage geblieben. Die Wanderjahre und später die Kriegsjahre waren das Studium im Leben. Das weitere theoretische Studium und seine Vertiefung brachten die Jahre im EKKI.“  
Dem wäre freilich hinzuzufügen, daß Lehren und Lernen, daß Theorie und Praxis bis heute für Walter Ulbricht eine untrennbare Einheit geblieben sind.

Oktober 1926 Gereift und reicher an Wissen und Erfahrungen, kehrt Walter  
*Abgeordneter* Ulbricht 1926 nach Deutschland zurück. Nach seiner Wahl als Ab-  
*im Sächsischen* geordneter des Wahlkreises Dresden in den Sächsischen Landtag  
*Landtag* am 31. Oktober 1926 nutzt der 33jährige, wie alle kommunistischen Abgeordneten, die Tribüne des bürgerlichen Parlaments für die gerechte Sache der Ausgebeuteten.

Die kommunistische Fraktion hat den Antrag eingebracht, den Achtstundentag, den die Unternehmer immer wieder durchbrechen, als Maximalarbeitstag einzuführen. Walter Ulbricht tritt als Sprecher der Fraktion ans Rednerpult. Mit tiefer innerer Empörung geißelt er die Tatsache, daß durch die kapitalistische Rationalisierung in den Betrieben die Arbeiter immer brutaler ausgebeutet werden: „Ich könnte dafür viele Beispiele bringen, will aber nur auf die in letzter Zeit stark zunehmenden Nervenerkrankungen von Textilarbeiterinnen hinweisen, die durch übermäßige Anforderungen hervorgerufen sind. Die Steigerung der Ausbeutung geht so weit, daß man dem Arbeiter nicht einmal mehr die Möglichkeit läßt, seine Notdurft zu verrichten.“

Die Kommunistische Partei Deutschlands hat an die Sozialdemokratische Partei die Aufforderung gerichtet, in ganz Sachsen in gemeinsamen Massenkundgebungen das Recht der Arbeiter auf den Achtstundentag durchzusetzen.

Immer wieder tritt Walter Ulbricht für die Interessen der werktätigen Menschen ein, entlarvt er die gegen das Volk Herrschenden konsequent und unerschrocken. Obwohl er jetzt Abgeordneter ist

und Immunität genießt, hat man den Haftbefehl gegen ihn aus dem Jahr 1923 noch immer nicht aufgehoben, sondern nur für die Verhandlungsperiode des Landtages ausgesetzt. Wenn der Landtag sich vertagt oder in Parlamentsferien geht, wird Walter Ulbricht wieder zum Freiwild für die Polizeischergen. Dieser Zustand bleibt selbst dann noch bestehen, als Walter Ulbricht Reichstagsabgeordneter geworden ist. Erst am 13. Oktober 1928 hebt man den Haftbefehl auf, nicht jedoch das Verfahren gegen ihn, das wegen angeblich ab März 1926 begangener „strafbarer Handlungen“ bestehenbleibt.

## Reih dich ein in die Arbeitereinheitsfront

März 1927  
*Mitglied des ZK,  
Vorsitzender der  
Agitprop-  
Kommission*

**D**er 11. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands, der vom 2. bis 7. März 1927 in Essen stattfindet, steht im Zeichen anwachsender Aktionen zur Durchsetzung ökonomischer Forderungen und gegen die Rüstungspolitik des wiedererstarkenden Imperialismus. Die Kommunistische Partei rüstet sich für diesen Kampf, indem sie sich ideologisch und organisatorisch festigt.

Walter Ulbricht spricht in der Diskussion über die Aufgaben der Agitation und Propaganda. Er wird ins Zentralkomitee gewählt und mit der Funktion des Vorsitzenden der Agitations- und Propaganda-Kommission betraut. Schon 1924 und 1925 hat er in der „Roten Fahne“ in Artikeln über die Betriebszellenarbeit gerade auch auf die Tätigkeit der Arbeiterkorrespondenten großes Gewicht gelegt. Aus der Arbeiterkorrespondentenbewegung reifen unter Führung der Partei neben hervorragenden sozialistischen Journalisten auch solche Arbeiterschriftsteller wie Hans Marchwiza, Willi Bredel und Karl Grünberg heran.

In diesen Jahren werden die Agitpropgruppen geboren und geben mit den Mitteln der Kunst Antwort auf politische Tagesfragen. Die besten aus dem Bürgertum kommenden Künstler, so die Schriftsteller Johannes R. Becher, Erich Weinert, Bertolt Brecht, Friedrich Wolf, Schauspieler wie Gustav von Wangenheim, Komponisten wie Hanns Eisler, bekennen sich in ihren Werken zur Sache der Arbeiterklasse. Das Gedicht vom „Roten Feuerwehrmann“, die Lieder der Arbeitereinheitsfront und der Solidarität und viele andere beflügeln den Kampf der Massen. So keimt eine neue, sozialistische Kultur in Deutschland.

Bei der Lösung dieser Aufgaben widmet Walter Ulbricht der Erziehung der Werktätigen besondere Aufmerksamkeit. „Wir müssen lernen, einen Stab von Parteifunktionären heranzuziehen, die nicht allgemeine Reden halten, sondern die vor allen Dingen den Betriebsarbeitern konkret sagen können, was zu tun ist, und die verstehen, die Erfahrungen der Betriebszellenmitglieder theoretisch zu fundamentieren und zu vertiefen“, schreibt er 1928 in der Zeitschrift „Der Parteiarbeiter“.

Die Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus hat ihre Gipfel überschritten. Ihr Ende kündigt sich mit wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten an. Eine neue Krise droht, und sie wird Ausmaße annehmen, wie sie sich jetzt noch niemand vorstellen kann.

Alle Widersprüche der kapitalistischen Ordnung verschärfen sich. Neue riesige Produktionsanlagen und -verfahren auf der einen, Absatzrückgang auf der anderen Seite. Das heiligste Gut der herrschenden Klasse – der wachsende Profit – ist bedroht. Schon geraten wirtschaftsschwächere Betriebe in Bedrängnis; die Stärkeren saugen sie auf oder zerschlagen sie. Schneller vollzieht sich der Konzentrationsprozeß des Kapitals. Sein Weg ist gesäumt von Bankrotten, Vernichtung von Existenzen und stärkerer Arbeitslosigkeit.

Der unerbittliche internationale Konkurrenzkampf zwingt auch die großen Monopole zur Suche nach Auswegen. Wieder sehen sie nur einen Kurs: neue Macht durch neue Märkte; Ausschaltung der Konkurrenten durch Vormachtstreben in Europa – also Rüstung als neue Profit- und Machtquelle. Dafür muß man dem eigenen Volk neue Lasten auferlegen, immer mehr Steuern, Lohn- und Sozialabbau; und gegen das unruhige Volk – das man nun nicht mehr in Illusionen über ewige Prosperität und Wirtschaftsdemokratie wiegen kann – verstärkt die staatliche Macht einsetzen.

So prägt sich immer mehr das Programm innerer Reaktion und äußerer Aggression aus. Verbrämt wird es durch die stärkere Betonung nationalistischer Forderungen („Gleichberechtigung für Deutschland“) und den vermehrten Ruf nach „Ordnung“ im Innern.

1928

*Vorboten  
der Welt-  
wirtschaftskrise  
und Verschärfung  
des Klassen-  
kampfes*



Die Hauptgefahr droht der Großbourgeoisie und ihrem Programm von einem neuen Aufschwung der Arbeiterbewegung. Bei den Reichstagswahlen im Mai 1928 haben die beiden Arbeiterparteien über 40 Prozent der Stimmen auf sich vereinigt. In entscheidenden Industriebezirken verzeichnet vor allem die Kommunistische Partei große Stimmengewinne. Die Arbeiter des Ruhrgebietes (Wahlkreis Westfalen-Süd) haben Walter Ulbricht das Mandat erteilt. Er ist unter den 54 Abgeordneten der Kommunistischen Partei Deutschlands, die in den neugewählten Reichstag einziehen.

In dieser Situation sieht die Großbourgeoisie ihre einzige Möglichkeit darin, die Spaltung der Arbeiterklasse zu vertiefen und die Sozialdemokratie an die herrschenden Kreise zu binden - durch eine bürgerlich-sozialdemokratische Koalitionsregierung.

Statt mit den Kommunisten die gemeinsame Stärke für eine progressive Politik zugunsten des arbeitenden Volkes zu nutzen, gehen rechte sozialdemokratische Führer auf das Komplott mit den Parteien des imperialistischen Bürgerblocks ein. Die Regierung des Sozialdemokraten Müller wird im Juni 1928 gebildet.

In einem Brief begründet der bürgerliche Politiker Stresemann die Bildung der sogenannten großen Koalition mit der „Linksentwicklung in den arbeitenden Klassen“ und der Gefahr „für die deutsche Politik und die deutsche Wirtschaft“, wenn „die Sozialdemokratie und der Kommunismus durch die ablehnende Haltung des Bürgertums näher aneinander heranrücken.“

Während die sozialdemokratischen Führer die Beteiligung an der großen Koalition noch als Erfolg für die Arbeiter preisen, setzen sie schon mit zahlreichen Maßnahmen die antidemokratische und arbeiterfeindliche Politik der vorherigen Regierungen fort. Nach kaum zwei Monaten Regierung der großen Koalition wird mit dem Beschluß zum Bau des Panzerkreuzers A der Kurs auf verstärkte Aufrüstung sichtbar. Die sozialdemokratischen Minister haben ausdrücklich dafür gestimmt. Die Kommunistische Partei ruft die Massen zum Kampf dagegen auf.

Das raffinierte Komplott der Monopole gegen das Volk durchschaut nur die KPD mit aller Klarheit. Unermüdlich sind die Mitglieder der Parteiführung im ganzen Lande unterwegs, um vor Illusionen zu warnen und dem Volk die ganze Wahrheit zu sagen. Denn während die Großbourgeoisie die Bindung der Sozialdemo-

kratie in der Regierung zu brutalen Angriffen auf die Rechte der Arbeiter ausnutzt und die eigenen schmutzigen imperialistischen Rüstungsgeschäfte von den sozialdemokratischen Ministern besorgen läßt, lauern im Hintergrund die Nazis auf die Enttäuschten; jene faschistische Partei, während der Inflation von den Imperialisten geschaffen und erhalten, um als Auffangbecken zu dienen und, wenn die Zeit gekommen ist, schließlich der parlamentarischen Demokratie den Todesstoß zu versetzen.

Die Kommunistische Partei Deutschlands führt mit dem Kampf gegen den Panzerkreuzerbau Millionen Menschen zum Widerstand gegen Aufrüstung und Kriegsvorbereitung. „Für Panzerkreuzer 80 Millionen bewilligt, für Kinderspeisung fünf Millionen abgelehnt!“, so lesen die Menschen im Herbst 1928 auf den Plakaten der KPD, vor denen sie immer wieder in erregten Gesprächen stehenbleiben.

Die Partei festigt sich und stärkt ihre Verbindungen zu den Massen. Ihre vielfältigen neuen Kampfmethoden, wie der Zusammenschluß von organisierten und unorganisierten Arbeitern in Streiks und Demonstrationen, finden mannigfaches Echo. So wird die Kommunistische Partei unter Führung von Ernst Thälmann zu einer wahren revolutionären Massenpartei. Durch sie mobilisiert und organisiert, wehren sich die Arbeiter in großen Massenaktionen gegen die immer drückender werdende Ausbeutung, gegen Arbeitslosigkeit, Aussperrung und Lohnraub.

Im Ruhrgebiet werden Anfang November 213 000 Metallarbeiter ausgesperrt, die eine geringe Lohnerhöhung und den Achtstundentag gefordert haben. Walter Ulbricht, der sich mit der Lage an der Ruhr genau bekannt gemacht hat, ergreift für die Ruhrkumpel und damit für die ganze deutsche Arbeiterklasse am 14. November 1928 im Reichstag das Wort.

Je mehr die Krise heranreift, desto größer wird die Gefahr des Faschismus für das deutsche Volk. Es ist wiederum die Kommunistische Partei Deutschlands, die mit aller Eindringlichkeit davor warnt. Auf dem 12. Parteitag Anfang Juni 1929 im Berliner Bezirk Wedding bezeichnet Ernst Thälmann als Hauptaufgabe der Partei die Gewinnung der Mehrheit des deutschen Proletariats. Dazu gehört die verstärkte Tätigkeit unter den Arbeiterfrauen und

Ende 1929  
Bezirksleiter  
der KPD  
Berlin-Brandenburg

der Jugend. Auch das Bündnis mit den Mittelschichten ist notwendig, um den antifaschistischen Massenkampf zu organisieren.

Walter Ulbricht, seit dem Parteitag Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei Deutschlands, referiert wenige Wochen später über diese Hauptaufgabe der Partei während einer Tagung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale in Moskau. Der VI. Weltkongreß hat Walter Ulbricht zum Kandidaten des EKKI gewählt, und er ist nun wiederum fast ein Jahr lang als Beauftragter der KPD in Moskau tätig. Ende 1929 nach Deutschland zurückgekehrt, wird er Politischer Leiter der Bezirksleitung der Kommunistischen Partei Deutschlands Berlin-Brandenburg-Lausitz-Grenzmark.

Am „schwarzen Freitag“ im Oktober 1929 ist mit einem Börsenkrach in den USA die Weltwirtschaftskrise ausgebrochen, die in Deutschland besonders verheerende Ausmaße annimmt. Auf dem Höhepunkt der Krise gibt es 8 Millionen Arbeitslose und 4 Millionen Kurzarbeiter. Viele Klein- und Mittelbauern, viele Angehörige des Mittelstandes werden ruiniert.

Der Widerstand des Volkes gegen die ungeheure Verschlechterung der Lebenslage wächst. Ein neuer, revolutionärer Aufschwung bahnt sich an. Um dieser „Gefahr“ im Innern des Landes entgegenzutreten und zugleich ihren eigenen Expansionsdrang nach außen zu befriedigen, sehen jetzt die deutschen Imperialisten keinen anderen Ausweg als den offenen Faschismus.

Die Nazipartei gewinnt an Stimmen und damit an Einfluß. Sie kann bei den Gemeindewahlen in Bayern und den Landtagswahlen in Thüringen im Dezember 1929 ihre ersten größeren Wahlerfolge verbuchen. In Thüringen wird eine Naziregierung gebildet.

Die sozialdemokratischen Politiker nehmen diese Entwicklung zur Kenntnis – es gehört zu ihrer Auffassung von Demokratie, daß auch den Kräften, die jede Demokratie liquidieren wollen, demokratische Rechte eingeräumt werden. Die vom sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Zörgiebel geleitete Polizei, die am 1. Mai 1929 unter den ruhig und diszipliniert mit den Fahnen und Losungen der Kommunistischen Partei demonstrierenden Arbeitern ein Blutbad provoziert hat, bei dem 31 Demonstranten getötet und Hunderte verwundet wurden, dieselbe Polizei duldet und schützt Stahlhelmaufmärsche und Naziversammlungen.

Es ist reiner Zufall und geschieht eigentlich ganz unfreiwillig, daß

diese Polizei auch einmal einen Kommunisten „schützt“. Die folgende Episode, die Walter Ulbricht selbst Jahrzehnte später noch mit viel Vergnügen erzählt, spielt in Berlin-Pankow auf einer Versammlung der Nazipartei. Walter Ulbricht meldet sich zu Wort, wird ans Rednerpult gerufen und beginnt nun, den Nazis Stück um Stück die soziale Maske herunterzureißen, mit der sie die notleidenden Mittelständler, Angestellte, aber auch Arbeiter irreführen wollen. Im Saal entsteht Unruhe, aber man läßt Walter Ulbricht ausreden. Doch während er das Rednerpult verläßt, sieht er, wie die SA-Schläger im Hintergrund schon zusammengezogen werden. Es scheint sich doch als unvorsichtig zu erweisen, daß er ohne genügenden Begleitschutz durch seine Genossen zu dieser Versammlung gegangen ist. Deshalb kehrt er nicht an seinen Platz zurück, sondern strebt, während der Nächste spricht, ganz langsam und unauffällig, Schritt für Schritt, zum Ausgang. Er ist der Tür schon ziemlich nahe, aber dort erwarten ihn ebenfalls die Schlägerkolonnen. Plötzlich kommen von draußen einige Polizisten herein, wahrscheinlich nur, um sich zu überzeugen, ob hier „alles in Ordnung“ sei. Einen Augenblick nur werden durch ihr Erscheinen die SA-Horden abgelenkt, aber der genügt Walter Ulbricht, sich in Sicherheit zu bringen.

Die Polizisten ziehen bald wieder ab. Sie haben anscheinend nichts Anstößiges gefunden. Sie sorgt eben für „Ordnung“, die sozialdemokratische Polizei, auch für den ordentlichen Ablauf einer Naziversammlung.

Die Entwicklung nimmt ihren Lauf. Am 27. März 1930 wird die Müller-Regierung gestürzt. Differenzen der Vertreter des Finanzkapitals und der sozialdemokratischen Minister über den Abbau der Arbeitslosenunterstützung bieten den Anlaß. Jetzt, da der deutsche Imperialismus auf die faschistische Diktatur zusteuert, hat der sozialdemokratische Mohr seine Schuldigkeit getan und muß gehen.

Die Geschichte erteilt der Sozialdemokratie und der Paktierpolitik ihrer rechten Führer erneut eine eindeutige Lehre. Aber noch Jahrzehnte später, in den 60er Jahren, vertreten sozialdemokratische Minister einer neuen „großen Koalition“ mit der imperialistischen Bourgeoisie in Westdeutschland die Auffassung, man

hätte 1930 nicht aus der Regierung ausscheiden, sondern weiter mitmachen sollen. Also mitmachen bei der dann folgenden Notverordnungsdictatur der Brüning-Regierung, beim Chauvinismus der Harzburger Front und bei der Errichtung des offenen Faschismus?

Den Weg zur Rettung des deutschen Volkes zeigt in diesem Augenblick nationaler Not die Kommunistische Partei Deutschlands. Als einzige der deutschen Parteien weist sie mit dem Programm zur nationalen und sozialen Befreiung, mit ihrem Arbeitsbeschaffungsprogramm den Ausweg aus der Krise. Das Programm zur nationalen und sozialen Befreiung, das am 24. August 1930 in der „Roten Fahne“ veröffentlicht wird, ist die echte Alternative zur Politik der imperialistischen Brüning-Regierung und orientiert auf eine breite antifaschistische Volksbewegung gegen Imperialismus, Faschismus und Krieg. Das unermüdliche Wirken Walter Ulbrichts sowohl bei der Vorbereitung wie bei der Verbreitung dieses nationalen Programms in der Berliner Bevölkerung schildert später Alexander Abusch, der zu dieser Zeit die Redaktion der „Roten Fahne“ leitet:

„Es war Walter Ulbricht, der als Mitglied des Politbüros und zugleich als Politischer Sekretär der Partei im Bezirk Berlin-Brandenburg wesentlich zur richtigen Orientierung beitrug, indem er einen exakten Plan der notwendigen ideologisch-politischen Offensive ausarbeitete. Er ging dabei ganz methodisch vor, richtete die Stoßkraft der Partei und der ‚Roten Fahne‘ auf die schwachen Stellen des faschistischen Feindes und setzte dort unseren ideologischen Angriff an. Immer zielte er darauf, durch volkstümlich klare Argumente die irreführten Werkstätigen dem faschistischen Einfluß zu entreißen.

Walter Ulbricht brachte mir damals persönlich in die Redaktion elf Fragen an die Naziführer, die er als Ausgangspunkt für diese ideologische Offensive formuliert hatte und die am 27. Juni 1930 in der ‚Roten Fahne‘ erschienen – Fragen, die Punkt für Punkt, in der peitschenden Sprache der Tatsachen, das Zusammenspiel Hitlers und seiner Clique mit den Monopolkapitalisten und Junkern bloßlegten.

Kennzeichnend für die Arbeitsmethode Walter Ulbrichts war, daß er sofort“ (nach der Veröffentlichung des Programms – d. V.) „der ganzen Partei in Berlin klarmachte: Dieses Programm der natio-

nalen und sozialen Befreiung ist nicht eine einmalige und allgemeine Deklaration, sondern das Programm einer dauernden Aktion, das kühn begonnen und konkret im täglichen Kampf angewandt werden muß, damit es die Massen ergreift. Die faschistischen Demagogen sollten überall in der direkten Auseinandersetzung vor die entscheidenden, für sie peinlichen nationalen und sozialen Zukunftsfragen des deutschen Volkes gestellt werden. Genosse Ulbricht konzentrierte alles auf die Beharrlichkeit in dieser ideologischen Arbeit, weil diese die wichtigste Voraussetzung dafür war, die Naziführer zu entlarven, das werktätige Volk zu aktivieren und die faschistische Gefahr abzuwenden. Oft rief mich Genosse Ulbricht noch spät am Abend im Karl-Liebknecht-Haus zu sich, oder er kam mit seinen handschriftlichen Notizen selbst in die Redaktion der ‚Roten Fahne‘, um mir neue Fragen, Erscheinungen, Argumente mitzuteilen und unmittelbar die notwendige Antwort anzuregen.“

Bei der Wahl im September 1930 erringt die Kommunistische Partei Deutschlands 77 Abgeordnetensitze im Reichstag. Zu den Abgeordneten gehört wiederum der Bezirksleiter der KPD Berlin, Walter Ulbricht.

Im Oktober 1930 gehen 140 000 Berliner Metallarbeiter, darunter 90 000 unorganisierte, zu einem großen Streik auf die Straße. Dieser Streik ist eines der deutlichsten Anzeichen für den wachsenden Einfluß der Kommunistischen Partei. An der Seite der Streikenden steht in internationaler Solidarität die Arbeiterklasse der Sowjetunion und vieler kapitalistischer Länder. Die Werktätigen der Putilow-Werke in Leningrad schicken ein Telegramm, in dem sie sich verpflichten, den revolutionären Kampf ihrer deutschen Klassenbrüder tatkräftig zu unterstützen. Aus Frankreich, der Tschechoslowakei, der Schweiz und anderen Ländern kommt ähnliche Botschaft.

Die Arbeiter in der Sowjetunion, so erläutert Walter Ulbricht in vielen Betriebsversammlungen, bauen jetzt im Wettbewerb planmäßig den Sozialismus auf; Sache der deutschen Arbeiterklasse ist der revolutionäre Wettbewerb für den Kampf gegen die imperialistische Kriegspolitik, für den Aufbau eines revolutionären Vertrauensmännerkörpers in den Betrieben, für die Verjagung der Faschisten aus den Betrieben.

In zahlreichen Versammlungen und Gesprächen, in Referaten und

im Reichstag, überall stellt er das Programm der nationalen und sozialen Befreiung dem nationalistischen und revanchistischen Programm der Nazipartei gegenüber; er warnt vor der Gefahr der drohenden faschistischen Diktatur und ruft zum Kampf gegen sie auf. Oft versuchen die Konzernherren, aber auch reformistische Gewerkschaftsführer, ihn am Betreten der Großbetriebe zu hindern, doch die Arbeiter verhelfen Walter Ulbricht dazu, in den Deutschen Industrierwerken, in der AEG und in anderen Berliner Großbetrieben das Wort zu ergreifen und seinen Klassengenossen den richtigen Weg zu zeigen.

Januar 1931  
*Rede auf einer  
Naziversammlung  
im Saalbau  
Friedrichshain*

Die Kommunistische Partei Deutschlands hat die Nazipartei aufgefordert, öffentlich Rede und Antwort zu stehen. Den Kommunisten geht es in dieser Zeit vor allem darum, die Arbeiter und Werk tätigen über die faschistische Gefahr aufzuklären und die Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten herzustellen.

In einer Versammlung im Saalbau Friedrichshain tritt Walter Ulbricht den demagogischen Phrasen der Nazipartei und ihres Schreiers Goebbels entgegen.

Viele sind zu dieser Versammlung gekommen. Neben den SA-Schlägern sitzen Arbeitslose, Frauen – notleidende Menschen. Und manche von ihnen glauben an die goldenen Berge, die ihnen die Faschisten versprechen. Auch Kommunisten und sozialdemokratische Arbeiter sind im Saal.

Am Vorstandstisch sitzen Gauleiter Goebbels, Görlitzer und andere führende Nazis.

Nach zwei Nazi-Rednern und einem Sozialdemokraten erhält Walter Ulbricht das Wort. Beifall empfängt ihn. Er beginnt: „Ich begrüße die nationalsozialistischen, sozialdemokratischen, parteilosen und kommunistischen Arbeiter und Angestellten, die ehrlich den Kampf gegen die Diktatur des Finanzkapitals, gegen Young-Sklaverei, für Brot, Arbeit und Freiheit führen wollen.“ Neuer Beifall unterbricht ihn. Und dann entlarvt er, Schlag auf Schlag, die Lügen der Naziführer:

„Der Referent hat erklärt: ‚Wir versuchen es, auf andere Weise den Kapitalismus abzuwürgen.‘ Alle Anwesenden warteten gespannt, welche Methoden der Referent nun zur Abwürgung des

Kapitalismus vorschlägt. Aber er schwieg darüber . . . Naziführer waren es, die zum Streikbruch im Ruhrgebiet aufriefen. Severings Polizei und SA-Gruppen kämpften gemeinsam gegen die streikenden Arbeiter. Nazis schenken Millionären weitere Millionen, während das arbeitende Volk hungert. Angeblich führen die Nazis den Kampf gegen die Volksausplünderer. Aber in Wirklichkeit schenken sie ihnen Riesensubventionen . . . Während die nationalsozialistischen Führer die Geldsäcke des Großkapitals der Youngrepublik nicht nur schützen, sondern sie sogar noch auffüllen wollen, rufen sie gleichzeitig zum Arbeitermord auf.“

Für jede dieser Behauptungen zählt der Redner eine Reihe von überzeugenden Beweisen auf und begründet zugleich das Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands zur nationalen und sozialen Befreiung. 45 Minuten lang folgt der Saal mit gespannter Aufmerksamkeit seinen Darlegungen. Während zu Beginn die Mehrheit noch mit den Naziauffassungen sympathisiert, ist nach der Rede Walter Ulbrichts sichtbar, daß er die Mehrheit gewonnen hat.

Wohlweislich haben die Nazis ihren größten Schreier und gewitztesten Demagogen, Goebbels, bis zum Schlußwort aufgehoben. Aber selbst der kann der Beweiskraft der Argumente Walter Ulbrichts nichts anderes entgegensetzen als eine freche Provokation. Seine SA-Horden leisten sofort Folge, indem sie durch eine Schlägerei die Versammlung sprengen.

„Herr Goebbels kam nicht mehr dazu, das Schlußwort in dieser Versammlung zu halten. Das Schlußwort halten die kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter in den Betrieben und Stempelstellen, in den Wohnvierteln und auf der Straße!“ schreibt am nächsten Tag die „Rote Fahne“, die unter der Schlagzeile erscheint: „Der Führer der Berliner Kommunisten, Genosse Ulbricht, schlägt Goebbels im Saalbau Friedrichshain.“

Die Mehrheit aller antifaschistischen Kräfte zum Kampf zu vereinigen ist stets das Streben Walter Ulbrichts. Wie er als Bezirksleiter der Kommunistischen Partei auf jede Stimme hört, die sich gegen die Gefahr des Faschismus erhebt, geht aus verschiedenen Berichten über die beginnenden dreißiger Jahre hervor.

„Im Sommer 1931, in einer Zeit also, in der die Nazis immer frecher wurden, hörte ich den Bezirksleiter der KPD von Berlin-Brandenburg, den Genossen Walter Ulbricht, zum ersten Mal im



Kreis von Funktionären des Unterbezirks Moabit der KPD über die Einheitsfront der deutschen Arbeiterklasse sprechen“, berichtet Ernst Engelberg. „Wir waren im Nebenzimmer eines Arbeiterlokals in der Nähe des Rostocker Kietz versammelt. Viel Erbitterung gab es bei den Genossen der KPD: über die Kleinere-Übel-Politik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die Brüning-Regierung betreffend, über terroristische Maßnahmen der SPD-Minister gegen die revolutionäre Arbeiterklasse, über all die Sabotagen des gemeinsamen Kampfes durch die rechten Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften. Aus dieser inneren und äußeren Situation heraus entstand die radikalistische Forderung einiger Genossen, man solle die Mitglieder der Freien Gewerkschaften auffordern, aus Protest gegen die Bonzen keine Beiträge zu zahlen. Ich sehe und höre heute noch, wie Genosse Ulbricht gegen diese dogmatische und sektiererische Einstellung anging. Er machte sich Sorgen darüber, daß sich die KPD von den Mitgliedern der SPD und der Gewerkschaften isolieren könnte; jetzt wurde da noch eine Politik gefordert, welche die letzten KPD-Mitglieder aus den größten Massenorganisationen der deutschen Arbeiterklasse hinaustreiben mußte. Schon damals fiel mir auf, wie Genosse Walter Ulbricht als ein revolutionärer Dialektiker prinzipielle Festigkeit organisch mit taktischer Elastizität verband. Er machte aus seinem Herzen keine Mördergrube und kritisierte mit scharfen Worten die Genossen, die nur mit dem Gefühl und ohne nüchterne Überlegung Politik machen wollten.“

Im gleichen Sommer 1931 wird an der Berliner Universität ein Ausschlußverfahren gegen eine Gruppe antifaschistischer Studenten eingeleitet. Die Studenten wenden sich an bürgerlich-liberale und sozialdemokratische Kreise um Unterstützung – vergeblich. Nur die Kommunistische Partei reagiert sofort. Der Bezirksleiter der Kommunistischen Partei Deutschlands lädt einen Vertreter der Roten Studenten zu einem Gespräch ein. Es ist Wilhelm Girnus, der später darüber berichtet: „Er empfing mich als Beauftragten der angeklagten Studenten in seinem Büro am Bülowplatz – heute Rosa-Luxemburg-Platz –, im jetzigen Thälmann-Haus. Sachlich und kurz ließ er sich die Lage an der Universität erklären: den wachsenden physischen Terror der SA- und SS-Studenten, das Umsichgreifen der faschistischen Ideologie, die reaktionäre Haltung der Universitätsbehörden, das Kräfteverhältnis zwischen fortschritt-

lichen und reaktionären Studenten. Er notierte sich sorgfältig die Vorfälle, die Namen der angeklagten antifaschistischen Studenten und das Datum der angesetzten Verhandlung. Nach kurzem Nachdenken sagte er: „Nur die Berliner Arbeiter können den antifaschistischen Studenten eine wirksame Hilfe geben und die Aufgabe Professor Einsteins“ (der sich zur Verteidigung der Studenten bereit erklärt hatte – d. V.) „erleichtern.“ Er werde den gewählten Organen der Berliner Arbeiter in den Betrieben durch die Kommunisten die Vorfälle bekanntgeben. Die Betriebsräte würden in Betriebsversammlungen Stellung nehmen und die Berliner Arbeiter mobilisieren.

Walter Ulbricht erklärte, der Vorstoß der Faschisten an den Universitäten und das Vorgehen der Universitätsbehörden ermutige die Faschisten. Die Berliner Arbeiterklasse könne nicht dulden, daß sich im roten Berlin unter aktiver Unterstützung durch die Universitätsbehörden Brutstätten des faschistischen Terrors entwickelten. Es liege im Interesse der Arbeiterklasse, die angeklagten Studenten in der Öffentlichkeit in jeder Weise zu unterstützen. Er versprach den Studenten die Hilfe der Kommunistischen Partei und der Arbeiterschaft Berlins.

So, wie Walter Ulbricht gesagt, geschah es in den Betrieben. Als Rektor Professor Deissmann am 11. Juli 1931 die Verhandlung des Senats gegen die fünf Studenten eröffnete, wies er mit der Hand auf einen riesigen Berg von Schreiben und Resolutionen hin, die auf einem Tisch ausgebreitet waren. „Was soll denn das heißen?“ sagte er, „das ist doch keine Angelegenheit der Fabriken, sondern der Universität!“ Die Berliner Arbeiter waren anderer Meinung. Unter der Führung der Kommunistischen Partei, durch die Initiative Walter Ulbrichts ausgelöst, hatten sie Stellung bezogen und forderten die Niederschlagung dieses politischen Gesinnungsverfahrens.“ – Einige Monate später wird gegen Walter Ulbricht selbst ein politisches Gesinnungsverfahren eingeleitet.

Seit den frühen Morgenstunden des 25. September warten Hunderte von Arbeitern vor dem Reichsgericht in Leipzig auf Einlaß. Der Gerichtssaal kann sie nicht alle fassen. Die vielen, die draußen bleiben, demonstrieren vor dem Gerichtsgebäude. Ein Überfallkommando der Polizei wird gegen sie eingesetzt.

September  
1931

*Prozeß vor dem  
Reichsgericht*

Vor den Schranken der Klassenjustiz steht Walter Ulbricht, angeklagt der Vorbereitung zum Hochverrat. Die Aufzählung seiner „Verbrechen“, die sich auf Angaben der Polizeipräsiden von Dresden und Berlin stützt, veranlaßt Walter Ulbricht, dem Gericht vorzuschlagen, man möge doch die Polizeipräsidenten als Zeugen laden, da sie viel mehr von ihm wüßten, als er selbst.

Im Verlauf der Verhandlung bricht die konstruierte Anklage zusammen, das Gericht kann sich lediglich auf einige von Walter Ulbricht unterzeichnete Artikel stützen, die das Volk aufrufen, sein Recht gegen Nazismus und Krieg zu verteidigen.

„Nach dieser Anklage gibt es nahezu nichts mehr, was nicht als Hochverrat angesehen werden könnte“, sagt Walter Ulbricht in der Verhandlung. „Was ist eigentlich kein Hochverrat, wenn schon die Aufforderung zum politischen Massenkampf für Lohn und Brot darunter fallen soll? Wir kommunistischen Abgeordneten sind von Millionen beauftragt, ihre Interessen, die Interessen der Werktätigen zu vertreten.“

Dem Vorwurf, gegen die Verfassung gehandelt zu haben, begegnet der angeklagte Ankläger des imperialistischen Staates mit den Worten: „Die Pressefreiheit, die Versammlungsfreiheit, die Meinungsfreiheit sind aufgehoben. Entgegen der Verfassung wird der schärfste Terror gegen das revolutionäre Proletariat ausgeübt. Welche Freiheit gibt es noch in Deutschland? Es gibt nur noch die Freiheit für die Besitzenden, Profite zu machen, und für den Arbeiter – zu verhungern.“ – Die Beifallsäußerungen der Zuhörer werden bei diesen Worten so laut, daß der Vorsitzende Polizisten in den Zuschauerraum ruft.

„Weil wir eine andere Verfassung als die jetzige wollen, eine Verfassung, in der die Arbeiter zu bestimmen haben, darum ist unser oberstes Gesetz einzig und allein die Vertretung der Interessen des ganzen werktätigen Volkes, der Arbeiter, der Bauern, der Angestellten und des verelendeten Mittelstandes“, erklärt Walter Ulbricht unerschrocken.

Der Strafantrag des Oberreichsanwaltes auf zwei Jahre Festungshaft löst neue Empörung im Zuschauerraum aus. Aber ruhig erklärt Walter Ulbricht in seinem Schlußwort: „Wenn hier noch auf Grund von Gesetzen aus dem Jahre 1871 geurteilt wird, dann hat sich doch eines geändert: Damals wurden Sozialdemokraten verurteilt, heute beschließen Sozialdemokraten, daß die Kommunisten

vor das Reichsgericht müssen . . . Das Reichsgericht hat sich aber auch mit dem Faschismus solidarisiert, weil es meine Berliner Rede, die sich ausschließlich gegen den Faschismus richtete, zur Anklage benutzt . . . Nicht das Urteil, das Sie fällen, ist für uns maßgebend, sondern die Beurteilung unserer Handlungen durch die Arbeiterklasse, deren Interessen allein wir Kommunisten vertreten.“

Das am 26. September 1931 ausgesprochene Urteil auf zwei Jahre Festung für Walter Ulbricht wird auf Grund seiner Immunität als Reichstagsabgeordneter ausgesetzt und ein Jahr darauf durch eine Amnestie aufgehoben.

Zu Beginn des Jahres 1932 tritt Walter Ulbricht auf vielen Versammlungen, Wahlkundgebungen und im Reichstag für die Wahl Ernst Thälmanns zum Reichspräsidenten ein, den die Kommunistische Partei Deutschlands als Kandidaten aufgestellt hat. „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“ ist die Losung der Kommunistischen Partei. Die rechten sozialdemokratischen Führer dagegen fordern zur Wahl Hindenburgs auf, des Kandidaten des deutschen Militarismus und Imperialismus, und stellen sich damit dem einheitlichen Kampf der Arbeiter gegen die drohende faschistische Diktatur entgegen.

An der Seite Ernst Thälmanns steht Walter Ulbricht am 1. Mai 1932 auf der Tribüne im Lustgarten und hält die Eröffnungsrede für die Kundgebung. Machtvoll demonstrieren die Kommunisten gemeinsam mit sozialdemokratischen Arbeitern, Gewerkschaftern und Unorganisierten gegen die faschistische Gefahr.

Die Freundschaft und enge Verbundenheit zur Sowjetunion wie einen Augapfel zu hüten, das lehrt die Partei die Arbeiter immer wieder. Sie beweist, daß die antisowjetische Hetze und die verstärkte Kriegsrüstung des deutschen Monopolkapitals zwei Seiten einer Sache sind: des Übergangs zur offenen faschistischen Diktatur. Deshalb mobilisieren Ernst Thälmann, Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Fritz Heckert, Ernst Schneller und die anderen Mitglieder des Zentralkomitees die Werktätigen zur Verteidigung der Sowjetunion und ihrer Friedenspolitik.

Auf Initiative Ernst Thälmanns ruft die Kommunistische Partei Deutschlands im Frühjahr 1932 die Arbeiter und alle antifaschistisch gesinnten Deutschen zur Bildung der Antifaschistischen Aktion auf. Neue Kampfformen entwickeln sich. Sozialdemokra-

ten, Christen und Kommunisten, Arbeitende und Arbeitslose, Organisierte und Unorganisierte in allen Teilen Deutschlands bilden antifaschistische Einheitsfrontausschüsse.

Auf einer Einheitsfrontkundgebung in Bernau am 29. April 1932 erklärt Walter Ulbricht: „Das Zentralkomitee unserer Partei hat im Aufruf an alle deutschen Arbeiter allen Arbeitern und Arbeiterfrauen, allen Organisationen, in denen Arbeiter vereinigt sind und die wirklich den Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsabbau führen wollen, die Hand zum gemeinsamen Kampf gereicht. Wir Kommunisten fordern nicht als Voraussetzung eines solchen Kampfes die Anerkennung des kommunistischen Programms. Wir appellieren an alle Arbeiter zum gemeinsamen Kampf für Lohn und Brot, gegen den Faschismus. Dieser Kampf kann nur auf der Grundlage unserer eigenen Klasseninteressen mit Erfolg geführt werden.“

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands schlägt der Führung der Sozialdemokratischen Partei wiederholt gemeinsame Aktionen vor. Walter Ulbricht orientiert die Berliner Parteiorganisation konsequent auf die Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern.

Wie recht die Kommunistische Partei hat, bestätigen die nun schon fast täglichen blutigen Terroraktionen der Nazis gegen fortschrittliche Arbeiter, ganz gleich, ob es Kommunisten oder Sozialdemokraten sind, erweist mit aller Deutlichkeit auch der Feuerüberfall, der am 25. Juni von SA-Horden auf das Gebäude des sozialdemokratischen „Vorwärts“ in der Lindenstraße verübt wird. Zwei Mitglieder des Reichsbanners werden dabei niedergeschossen. Unmittelbar danach besucht Walter Ulbricht die Mitglieder der Reichsbannerorganisation im Gebäude des sozialdemokratischen Zentralorgans. Seine Vorschläge zum gemeinsamen Handeln treffen auf große Bereitschaft. Der Kampfbund gegen Faschismus stellt nun Verstärkung für die Wachen zum Schutz des Gebäudes bereit.

Auch viele andere sozialdemokratische Arbeiter sind am Zusammengehen gegen die Nazis interessiert. Die Belegschaft der Firma Lorenz in Tempelhof lädt zu einer Versammlung Ende Juni den Bezirksleiter der Kommunistischen Partei Deutschlands, Walter Ulbricht, und den SPD-Vorsitzenden in Berlin, Franz Künstler, ein. Beide sprechen für gemeinsame Aktionen.

Einen Monat später gelingt es Walter Ulbricht, direkt mit Franz Künstler über eine gemeinsame Kundgebung und gemeinsame Versammlungen zu verhandeln. Doch der rechte Sozialdemokrat Wels mißbilligt im Auftrag des sozialdemokratischen Parteivorstandes öffentlich die Haltung Franz Künstlers und verbietet die Kundgebung. Der hoffnungsvolle Beginn eines gemeinsamen Vorgehens gegen die Faschisten wird schon im Keim erstickt.

Durch ihre konsequente antifaschistische Politik gewinnt die Kommunistische Partei Deutschlands immer mehr Einfluß. Bei den Wahlen des Jahres 1932 erhält sie nahezu sechs Millionen Stimmen, während die faschistische Bewegung stagniert und sogar Stimmen verliert.

Eine neue Streikwelle beginnt. Der Höhepunkt ist der Berliner Verkehrsarbeiterstreik vom 3. bis 8. November 1932. Fünf Tage lang läßt dieser Streik Deutschland und Europa aufhorchen. Er beginnt als Kampf gegen einen geplanten zehnpromzentigen Lohnabbau. Jetzt zeigt sich, was gut organisierte Betriebszellen der Kommunistischen Partei und die engen Verbindungen mit den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten in den Betrieben bedeuten. Unter Leitung des Betriebsratsvorsitzenden der BVG, Adolf Deter, und unter unmittelbarer Teilnahme Walter Ulbrichts wird von den Vertrauensleuten der Verkehrsarbeiter in der Nacht vom 2. zum 3. November der Streik beschlossen.

Am Morgen des 3. November liegt der Verkehr der Weltstadt Berlin still. 22 000 Verkehrsarbeiter gehen auf die Straße. Kundgebungen der Erwerbslosen, Demonstrationen, Geldsammlungen, Solidaritätskundgebungen in und außerhalb Berlins unterstützen sie. Telegramme aus allen Teilen Deutschlands und aus Moskau, Budapest, Paris, Warschau treffen ein. „Helft alle siegen!“ ruft die „Rote Fahne“ am ersten Streiktag und wird sogleich verboten.

Brutale Polizeigewalt soll den Kampf der Berliner Arbeiter unterdrücken. Die Direktion der Berliner Verkehrsgesellschaft versucht, Streikbrecher einzusetzen. Die Streikenden graben Schienen aus, legen Verkehrshindernisse, werfen Streikbrecherwagen um. Und selbst im vornehmen Berliner Westen und im Stadtzentrum, wo einige Streikbrecherwagen unter Polizeischutz die Fahrt aufnehmen, zeigt die Bevölkerung ihre Solidarität. Die Wagen bleiben fast ohne Fahrgäste.

Im Verlauf der ereignisreichen Tage wächst der Streik weit über

die ökonomischen Forderungen der Verkehrsarbeiter hinaus und richtet sich kraftvoll gegen die Lohnabbau-Notverordnungen und ihre Urheber, die reaktionäre Papen-Regierung. Herr von Papen sieht sich selbst genötigt, mit einer Rundfunkansprache das Geschehen zu beeinflussen. Daß der Streik trotz der großen Kampfbereitschaft nach fünf Tagen schließlich abgebrochen wird, hat seine Ursache im Eingreifen der reformistischen Gewerkschaftsführer.

Auf dem Bezirksparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands Berlin-Brandenburg am 19. November zieht Walter Ulbricht die Lehren aus dem Streik und erklärt: „Unser Bezirksparteitag steht im Zeichen der kämpfenden Einheitsfront der Arbeiterklasse gegen die drohende faschistische Diktatur. Der Verkehrsarbeiterstreik ist ein Beweis dafür, wie die kämpfende Einheitsfront der Arbeiterklasse in die Tiefe und Breite gewachsen ist.“

Die Kommunistische Partei bleibt die einzige Partei, die voraussagt: „Hitler – das ist der Krieg!“, die einzige Partei, die wahrhaft für die nationalen und sozialen Interessen des Volkes kämpft.

Die Aktionseinheit mit der sozialdemokratischen Führung kommt nicht zustande, nicht einmal im Augenblick der größten Gefahr. Als die Nazis am 22. Januar 1933, gedeckt durch Polizei-Gummiknüppel und Panzerautos, provokatorisch vor das Karl-Liebknecht-Haus ziehen, in dem das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands seinen Sitz hat, lehnt die Führung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands die Aufforderung zu gemeinsamer Gegenwehr ab.

Die Kommunistische Partei ruft zu einer Gegendemonstration für den 25. Januar auf. Unabsehbar ist die Menge, die an diesem Tag vier Stunden lang an der Tribüne vor dem Karl-Liebknecht-Haus vorüberzieht, auf der Ernst Thälmann, John Schehr, Walter Ulbricht und andere führende Funktionäre der Kommunistischen Partei Deutschlands stehen. Ernst Thälmann ergreift das Wort – es ist seine letzte öffentliche Rede, sein „Trotz alledem!“.

Am 30. Januar – noch ist es Zeit, das Unheil abzuwenden – eilt Walter Ulbricht vom Karl-Liebknecht-Haus zum Sitz des sozialdemokratischen Parteivorstandes. Er überbringt im Auftrag Ernst Thälmanns den Vorschlag des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands, gemeinsam den Generalstreik auszurufen. Die Sozialdemokratische Partei lehnt den Vorschlag ab.

Kurz danach verkünden die Nachmittagszeitungen: „Adolf Hitler Reichskanzler.“ Die Monopolherren und Militaristen haben mit Hilfe ihres Reichspräsidenten Hindenburg den braunen Henkern die Macht zugespielt, die diese auf entmenschte, furchtbare Weise gegen das Volk und seine besten Vertreter, gegen die Kommunistische Partei, aber auch gegen Sozialdemokraten und andere antifaschistisch-demokratische Kräfte zu gebrauchen beginnen.

Eine Woche danach, am 7. Februar 1933, tritt das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands unter tiefster Geheimhaltung im Sporthaus Ziegenhals bei Berlin zu einer bedeutsamen Plenartagung zusammen – für Ernst Thälmann und viele andere Genossen wird es die letzte, die sie erleben. Walter Ulbricht leitet die Sitzung, und er bricht sie ab, als die Sicherungsposten melden, daß verdächtige Gestalten vor dem Grundstück aufgetaucht sind.

„Genossen, die Sicherung unserer Tagung ist nicht mehr gewährleistet“, sagt er. „Es kommt darauf an, daß alle Genossen ungefährdet Berlin erreichen und wieder in ihre Heimatorte zurückkehren. Ich schließe deshalb die heutige ZK-Tagung.“

Zwei Stunden später ist die SA im Sporthaus Ziegenhals, doch sie findet niemanden mehr vor. Die Parteiführung ist ihrem brutalen Zugriff noch rechtzeitig entgangen.



## Kampf gegen den Faschismus

Am 27. Februar 1933 schlagen Flammen aus dem Reichstagsgebäude, entfacht von den Faschisten. Schon kurz danach kursiert unter den Berliner Arbeitern das sarkastische Wort: „Wer hat den Reichstag angesteckt? Die Gebrüder SASS!“ (berühmte Berliner Geldschrankknacker. – Die Arbeiter gebrauchten „SASS“ als tarnendes Wortspiel für SA und SS – d. V.) SA und SS aber machen blutige Jagd auf die Kommunisten. Am 3. März 1933 wird Ernst Thälmann verhaftet. Das ist der schwerste Schlag für die Kommunistische Partei und für alle demokratischen Kräfte in Deutschland. Für die Parteiführung ist es schwierig, ohne die kluge, weitsichtige Leitung „Teddys“ – so nennen ihn vertrauensvoll die Genossen – zu sein. Eine schwere Zeit ist angebrochen.

Vom Zentralkomitee wird Wilhelm Pieck mit der Vertretung des Parteivorsitzenden beauftragt. Die operative Leitung der illegalen Partei übernehmen nun das Politbüro und das Sekretariat des Zentralkomitees mit Wilhelm Pieck, John Schehr und Walter Ulbricht. Mit einem Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands beginnt eine immer größer werdende internationale Solidaritätsbewegung für die Befreiung Ernst Thälmanns und aller eingekerkerten Antifaschisten.

Trotz Terror und Mord erhält die Kommunistische Partei bei der Wahl am 5. März 1933 fünf Millionen Stimmen, ein unwiderlegbarer Beweis ihrer Verbundenheit mit dem Volk. Wenige Tage danach, am 9. März, werden die 81 Reichstagsmandate der Kommunistischen Partei Deutschlands von den Nazis widerrechtlich annulliert. Am gleichen Tage wird Georgi Dimitroff, einer der füh-

renden Funktionäre der Kommunistischen Internationale, verhaftet.

Vor den Schranken des Leipziger Reichsgerichts erhebt der Angeklagte Georgi Dimitroff im Herbst 1933 seine Stimme zur großen, in der ganzen Welt hörbaren Anklage gegen das faschistische Regime. Dimitroff entlarvt nicht nur die Reichstagsbrandstifter, sondern entwickelt zugleich entscheidende Grundgedanken für die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und der antifaschistischen Volksfront gegen den Faschismus.

Fast dreißig Jahre später sagt Walter Ulbricht über diese Zeit: „Während des Reichstagsbrandprozesses hatte ich mit ihm“ (Georgi Dimitroff – d. V.) „unter anderem die Verbindung über seinen Rechtsanwalt. Wir besorgten ihm Informationen und das Material, das er wünschte. Mitten im Lager des Faschismus entrollte Georgi Dimitroff das Banner des antifaschistischen Kampfes, für Demokratie und Frieden. Schon damals waren wir uns bewußt, daß im Auftreten Georgis vor dem Reichsgericht gegen den Hitlerfaschismus die neue taktische Orientierung unserer Partei und der Kommunistischen Internationale enthalten war. Er begründete die Notwendigkeit der Aktionsgemeinschaft zwischen der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei, ohne Bedingungen. Seine großen Erfahrungen als Partei- und Gewerkschaftsfunktionär und seine gründlichen Kenntnisse der Lehre Lenins befähigten ihn, die Initiative zur Neuorientierung der Kommunistischen Internationale zu ergreifen und die Einheitsfront- und Volksfrontpolitik zu begründen.“

Die Faschisten suchen weiter. Kommunisten und alle, die mit ihnen sympathisieren, Sozialdemokraten und andere Antifaschisten, sind Oktober 1933  
Freiwild geworden. Doch auf einige sind sie besonders erpicht. Emigration

Auf dem Haftbefehl, der bereits im Februar 1933 gegen 24 Mitglieder des Zentralkomitees erlassen worden ist, steht auch der Name Walter Ulbrichts.

Vollbrachte er sein großes Maß an Arbeit schon vorher unter ständigem Einsatz seines Lebens, da er als Bezirksleiter von Berlin überall bekannt war, so bedeutet jetzt erst recht jeder Schritt Gefahr; jede Minute, jede Stunde, jeder Tag kann seine Verhaftung bringen.

Doch sie können seiner nicht habhaft werden. Viele gute Genossen und Freunde sind Helfer im illegalen Kampf der Partei. Hin und wieder macht sich eine Zusammenkunft von Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht notwendig. Wo soll sie stattfinden? Genosse Hermann Dünow, der den Auftrag hat, sie zu organisieren, überlegt. In einem Lokal? Unmöglich, dazu sind beide viel zu bekannt. Aber auch die Wohnungen der Antifaschisten werden bespitzelt und bewacht. Da fällt ihm ein Genosse ein, der Taxifahrer ist, er könnte helfen.

Es ist ein Tag in Berlin wie viele andere dieser Zeit. Äußerlich hat sich wenig geändert. Durch die Straßen rollt der Großstadtverkehr, niemand achtet besonders auf das Taxi mit dem roten Besetzt-Zeichen. Es hält an zwei verschiedenen Stellen, nacheinander steigen zwei Männer zu, dann ordnet sich der Wagen wieder in den Rhythmus des Verkehrs ein. Kreuz und quer durch Berlin geht die Fahrt, lange und ohne Halt. Im Wagen aber sitzen Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck und können ungestört beraten, welches die nächsten Schritte im antifaschistischen Kampf sind.

Die Arbeit, die von der Parteiführung geleistet wird, ist äußerst kompliziert. Während sie den antifaschistischen Widerstand organisiert, muß sie gleichzeitig die Partei auf die illegale Tätigkeit umstellen. Die Kommunistische Partei Deutschlands ist in den vergangenen Jahren gewachsen, erstarkt, ist eine Massenpartei geworden; ihre Funktionäre sind den Faschisten und vielen anderen bekannt.

Wilhelm Pieck und andere führende Genossen müssen Mitte Mai auf Parteibeschuß Deutschland verlassen und bilden in Paris die Auslandsleitung der Kommunistischen Partei Deutschlands. Im Lande organisiert John Schehr die politische Arbeit; Walter Ulbricht ist für den Übergang der Parteiorganisationen in die Illegalität verantwortlich.

Trotz grausamsten Terrors gelingt es der faschistischen Gestapo nicht, die Organisationen der Partei zu zerschlagen; trotz vieler Verhaftungen werden immer wieder neue Leitungen gebildet. Ein großer Teil der Funktionäre, vor allem die Abgeordneten, werden in andere Orte und Gebiete überführt, in denen sie nicht oder nur wenig bekannt sind. Auch dort muß wieder Verbindung zu den illegalen Parteileitungen hergestellt werden. Andere Genossen werden in die Emigration geschickt.

Tausend Dinge sind zu beachten, um die gefährdeten Genossen zu schützen. Walter Ulbricht bleibt wenig Zeit, zu bedenken, daß er ja selber alles andere als unbekannt und deshalb besonders gefährdet ist. Natürlich erfordert diese Tatsache außerordentliche Sorgfalt bei der Arbeit, die er leistet. Zum Besuch der Treffpunkte steht ihm auch weiter ein Taxi zur Verfügung, so daß er sich nur selten auf der Straße sehen lassen muß. Trotzdem entgeht er manchmal nur mit knapper Not den Gestapohäschern.

Eine Besprechung des Sekretariats in einer Arbeiterwohnung des Berliner Nordens wird plötzlich unterbrochen: Ein Polizeibeamter ist an der Wohnungstür und verhandelt barsch mit der Wirtin. Erschrocken sehen sich die Genossen im Nebenzimmer an. Wahrscheinlich ist es doch aufgefallen, daß mehrere Besucher in die Wohnung kamen. Doch der beherzten Arbeiterfrau gelingt es, den Polizisten zunächst abzuweisen. Als er kurz danach mit Verstärkung anrückt und die Räume durchsucht, ist niemand mehr da.

Im September erscheint der Steckbrief Walter Ulbrichts in den Zeitungen. Nun ergeht von der Parteiführung und auch vom Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale an ihn gleichfalls die Weisung, Deutschland zu verlassen. Doch es sind noch soviel notwendige Arbeiten zu erledigen, die Walter Ulbricht auf den Nägeln brennen. Vieles muß in Sicherheit gebracht, muß anderen Genossen übergeben werden. All das beschäftigt ihn so stark, läßt ihn so wenig an die eigene Sicherheit denken, daß noch mehr als ein Monat darüber vergeht. Schließlich wird er ernst ermahnt, dem Beschluß der Parteiführung nachzukommen; es sei nicht mehr zu verantworten, daß er bleibt, da alle faschistischen Polizei- und Naziorgane auf der Suche nach ihm sind. Am 27. Oktober 1933 verläßt er Berlin und Deutschland und geht nach Paris.

Fern von der Heimat, doch untrennbar mit ihr verbunden, sorgsam jeder Nachricht, jedem Bericht aus Deutschland lauschend, ohne Ruhepause den illegalen Kampf unterstützend, von den Grenzgebieten aus die Arbeit im Lande lenkend und fördernd, so beginnt Walter Ulbricht als Mitglied des Politbüros die Zeit, die er außerhalb Deutschlands verbringen muß.

Die „Baseler Rundschau“ veröffentlicht seit November 1933 eine Reihe Artikel von ihm über den antifaschistischen Widerstand.

Ihren Lesern muß es scheinen, als säße der Autor mitten im Zentrum des Faschismus. Er kennt die Veröffentlichungen aus Betriebszeitungen im Rheinland, in Hamburg, in Mitteldeutschland, die antifaschistischen Aktionen mutiger Arbeiter, analysiert die Absichten der Hitlerregierung zur Versklavung der Werktätigen, den Betrug mit dem klingenden Namen „Kraft durch Freude“. Er weiß, noch ehe der „Reichsarbeitsdienst“ voll eingeführt wird, daß dies eine der wichtigsten Maßnahmen der Faschisten zur Kriegsvorbereitung ist.

„Im ‚Arbeitsdienst‘ soll die Jugend des werktätigen Volkes militärisch gedrillt, im Gräbenausheben ‚geschult‘ und dann auf den neuen Reichsautobahnen auf die Schlachtfelder des imperialistischen Krieges gefahren werden.“ Das schreibt er 1934, fünf Jahre bevor es tatsächlich so eintrifft, und er fährt fort: „Was ist aus den Idealen von Millionen Jugendlichen geworden, die nach der Machtergreifung Hitlers von einer freien, gesicherten Entwicklung ihrer Fähigkeiten geträumt haben? Wie viele Jugendliche hatten gehofft, daß nun eine sachgemäße Berufsausbildung gewährleistet wird; andere wollten Techniker werden, und wieder andere hatten gehofft, daß ihre künstlerischen Fähigkeiten nunmehr ernstlich gefördert werden. Das Gegenteil wurde Wirklichkeit.“ Dann gibt er den Mitgliedern des Kommunistischen Jugendverbandes in Deutschland wichtige Hinweise, wie sie ihre illegale Arbeit ausdehnen und den vom Faschismus blindgemachten Jugendlichen die Augen wieder öffnen können.

Immer aufs neue versucht er, den Genossen in der Heimat durch Publikationen die besten Beispiele des illegalen Widerstandes bekanntzumachen. Hitlers üblem Machwerk „Mein Kampf“, das in Deutschland in Millionenaufgabe verbreitet und später sogar den jungen Eheleuten auf den Standesämtern in die Hand gedrückt wird, setzt er das Buch „Unser Kampf“ entgegen, in dem er gemeinsam mit Franz Dahlem 200 Beispiele antifaschistischer Aktionen in Deutschland zusammengetragen hat – ein wahres Lehrbuch des antifaschistischen Widerstandes.

Paris – Prag – Moskau: Überall hilft Walter Ulbricht im Auftrage des Zentralkomitees, die antifaschistischen Kräfte zusammenzuschließen. 1934 gibt er in Moskau jungen Genossen, die zur Fortsetzung der illegalen Arbeit nach Deutschland zurückkehren, die letzten Hinweise. In einem vielstündigen Gespräch

beantwortet er ihre Fragen, erläutert ihnen neue Arten des Widerstandes, Einzelheiten über die Ausnutzung legaler Möglichkeiten in den faschistischen Organisationen, weist sie aber auch auf die hinterhältigen Praktiken der Gestapospitzel hin. Seine Sorge geht so weit, daß er ihr für die Abreise bereitstehendes Gepäck kontrolliert, damit es nichts Verdachterregendes enthalte. Gut gerüstet treten die jungen Helden die Reise in die Heimat an.

Ein anderes Mal trifft er im 14. Arrondissement von Paris in der Wohnung eines Arztes den Genossen Adolf Deter, der Gewerkschaftsarbeit leistet, und den Genossen Wilhelm Koenen, der im Internationalen Komitee gegen Faschismus und Krieg tätig ist. Er will alles ganz genau wissen, über die Arbeit, die Verbindung der Genossen zu Sozialdemokraten und fortschrittlichen Persönlichkeiten, die Beziehungen zu den französischen Gewerkschaftern.

Die Kraft der internationalen antifaschistischen Bewegung hat Georgi Dimitroff von den Faschisten freigekämpft. Nun fragt Walter Ulbricht den Genossen Wilhelm Koenen, welche Maßnahmen das Komitee gegen Faschismus und Krieg ergreift, um die Bewegung zur Befreiung Ernst Thälmanns und aller eingekerkerten Antifaschisten weiter anwachsen zu lassen.

Er erkundigt sich, welche Verbindungen bestehen zu den deutschen Seeleuten, die sich in den französischen Häfen aufhalten. Er empfiehlt den Genossen, aus den Erfahrungen der Kommunistischen Partei Frankreichs zu lernen, die eine breite Massenpolitik betreibt. Dann entwickelt er entsprechend dem Beschluß der Parteiführung das Programm, wie die Arbeit weitergeführt werden soll, um alle Hitlergegner, gleich welcher Weltanschauung, zum gemeinsamen Handeln zusammenzuschließen.

Die Parteiführung zieht in diesen Jahren die Lehren aus den Ereignissen, dem veränderten Kräfteverhältnis und den neuen Bedingungen des Klassenkampfes. Die Strategie und Taktik für den Kampf gegen den Faschismus wird ausgearbeitet. Diese große schöpferische und wissenschaftliche Arbeit, die vor allem von Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht bewältigt wird, vollzieht sich seit dem Sommer 1934 in gleichzeitiger konsequenter Auseinandersetzung mit opportunistischen und sektiererischen Auffassungen einiger Mitglieder des Zentralkomitees.

Juli/August  
und Oktober  
1935

*VII. Weltkongreß  
der  
Kommunistischen  
Internationale -  
Brüsseler Partei-  
konferenz*

Es geht darum, alle Freunde des Friedens, alle Gegner der faschistischen Barbarei unter dem Banner des Kampfes für Frieden und Demokratie zu vereinigen. So entsteht das neue, der Gegenwart und der Zukunft Rechnung tragende Programm für die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse gegen den Hitlerfaschismus und zur Schaffung der antifaschistischen Volksfront, das Programm zum Sturz des Hitlerregimes und für den Aufbau eines neuen Deutschlands. Es stützt sich auf die Erfahrungen der illegalen deutschen Antifaschisten, besonders der kommunistischen Parteiorganisationen, und auf die Erkenntnisse der internationalen Arbeiterbewegung in dieser Zeit.

Es ist gerade zehn Jahre her, daß Walter Ulbricht bei seiner Tätigkeit im Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale die internationale Arbeiterbewegung intensiv studierte und aus nächster Nähe kennenlernte. Die dort und später erworbenen Erkenntnisse und Einsichten befähigen ihn nun, nicht allein als deutscher, sondern auch als internationaler Arbeiterführer wirksam zu werden.

Der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, der im Juli und August 1935 in Moskau stattfindet, krönt die Arbeit der marxistisch-leninistischen Kräfte in der Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands. Georgi Dimitroff begründet auf dem Kongreß die Wende in der Politik der Kommunistischen Internationale, die Politik der Kampffront mit den sozialdemokratischen Parteien – der Bildung der Volksfront für Frieden und Demokratie, gegen Faschismus und Krieg. Wilhelm Pieck erstattet den Rechenschaftsbericht des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Walter Ulbricht spricht auf dem Kongreß über den Weg zum Sturz des Hitlerfaschismus. Er wird als Kandidat des EKKI wiedergewählt.

Die aus der Analyse der Lage im faschistischen Deutschland erarbeitete Strategie und Taktik der Kommunistischen Partei Deutschlands wird als ein wichtiger Beitrag zum VII. Weltkongreß in seinen Beschlüssen berücksichtigt. Diese bedeutendste Beratung der Kommunistischen Internationale seit dem Tode Lenins stärkt die kommunistische Weltbewegung und befähigt die einzelnen Parteien, auf der festen gemeinsamen Grundlage des Marxismus-Leninismus die speziellen nationalen Probleme zu erkennen und sich in ihrem Kampf darauf einzustellen.

Die Schlußfolgerungen für die Kommunistische Partei Deutschlands werden gezogen, als im Oktober in der Nähe von Moskau die „Brüsseler“ Parteikonferenz stattfindet, die ihren Namen aus Gründen der Tarnung für die illegalen Delegierten aus Deutschland trägt. Wilhelm Pieck wird hier in Vertretung des eingekerkerten Genossen Ernst Thälmann zum Vorsitzenden des Zentralkomitees gewählt.

Das Referat über den gewerkschaftlichen Kampf in Deutschland hält Walter Ulbricht. Er schlägt unter anderem vor, die faschistische „Arbeitsfront“ zur Vertretung der Arbeiterinteressen auszunutzen. In der Diskussion wendet er sich gegen das Sektierertum und tritt für die Durchsetzung der Einheitsfrontpolitik ein.

Jahrzehnte später, als sich die hier begonnene Volksfrontpolitik auf dem Weg über das Nationalkomitee „Freies Deutschland“, die Volkskongreßbewegung und die Nationale Front des demokratischen Deutschland längst als historisch richtig erwiesen hat, sagt Walter Ulbricht rückblickend: „Wertvolle Unterstützung bei der Herausarbeitung der neuen Strategie und Taktik erhielten die leninistischen Kader unserer Parteiführung durch Genossen Georgi Dimitroff und durch andere führende Genossen der Kommunistischen Internationale, Genossen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und anderer Bruderparteien, wie von Genossen Togliatti, Genossen Thorez und Genossen Gottwald. Die Wende in der Politik wurde im Grunde genommen durch die Vorschläge vom Genossen Georgi Dimitroff herbeigeführt.“

Die neuen Beschlüsse und Erkenntnisse müssen jetzt nach Deutschland hineingetragen werden, vorüber an den Gestapospitzeln der Grenzposten, den faschistischen Abwehrbeauftragten in den Betrieben, zu den Menschen, die es für den antifaschistischen Kampf zu stärken und zu gewinnen gilt.

Viele Antifaschisten setzen ihr Leben dabei ein, und sie finden immer neue Wege, die faschistischen Henker zu täuschen. Dazu gehören auch die kommunistischen Sportler, die Jahr für Jahr zum Wintersport ins tschechoslowakische Riesengebirge fahren und mit den tschechischen Sportlern schon lange brüderlich verbunden sind. Seit Beginn der faschistischen Nacht über Deutschland hat die Kommunistische Partei Deutschlands hier an der tschechoslowakischen Grenze mit Unterstützung der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei ein illegales Stützpunktsystem für Funktionäre



und Kuriere der Partei geschaffen. Walter Ulbricht ist bei ihnen, wann immer es möglich ist.

Daß er während der ganzen Jahre die eigene sportliche Betätigung nie an den Nagel gehängt hat, kommt nun auch der politischen Arbeit auf besondere Weise zugute. Jetzt hilft ihm das Skilaufen, die Genossen, die aus Berlin und anderen deutschen Städten kommen, in den Gebirgsbauden und den kleinen Bergbauern- und Waldarbeiterhäusern zu erreichen. Das ist mit der Gefahr der Entdeckung durch Grenzstreifen, mit Schneestürmen und mancherlei anderer Beschwernis verbunden.

1935 trifft er einige der deutschen Genossen im Kreis Vrchlabi im Hause Strazni Nr. 123 bei dem tschechoslowakischen Genossen Gaida. Das Zimmer ist nicht groß, der Ofen strahlt behagliche Wärme aus. Draußen sind unter 20 Grad minus. Die Kerzen eines Weihnachtsbaumes geben mildes Licht – die Zusammenkunft ist den Genossen aus Berlin als „Weihnachtsfeier mit besonderen Überraschungen“ angekündigt.

Da öffnet sich die Tür, und die jungen Arbeitersportler betreten den Raum, durchfrozen, vom Sturm zerzaust. Einer der Männer, die um den Tisch sitzen, sagt noch vor der Begrüßung: „Die müssen aber erst mal heißen Tee haben und einen tüchtigen Schuß Rum darin!“ Der so spricht, wird ihnen gleich darauf als „Genosse Walter“ vorgestellt. Sie drücken ihm die Hand, und schon erkennen sie ihn freudig als den ehemaligen Bezirksleiter der Berliner Parteiorganisation, als ihren Reichstagsabgeordneten Walter Ulbricht. Nachdem sie sich aufgewärmt haben, beginnt ein Gespräch, das fast bis Mitternacht dauert.

Walter Ulbricht erläutert ihnen das Manifest und die Resolution der Brüsseler Parteikonferenz. Er berät sie, wie sie ihre illegale Arbeit im Sinne der Volksfrontpolitik fortführen müssen.

Die jungen Genossen haben viele Fragen. Sie sind noch immer von tiefem Groll darüber erfüllt, daß die rechten Führer der SPD die Aktionseinheit ablehnen. Aber Walter Ulbricht erklärt ihnen geduldig, warum die Kommunistische Partei Deutschlands alles tut, um mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands als Partei in dem unmittelbaren täglichen Kampf gegen den Nazismus zusammenzuarbeiten. Nur durch gemeinsame Anstrengungen aller Hitlergegner sei es möglich, diese barbarische Herrschaft zu beseitigen. So macht er sie bekannt mit der Politik der Partei, einer

Politik, die er selbst schon durch sein Gespräch mit Franz Künstler 1932 zu verwirklichen trachtete.

Gleich nach der Brüsseler Parteikonferenz ist die Parteiführung darangegangen, die dort gefaßten Beschlüsse in die Tat umzusetzen. Als Vertreter des Zentralkomitees haben Walter Ulbricht und Franz Dahlem am 23. November 1935 in Prag mit den Mitgliedern des sozialdemokratischen Parteivorstandes Vogel und Stampfer verhandelt. Sie haben ihnen erneut ein Einheitsfrontangebot des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands unterbreitet. Aber die beiden Sozialdemokraten haben jedes Zusammengehen unter dem Vorwand abgelehnt, sie wollten sich die künftige Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Führern nicht verbauen. Walter Ulbricht berichtet den jungen Genossen davon, lehrt sie aber auch, klug zu differenzieren. Er erzählt ihnen von solchen sozialdemokratischen Führern wie Rudolf Breitscheid, die bereits die falsche Haltung der rechten Sozialdemokraten erkennen.

So nehmen die Sportler neuen Mut, neue Kraft, neue Losungen in das faschistische Deutschland mit. Walter Ulbricht aber macht sich auf den Weg zum nächsten Zusammentreffen im verschneiten Gebirge.

Auf diese Weise werden auch über die Grenzen Frankreichs, Hollands, Dänemarks durch deutsche Kommunisten – unterstützt von ihren Klassenbrüdern in den verschiedenen Ländern – die „Rote Fahne“, die „Arbeiter-Illustrierte-Zeitung“, die „Internationale“ und zahllose Flugblätter und Direktiven nach Deutschland gebracht.

Darunter sind kleine Schriften, die einen ganz harmlosen Titel tragen. So gibt es „Der ideale Gatte“, die Entstehungsgeschichte eines bekannten Films. Aber auf der dritten Seite des Büchleins steht: „Der Weg zum Sturz des Hitlerfaschismus, Rede in der Sitzung des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale vom 7. August 1935“. Unter dem Deckblatt „Rechenkunststücke und mathematische Scherze“ erscheint die Rede von der Brüsseler Parteikonferenz: „Der gewerkschaftliche Kampf in Deutschland“. E. T. A. Hoffmanns Erzählung „Das Majorat“ geht auf Seite 4 über zu der Frage: „Wie kämpft das antifaschistische Deutschland?“, die in einem umfangreichen Interview beantwortet wird. Der Autor dieser Tarnschriften heißt: „Genosse Walter“.

1936–1938 *Kämpfer für die Volksfront* Der Kampf der Partei um die Volksfront trägt erste Früchte. Wilhelm Pieck regt im Auftrag des Zentralkomitees einen gemeinsamen Aufruf von Sozialdemokraten, Kommunisten, Vertretern der Intelligenz und des fortschrittlichen Bürgertums an. Dieser Appell wird gemeinsam vorbereitet von Johannes R. Becher, Rudolf Breitscheid, Heinrich Mann, Alfred Meusel, Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht. Er wird unter dem Titel „Bildet die deutsche Volksfront! Für Frieden, Freiheit und Brot!“ vom Pariser Volksfrontausschuß im Dezember 1936 erlassen. Zu den Unterzeichnern gehören Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht von der Kommunistischen Partei Deutschlands, Rudolf Breitscheid von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Johannes R. Becher, Lion Feuchtwanger, Heinrich Mann und viele andere hervorragende Persönlichkeiten.

Auch in Deutschland sammeln sich die Antifaschisten verschiedenster Herkunft zum Kampf gegen Hitler und den drohenden Krieg.

Schon ist seine Brandfackel in Europa entzündet. Seit Juli 1936 kämpft das spanische Volk gegen Franco, der in Spanien eine faschistische Diktatur errichten will und dabei entscheidende militärische Unterstützung durch die deutschen Faschisten erhält.

Tausende von Freiwilligen aus der ganzen Welt, Kommunisten, Sozialdemokraten, Parteilose, Arbeiter, Künstler, Ärzte, fortschrittliche Vertreter des Bürgertums, eilen den spanischen Freiheitskämpfern zu Hilfe, darunter auch viele deutsche Kommunisten und andere Antifaschisten. Gemeinsam kämpfen sie in den Internationalen Brigaden gegen den spanischen Faschismus und seine imperialistischen Hintermänner in Deutschland.

In Deutschland selbst organisiert die Kommunistische Partei eine illegale Solidaritätsbewegung. Der Kampf an der Seite des spanischen Volkes ist für die deutschen Antifaschisten nicht nur eine Sache der internationalen Solidarität, sondern zugleich eine nationale Frage.

„Tiefe Scham muß im Herzen jedes ehrlichen Deutschen brennen, der erfährt, daß deutsche Bomben und deutsche Flugzeuge unschuldige Frauen und Kinder des spanischen Volkes morden, daß deutsches Giftgas die Lungen der spanischen Freiheitskämpfer zerfrißt.“ Es ist die Stimme Walter Ulbrichts, die am 20. Dezember 1936 über den Sender Barcelona in die Welt dringt. Aus Frank-

reich, wo er in engem Einvernehmen mit Wilhelm Pieck die operative Arbeit der Kommunistischen Partei Deutschlands leitet und im Ausschuß zur Bildung der Deutschen Volksfront arbeitet, ist er nach Spanien gekommen, um den Kampf der über 5000 deutschen Antifaschisten, die den Internationalen Brigaden angehören, zu unterstützen.

Eindringlich warnen seine Worte: „Der hitlerdeutsche Interventionskrieg in Spanien soll einen neuen Stützpunkt für den faschistischen Kreuzzug in Europa schaffen. Es sollen damit weitere Voraussetzungen für den Angriffskrieg des deutschen Faschismus auf alle demokratischen Völker, besonders die sozialistische Sowjetunion, geschaffen werden. So bereitet der deutsche Faschismus den Weltkrieg vor, der zur furchtbaren Niederlage Deutschlands führen würde. Alle demokratischen Kräfte in der Welt sollten endlich verstehen, daß bei einem Erfolg Francos und Hitlers in Spanien die faschistische Kriegesfurie keine Grenzen mehr kennen würde!“

Nicht einmal drei Jahre sollen vergehen, bis diese Voraussage zur blutigen Wirklichkeit wird.

Für den heldenhaften Kampf des spanischen Volkes treten auch die besten Schriftsteller und Geistesschaffenden ein. Sie prangern in ihren Werken den barbarischen Terror des Faschismus in Spanien, in Deutschland und Italien an. Ihre Lieder, Gedichte und Bücher rütteln am Gewissen aller ehrlichen Menschen in der ganzen Welt. In Paris und später in Moskau pflegt Walter Ulbricht engen Kontakt mit den fortschrittlichen Künstlern. Die Verbindung mit Johannes R. Becher wird bald zu einer festen Freundschaft. In diesen Verbindungen zeigt sich Walter Ulbrichts Streben, die besten kulturellen Traditionen des Vaterlandes gegen die faschistischen Barbaren zu verteidigen und damit zugleich den Grundstock für eine neue deutsche Kultur in einem neuen, besseren Deutschland zu legen.

Dem Einfluß der Kommunistischen Partei Deutschlands und ihrer führenden Funktionäre versuchen die braunen Herrscher dadurch zu begegnen, daß sie diesen wahren Patrioten das Recht auf ihr Vaterland streitig machen wollen. Am 14. April 1937 meldet der „Reichsanzeiger“, daß Walter Ulbricht – wie auch anderen Mitgliedern des Zentralkomitees und Antifaschisten – die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt sei.

Einige Zeit später taucht in Deutschland eine Broschüre auf, die den unverfänglichen Titel „Deutsche Scholle“ führt. Der Inhalt dieser neuen Tarnbroschüre ist Walter Ulbrichts Arbeit „Kriegschauplatz Innerdeutschland“. Neben einer genauen Analyse der hitlerschen Kriegsvorbereitungen ist darin ein Absatz enthalten, der die ganze Jämmerlichkeit der „Ausbürgerung“ kennzeichnet. Es heißt in dieser Antwort:

„Wir Kommunisten, treue Söhne der deutschen Arbeiterklasse, lieben unser Volk und unsere Heimat. Wir wollen unser Land vor den Schrecken des Krieges bewahren. Wir lieben unsere deutsche Kultur, die in der Vergangenheit so Großes für die Menschheit vollbracht hat. Wir lieben unsere deutsche Sprache, in der nicht nur die Freiheitsdichtungen Schillers, Goethes, Büchners, Heines, Freiligraths und Herweghs geschrieben wurden, sondern in der auch Marx und Engels schrieben, die Sprache, in der Bebel und Liebknecht zum Freiheitskampf der Arbeiterklasse riefen. Weil wir unser Volk und unser Land lieben, unterstützen wir jede Bestrebung zur Einigung der Hitlergegner.“

So schreibt, so denkt nur ein guter Deutscher, einer der besten Söhne seines Volkes, der das Volk und die Heimat nicht nur aus vollem Herzen liebt, sondern auch sein Leben lang jede Stunde, jeden Tag dem Wohl dieses Volkes widmet.

Januar/  
Februar 1939  
*Im Angesicht des  
drohenden  
Krieges:  
Berliner Partei-  
konferenz  
der KPD*

Die neue deutsche demokratische Republik, eine wahre Heimat für alle Patrioten – sie gewinnt schon deutliche Umrisse auf der „Berliner“ Parteikonferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands, die vom 30. Januar bis 1. Februar 1939 in der Nähe von Paris stattfindet. Die Konturen dieser Republik werden sichtbar in einem Augenblick, da mit dem Münchner Abkommen die westlichen imperialistischen Staaten die Aggression Hitlerdeutschlands gegen die Sowjetunion lenken wollen. An alle Deutschen richtet die Kommunistische Partei den Aufruf, sich zusammenzuschließen, mit dem Hitlerfaschismus Schluß zu machen und eine deutsche demokratische Republik zu schaffen, deren Programm hier entwickelt wird.

Das soll eine Republik sein, in der das Volk Herr ist und nicht die Monopole; eine Republik, in der die vereinte, vom opportunistischen Verrat und vom Bruderzwist befreite Arbeiterklasse in

festem Bündnis mit der befreiten Bauernschaft, dem Mittelstand und der Intelligenz ihr eigenes neues Leben baut, eine Republik des Friedens und der Völkerfreundschaft. Ihre Keime sprießen in der Volksfrontpolitik, ihre Sache ist in guten Händen.

Aber noch ist sie ein Traum, denn nun trifft ein, was Ernst Thälmann vor 1933 prophezeite: „Hitler – das ist der Krieg!“ Es trifft ein, was Walter Ulbricht in Barcelona voraussagte: Die faschistische Kriegsfurie kennt keine Grenzen mehr.

Der Krieg beginnt mit dem faschistischen Überfall auf Polen am 1. September 1939. Die braunen Machthaber haben sich mit der Annexion Österreichs, der Tschechoslowakei und des Memelgebietes vorbereitet. Alle Bemühungen der Sowjetunion, eine gemeinsame Front gegen den faschistischen Aggressor zu schaffen, haben die westlichen imperialistischen Staaten zunichte gemacht. Sie haben statt dessen Geheimverhandlungen mit Hitlerdeutschland geführt. Da durchkreuzt die Sowjetunion durch den Abschluß eines von deutscher Seite angebotenen Nichtangriffspaktes mit Deutschland im August 1939 die Bildung einer antisowjetischen Einheitsfront aller imperialistischen Staaten.

Die Kommunistische Partei Deutschlands mahnt das deutsche Volk immer wieder eindringlich: Der Friedenswille der Massen und ihre Wachsamkeit sind die einzige Garantie dafür, daß die Faschisten den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt einhalten. In Deutschland und im Ausland führt die Partei einen heroischen und opferreichen Kampf, sie ist die einzige deutsche Partei, die vom ersten Kriegstag an die Aggression Hitlers in Europa als imperialistische Eroberungspolitik entlarvt. Das Zentralkomitee weist unermüdlich das deutsche Volk darauf hin, daß dieser Krieg gesetzmäßig in die nationale Katastrophe führen muß.

Die Kommunistische Partei Deutschlands ruft auf: „Es genügt nicht, allgemein für den Frieden zu sein; der Frieden kann nur durch den aktiven Kampf errungen werden. Die deutschen Kommunisten führen deshalb eine verstärkte Propaganda zur Enthüllung des imperialistischen Charakters der hitlerschen Kriegspolitik und erklären den Massen, warum der nationale Verteidigungskrieg der anderen Völker ein gerechter Krieg ist, der auch dem deutschen Volke in seinem Kampfe zum Sturz der faschistischen Tyrannei hilft... Es gibt für das deutsche Volk nur einen Weg des Kampfes um die Freiheit, das ist der Kampf gegen das in

Deutschland herrschende faschistische System, das das eigene Volk und andere Völker versklavt.“

Immer wieder orientiert die Partei entsprechend den Beschlüssen der Brüsseler und der Berner Parteikonferenz darauf, daß alle Antifaschisten eine große nationale Verantwortung für die Rettung Deutschlands und zugleich für die Rettung der von den Hitlerbarbaren unterdrückten und bedrohten Völker tragen. Doch aller Kampf und alle Opfer der antifaschistischen Kräfte und besonders der Genossen der Kommunistischen Partei Deutschlands vermögen die faschistischen Aggressoren nicht daran zu hindern, die friedliebende Sowjetunion, den ersten sozialistischen Staat der Welt, zu überfallen.

# An der Front gegen Hitlerdeutschland

„Am frühen Morgen des 22. Juni 1941 überraschte uns in Moskau die furchtbare Nachricht, daß die Hitlerarmeen den Kriegsüberfall auf die Sowjetunion begonnen haben. Die deutsche Arbeiterklasse war nicht imstande, die Kriegsvorbereitungen des Hitlerfaschismus zu durchkreuzen und den Überfall auf das Land des Sozialismus zu verhindern. Das war das furchtbarste.“ So schreibt Walter Ulbricht in seinen Tagebuchaufzeichnungen.

„Das war das furchtbarste“ – darin liegt nicht allein der Schmerz darüber, daß die Faschisten den ersten sozialistischen Staat der Welt überfallen haben.

„Das war das furchtbarste“ – auch für Deutschland selbst, denn der faschistische Überfall ist das furchtbarste Verbrechen der deutschen Imperialisten gegen die eigene, gegen die deutsche Nation. Dem Verbrechen Einhalt zu gebieten, mit Faschismus und Krieg Schluß zu machen – diesem Ziel gilt nun die ganze Kraft der Partei.

Noch am 22. Juni nehmen Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht an einer Beratung bei Georgi Dimitroff, dem Generalsekretär der Kommunistischen Internationale, teil, auf der die neue internationale Lage und die nächsten Aufgaben im Kampf gegen die Aggression besprochen werden.

„Unsere Haupttätigkeit“, schreibt Walter Ulbricht, „bestand jetzt in der Aufklärung der deutschen Bevölkerung und der deutschen Soldaten über das Kriegsverbrechen Hitlers und zugleich in der Unterstützung der Politischen Verwaltung der Roten Armee bei der Ausarbeitung von Informationen über den Zustand der deutschen



Truppen sowie von Flugblättern gegen die abenteuerliche Politik des Hitlerfaschismus.“

Er hält im Juli 1941 an der sowjetischen Militärakademie in Moskau einen Vortrag über Hitlerdeutschland und den ideologischen Zustand der deutschen Offiziere und Soldaten.

„Ich muß sagen, daß mir noch kein Vortrag so schwergefallen ist wie dieser“, heißt es weiter in den Tagebuchaufzeichnungen, „denn ich konnte wohl die imperialistische Ideologie und den Rassenhaß des Faschismus richtig analysieren, aber ich fand keine überzeugenden Argumente, um den Sowjetoffizieren zu erklären, warum die Arbeiterklasse im Land von Marx und Engels, an deren Spitze die Partei Thälmanns stand, nicht imstande gewesen war, die Aktionseinheit der Arbeiter herzustellen und die Widerstandsbewegung in Deutschland so zu entfalten, daß Hitler den Überfall auf die Sowjetunion nicht hätte wagen können.“

Tiefer Schmerz spricht aus diesen Aufzeichnungen über eine schwere Zeit, doch keinen Herzschlag lang kommt Verzweiflung auf. Während die faschistischen Armeen in blindem Siegestaumel ihren Vormarsch auf Moskau fortsetzen, erklärt das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands in einem von Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht und anderen führenden Genossen unterzeichneten Aufruf: „Die Stunde hat geschlagen, da unser Volk das Schicksal Deutschlands in seine eigenen Hände nehmen, mit dem Krieg Schluß machen und einen ehrenvollen Frieden erlangen muß.“

Während die Partei in der Heimat trotz furchtbarsten Terrors alle Kräfte zum antifaschistischen Kampf mobilisiert, sind Walter Ulbricht und andere Kommunisten in der sowjetischen Emigration für das gleiche Ziel an den verschiedenen Fronten in der Sowjetunion und in den Gefangenenlagern tätig. Es ist eine schwere, anfangs fast aussichtslos scheinende Arbeit. Vom Gift des Faschismus umnebelt, beten gefangene Offiziere und Soldaten nazistische Phrasen und Lügenparolen nach. Erschüttert sehen Walter Ulbricht und die anderen Genossen, wie weit die geistige Verwahrlosung gediehen ist. Diese Leute scheinen alle an den Sieg Hitlers zu glauben, ja, sie versuchen den Kommunisten einzureden, der Nationalsozialismus habe die Herrschaft des Kapitalismus abgeschafft.

Aus allen Schichten der Bevölkerung kommen die Menschen, die Walter Ulbricht hier kennenlernt. Er spricht mit jungen Lehrern,

die fließend die ganze Nazipropaganda herunterleiern, doch wenn er nach Lessing fragt, wissen sie keine Antwort. Offiziere, Söhne bürgerlicher Familien, betrachten Hitler als „nützlich“, wenn er über militärische Siege berichten kann, und sind überzeugt, er werde die Ziele der deutschen Großbourgeoisie durchsetzen. Am geringsten wird der Faschismus von jungen Arbeitern verteidigt, doch auch sie sind von seinem verderblichen Einfluß blind gemacht, ihr Klassenbewußtsein ist tief verschüttet worden.

Das Entsetzlichste jedoch hört Walter Ulbricht im Gespräch mit einem Soldaten, der aus dem Konzentrationslager Dachau entlassen, von den Nazis zur „Frontbewährung“ geschickt und dort gefangengenommen worden ist. Er weiß von barbarischen Quälereien an den politischen Gefangenen zu berichten, von Tausenden, die von der SS zu Tode gemartert werden, und davon, daß eine Nazi-frau Lampenschirme mit Menschenhaut bespannt habe.

Die Genossen sehen sich fassungslos an. Das Herz krampft sich bei dem Gedanken zusammen – Lampenschirme aus Menschenhaut?

„Ich habe es selbst gesehen“, sagt der Mann aus Dachau.

Gewiß, sie haben auch vorher schon etwas Ähnliches gehört, doch sie konnten nicht glauben, daß Menschen solcher Barbarei fähig wären. Nun wissen sie es.

Ihr Haß auf die faschistischen Bestien ist noch tiefer geworden, noch stärker aber auch der Wille, den irregeleiteten Kriegsgefangenen die Augen zu öffnen, das Morden endlich beenden zu helfen. Groß ist der Aufruhr der Gefühle, den all diese Begegnungen bewirken, um so bewundernswerter die Geduld, mit der sich die Kommunisten ihrer Aufgabe widmen.

Die erste größere Beratung mit deutschen Kriegsgefangenen findet im Oktober 1941 im sowjetischen Lager 58 statt. Walter Ulbricht und andere Genossen unterbreiten den Soldaten den vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands vorge schlagenen Entwurf zu einem Appell an das deutsche Volk. Es bedarf langer Diskussionen, ehe diese Erklärung, von einer Redaktionskommission nach zweitägiger Beratung endgültig formuliert, beschlossen und von 158 Soldaten unterzeichnet wird.

„Hitlers Niederlage ist unvermeidlich! Hitlers Sturz ist des deutschen Volkes Rettung! . . . Hitlers Krieg ist eine verlorene Sache! . . . Jeder von euch, der ernst über die Lage nachdenkt, wird zur Einsicht kommen: Hitler hat unser Land in eine Sackgasse ge-

führt . . . Durch den Sturz Hitlers kann und wird unser Volk die Geschicke Deutschlands in seine eigenen Hände nehmen. Es wird ein neues Deutschland schaffen, in dem das Volk Herr im eigenen Hause sein wird . . . Ein solches Deutschland im aufopferungsvollen Kampfe zu erringen, dazu rufen wir unsere Kameraden im Heere und alle deutschen Männer und Frauen der Heimat auf“, heißt es im Appell der 158, der zugleich Auftakt der antifaschistischen Bewegung in den Kriegsgefangenenlagern der Sowjetunion ist.

Doch die 158 Unterzeichner sind noch eine Minderheit im Lager 58. Sie werden, weil sie auf die Seite der Hitlergegner übergegangen sind, von vielen anderen Kriegsgefangenen terrorisiert. Obwohl der Standort des Lagers einige hundert Kilometer östlich von Moskau ist, lauschen täglich viele Gefangene, ob sie nicht die Geräusche näherkommender Flugzeuge der Naziluftwaffe hören.

Erst nach der militärischen Niederlage der Faschisten bei Moskau ist es möglich, mit diesen Gefangenen sachlich zu sprechen.

November 1942 bis Januar 1943  
*Schlacht um Stalingrad*

Bis an die Wolga stoßen die Faschisten im Verlauf des ersten Jahres vor. Unermeßlich sind die Opfer des Sowjetvolkes, tief die Wunden, die der barbarische Krieg dem einzigen sozialistischen Land der Welt schlägt. Doch die Sowjetvölker vollbringen beispiellose Heldentaten für ihr großes Vaterland. Die Soldaten an der Front und die Partisanen im faschistisch besetzten Hinterland, die Mütter, Frauen, selbst die Kinder geben ihr Letztes, um den Faschismus zu schlagen. Aber ungeheuer sind auch die Verluste, die der heldenhafte Kampf der Sowjetarmee der Naziwehrmacht beibringt, und sie wachsen mit jedem Kriegstag mehr.

Insgesamt 330 000 deutsche Soldaten und Offiziere samt ihrem Armeestab werden eingekesselt, als die Sowjetarmee im November bei Stalingrad zur Offensive übergeht. Die Einkesselten werden aufgefordert, die Waffen zu strecken. Alle Gegenwehr ist sinnlos geworden. Was das Leben der 330 000 jetzt noch unmittelbar bedroht, ist Hitlers Mordparole vom „Kampf bis zum letzten Blutstropfen“. Das Leben dieser Soldaten zu retten und zugleich den Kampf der sowjetischen Heere um die Befreiung der deutschen Heimat vom faschistischen Joch zu unterstützen ist jetzt oberstes Anliegen der deutschen Kommunisten in der Sowjetunion.

Walter Ulbricht fährt gemeinsam mit den Schriftstellern Erich Weinert und Willi Bredel zur politischen Arbeit an die Wolgafront.

Erich Weinert schreibt über diese bewegte und bewegende Zeit in sein Tagebuch:

„Sarepta, 13. Dezember

Gestern bei Einbruch der Dunkelheit fuhren wir zum ersten Male mit unserem Lautsprecherwagen an die Front . . . Ein Unterstand ist nicht in der Nähe. Wir müssen aus einem Erdloch sprechen, das uns gegen Gewehrfeuer, aber kaum gegen Minen und Granaten deckt. Der Diktor, der schon einige Erfahrungen hat, sagt: ‚Mit Minen und Artillerie kommen sie seltener. Wahrscheinlich nur, wenn sie von hinten Befehl kriegen. Meistens knallen sie mit Maschinengewehren dazwischen, aber anscheinend immer nur, wenn eine Sendung sie nicht interessiert.‘ ‚Das bedeutet‘, sagt Walter, ‚daß sie doch hören wollen, aber was Konkretes, keine leeren Thesen, die sie doch nicht verstehen . . .‘ Wir ziehen das Mikrophon ins Erdloch. Der Diktor ruft hinüber, wer jetzt zu ihnen sprechen wird. Walter Ulbricht beginnt seine Rede.

‚Landsleute da drüben! Nun wollen wir mal richtig deutsch miteinander reden. Hier sind auch Deutsche, euch gegenüber, keine Kriegsgefangenen, aber freie Deutsche. Wir sind zu dem einzigen Zweck zu euch an die Front gekommen, um das Leben von Zehntausenden unserer Landsleute zu retten. Wir wollen euch nichts als die Wahrheit sagen, die eure Offiziere euch gewissenlos verschweigen . . .‘ Nach den ersten Worten verstummte das Schießen. Die Nacht wurde ganz still. Keine Rakete mehr . . .

Sarepta, 18. Dezember

Wir fuhren mit dem Kommandeur in seinen Stab . . .

Der Kommandeur stellte uns seinen Stabsmitarbeitern vor. Es war etwas Feierliches in seiner Stimme, als er bei der Vorstellung Walters sagte: Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands. Die Offiziere salutierten. Es war eine Ehrenbezeigung für unsere Partei . . .

Sarepta, 21. Dezember

Gestern war der Teufel los. Am Tage vorher hatten sie Artillerie auf den Kopf gekriegt. Mag sein, daß sie einen Vorstoß fürchteten. Vielleicht hat auch ihr Kommando jetzt befohlen zu stören.

Während der Musikplatten rappern sämtliche MG weiter. Auch während der letzten Nachrichten hört das nicht auf. Erst kurz nachdem Walter seine Rede begonnen und hinübergeschrien hatte: ‚Wer da drüben schießt, der muß Angst haben, die Wahrheit zu hören!‘, verstummte auf einmal wie auf eine Vereinbarung die Schießerei. Es blieb auch still, bis auf einige MG in größerer Entfernung, die nervös in die Gegend husteten . . .

W.-Zarizinski, 28. Dezember

Neue Gefangene und Überläufer aus dem Kessel. Ein interessanter Fall ist ein Lehrer aus Bayern, von der Manstein-Armee. Er behauptet, immer Demokrat gewesen zu sein und vom ersten Tage an gegen Hitler, der Deutschlands Unglück bedeute. ‚Aber Sie dienen doch diesem Hitler getreu?‘ fragte ihn Walter. ‚Wie reimt sich das zusammen?‘

‚Ja, wissen Sie‘, erwiderte er, ‚ich bin ein zu guter Soldat, um mit solchen Erwägungen meine Disziplin gewissermaßen selbst zu untergraben. Im Augenblick, wo ich als Soldat eingesetzt werde, habe ich zu gehorchen und nicht mehr zu denken.‘

‚Seltsamer Dualismus‘, sage ich. ‚Mit der Uniform ziehen Sie also einen anderen Menschen an, und den alten hängen Sie zu Hause in den Schrank?‘

‚So ist es in der Tat‘, bestätigt er.

‚Aber jetzt sind Sie diesem Gesetz ja nicht mehr unterworfen. Hier dürfen Sie nun wieder denken. Warum dienen Sie einem Menschen, der nach Ihrer Meinung Deutschland ins Unglück führt?‘

‚Das will ich Ihnen offen sagen. Wenn ich auch mit den Nazi-lehren durchaus nicht einverstanden bin, dieser Krieg hat doch immerhin eine gewisse Berechtigung. Denn wenn dem deutschen Volk die Luft ewig abgeschnürt werden soll, weil man seine Ansprüche auf Lebensraum nicht anerkennen will . . .‘, und nun folgte ein Galimathias, der aus allen braunen Propagandaschmökern zusammengelesen war. Nachdem wir uns den Unsinn eine Weile mit angehört hatten, sagte Walter: ‚Ich sehe, Sie haben wirklich jedes Denken verlernt.‘ Und nun begann er, ihm wie einem Schuljungen das politische Abc beizubringen. Walter bringt bei solchem Aufklärungsunterricht eine bewundernswerte Geduld auf . . .“

Soweit Erich Weinert. Und Willi Bredel berichtet später:

„Es war außerordentlich lehrreich zu sehen, wie Walter Ulbricht, der aufmerksam die Berichte, vor allem die Mitteilungen über die Gespräche mit deutschen Kriegsgefangenen oder Überläufern angehört hatte, gegen Ende der Beratung knapp und prägnant die wichtigsten politischen Schlußfolgerungen zog, die genau den Kern der Sache trafen. Die meisten der Berichte setzten sich zusammen aus Erlebnissen, Eindrücken und kleinen Episoden und waren sehr subjektiver Natur. Walter Ulbricht leitete daraus objektive politische Erkenntnisse ab, sowohl über den Inhalt unserer Ansprachen und Flugblätter als auch über die Form, die Sprache, den Stil . . . Ist es eigentlich notwendig, zu erwähnen, daß Walter Ulbricht, wie jeder andere, die Strapazen und Gefahren, die mit unserer politischen Aufklärungsarbeit verbunden waren, kameradschaftlich teilte? Er stampfte unverdrossen in eisiger Kälte mit uns durch den Schnee, hockte gekrümmt und bebend vor Kälte in einem primitiven Erdloch und robbte mit den sowjetischen Soldaten über Schnee und Dreck durchs faschistische Sperrfeuer in die vordere Linie. Erich erzählte mir, daß Walter ihm vorgeschlagen hatte, nicht jedesmal in die Frontlinie zu gehen, sondern gelegentlich Pausen einzulegen. Auf Erichs erstaunte Frage, warum er ihm dies vorschläge, hatte er die Antwort erhalten, er sei schließlich der Älteste von uns, er müsse sich etwas schonen. ‚Was sagst du nur dazu?‘, fragte er, halb belustigt, halb ärgerlich. ‚Ich bin dreiundfünfzig, er fünfzig; er spricht aber zu mir, als wäre ich ein Greis.‘“

Die Hitlerarmee sitzt im Kessel. Die Offiziere und Soldaten haben kein Ziel, sie erkennen allmählich, daß Hitler diese Schlacht verloren hat. An den Zufahrtsstraßen nach Moskau aber haben Sowjetsoldaten Schilder aufgestellt mit der Aufschrift: „Vorwärts nach Berlin!“

Mit dem Sieg in der Schlacht bei Stalingrad erzwingt die Sowjetarmee endgültig die Wende des Krieges. Seitdem eilt sie von Sieg zu Sieg. Damit stärkt sie zugleich die antifaschistische Widerstandsbewegung in Deutschland. Der Gedanke der Vereinigung aller patriotischen Kräfte zum Kampf gegen den Krieg und das Hitlerregime, den die Kommunistische Partei Deutschlands auf

Juli 1943

*Gründung  
des National-  
komitees  
„Freies Deutsch-  
land“*

der Brüsseler und Berner Konferenz ausgearbeitet hat, gewinnt weiter an Boden.

Jetzt ist die Zeit reif, die Hitlergegner in der Kriegsgefangenschaft, in der Emigration und in der Heimat um ein nationales Zentrum des antifaschistischen Widerstandskampfes zusammenzuschließen. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands gibt, vor allem auf Initiative Wilhelm Piecks und Walter Ulbrichts, den Anstoß zur Gründung des Nationalkomitees „Freies Deutschland“. Auf einer Konferenz deutscher Hitlergegner in Krasnogorsk bei Moskau entsteht am 12. und 13. Juli 1943 dieses Gremium von Patrioten.

Das Nationalkomitee besteht aus Arbeitern, Bauern, Angehörigen der Intelligenz, aus Soldaten und Offizieren der faschistischen Armee in der Kriegsgefangenschaft, aus Reichstagsabgeordneten der Kommunistischen Partei Deutschlands, Gewerkschaftsfunktionären und namhaften deutschen Schriftstellern. Zum Präsidenten des Komitees wird der Schriftsteller Erich Weinert gewählt. Als Reichstagsabgeordnete gehören ihm Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht und Wilhelm Florin an.

Um dieses Komitee sammeln sich immer mehr gefangene deutsche Offiziere und Soldaten.

Die in größeren Widerstandsgruppen in Deutschland zusammengeschlossenen antifaschistischen Kräfte und die Antifaschisten in den Konzentrationslagern führen ihren Kampf gegen das Hitlerregime mehr und mehr in Übereinstimmung mit der Politik des Nationalkomitees „Freies Deutschland“. Auch Hitlergegner in der westlichen Emigration orientieren sich auf das Nationalkomitee. Unterstützt durch Rundfunksendungen und andere Agitationsmethoden des Nationalkomitees, beginnen sich unter Leitung der Partei die illegalen Widerstandsgruppen in Deutschland zu vereinen. Im Lande bilden sich erneut operative Leitungen der Partei heraus.

Die Sowjetarmee hat große Teile der faschistischen Armee vernichtet und ist bis zum Dnepr vorgedrungen, als eine Gruppe von kriegsgefangenen Generalen Walter Ulbricht bittet, ihnen einen Vortrag über die militärische Lage zu halten. Die Tatsache, daß sich diese Herren mit einem solchen Anliegen an ein Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei Deutschlands wenden, nimmt Walter Ulbricht als erfreuliches Zeichen der veränderten

Situation auf den Schlachtfeldern und in manchen Köpfen. Er macht sich auf den Weg, ohne zu ahnen, was ihn dort noch alles erwartet.

Etwa 50 Generale sind versammelt. Der Dienstälteste, ein Armeegeneral von echtem Potsdamer Schrot und Korn, eröffnet die Zusammenkunft. Walter Ulbricht findet interessierte Zuhörer. Dann spricht ein Vertreter des „Bundes deutscher Offiziere“. Er informiert darüber, daß der Bund beim sowjetischen Oberkommando um Genehmigung ersucht habe, dem deutschen Oberkommando den Vorschlag zu unterbreiten: Rückzug der deutschen Truppen bis zur Grenze. Der Bund habe damit verhindern wollen, daß der Krieg auf deutschem Boden beendet wird. Das Politbüro der Kommunistischen Partei Deutschlands habe diesen Vorschlag unterstützt. Dann sei er dem deutschen Oberkommando und seinen Armeeführungen zugeleitet, aber – abgelehnt worden.

Am Schluß der Versammlung wendet sich der Armeegeneral an den Gast und erklärt schneidig: „Herr Ulbricht, wir Generale werden künftig Ihre Befehle ausführen!“

Der von einem solchen Antrag einigermaßen Überraschte muß ein Schmunzeln unterdrücken, ehe er den Anwesenden freundlich auseinandersetzt, daß er weder die Absicht noch die Möglichkeit habe, ihnen als kriegsgefangenen Generalen Befehle zu erteilen.

Um die Jahreswende 1943/1944 geht Walter Ulbricht im Auftrag des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ zur Aufklärungsarbeit an die 1. belorussische Front in das Gebiet westlich von Gomel. Seine Begleiter und Helfer sind diesmal schon deutsche Soldaten und Offiziere, die durch die unermüdliche und überzeugende Arbeit der Kommunisten zu ehrlichen Patrioten geworden sind.

Die Sowjetarmee vereinigt ihre Schläge gegen den Faschismus mit den Truppenoperationen der anderen Staaten der Antihitlerkoalition, mit dem Kampf der Partisanen und der illegalen Widerstandsbewegung vieler europäischer Länder und dringt bis nach Deutschland vor. Der letzte entscheidende Kampf wird in Berlin geführt.



# Um das Leben der deutschen Nation

April 1945 **F**ast das ganze Jahr 1944 gehört neben der Arbeit im Nationalkomitee der unmittelbaren Vorbereitung auf die endgültige Vernichtung des Nazismus und den Neuaufbau Deutschlands. *Wieder auf deutschem Boden* Eine Anfang Februar 1944 auf Beschluß des Politbüros gebildete Arbeitskommission leistet dazu detaillierte Vorarbeit. Walter Ulbricht, einer ihrer Initiatoren, hat entscheidenden Anteil an dem später erarbeiteten Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Ein Jahr danach, im Februar 1945, setzt das Politbüro eine Kommission ein, die unter der Leitung Walter Ulbrichts Richtlinien für die Tätigkeit der Antifaschisten in den von der Sowjetarmee besetzten deutschen Gebieten ausarbeitet. Die Sorge um Deutschland und um seine Menschen spricht aus jedem dieser Hinweise, die sich, noch während die Geschütze dröhnen, mit der Frühjahrsbestellung beschäftigen, mit dem Kampf gegen Hunger und Not, mit der Sicherung des Lebens der Menschen; aber auch mit ihrer Zukunft. Bereits jetzt wird der Plan zur Heranbildung antifaschistischer Lehrer für die künftigen Schulen entworfen, werden Vorschläge für die Erneuerung der deutschen Kultur, für Theater und Film bedacht.

Schon steht die Sowjetarmee dicht vor Berlin, schon rüsten die deutschen Antifaschisten in Moskau zur Abreise nach Deutschland. Doch zuvor beraten Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht und andere Genossen in einem Gespräch mit Georgi Dimitroff am 1. April 1945 die Arbeit nach dem Sturz der Hitlerherrschaft.

Über diese Begegnung mit Georgi Dimitroff berichtet Walter



*„Landsleute da drüben, wir werden euch die Wahrheit sagen!“ – Mit Erich Weinert im Schützengraben an der Wolga-Front – 1942/1943*



Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ bei einer Beratung.  
Von links nach rechts: Soldat Max Emenstorfer, Major Karl Hetz, Generalmajor Martin Lattmann, Unteroffizier Gerhard Klement, Walter Ulbricht (im Vordergrund), Erich Weinert, General d. Art. Walter von Seydlitz

# Freies Deutschland

## Kameraden der 2. und 9. Armee!

Als deutsche Männer sprechen wir zu Euch. Blickt um Euch! Nur Wenige Eurer alten Kameraden, die einst am Angriff gegen Rußland teilgenommen hatten, sind übriggeblieben. Nach den schweren Niederlagen der letzten Jahre kann Niemand mehr daran zweifeln:

Gegen die unerschöpflichen Kräfte Sowjetrußlands und die Übermacht der verbündeten Großmächte Rußland—England—Amerika hat Hitler seinen Eroberungskrieg verloren.

**WOLLT IHR UNTER DEN TOTEN SEIN?** Wollt Ihr, daß Eure Familien Euch trauernd den Vorwurf machen: Wozu mußte er sich noch im letzten Moment für Hitler opfern, wo doch jeder sah, daß es mit der Hitlerclique zu Ende geht!

**Ist es nicht besser für Euch das Ende Hitlers zu überleben und in einem freien Deutschland zu schaffen? Glaube Keiner, die Rückzugskämpfe bringen Euch der Heimat näher. Auch der Rückzug bringt Euch nur dem Tod näher. Ihr habt nur eine Wahl!**

**Entweder**

Ihr führt weiter Hitlers wahnsinnige Befehle aus, dann werden in den Rückzugskämpfen die Gräben zu Eurem Grab.

**Oder**

Ihr handelt nach Eurem eigenen Gewissen, verweigert Hitler den Gehorsam, streckt die Waffen, unterstellt Euch dem Nationalkomitee „Freies Deutschland“ und Ihr entgeht dem sicheren Tod!

**Streckt die Waffen, so macht Ihr es den Nazihelmkriegern unmöglich, ihren Raubkrieg fortzusetzen!**

**Streckt die Waffen, so helft Ihr den Rücktritt der bankrotteten Hitlerregierung erzwingen und bewahrt damit unsere deutsch Heimat vor weiterem Ruin!**

**Streckt die Waffen, so trennt Ihr Euch von Hitler und Ihr entlastet Euch von der Mitverantwortung für seine Verbrechen an den Völkern.**

**Streckt die Waffen, so schwächt Ihr den Gewaltapparat Hitlers und seiner Gestapo. Ihr helft damit der großen Volksbewegung „Freies Deutschland“, die deutsche Heimat von der Hitler-Tyranniel zu befreien, und ermöglicht einen günstigen Frieden für Deutschland!**

Werft die Bedenken bei Seite!

Begeehrt Euch mit gleichgesinnten Kameraden! Handelt, solange es nicht zu spät ist!

**STRECKT DIE WAFFEN!**

Hitler wird fallen, aber Ihr werdet leben und in ein neues, von der Hitlerreaktion befreites Deutschland zurückkehren!

*W. W. W.*

*Max Emenegger*

*Schickl 1. 12. 42*

Walter ULSMANT,

Beobachtungsleiter aus Berlin,

Mitglied des Nationalkomitees

„Freies Deutschland“.

Regenwieg an diesem

Freitagabend.

Max EMENEGGER,

L. R. 7. 41. (D.

Vizepräsident des Nationalkomitees

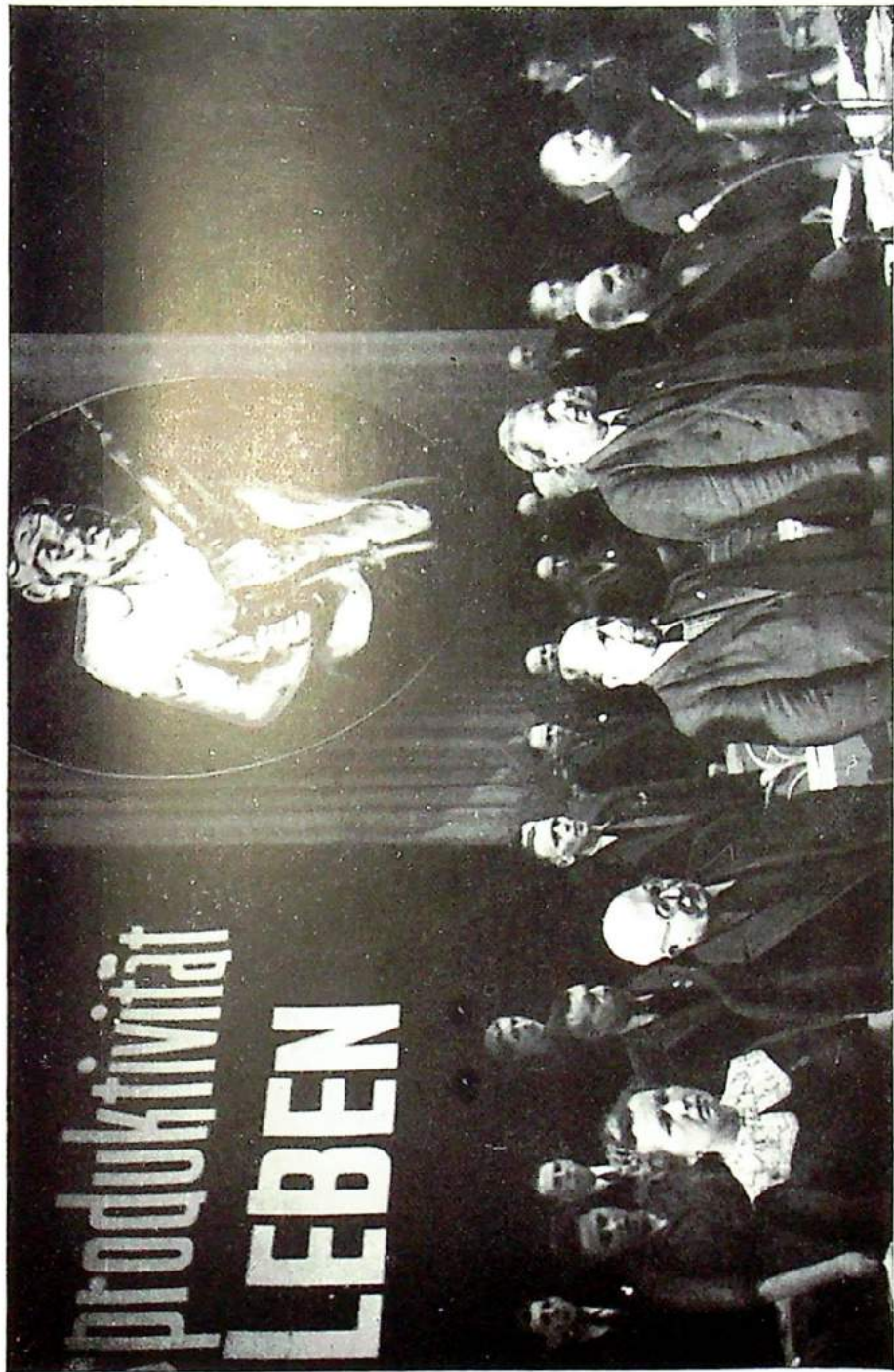
„Freies Deutschland“.

Bereitschaftiger des Nationalkomitees

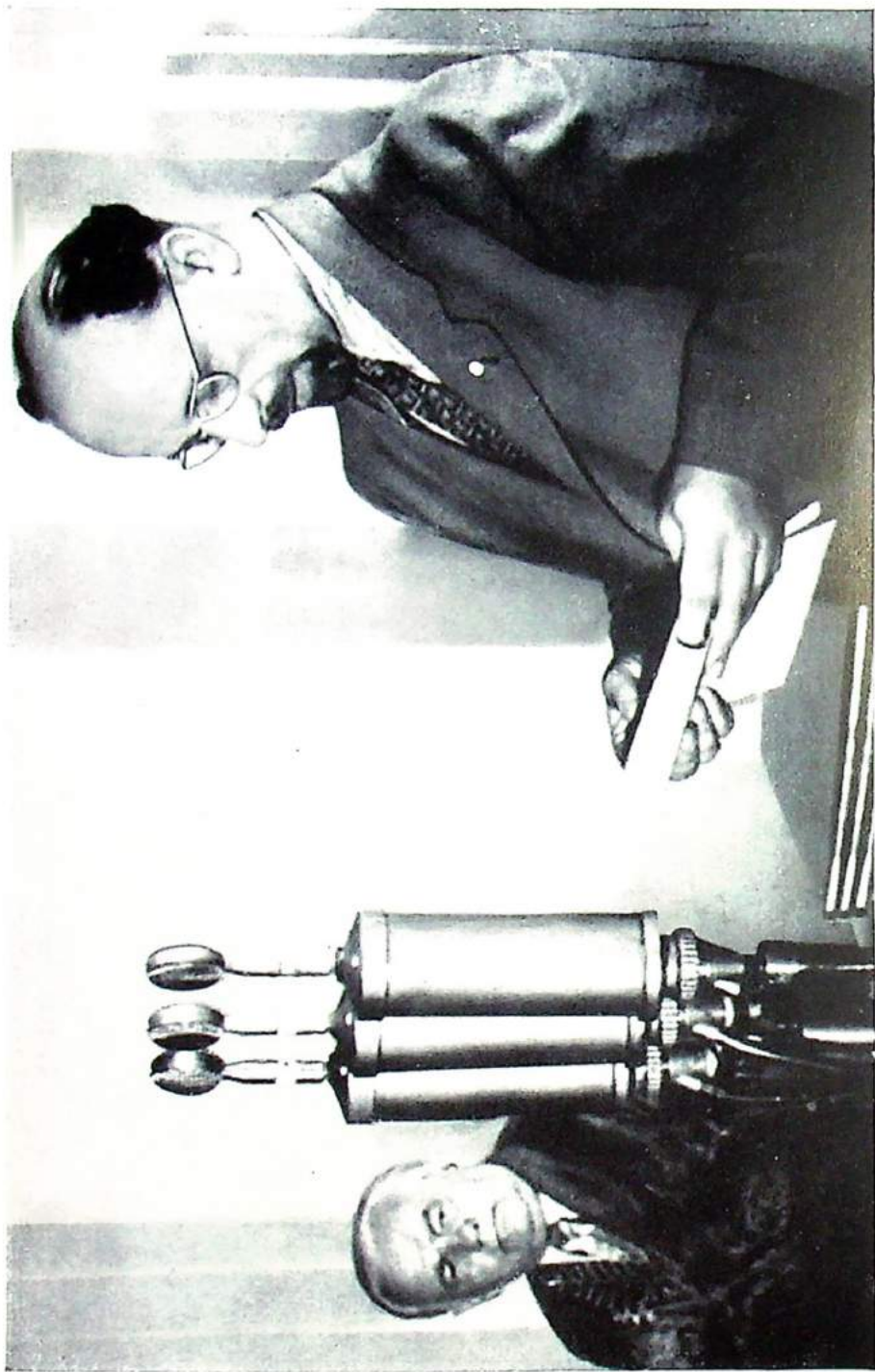
an diesem Freitagabend.



*Der historische Händedruck  
Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl, die neu gewählten Vorsitzenden der SED, auf dem Vereinigungsparteitag – 22. April 1946*



*Das Beispiel Adolf Hennekes zeigt den Weg zum besseren Leben  
Walter Ulbricht, an seiner Seite Arnold Zweig und Herbert Warnke, auf der 1. Henneke-Konferenz – Februar 1949*



*Der erste Fünfjahrplan wird dem Präsidenten der DDR, Wilhelm Pieck, in einem feierlichen Staatsakt übergeben – August 1950*



*Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht und Lotte Ulbricht nach der Stimmabgabe beim Volksentscheid gegen die Remilitarisierung und für einen Friedensvertrag – Juni 1951*





*Die erste Aufbauschicht - Nationales Aufbauzerk 1952*

Ulbricht später: „Er erkundigte sich über Einzelheiten des Planes der Liquidierung der faschistischen Staatsmacht, über die ersten wirtschaftlichen Maßnahmen und den Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Verwaltung. Die Hauptfrage war, wie wir die Initiative zur Einigung der Arbeiterschaft und zum Zusammenschluß aller Hitlergegner ergreifen wollen. Georgi wies auf die gemeinsamen Leiden von Kommunisten und Sozialdemokraten und anderen humanistisch gesinnten Menschen in den Konzentrationslagern hin und sagte uns: ‚Neben der Organisierung der Kommunistischen Partei ist die erste Aufgabe die Schaffung der Aktionseinheit mit den früheren Mitgliedern und Gruppen der SPD sowie die Organisierung einheitlicher freier Gewerkschaften.‘

Nach dieser Beratung schlug er uns den gemeinsamen Besuch des nahegelegenen Wohnhauses Lenins vor. An dieser Stätte, wo Wladimir Iljitsch, dieser Genius der Menschheit, in den letzten Jahren seines Lebens gearbeitet hatte, gelobten wir in unserem Innern, so treu zur Sache der Arbeiterklasse und des Volkes zu sein, wie W. I. Lenin war.“

Der April geht seinem Ende zu, als eines Abends in der Moskauer Wohnung Wilhelm Piecks eine Gruppe von Genossen zusammentritt. Es ist die „Gruppe Ulbricht“, die am nächsten Morgen die Reise nach Deutschland antreten wird. Es liegt eine eigenartige Stimmung über diesem Abend, eine Stimmung, die Johannes R. Becher in einem Gedicht mit den Worten gekennzeichnet hat: „Deutschland, meine Trauer – du, mein Fröhlichsein.“

Trauer erfüllt die Herzen um das Elend und die Not des Vaterlandes. Je mehr sich der Krieg den deutschen Grenzen näherte, um so unruhvoller wurden die Genossen. Es war nicht gelungen, das deutsche Volk zur Niederringung des Faschismus aus eigener Kraft zu bewegen und so die Zerstörung Deutschlands zu verhindern. Nun mußte alles getan werden, um auf deutschem Boden den Krieg schnell zu beenden.

Allein die Titel einiger Aufsätze und Rundfunkansprachen Walter Ulbrichts vom Juli 1944 bis Februar 1945 sprechen von der Sorge um Deutschland und zeigen die Hauptrichtung des Kampfes der deutschen Antifaschisten. „Die Waffen gegen Hitler!“ – „Das dringendste Gebot!“ – „Der Ausweg“ – „Rettet Berlin!“ – „Volks-erhebung gegen Hitler“ – „Hitlers Sturz ist Deutschlands Rettung!“

usw. In dem Augenblick, als die Sowjetarmee auf deutschem Boden um die Befreiung Deutschlands vom Nazismus kämpft, ruft die Kommunistische Partei Deutschlands auf, ihr keinen Widerstand zu leisten, zu verhindern, daß Städte und Dörfer zu Festungen gemacht und der Vernichtung preisgegeben werden.

Die Arbeit der Kommunistischen Partei zeigt Erfolge. Zu ihnen gehört auch die kampflose Übergabe Greifswalds. Die Partei unterstützt die Antifaschisten in der Heimat in ihrem schweren illegalen Ringen um die Rettung Deutschlands.

Während die Schlacht um Berlin tobt, mahnen Flugblätter der Partei: „Rettet, was uns noch verblieben ist! Tod den Hitlerbanditen! Unser das Leben, unser die Zukunft!“

Aber all das hat nicht vermocht, das deutsche Volk zum Sturz Hitlers zu veranlassen – das ist die Trauer, die das Herz der Genossen in der Runde um Wilhelm Pieck schwermacht. Doch zugleich sind sie voller Zuversicht und Vertrauen in die Kraft des Volkes, das nach der Befreiung sein neues Leben bauen wird.

„Ihr seid die ersten, die in unsere Heimat, die nach Berlin zurückkehren: Sehr schwierig und kompliziert sind die Parteaufgaben, die vor euch stehen. Die Partei vertraut auf euer Können. Auf euch liegt eine große Verantwortung. Von eurer Arbeit hängt vieles ab. Ich wünsche euch viel Glück und Erfolg!“ sagt Wilhelm Pieck beim Abschied.

Am 30. April landet auf einem Feldflugplatz an der Oder ein Flugzeug. Die Gruppe Ulbricht kehrt nach Deutschland zurück.

Mai 1945  
*Gruppe Ulbricht  
und die Aktivisten  
der ersten  
Stunde*

Der historische Sieg der Antihitlerkoalition über den Faschismus in Deutschland und Japan, bei dem die Sowjetunion die entscheidende Rolle spielt, führt zu einer grundlegenden Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt und zur Herausbildung des sozialistischen Weltsystems.

Das deutsche Volk hat jetzt die Möglichkeit, die deutschen Faschisten und Imperialisten, die Feinde der Nation, ein für allemal zu entmachten und erstmals einen wahrhaft demokratischen Staat aufzubauen. Dabei trägt die Arbeiterklasse eine hohe nationale Verantwortung. Sie allein ist die Kraft, die das deutsche Volk vor dem Untergang retten und auf den richtigen Weg führen kann. Sie beginnt damit in Schutt und rauchenden Ruinen. Am 30. April

weht das rote Banner des Sieges und der Befreiung vom Reichstagsgebäude. Am 2. Mai kapituliert die Berliner Garnison.

Die Stadt bietet ein Bild grauenvoller Zerstörung: 75 Millionen Kubikmeter Trümmerschutt, darunter erstickte, verbrannte, erdrückte Menschen; auf den von Bombentrichtern zerklüfteten Straßen – Leichen; in den von den Faschisten vor ihrer Flucht überfluteten unterirdischen S- und U-Bahnhöfen – Leichen; kein Licht, kein Gas, kein Wasser, kein Verkehr, dafür Hunger und Epidemien; die Überlebenden verzweifelt, demoralisiert. Das hat der sinnlose, verbrecherische Widerstand der Faschisten „bis fünf Minuten nach zwölf“ aus der deutschen Hauptstadt gemacht.

Gibt es einen Weg aus diesem Chaos? Viele glauben nicht mehr daran.

Und doch: Schon am 28. und 29. April werden in den befreiten Stadtteilen Berlins an Ruinen und Häuserwänden große Plakate angebracht. Generaloberst Nikolai Bersarin hat als sowjetischer Stadtkommandant die administrative und politische Macht übernommen. Wie gebraucht er sie, der ehemalige Metallarbeiter aus Leningrad, der erlebt hat, wie die Faschisten seine Heimatstadt brutal zerstörten und ihre Bevölkerung systematisch aushungerten?

Sein erster Befehl – er ist auf den Plakaten wiedergegeben – verkündet, daß die Nazipartei und alle ihre Gliederungen aufgelöst sind und ihre Tätigkeit verboten ist. Er fordert, daß die Werktätigen sich in ihren Betrieben melden und die Arbeit schnellstens wieder aufnehmen. Er teilt mit, daß Lebensmittel ausgegeben werden und daß die Veranstaltungen der Kinos und Theater, der Gottesdienst in den Kirchen und die Bedienung in Restaurants und Gaststätten bis 21 Uhr erlaubt sind.

In den Stadtbezirken finden sich Kommunisten, Sozialdemokraten und andere Antifaschisten zusammen und helfen, Lebensmittel heranzuschaffen und zu verteilen, Trümmer beiseite zu räumen, um Ordnung in das Chaos zu bringen.

Der Oberkommandierende der Sowjettruppen und sein politischer Mitarbeiter empfangen den Beauftragten des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands, Walter Ulbricht, und beraten mit ihm gemeinsam die beabsichtigten Maßnahmen.

Die Arbeit der antifaschistischen Kräfte zur Rettung der Menschen aus der Not kann nur voll wirksam werden, wenn sie von Anfang

an die Macht fest in ihre Hände nehmen – hier liegt die Entscheidung dieser ersten Stunde. Vor allen deutschen Antifaschisten steht die Aufgabe, den alten, faschistischen Staatsapparat restlos zu zerschlagen und von unten nach oben neue, antifaschistische Verwaltungen aufzubauen. „Berlin muß leben! Berlin wird leben!“ ist die Losung.

Die Gruppe Ulbricht beginnt sofort in diesem Sinne zu wirken. Gleich nach ihrer Ankunft in Bruchmühle bei Strausberg, dem Hauptquartier von Generaloberst Nikolai Bersarin, fährt Walter Ulbricht zum ersten Mal stadtwärts. Es ist der 1. Mai. In einigen Bezirken Berlins wird noch gekämpft, doch in Weißensee, Charlottenburg, Neukölln, Moabit und anderen Stadtbezirken finden schon die ersten Gespräche über die neuen Verwaltungen statt.

Die faschistischen Beamten sind zunächst in alle Winde zerstoßen, doch allmählich tauchen einige wieder auf und sondieren das Terrain.

Bei seinem Besuch im Rathaus findet Walter Ulbricht nur den Pförtner vor. Der sagt ihm, es hätten sich schon verschiedene Herren gemeldet, die wieder mit der Arbeit anfangen wollten.

„Wissen Sie“, antwortet Walter Ulbricht, „so einfach geht die Sache nicht, wie diese Herren sich das vorstellen.“

„Aber sie haben doch erworbene Ansprüche“, entgegnet der Pförtner verwirrt.

„Diese Ansprüche sollen sie nur bei Hitler anmelden“, sagt Walter Ulbricht, „der liegt gar nicht weit von hier, drei Meter unter der Erde. Wir fangen neu an, und es interessiert uns überhaupt nicht, wer hier früher beschäftigt war.“

Nach Bruchmühle zurückgekehrt, berichtet er über seine ersten Eindrücke.

Die Gruppe geht an die Arbeit. Allabendlich treffen sich ihre Mitglieder in Bruchmühle wieder zur Lagebesprechung und zum Planen für den neuen Tag.

Fast unüberwindlich scheint die nationale Katastrophe, in die der Faschismus das deutsche Volk geführt hat. In dieser schwierigen Situation zeigt sich, daß auch ein kleiner Kreis von Arbeiterfunktionären Großes vollbringen kann, wenn er mit Zielsicherheit und organisatorischer Fähigkeit ans Werk geht. In mühevoller Kleinarbeit werden die Verbindungen mit den kommunistischen und sozialdemokratischen Genossen wie auch mit anderen Hitlergeg-

nern aufgenommen, um einen breiteren Kreis von Aktivisten zu schaffen.

Bei allem Ernst der Lage bleibt einer immer optimistisch, unerschütterlich im Vertrauen auf die Kraft des Volkes: Walter Ulbricht. Sein „Wir kriegen's schon hin“ ermutigt ebenso wie die Energie, mit der er selber die Arbeit anpackt.

Tausend Dinge sind zu bedenken. Die Notizbücher Walter Ulbrichts füllen sich in diesen Tagen mit Vermerken darüber, wie die neugebildeten Verwaltungen der Stadtbezirke zusammengesetzt sind, mit den Namen von sozialdemokratischen Genossen, mit denen in Neukölln, in Weißensee, in Moabit gesprochen wurde. Dazwischen Notizen über die Beschaffung eines Lastwagens für Kartoffeltransporte, die Eröffnung der kleinen Geschäfte, die Registrierung der Nazis, die Aufnahme des Gottesdienstes in den Kirchen und vieles andere.

„In diesen Tagen konnte man von ihm besonders lernen, wie aus einem ungeheuren Wust von Einzelheiten, einem Montblanc von ‚vordringlichen‘ und ‚unaufschiebbaren‘ Aufgaben, Stück für Stück das wirklich Wichtigste herausgesucht und angepackt werden muß, weil es unfruchtbar ist und zu nichts führt, alles auf einmal anfangen und alle Aufgaben gleichzeitig lösen zu wollen. Das war, glaube ich, das Entscheidende an der Führung Walter Ulbrichts in jenen Tagen, als es um das Schicksal Berlins und das Leben seiner Einwohner ging. Mit sicherem und kühnem Griff schob er das jeweils Nebensächliche – zwar auch Wichtige, aber doch nicht im Augenblick Wichtigste – beiseite, ohne es jedoch zu vergessen. Ein, zwei oder acht Tage später kam auch dies an die Reihe.“ So beschreibt Karl Maron, Mitglied der Gruppe Ulbricht, die Arbeit dieser Tage.

Am 4. Mai klopft Walter Ulbricht an die Tür einer Wohnung in der Prinz-Eugen-Straße 17 im Bezirk Wedding. „Josef Orlopp“ steht auf dem Türschild – es ist der Name eines sozialdemokratischen Genossen, der in der Arbeiterbewegung als Kommunalpolitiker und Wirtschaftler bekannt ist. Zehn Jahre später berichtet Josef Orlopp über diese Begegnung: „Wir beiden alten Funktionäre der Arbeiterbewegung, Walter Ulbricht von der KPD und ich von der SPD, die wir in unseren Jugendjahren gemeinsam in der Partei August Bebel's für den Sozialismus gekämpft hatten, fanden uns nach zwölfjähriger Nazibarbarei zwi-

schen Trümmern und bei Kerzenlicht zusammen. Wir tauschten alte Erinnerungen aus, sprachen über die Fehler der Vergangenheit und zogen die notwendigen Lehren daraus.“

Beide sind sich einig, daß die Schaffung einer einheitlichen Arbeiterpartei das Ziel sein muß. Dann wird es gelingen, alle Werkstätten um die Arbeiterklasse zusammenzuschließen.

Dann kommt Walter Ulbricht auf die nächstwichtige Frage zu sprechen: den neuen Magistrat. Er will seinen Gesprächspartner dafür gewinnen, dort das Fachgebiet Handel und Versorgung zu übernehmen. Damit hat Josef Orlopp allerdings nicht gerechnet. Doch er erklärt sich bald einverstanden. Und er stimmt Walter Ulbricht zu, der mit Nachdruck sagt: „Wir erstreben die enge Zusammenarbeit aller schaffenden Menschen in Stadt und Land, denn nur die gemeinsame Arbeit aller antifaschistischen Kräfte ist die Garantie für den Wiederaufbau Deutschlands und den Wiederaufstieg des deutschen Volkes zu neuem Leben, zur Rückkehr in die Gemeinschaft der freiheitlichen und friedliebenden Völker.“

Kommunisten und Sozialdemokraten – zwölf Jahre faschistischer Macht haben sie in gemeinsamen Leiden zum gemeinsamen Kampf zusammengeführt: Die aus dem Konzentrationslager Sachsenhausen befreiten Häftlinge sind in Spandau eingetroffen, erfährt Walter Ulbricht. Sofort macht er sich auf den Weg zu ihnen.

Auf einem Spandauer Kasernenhof gibt es mit alten KPD- und SPD-Genossen ein Wiederschen, das erfüllt ist von Freude und Erschütterung. Viele sind krank und erschöpft von den Martern schwerer Jahre, aber ihr Lebensmut ist ungebrochen. Bald ist man in eifrigem Gespräch über die weitere Arbeit. Da tritt ein Mann in den Kreis, den Walter Ulbricht gut kennt. Es ist der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Otto Buchwitz. Nach den ersten herzlichen Begrüßungsworten fragt Walter Ulbricht: Wie wollen wir denn nun neu beginnen? Die Antwort von Otto Buchwitz kommt ohne Zögern: Einheit. Obwohl Otto Buchwitz sehr krank ist und im Konzentrationslager furchtbar gelitten hat, erklärt er sich sofort bereit, nach der Rückkehr in die Stadt Dresden am antifaschistisch-demokratischen Aufbau teilzunehmen.

8. Mai – Tag der Befreiung. Endgültig und bedingungslos hat Hitlerdeutschland kapituliert. In Moskau und Paris, London und

New York wird der Sieg über den Faschismus gefeiert. In Deutschland regt sich Hoffnung auf ein friedliches, besseres Leben. Doch dafür ist noch viel zu tun. Für die Aktivisten der ersten Stunde fängt die Arbeit nun erst richtig an.

Der Morgen des 9. Mai sieht die Gruppe Ulbricht beim Umzug. Sie verlegt ihren Sitz von Bruchmühle nach Berlin-Friedrichsfelde, Prinzenallee 80.

Kurz danach gehen Walter Ulbricht und andere Mitglieder der Gruppe zu einer wichtigen Begegnung: Der Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Anastas Mikojan, ist in Berlin eingetroffen. Er informiert sich über die Versorgungslage und leitet entscheidende Hilfsmaßnahmen ein, um die bittere Not der Bevölkerung zu lindern. Walter Ulbricht kann ihm mitteilen, daß mit dem heutigen Tage in allen Stadtbezirken Berlins neue Bürgermeister ernannt sind, die an der Spitze neuer antifaschistisch-demokratischer Verwaltungen helfen, die Versorgung und die Wirtschaft in Gang zu bringen. Gleichzeitig ist begonnen worden, die Bildung des neuen Magistrats von Groß-Berlin vorzubereiten.

Walter Ulbricht führt an diesem Tag auch Gespräche mit dem ehemaligen Reichsminister Schiffer, mit dem Mitglied der früheren Zentrumspartei, Dr. Andreas Hermes, und anderen Vertretern bürgerlicher Parteien aus der Weimarer Republik.

Es geht darum, alle Aufbauwilligen in das gemeinsame Werk einzubeziehen, auch solche bürgerlichen Hitlergegner, die in früheren Zeiten durchaus nicht immer auf der Seite des Volkes gestanden haben.

Da ist Eugen Schiffer, den Walter Ulbricht schon aus der Zeit des Kapp-Putsches kennt; damals Vizekanzler der Ebert-Regierung, versuchte er zu erreichen, daß die Putschisten geschont würden. Durch den Faschismus und dessen Rassenterror hat in der Zwischenzeit aber auch Herr Eugen Schiffer seine Lektion erhalten. Deshalb sagt er zu, in einer antifaschistisch-demokratischen Verwaltung mitzuwirken. Er gibt am Schluß des Gespräches mit Walter Ulbricht zu verstehen, er sei bereit, ein Stück des Weges mit den Kommunisten zu gehen. Tatsächlich aber hat er nach wie vor das Ziel im Auge, die Macht des Monopolkapitals zu erhalten.

Überhaupt gehen fast alle Vertreter früherer bürgerlicher Parteien in den Gesprächen von der Frage aus: Wer – wen? Sie sind be-



strebt, das Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten zu beeinflussen und besonders wichtige Positionen der Verwaltung in ihre Hände zu bekommen. Das sind die Probleme, die in dieser Zeit im Hintergrund der Zusammenarbeit stehen.

Nicht weniger kompliziert ist es für die Genossen, einen Oberbürgermeister zu finden. Das muß ein Mann sein, der bei den Nazis nicht aktiv engagiert war, gegen den aber auch die amerikanischen, englischen und französischen Militärbehörden keinen Einspruch erheben können.

Schließlich gelingt es, den Regierungsbaumeister a. D. Dr.-Ing. Arthur Werner für das Amt des Oberbürgermeisters zu gewinnen. Dr. Werner, der früher in verschiedenen Ländern als Konsul tätig war und den die Nazis aus seinem Lehramt in einer Ingenieurschule verjagten, ist parteilos und ein umgänglicher Mensch. Einwände der westlichen Besatzungsmächte gegen eine fortschrittliche Politik entwarfnet er oftmals durch sein elegantes Auftreten und durch seinen wunderschönen Zylinder.

Auch einen Stadtrat für Gesundheitswesen braucht der neue Magistrat. Walter Ulbricht spricht deshalb mit Geheimrat Professor Ferdinand Sauerbruch. Der Mediziner haust mit seiner Frau in einem Keller der Charité, nachdem seine Wohnung durch Bomben zerstört worden ist. Auch Professor Sauerbruch war Anhänger einer Rechtspartei, der früheren Deutschnationalen Partei, trat aber gegen Ende des Krieges gegen Hitler auf. Jetzt wird er neben seiner Arbeit in der Charité als Stadtrat tätig sein. Professor Theodor Brugsch, ein humanistisch gesinnter, erfahrener Arzt, erklärt sich gleichfalls zur Mitarbeit im neuen Magistrat bereit.

Als sich der 9. Mai seinem Ende zuneigt, zieht Walter Ulbricht in einem Brief an Georgi Dimitroff erste Bilanz:

„Wir haben unsere Arbeit in erster Linie auf die Auswahl von Antifaschisten für die Kreisverwaltungen und für die Stadtverwaltungen von Berlin konzentriert . . . Im Zusammenhang mit der Bildung der Verwaltungsorgane gelingt es, einen breiten Zusammenschluß der antifaschistisch-demokratischen Kräfte herbeizuführen . . . In einer Reihe von Kreisen ist noch die Abgeschlossenheit der Illegalität spürbar. Die Kommunisten haben dort noch wenig Verbindung zu den Menschen der anderen Schichten und politischen Richtungen. Da es weder Zeitungen noch politische Schulungen gibt, ist für die genügende Orientierung der Genossen längere Zeit

erforderlich. Wir denken, ungefähr zwei Wochen nach der Organisation der Stadtverwaltung mit der Herausgabe einer antifaschistisch-demokratischen Zeitung zu beginnen. Eine Reihe leitender Genossen sind aus dem Gefängnis gekommen.“

Der neue Magistrat von Groß-Berlin wird am 17. Mai gebildet. Die Persönlichkeiten, die ihm angehören, stellt Walter Ulbricht dem sowjetischen Stadtkommandanten, Generaloberst Nikolai Bersarin, vor. Am 19. Mai findet ihre feierliche Amtseinführung statt. Dieser Magistrat ist seiner politischen Zusammensetzung nach eine Koalition von Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und bürgerlichen Fachleuten. Zusammen mit den Genossen Karl Maron, Otto Winzer, Ottomar Geschke und Arthur Pieck, die zur vorläufigen Leitung der Kommunisten in Berlin gehören, arbeitet nun der Sozialdemokrat Josef Orlopp als Leiter des Handels; Dr. Hermann Landwehr, der aus dem Kreis der Männer des 20. Juli kommt, übernimmt die Abteilung Wirtschaft; Professor Ferdinand Sauerbruch ist für das Gesundheitswesen verantwortlich; Dr. Andreas Hermes für das Ernährungswesen. Zum Oberbürgermeister wird Dr. Arthur Werner ernannt.

Gemeinsam gehen sie daran, das wirtschaftliche Leben in der deutschen Hauptstadt wieder in Gang zu bringen, die Versorgung zu sichern. Meinungsverschiedenheiten – bei den unterschiedlichen Weltanschauungen der Magistratsmitglieder keineswegs verwunderlich – werden gemeinsam überwunden.

Das Orchester der Städtischen Oper gibt am 18. Mai sein erstes großes Konzert. Die Berliner Philharmoniker folgen am 26. Mai. Am 20. Mai klingeln die ersten Straßenbahnen wieder durch Berlin, Omnibusse und U-Bahnen fahren auf Teilstrecken. Im Juni sitzen wieder 128 000 Berliner Kinder auf notdürftig hergerichteten Schulbänken.

Das Leben ist schwer, das Essen knapp, noch bluten viele Wunden des Krieges. Doch immer mehr Menschen spüren: Das Chaos beginnt der Ordnung zu weichen. Viele schöpfen neuen Mut, packen mit an, zunächst vielleicht nur, um die eigene Existenz notdürftig zu sichern, doch sie werden mit der Zeit lernen weiterzudenken.

## Der Zusammenschluß der Arbeiterklasse

Das Erbe der Faschisten sind nicht nur die Trümmer zerstörter Städte. Verheerender noch hat die Nazi-Ideologie in den Köpfen der Menschen, auch vieler Arbeiter, gehaust. Geistige Verwirrung und moralischer Verfall sind beinahe noch größer als die leibliche Not.

„Befehl Nr. 2“ steht jetzt auf den neuen Plakaten, die am 10. Juni 1945 von der sowjetischen Militärverwaltung herausgegeben werden. Sicherte der erste Befehl den Menschen das Nötigste zum Leben, so beginnt dieser zweite mit der Heilung der geistigen Wunden. Einen Monat nach der Zerschlagung des Faschismus wird im sowjetisch besetzten Gebiet die Bildung antifaschistischer Parteien und Gewerkschaften gestattet. So hilft die Sowjetunion, das demokratische Leben in Deutschland zu wecken, während in den Westzonen noch immer jede politische Tätigkeit verboten ist. Die Sowjetunion öffnet im Vertrauen zu den deutschen Antifaschisten der Demokratie die Tür. Sie im Interesse und zum Nutzen des Volkes anzuwenden ist Sache des deutschen Volkes selbst.

Juni 1945 Walter Ulbricht erläutert den „Befehl Nr. 2“ am Tage seines Erscheinens kommunistischen Funktionären aus allen Teilen Berlins.  
*Im Sekretariat der KPD* Die Konferenz findet im Lokal Rose in Berlin-Friedrichsfelde statt und ist zugleich die letzte Zusammenkunft der Gruppe Ulbricht. Nach 40 sehr langen Tagen und sehr kurzen Nächten hat sie den Auftrag des Zentralkomitees in Ehren und mit großem Erfolg

ausgeführt. „Ein neuer Weg muß beschritten werden“, so lautete dazu die Direktive des Zentralkomitees. Dieser Weg ist gefunden. Die dabei erworbenen Erfahrungen sind ausgewertet in dem Aufruf, mit dem die Kommunistische Partei Deutschlands am 11. Juni 1945 zum ersten Mal wieder legal an die Öffentlichkeit tritt.

Der historische Aufruf an das deutsche Volk beginnt mit den Worten: „Wohin wir blicken, Ruinen, Schutt und Asche. Unsere Städte sind zerstört, weite ehemals fruchtbare Gebiete verwüstet und verlassen . . . Millionen und aber Millionen Menschenopfer hat der Krieg verschlungen, den das Hitlerregime verschuldete, Millionen wurden in tiefste Not und größtes Elend gestoßen. Eine Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes ist über Deutschland hereingebrochen, und aus den Ruinen schaut das Gespenst der Obdachlosigkeit, der Seuchen, der Arbeitslosigkeit, des Hungers.“

Der Aufruf schließt mit den Worten: „Feste Einheit, entschlossener Kampf und beharrliche Arbeit bilden die Garantien des Erfolges unserer gerechten Sache! Fester den Tritt gefaßt! Höher das Haupt erhoben! Mit aller Kraft ans Werk! Dann wird aus Not und Tod, Ruinen und Schmach die Freiheit des Volkes und ein neues würdiges Leben erstehen.“

Mit diesem Aufruf zeigt die Kommunistische Partei Deutschlands den Weg, auf dem die Einheit der Arbeiterklasse und aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte herbeigeführt, Nazismus und Militarismus mit der Wurzel ausgerottet und der demokratische Neuaufbau Deutschlands vollzogen werden können. Hier spannt sich der Bogen vom Programm zur nationalen und sozialen Befreiung über die Beschlüsse der Brüsseler und der Berner Parteikonferenz und der auf diesen Beschlüssen fußenden Politik des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ zum klar gewiesenen gemeinsamen Ziel für alle an einer demokratischen Wiedergeburt Deutschlands interessierten Schichten der Bevölkerung: einer einheitlichen, friedliebenden, antifaschistisch-demokratischen deutschen Republik.

Die Aufgaben, deren Lösung im Interesse jedes friedliebenden Deutschen liegt, heißen:

1. vollständige Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und der Hitlerpartei
2. Kampf gegen Hunger, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit

3. Herstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes, Wiederherstellung der Legalität freier Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie der antifaschistischen demokratischen Parteien
4. Wiederaufrichtung der auf demokratischer Grundlage beruhenden Selbstverwaltungsorgane in den Gemeinden, Kreisen und Bezirken sowie der Provinzial- beziehungsweise Landesverwaltungen und der entsprechenden Landtage
5. Schutz der Werktätigen gegen Unternehmerwillkür und unbotmäßige Ausbeutung
6. Enteignung des gesamten Vermögens der Nazibonzen und Kriegsverbrecher, Übergabe dieses Vermögens in die Hände des Volkes
7. Liquidierung des Großgrundbesitzes, der großen Güter der Junker, Grafen und Fürsten und Übergabe ihres ganzen Grund und Bodens an die durch den Krieg ruinierten und besitzlos gewordenen Bauern
8. Übergabe aller jener Betriebe, die lebenswichtigen öffentlichen Bedürfnissen dienen, in die Hände der Selbstverwaltungsorgane
9. friedliches und gutnachbarliches Zusammenleben mit den anderen Völkern. Entschiedener Bruch mit der Politik der Aggression und der Gewalt gegenüber anderen Völkern, der Politik der Eroberung und des Raubes.

Dieses Aktionsprogramm ist eine geeignete Grundlage für die Einigung der beiden Arbeiterparteien, der Kommunistischen Partei Deutschlands und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Zugleich gibt es der deutschen Arbeiterklasse die Möglichkeit, den verhängnisvollen Einfluß der reaktionären imperialistischen Ideologie in ihren eigenen Reihen zu überwinden und ihre Einheit auf revolutionärer Basis herzustellen.

Jetzt beginnt das Sekretariat des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands offiziell seine Arbeit. Walter Ulbricht wird als Sekretär des Zentralkomitees für den Staatsaufbau und für Wirtschaftsfragen verantwortlich gemacht.

Einen Tag später erläutert er vor 200 antifaschistischen Funktionären verschiedener politischer Richtungen im Berliner Stadthaus den Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands. Keiner der Anwesenden – Kommunisten, Sozialdemokraten, Mitglieder der

früheren Zentrumspartei, der früheren Staatspartei, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der christlichen Gewerkschaften und der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften – kann sich der Folgerichtigkeit dieses Programms entziehen, keiner spricht dagegen, alle Diskussionsredner bekennen sich zur antifaschistisch-demokratischen Einigung zum Nutzen des Volkes.

Bald darauf bilden sich die anderen antifaschistisch-demokratischen Parteien, die Sozialdemokratische Partei, die Christlich-Demokratische Union und die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands.

Die Sozialdemokratische Partei tritt am 17. Juni 1945 an die Öffentlichkeit. Im Namen ihres Zentralausschusses erklärt Otto Grotewohl, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands alles daransetzen werde, die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen. Bereits zwei Tage später wird ein gemeinsamer Arbeitsausschuß gebildet, dem je fünf Mitglieder des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands – unter ihnen Walter Ulbricht – und des Zentralausschusses der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands angehören. Mit dem bei dieser Begegnung geschlossenen Aktionsabkommen wird eine ständige Übereinkunft zwischen den Führungen von KPD und SPD erzielt, die erste in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.

„Die Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten seit den ersten Maitagen 1945 war von entscheidender Bedeutung für die weitere Entwicklung“, sagt Walter Ulbricht mehr als 15 Jahre später. „Großes haben damals in brüderlicher Zusammenarbeit mit uns die sozialdemokratischen Genossen Otto Buchwitz, Josef Orlopp, Max Fechner, Hermann Schlimme, Fritz Ebert, Helmut Lehmann, Bernhard Göring, August Frölich, Karl Moltmann, Karl Steinhoff, Otto Meier, Karl Litke, Rudolf Friedrichs, Käthe Kern, Wilhelm Höcker, Edith Baumann und Erich Mückenberger geleistet. Besonders hoch muß man die Arbeit zur Schaffung einheitlicher freier Gewerkschaften einschätzen.“

Gemeinsam mit sozialdemokratischen Genossen organisieren die Kommunisten Hermann Matern, Anton Ackermann, Willi Bredel, Gustav Sobottka, Heinrich Rau, Erich Honecker, Hans Jendretzky, Bernard Koenen, Waldemar Schmidt, Hans Warnke, Hermann Duncker, Kurt Bürger und viele andere das neue, demokratische Leben in der sowjetischen Besatzungszone.

25. Juni 1945 Erfüllt von Freude und tiefer Bewegung ist die erste Funktionär-  
Erste Funktionär- konferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands im Berliner  
konferenz „Colosseum“. Die Genossen aus den illegalen Gruppen, die in den  
der KPD faschistischen Konzentrationslagern gemarterten und die aus der  
Emigration zurückgekehrten Kommunisten sind zum ersten Mal  
wieder in einer legalen Versammlung im befreiten Berlin vereint.  
Sie gedenken der unsterblichen Opfer, Ernst Thälmanns und all  
der anderen Genossen und Hitlergegner, die im Kampf gegen die  
faschistische Diktatur ihr Leben lassen mußten.

Mit großer Spannung nehmen die Genossen das Referat Walter  
Ulbrichts auf. Er erläutert den Aufruf des Zentralkomitees.

Das Wichtigste zuerst, und alles zu seiner Zeit – diese Maxime  
seines Handelns, die den Mitgliedern der Gruppe Ulbricht in den  
ersten Maitagen so lehrsam vor Augen trat, wird nun auch diesem  
weit größeren Kreis von Parteimitgliedern deutlich. Manche Ge-  
nossen sehen etwas enttäuscht drein, als sie hören, das Vordring-  
liche sei jetzt, die Parteiorganisation aufzubauen, mit den sozial-  
demokratischen Gruppen und Leitungen zusammenzuarbeiten, den  
Aufbau antifaschistisch-demokratischer Verwaltungen voranzu-  
bringen, die Ernte zu sichern, die Herbstsaat zu gewährleisten  
und die Betriebe in Gang zu bringen. Einige Genossen haben ge-  
glaubt, man könne sofort in den Sozialismus hineinspringen, für  
den sie doch jahrzehntelang gekämpft haben. Doch die Parteifüh-  
rung geht aus von den Beschlüssen der Brüsseler Konferenz und  
stellt zunächst die Aufgabe, die bürgerlich-demokratische Revolu-  
tion als antiimperialistische Revolution zu Ende zu führen. Zu  
diesem Zeitpunkt kann die Partei die Überwindung des Kapita-  
lismus als Gesellschaftsformation nicht auf die Tagesordnung set-  
zen, denn dazu sind die Voraussetzungen noch nicht geschaffen.

„Aber wie soll das angesichts der ideologischen Verwüstung, die  
bis tief in die Reihen der Arbeiterklasse geht, geschehen?“ fragt  
Walter Ulbricht. „Wie soll das möglich sein, nachdem die Arbeiter-  
schaft mehr als ein Jahrzehnt zersplittert war und eine große, ein-  
heitliche Partei des werktätigen Volkes erst in der Entwicklung  
begriffen ist? Wie soll das möglich sein, ohne daß sich die Werk-  
tätigen im konsequenten Kampf um die Demokratie einigen und  
sich in ihren Organisationen wie in der Tätigkeit im Wirtschafts-  
leben die notwendigen Erfahrungen erwerben?“

Jede dieser Fragen beinhaltet zugleich ein Stück wissenschaftlicher

Vorausschau auf den kommenden Weg, der zur gegebenen Zeit zum Sozialismus führen wird.

„Wir müssen in Deutschland den Weg gehen“, fügt Walter Ulbricht hinzu, „der den Entwicklungsbedingungen in Deutschland entspricht, und das wird nicht genau der gleiche Weg sein wie in anderen Ländern.“

Die Zukunft wird die Bestätigung auch dieser theoretischen Erkenntnis bringen. 22 Jahre später kann Walter Ulbricht auf der Internationalen Wissenschaftlichen Session „100 Jahre Kapital“ feststellen: „Unsere Partei hat sich als fähig erwiesen, den Weg des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus entsprechend den deutschen Bedingungen zu finden und zu beschreiten.“

Jetzt jedoch, im Sommer 1945, geht es darum, die Kommunistische Partei Deutschlands, die Partei der Arbeiterklasse, die Partei der Einigung des werktätigen Volkes, für diese Aufgaben zu befähigen und zu stärken. Wieder ist es eine Voraussage, die manche alten Genossen im Berliner „Colosseum“ zum Nachdenken, auch zum Umdenken anregt: „Die Besonderheit der gegenwärtigen Lage besteht darin, daß in den Parteiorganisationen in der Mehrheit Mitglieder sein werden, die vor 1933 nicht der KPD angehörten, sondern antifaschistischen Massenorganisationen, den Gewerkschaften, der Sozialdemokratie, Jugendorganisationen oder aber Mitglieder, die erst während des Hitlerregimes aktiv wurden. Aufgabe der Parteiorganisation ist es, den alten und den neuen Mitgliedern zu helfen und sie so zu schulen, daß sie gute Kommunisten werden.“

So lehrt er die Genossen, in die Zukunft zu denken, die theoretischen Erkenntnisse in die tägliche Praxis umzusetzen und die praktischen Erfahrungen der Gegenwart zu verallgemeinern.

Eine Voraussetzung für die ideologische und organisatorische Einheit der Arbeiterklasse ist die Bildung einheitlicher, freier Gewerkschaften. Im Auftrag des Politbüros widmet sich Walter Ulbricht dieser Aufgabe mit großer Energie.

Um beim Stadtkommandanten, Generaloberst Nikolai Bersarin, den Antrag auf Bildung eines Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes stellen zu können, ist es zunächst notwendig, sich mit den Gewerkschaftsführern zu verständigen, die in der Zeit vor der

Juni 1945 bis  
Februar 1946

*Mitbegründer  
des FDGB –  
Mitglied des  
Bundesvorstandes.*



Hitlerherrschaft tätig waren. Die Verbindung zu ihnen hat Walter Ulbricht bereits aufgenommen. So treffen sich am 13. Juni 1945 der frühere Sekretär des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Hermann Schlimme, der frühere Funktionär des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Otto Brass, die Genossen Hans Jendretzky und Roman Chwalek von der früheren Gewerkschaftsopposition sowie Jakob Kaiser von den ehemaligen christlichen Gewerkschaften, Ernst Lemmer von den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften und andere zu einer Beratung. Dabei wird der Gründungsaufwurf des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes erörtert.

Besonders schwierig ist es, eine Vereinbarung darüber zu erzielen, wie die Vergangenheit eingeschätzt werden soll, denn der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die christlichen Gewerkschaften und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften kapitulierten am 1. Mai 1933 vor der Hitlerpartei und forderten ihre Mitglieder zur Teilnahme am Maiaufmarsch der faschistischen „Arbeitsfront“ auf.

Walter Ulbricht erklärt, daß es darauf ankommt, den deutschen Faschismus und Militarismus mit der Wurzel zu vernichten.

„Warum muß man das denn so scharf sagen?“ fragt Kaiser.

Die Einheit des neu zu bildenden Gewerkschaftsbundes kann nur auf antifaschistisch-demokratischer Grundlage hergestellt werden. Die Kommunisten kämpfen für die Einheit der Gewerkschaften mit dem Ziel, den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund zur echten Klassenorganisation der Arbeiter zu entwickeln.

Bei den Diskussionen über den Charakter der Gewerkschaften zeigt sich, daß Kaiser und Lemmer zwar vom Sozialismus sprechen, aber doch darauf orientiert sind, die Gewerkschaften wieder unter bürgerlich-kapitalistischen Einfluß zu bringen. Das aber hieße, die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen.

Schon wird sichtbar, daß hier Kräfte am Werk sind, die sich zwar bereit fanden, ein Stück des Weges mit der Arbeiterklasse gemeinsam zu gehen, die aber bereits jetzt beginnen wollen, allmählich die alten Zustände zu restaurieren. Doch es erweist sich zugleich die Kraft des einheitlichen Auftretens der Arbeiterklasse. Im Gewerkschaftsausschuß scheitern die Versuche, die Gewerkschaftseinheit zu verhindern, an der konsequenten Haltung der Ver-

treter beider Arbeiterparteien. Schließlich erklären auch Kaiser und Lemmer ihr Einverständnis mit dem nur unwesentlich abgeänderten Aufruf.

Unmittelbar nach der Beratung empfängt Generaloberst Nikolai Bersarin die Gruppe von Gewerkschaftsfunktionären und nimmt die Information über ihre Vereinbarung entgegen. Nach einem freundschaftlichen Gespräch stimmt er der Gründung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes zu.

Noch können Kaiser und Lemmer nicht offen zeigen, daß sie gegen die führende Rolle der Arbeiterklasse sind, aber ihre wahren Herren, die imperialistischen Westmächte, sind nicht mehr weit. Seit Anfang Juni haben diese die Westsektoren Berlins besetzt. Der Alliierte Kontrollrat hat in Berlin seine Tätigkeit aufgenommen.

In den Versammlungen und Konferenzen der Gewerkschafter in Berlin tauchen jetzt oft amerikanische, englische und französische Uniformen auf. Diese „Gäste“ werfen Hinweise in die Diskussion wie: Es müßten doch nun auch Unternehmerorganisationen gebildet werden. Die Antifaschisten antworten darauf, daß das Volk die großen Unternehmen der Kriegsverbrecher und Konzernherren in seine Hände nehmen wird. Aber die westlichen Herren lassen nicht locker. Sie erklären ganz offen, man solle doch verschiedene Gewerkschaftsorganisationen bilden. Ihre Absicht ist, die Kräfte der Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften zu zersplittern.

Auf der Delegiertenkonferenz in Berlin-Mitte kommt es zu heftigen Diskussionen mit den westlichen Besatzern, die nicht davor zurückschrecken, sich in die Gewerkschaftswahlen der Arbeiter einzumischen. Ihr Druck und ihre Demagogie helfen ihnen nichts. Die revolutionären Kandidaten, unter ihnen Walter Ulbricht, werden als Delegierte zur Groß-Berliner Delegiertenkonferenz gewählt. Die absolute Mehrheit entscheidet für einheitliche, freie Gewerkschaften.

Die Ausführungen Walter Ulbrichts zur Arbeit der Gewerkschaften in seiner programmatischen Rede auf der Hallenser Gewerkschaftskonferenz im August 1945 werden zur Richtschnur für die Arbeit des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes. Auf dem 1. Kongreß des FDGB für die sowjetische Besatzungszone, der vom 9. bis 11. Februar 1946 in Berlin stattfindet, spricht Walter Ulbricht in der Diskussion über die Aufgaben der freien Gewerk-

schaften und die Garantien für ein friedliebendes, demokratisches Deutschland. Er wird mit der höchsten Stimmenzahl in den Vorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes gewählt.

So steht er an der Spitze der Aktivisten der ersten Stunde, die im Kampf gegen Hunger und Not zugleich den Grundstein für ein neues, friedliebendes Deutschland legen.

Juli 1945  
*Viederschen mit  
Wilhelm Pieck -  
Reise  
nach Thüringen*

Am 1. Juli 1945 empfängt Walter Ulbricht zusammen mit den sowjetischen Freunden den Vorsitzenden des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands, Wilhelm Pieck, der aus der Sowjetunion zurückkehrt, und erstattet ihm ausführlich Bericht über die bisherige Arbeit.

Neue komplizierte Aufgaben stehen vor der Parteiführung. Die amerikanischen und englischen Truppen sind soeben aus den von ihnen vorübergehend besetzten Gebieten abgezogen. Gemeinsam mit zwei sowjetischen Diplomaten, Vertretern der Militärverwaltung, die diese Gebiete jetzt kontrolliert, tritt Walter Ulbricht eine Reise nach Bitterfeld, Leipzig, Halle, Weimar, Jena und Erfurt an. Er ist von der Parteiführung beauftragt, bei der Bildung neuer, antifaschistischer Verwaltungen zu helfen. Das ist nicht leicht, in manchen Fällen sogar schwerer als in den ersten Maitagen in Berlin. Die Truppen der imperialistischen Mächte haben hier nicht nur die Sammlung und Tätigkeit der antifaschistischen Kräfte unterbunden. Bei ihrem Abzug ließen sie auch die wichtigsten Konstruktionsunterlagen, Patente, Wertpapiere und Spezialmaschinen aus den Zeiss-Werken in Jena, den großen Chemiebetrieben um Halle, den Maschinenfabriken in Magdeburg und anderen „mitgehen“. Im Gebäude der Thüringer Landesregierung in Weimar herrscht tiefe Stille, als die Besucher aus Berlin eintreffen. Sie gehen zum Ministerpräsidenten; es ist der von den Amerikanern eingesetzte Sozialdemokrat Dr. Brill. Die sowjetischen Diplomaten erkundigen sich nach der Arbeit der Verwaltung und der Versorgung der Bevölkerung. Walter Ulbricht fragt, ob die Verwaltung von aktiven Nazis und anderen Kriegsverbrechern gesäubert ist. Er habe noch keine solchen Maßnahmen getroffen, ist die Antwort von Brill. Das seien aber merkwürdige Auffassungen von Demokratie, meint Walter Ulbricht. Man könne doch Demokratie nicht herbeiführen, wenn man die alten, antidemokratischen Kräfte an der Macht läßt.

Herr Brill windet sich, redet von Abdanken. Bald wird erkennbar: Er ist selbst nicht bereit, den neuen Weg zu gehen und verhält sich ähnlich wie 1918/1919 die sozialdemokratischen Minister, die es auch nicht wagten, die Kriegsverbrecher und die anderen kaiserlichen Beamten aus dem Staatsapparat zu entfernen.

Die sowjetischen Diplomaten und Walter Ulbricht gehen zum Rathaus und besprechen mit dem Bürgermeister Fragen der Versorgung mit Lebensmitteln. Dann lenken sie ihre Schritte zu den historischen Wirkungsstätten Goethes und Schillers. Hier trägt noch alles das Zeichen der letzten Kriegstage, keine Hand hat sich bisher zu Aufräumarbeiten gerührt. Der Weimarer Bürgermeister wird von den sowjetischen Genossen angewiesen, sofort mit der Wiederherstellung der Gedenkstätten für die beiden größten deutschen Dichter zu beginnen.

Er mag sich ein wenig wundern, daß die sowjetischen Diplomaten und Walter Ulbricht bei all den vielen Problemen auch noch an die Kultur denken. Das war zur Zeit der amerikanischen Besatzung in Thüringen nur insoweit üblich, als die Amerikaner mit ihrer Jagd auf „Souvenirs“ wertvolle Kunstgegenstände gegen billige Zigaretten einzuhandeln pflegten. Wer sich wirklich Sorge um die Kultur machte, fand bei ihnen kein Gehör. So auch der Rektor der Universität Jena, Professor Dr. Zucker. Er hatte sich mit einem Memorandum über die Zukunftsaufgaben der Universität Jena an den Ministerpräsidenten Brill gewandt. Aber weder dieser noch die Amerikaner würdigten den Rektor einer Antwort. In der Nacht des 5. Juli 1945 aber hat Professor Dr. Zucker ein Erlebnis, das er nicht vergessen wird.

Die Uhrzeiger gehen schon auf Mitternacht, als an seine Tür geklopft wird. Erschrocken sieht er beim Öffnen zwei sowjetische Wagen vor dem Haus, hört eine Stimme, die ihn bittet, mitzukommen. Zusammen mit einigen anderen Professoren und Dozenten der Universität wird er zum Gasthaus „Ölmühle“ gefahren. Dort stellt man sie Walter Ulbricht und den sowjetischen Diplomaten vor, die sich wegen der späten Störung höflich entschuldigen. Mißtrauisch und reserviert folgen die Jenaer Wissenschaftler der Einladung in eines der Gästezimmer. Hier erfahren sie zu ihrer größten Überraschung, daß Walter Ulbricht die Wiedereröffnung und der Neuaufbau der Universität Jena ebenso am Herzen liegt wie ihnen selbst.

Die Professoren überwinden nun langsam ihre Skepsis. In der Aussprache zeichnen sich ganz neue Perspektiven für die Wissenschaft und für Deutschland ab. Sie beraten über die „geistige Entrümmung“, aber auch über die materielle. Als man sich um vier Uhr morgens trennt, haben sich alle Jenaer Gesprächspartner bereit erklärt, an der Universität im antifaschistisch-demokratischen Geist zu lehren, aber auch gleichzeitig mitzuhelfen, die Trümmer im Stadtgebiet und in der Universität selbst beiseite zu räumen. Professor Dr. Zucker erklärt sich bereit, gemeinsam mit anderen Professoren die Eröffnung der Universität vorzubereiten.

Walter Ulbricht ist am Nachmittag dieses Tages ganz überraschend in einer Sitzung der Ortsleitung der Kommunistischen Partei Deutschlands erschienen, freudig und herzlich begrüßt von den Genossen, die mit ihm zum Teil schon aus der Zeit verbunden sind, als er Bezirksleiter der KPD in Thüringen war. Mit ihnen und einigen sozialdemokratischen Genossen ist dann am Abend im Gasthaus „Ölmühle“ das Gespräch über die weitere Arbeit fortgesetzt worden. Sie haben über die Einsetzung von bewährten Antifaschisten in die Verwaltung beraten, über den Zusammenschluß aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte. Sie haben sich den Kopf zerbrochen, wie man die Produktion der Zeiss-Werke wieder in Gang bringen kann. Besonders eingehend hat Walter Ulbricht über die Fragen der Volksbildung gesprochen, die in der Universitätsstadt Jena von besonderer Bedeutung sind. Und dabei eben kam der Vorschlag, einige Professoren hierherzubitten.

Als erste deutsche Hochschule nimmt die Universität Jena am 15. Oktober 1945 mit allen Fakultäten ihre Lehrtätigkeit wieder auf. Seit dem 1. Oktober hat in allen Schulen der sowjetischen Besatzungszone der Unterricht begonnen. Gemeinsam rufen nun das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands und der Zentralauschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur demokratischen Schulreform auf. Sie erklären, „die Ausrottung des Nazismus und Militarismus mit ihren reaktionären Wurzeln, die Sicherung eines dauerhaften Friedens und die demokratische Erneuerung Deutschlands sind undenkbar ohne eine grundlegende Reform der deutschen Schule, ohne eine allseitige Demokratisierung des gesamten Schulwesens“. Dieser historische Aufruf ist von großer Bedeutung für die im folgenden Jahr beschlossenen Gesetze zur Demokratisierung der Schule.

Nach Berlin zurückgekehrt, nimmt Walter Ulbricht an der Beratung teil, bei der sich die Kommunistische Partei Deutschlands, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die Christlich-Demokratische Union und die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands zum Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien zusammenschließen. Es ist die Basis für neue Beziehungen und ein festes Bündnis zwischen den Arbeiterparteien und den bürgerlich-demokratischen Parteien. Nach ihrer späteren Gründung treten auch die National-Demokratische Partei Deutschlands und die Demokratische Bauernpartei Deutschlands dem Block bei. Das am 14. Juli unterzeichnete gemeinsame Kommuniqué trägt neben den Unterschriften von Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl auch den Namenszug von Walter Ulbricht.

Wieder ist einer der Meilensteine erreicht, die von der Partei in ihrem jahrzehntelangen Kampf auf dem Weg zur Befreiung der Nation gesetzt wurden. Mit dem antifaschistisch-demokratischen Block wird der Gedanke der Volksfront in die Tat umgesetzt und zur Grundlage des gesamten politischen Lebens. Mit der Blockpolitik gelingt es der Arbeiterklasse, alle antiimperialistischen Kräfte um sich zu scharen und sie zur Lösung der nächsten Aufgaben bei der antifaschistisch-demokratischen Unwälzung zu führen.

Besonders dringlich ist die Durchführung des demokratischen Agrarprogramms. Die sowjetischen Genossen, gute Wirtschaftsfachleute, sind mit den deutschen Genossen einer Meinung über die ökonomische Politik: Angesichts des völligen Zusammenbruchs der deutschen Wirtschaft müssen die Werktätigen veranlaßt und ermutigt werden, aus eigener Initiative die Betriebe wieder in Gang zu bringen; die Bauern müssen einen Anreiz erhalten, ihre landwirtschaftlichen Produkte zu verkaufen, damit die städtische Bevölkerung versorgt werden kann. Meinungen, daß ein der Kriegswirtschaft oder dem „Kriegskommunismus“ entsprechendes System zu schaffen sei, werden einhellig abgelehnt. So wird die Initiative des einzelnen gefördert.

Walter Ulbricht fährt gemeinsam mit sowjetischen Landwirtschaftsspezialisten in die Kreise Kyritz und Neuruppin. Sie erörtern mit Arbeiterfunktionären, Bauern und Mühlenbesitzern,

1945–1946  
*Kämpfer für die  
demokratische  
Bodenreform*

wie die Ernte eingebracht werden und unter welchen Bedingungen der Aufkauf der landwirtschaftlichen Produkte erfolgen soll.

Die Aufkaufpreise, zuerst mit den Bauern beraten, legt dann in den einzelnen Ländern die Militäradministration fest. Gleichzeitig erhalten die Bauern die Möglichkeit, ihre Mehrproduktion auf dem freien Markt zu verkaufen.

In dieser Zeit der größten Not besteht die wichtigste soziale Aufgabe darin, die Überwindung des Mangels so zu organisieren, daß alle Menschen ein Minimum an Lebensmitteln erhalten können.

So wird in den Gemeinden, Städten und Kreisen die Wirtschaft schrittweise wiederaufgebaut. Es zeigt sich aber zugleich, daß auf dem Lande eine demokratische Bodenreform dringend notwendig geworden ist.

Auch auf der Reise nach Thüringen, als der Weg Walter Ulbricht und die beiden sowjetischen Diplomaten durch das Dorf Schlaitz bei Bitterfeld führt, nehmen sie die Gelegenheit wahr, mit den Bauern zu sprechen. Fünfzehn Jahre später sagt Walter Ulbricht bei einem neuerlichen Besuch in Schlaitz über diesen 3. Juli 1945:

„Mitten auf der Dorfstraße begann die Unterhaltung: ‚Wie geht’s denn hier bei euch?‘ Die Umstehenden erzählten, daß sehr viele Umsiedler im Dorfe sind, daß die Versorgung schwer ist, daß man Umsiedler kaum unterbringen kann, daß im Dorf viele Menschen Not leiden.

Ich erkundigte mich: ‚Wer ist denn Bürgermeister?‘ Da kam der damalige Bürgermeister, Genosse Heilemann auch schon angelassen; denn ihm war zu Ohren gekommen, daß hier ein Auto auf der Dorfstraße gelandet war. Wir fragten ihn, wie es geht, wie er arbeitet. ‚Wovon leben Sie denn als Bürgermeister?‘ fragte ich.

‚Ich habe zwei Hektar‘, war seine Antwort.

Ich sagte: ‚Von den zwei Hektar können Sie doch nicht leben oder gar eine Familie ernähren.‘

Darauf er: ‚Ja, ich arbeite doch hier beim Herrn auf dem Gut.‘

‚Ach‘, staunte ich, ‚so etwas gibt’s bei euch noch, einen Gutsherrn?‘ . . .

Inzwischen war aber der Gutsherr auf die Dorfstraße gekommen. Die sowjetischen Diplomaten nahmen ihn sofort in die Zange und fragten ihn: ‚Wieviel verschleppte sowjetische Arbeiter und Bauern haben Sie denn hier beschäftigt?‘

Der Herr Baron: ‚Zwanzig.‘

‚Zwanzig? Und die zwanzig leben alle noch?‘

‚Nein, zwei oder drei sind gestorben.‘

‚Das heißt, Sie haben sie zu Tode geschunden, ja?‘

Das wollte er abstreiten. So entstand eine Auseinandersetzung über die Brutalität des deutschen Faschismus. Menschen aus der Sowjetunion waren bis nach Schlaitz verschleppt worden. Hier mußten sie für die deutschen Gutsbesitzer und Barone schufteten.

Dann gingen wir mit dem Bürgermeister nach Hause und hatten mit ihm und einigen Bauern eine Unterhaltung. ‚Wissen Sie‘, sagte ich ihm, ‚Sie haben in Ihrem Dorfe eine ganz merkwürdige Demokratie. Der Bürgermeister muß beim Gutsbesitzer arbeiten, und der Gutsbesitzer kommandiert. Was ist denn das für ein Bürgermeister? Was ist denn das für ein Gemeinderat? Die wirtschaftliche Macht – den Boden – hat der Baron, und zur Dekoration dürft Ihr im Gemeinderat mal zusammentreten.‘

Genosse Heilemann stimmte zu: ‚Da haben Sie ja ganz recht, aber wie sollen wir denn das jetzt ändern?‘

‚Das ist doch ganz einfach‘, rieten wir ihm. ‚Sie nehmen dem Gutsbesitzer den Boden weg, dann ist schon der erste Schritt zu einer demokratischen Ordnung geschaffen.‘

Wir haben ihnen damals gesagt: Im Aufruf des Zentralkomitees unserer Partei vom 11. Juni 1945 und in der gemeinsamen Vereinbarung der Kommunistischen Partei und der Sozialdemokratischen Partei ist ganz klar der Weg gezeigt: antifaschistisch-demokratische Umwälzung. Den Boden in die Hände der Bauern, in die Hände derjenigen, die ihn bearbeiten. Die alten Junker und Großgrundbesitzer müssen enteignet werden, das ist der größte Fortschritt in der Landwirtschaft und die Voraussetzung dafür, daß die Herde des Militarismus und des Faschismus, die sich in den großen Gütern befanden, endgültig beseitigt werden.“

Auch in anderen Dörfern diskutiert man in diesen Tagen über das Aktionsprogramm der Kommunistischen Partei Deutschlands. Viele Arbeiter und andere Antifaschisten folgen dem Ruf der Partei. Sie gehen aufs Land und überzeugen die Landarbeiter, die Klein- und Mittelbauern davon, daß mit der Herrschaft der Junker und Barone auf dem Dorfe endgültig Schluß ist und sie selbst ihr Schicksal bestimmen. Die Zeit für die Bodenreform ist reif geworden.



Die Bauern in Schläitz haben Walter Ulbricht gesagt, daß es gut wäre, ein Gesetz für die Enteignung der Großgrundbesitzer zu haben. Das bestätigen auch viele andere Bauern und Landarbeiter. So entsteht nach gründlichen Diskussionen mit Bauern der Entwurf einer Verordnung über die Bodenreform. Das ist nicht einfach, denn noch sind die traditionellen Fehler der Sozialdemokratie in der Bauernfrage nicht überwunden. Auch in den anderen Blockparteien ist man auf eine solche Aufgabe wenig vorbereitet. Manche ihrer Funktionäre, die sich an die Siedlungspolitik ihrer Parteien in der Weimarer Zeit erinnern, suchen einen Kompromiß zwischen diesen alten Auffassungen und der neuen Lage, die es erfordert, die Macht der Großgrundbesitzer und Junker zu beseitigen und die bürgerlich-demokratische Revolution zu Ende zu führen.

Nachdem sich das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands und der Zentralausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands über den Entwurf der Verordnung verständigt haben, wird den Mitgliedern der Provinzialverwaltung Sachsen empfohlen, als erste die Bodenreform zu beschließen.

In langen Gesprächen überzeugt Walter Ulbricht den Vorsitzenden der Provinzialverwaltung Sachsen, den Liberaldemokraten Professor Dr. Erhard Hübener, von der historischen Notwendigkeit und der Gerechtigkeit der Bodenreform. Die Verwaltung der Provinz Sachsen verabschiedet am 3. September die erste Verordnung über die Durchführung der Bodenreform. Sie wird zum Vorbild für die entsprechenden Verordnungen in den anderen Ländern und Provinzen im Osten Deutschlands, die den immer lauter werdenden Forderungen der werktätigen Bauern und Landarbeiter die gesetzliche Grundlage bieten.

Doch es gibt dabei noch manchen Kampf. Dem vom antifaschistisch-demokratischen Block eingesetzten Sonderausschuß für die Durchführung der demokratischen Bodenreform wollen reaktionäre Kräfte in der Führung der CDU eine Konzeption aufdrängen, die nicht nur die Bodenreform verhindern soll, sondern auch die führende Rolle der Arbeiterklasse ablehnt. Im Auftrag der beiden Arbeiterparteien demaskiert Walter Ulbricht diese schädlichen Absichten und begründet den von KPD und SPD eingebrachten Entschließungsentwurf. Wiederum erringen nach heftigen Diskussionen die einheitlich handelnden Arbeiterparteien,

denen fortschrittliche bürgerliche Politiker wie Dr. Wilhelm Külz von der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands fest zur Seite stehen, einen Sieg. Der antifaschistisch-demokratische Block stimmt der EntschlieÙung zu.

In den Dörfern werden Bodenreform-Kommissionen gewählt, die aus Vertretern aller demokratischen Parteien, in der Mehrheit aus parteilosen Bauern, Landarbeitern und Umsiedlern bestehen. Etwa 2,2 Millionen Hektar Boden werden an 560 000 Neubauern verteilt.

Die Arbeiter aus den Betrieben helfen den Bauern bei der Verteilung des Bodens und bei der ersten Ernte. Dabei entstehen neue Beziehungen zwischen Stadt und Land, zwischen Arbeiterklasse und werktätigen Bauern. Sie tragen dazu bei, daß im Osten Deutschlands die Mehrheit der Bevölkerung im Kampf um die demokratische Umgestaltung des Vaterlandes zusammenwirkt.

So hat unter der Führung der Arbeiterklasse die antifaschistisch-demokratische Umwälzung in Ostdeutschland begonnen. Sie ist ein Teil jenes großen, revolutionären Umwälzungsprozesses, der zur Herausbildung des sozialistischen Lagers führt.

Folgerichtig beginnt in dieser Zeit auch die demokratische Umgestaltung des Rechtswesens. War die Justiz der vergangenen Zeit ein Instrument in den Händen des Großkapitals, ein Instrument des Terrors und der Gewalt gegen alles Fortschrittliche, so wird sie jetzt zu einem Instrument des Volkes. War die Richterrobe früher ein Privileg der besitzenden Klassen, aus denen auch die Blutrichter des faschistischen Regimes kamen, so werden jetzt die ersten Volksrichter herangebildet, und der Boden für wahre Gerechtigkeit wird bereitet.

Um die Jahreswende berät die Kommunistische Partei Deutschlands mit Vertretern aller Parteien, der demokratischen Verwaltungen, mit Betriebsräten und Betriebsleitern die Richtlinien für die Wirtschaftspolitik. Sie öffnet den Blick in die Zukunft, in der die Werktätigen lernen werden, die Wirtschaft zu führen, die Betriebe zu leiten, die ökonomischen Reichtümer des Landes, über die sie verfügen werden, zum eigenen Nutzen zu mehren.

Ist es nicht vermessen, daran zu denken in diesem ersten Nachkriegswinter 1945/1946, der die noch längst nicht bezwungene Not der Menschen wieder vergrößert hat?

Walter Ulbricht beantwortet in seinem Schlußwort viele Fragen,

die auf der Wirtschaftskonferenz gestellt wurden, auch die vielleicht brennendste: Welche Garantien habt ihr?

„Die einzige Garantie“, sagt Walter Ulbricht, „ist die Einigung der Arbeiterklasse, damit die Arbeiterklasse die führende Rolle in der Wirtschaft und im Staate erhält! Wenn die beiden Arbeiterparteien ihre Aktionseinheit festigen, eine einheitliche Partei schaffen, wenn die Gewerkschaften zu einer starken Organisation werden, deren Mitglieder vom Klassenbewußtsein durchdrungen sind, dann ist die demokratische Entwicklung gesichert.“

In der Zwischenzeit hat sich die Aktionseinheit der Arbeiterklasse im Kampf um die Errichtung der Grundlagen der antifaschistisch-demokratischen Ordnung weiter gefestigt, der Drang zur Einheit der Arbeiterparteien ist immer stärker geworden. Die zielstrebige Arbeit der Kommunistischen Partei Deutschlands und die ehrliche Bereitschaft der klassenbewußten Kräfte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bringen die gemeinsame Arbeit voran. Aber mit allen Mitteln versuchen rechte SPD-Führer um Dr. Kurt Schumacher von Westdeutschland und Westberlin aus, die Spaltung der Arbeiterklasse aufrechtzuerhalten.

Der Sozialdemokrat Schumacher hat im Konzentrationslager durch die kommunistischen Genossen Solidarität und Hilfe erfahren und gelobt, wenn er je wieder dieser Hölle entrinnen würde, wolle er die Gemeinsamkeit nie vergessen. Doch 1945 ist er einer der ersten, die Antikommunismus predigen und den Zusammenschluß der Arbeiterklasse hintertreiben. Er operiert sowohl mit nationalistischen und revanchistischen Parolen als auch mit linken Phrasen, proklamiert den „Sozialismus als Tagesaufgabe“ und will nichts anderes, als die Sozialdemokratie in den kapitalistischen Staat einordnen. Sein Nein zur Einheit kommt den Spaltungsplänen der reaktionären Kreise in den Westzonen und den imperialistischen Besatzungsmächten sehr entgegen, und Schumacher bekennt später mit fragwürdigem Stolz: „Ich glaube, wir können es für uns beanspruchen, daß dieses Nein eine der wichtigsten politischen Taten in Deutschland gewesen ist.“

# Das bedeutendste Ereignis der deutschen Arbeiterbewegung in der neuesten Zeit

Die Voraussetzung für die Überwindung des deutschen Imperialismus und Militarismus, für den Sieg der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und die sozialistische Zukunft Deutschlands ist die Einheit der Arbeiterklasse – immer wieder machen Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Walter Ulbricht diesen lebenswichtigen Grundsatz den Arbeitern klar. Walter Ulbricht spricht auf Versammlungen und Kundgebungen in Leipzig, Halle, Brandenburg, Potsdam und in Berlin. Konsequenz setzt er sich mit der Spalterpolitik Schumachers auseinander und trägt hervorragend dazu bei, die ideologischen Fragen der Vereinigung zu klären. Das hat sich besonders deutlich in der Gewerkschaftsarbeit erwiesen. Auf der gemeinsamen Konferenz des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands und des Zentralausschusses der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands mit Vertretern der Bezirke, die am 20. und 21. Dezember 1945 den Weg zur Vereinigung abgesteckt hat, haben die Sprecher der KPD und der SPD, Walter Ulbricht und Max Fechner, auf ihre laut Tagesordnung vorgesehenen Ausführungen zur Gewerkschaftsarbeit verzichtet. Zwischen beiden war in der gemeinsamen Vorarbeit eine solche Einmütigkeit erzielt worden, daß sie sich nur auf einige kurze Bemerkungen beschränken konnten.

Der gemeinsamen Studienkommission, die den Entwurf für die „Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ und das Parteistatut ausarbeitet, gehört auch Walter Ulbricht an.

Tiefe Begeisterung erfaßt große Teile der Arbeiterklasse, als die

21./22. April

1946

*Vereinigung  
der KPD und SPD  
zur Sozialistischen  
Einheitspartei  
Deutschlands*

Beschlüsse dieser Konferenz bekannt werden. Kommunistische und sozialdemokratische Organisationen und Gruppen führen gemeinsame Mitgliederversammlungen durch. Es gibt heiße Diskussionen und Auseinandersetzungen über richtige und falsche Auffassungen auf beiden Seiten, doch schließlich sind sich die Genossen fast immer einig.

Diese Versammlungen bestimmen die Entwicklung der ganzen folgenden Monate. Auf der Betriebsrätevollversammlung der Städtischen Betriebe und Verwaltungen Groß-Berlins am 11. Januar 1946 spricht Walter Ulbricht wiederum über die Einheit der Arbeiterklasse. Nach seiner Rede nehmen die Betriebsräte eine EntschlieÙung an, in der die sofortige Vereinigung der Kommunistischen Partei Deutschlands und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in den Betrieben und Verwaltungen gefordert wird. In vielen Betrieben, Städten und Provinzen wird die Vereinigung bereits praktisch vollzogen.

Aber die Besatzungsmächte in Westberlin und auch in Westdeutschland unternehmen zusammen mit den westdeutschen Reaktionären alle Anstrengungen, die Einigung der deutschen Arbeiterbewegung zu verhindern. Ihre besten Helfer sind die rechten sozialdemokratischen Führer um Schumacher. Schumacher selbst veranlaÙt die westlichen Besatzungsmächte dazu, die Reise westdeutscher Sozialdemokraten zum Vereinigungsparteitag zu untersagen und gemeinsame Versammlungen von sozialdemokratischen und kommunistischen Organisationen zu verbieten. So kann der Wille der deutschen Arbeiterklasse zur Einigung nur in Ostdeutschland in die Tat umgesetzt werden.

Der 21. und 22. April bringt das historische Ereignis, an dem die Bevölkerung freudig Anteil nimmt. Nachdem der 15. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands, auf dem Walter Ulbricht den Bericht des Zentralkomitees gibt, und der 40. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands die Vereinigung zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beschlossen haben, versammeln sich die Delegierten beider Parteien im Saal der damaligen Staatsoper, dem „Admiralspalast“.

Es ist ein unvergleichlicher Augenblick, als die beiden Parteivorsitzenden Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl von verschiedenen Seiten des Präsidiums aufeinander zugehen und sich unter stürmischem Beifall die Hände reichen. „Einem Schwur gleich

brauste ein dreifaches Hoch auf die deutsche Arbeiterklasse durch den Saal“, berichtet das Protokoll über diesen historischen Akt.

Nach den Referaten von Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl beschließt der Parteitag die Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, ein Manifest an das deutsche Volk und das Parteistatut.

Walter Ulbricht, der an der Ausarbeitung dieser Dokumente einen wesentlichen Anteil hat, leitet am 22. April die Verhandlungen des Parteitages, nimmt die Abstimmung vor und hält die Schlußansprache. Darüber berichtet das Protokoll:

„Zweiter Verhandlungstag, Montag, 22. April 1946 . . .“

„Vorsitzender Ulbricht: . . . Wir fahren jetzt in unserer Verhandlung fort und kommen zu dem grundlegenden Beschluß über die Vereinigung zur Sozialistischen Einheitspartei. Ich lese den Vorschlag, der von den beiden Parteitagen angenommen wurde, vor:

Am 19. und 20. April 1946 haben der 40. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der 15. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands übereinstimmend die Vereinigung beider Arbeiterparteien beschlossen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die Kommunistische Partei Deutschlands konstituieren sich nunmehr als Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (lang anhaltender stürmischer Beifall).

Wir kommen zur Abstimmung über diesen Vereinigungsbeschluß. Wer für den Beschluß auf Vereinigung der beiden Parteien zur Sozialistischen Einheitspartei ist, den bitte ich um das Kartenzeichen – Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe – Ich stelle Einstimmigkeit fest.

(Die Versammelten erheben sich und stimmen, nachdem der lang anhaltende Beifall verklungen ist, die ‚Internationale‘ an. Auf die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wird ein Hoch ausgebracht.)“

Walter Ulbricht sagt in der Schlußansprache: „In Deutschland, dem Geburtsland der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, Karl Marx und Friedrich Engels, wird jetzt die große Lehre unserer Altmeister zum Inhalt des Kampfes und der Arbeit der großen Sozialistischen Einheitspartei werden . . . Es hat sich erwiesen, daß nur *eine* sozialistische Einheitspartei notwendig ist;

denn es gibt nur *einen* wissenschaftlichen Sozialismus, es gibt nur *eine* Lehre von Karl Marx und Friedrich Engels . . . , es gibt nur *einen* Weg, der zu dem gemeinsamen großen Ziele des Sozialismus führt.“

Auf der ersten Tagung des Parteivorstandes wird Walter Ulbricht als einer der beiden stellvertretenden Vorsitzenden der Partei gewählt. Er wird für Fragen des Staates und der Wirtschaft verantwortlich gemacht.

„Wir können mit Fug und Recht sagen, daß die Überwindung der Spaltung der Arbeiterklasse und die Herstellung ihrer Einheit auf revolutionärer Grundlage die bis dahin größte Errungenschaft in der nunmehr fast 120jährigen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung seit dem Kommunistischen Manifest und der Gründung der KPD ist.“ So charakterisiert Walter Ulbricht zwei Jahrzehnte später, am zwanzigsten Jahrestag der Partei, die Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Er kann nun an der Praxis nachweisen, daß die Vereinigung der Arbeiterparteien die entscheidende Voraussetzung für alle Errungenschaften und Erfolge war, die von den Werktätigen unserer Republik seither erreicht wurden. „Sie ist die Quelle der Kraft, die die unermeßlichen Schwierigkeiten unseres Aufbaues meisterte. Mit der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien vor zwanzig Jahren wurde das Fundament geschaffen, auf dem in diesem Teil Deutschlands in einer historisch kurzen Zeitspanne aus den Trümmern und Ruinen des Krieges ein starker, blühender sozialistischer Staat erstand, dessen wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Potenz und dessen politisches Gewicht und internationales Ansehen ständig wachsen.“

Indem die Arbeiterklasse in einem Drittel Deutschlands die Spaltung überwindet, bereitet sie der imperialistischen deutschen Bourgeoisie eine entscheidende politische Niederlage. Mögen die westlichen Besatzungsmächte, gestützt auf die Erfahrungen der internationalen Bourgeoisie und auf die Hilfe der rechten Führer der SPD, auch alles daransetzen, in Westdeutschland die demokratische Befreiung des Volkes zu verhindern – die Einheit der Arbeiterklasse, die mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands geschaffen wurde, ist und bleibt das Unterpfand des Sieges von Frieden und Menschlichkeit, von Demokratie und Sozialismus.

Die Kraft der geeinten Arbeiterklasse wird verstärkt durch das Bündnis mit den werktätigen Bauern, und auch ihr Einfluß unter den anderen antifaschistischen Kräften wächst.

Unter denen, die in den harten Monaten nach der Befreiung dem neuen Leben einen Weg bahnen, nehmen die Frauen einen hervorragenden Platz ein. Im Leunawerk sind 1400 Frauen dabei, die Trümmer zu beseitigen. Von den Berliner Bauarbeitern sind mehr als die Hälfte Frauen. Von 28 000 Berlinern, die in der Enttrümmerung arbeiten, sind 22 000 Frauen. Viele kommen zuerst nur aus Not. Ihre Männer sind gefallen oder noch in Gefangenschaft, die Kinder hungern. Wer arbeitet, erhält höhere Lebensmittelrationen. Aber während sie arbeiten, Stein für Stein zum Neuaufbau schichten, werden sie selber anders, dem Neuen aufgeschlossener, hilfsbereiter, spüren sie, was Solidarität ist. Als die Genossinnen, die schon vor 1933 in der Arbeiterbewegung für die Befreiung der Frau gekämpft haben, mit der Gründung antifaschistischer Frauenausschüsse in den Gemeinden und Kreisen beginnen, um das Los der Frauen zu erleichtern und ihre Rechte geltend zu machen, finden sie schon breiten Widerhall.

Auch für die Jugend hat ein neues Leben begonnen. Noch sind viele Jugendliche, die der Faschismus betrogen hat, innerlich verzweifelt und lassen sich unter dem Motto „Jeder ist sich selbst der Nächste“ von den Ereignissen treiben. Manche Jugendliche haben sich dank dem Einfluß ihrer klassenbewußten Eltern oder antifaschistischer Freunde vom Nazigeist ferngehalten, andere haben die Kriegsoffer zu einer kritischen Einstellung gegenüber dem Faschismus gebracht.

Schon im Juni 1945 hat Walter Ulbricht die Funktionäre der Kommunistischen Partei Deutschlands auf ihre große Verantwortung gegenüber der jungen Generation hingewiesen und gesagt: „Besonders wichtig ist auch die Schaffung von Jugendausschüssen. Wohl hat die deutsche Jugend nichts anderes gehört als den Ungeist der Nazi-propaganda . . . Wir haben das Vertrauen zur deutschen Jugend, daß sie mit Hilfe der erfahrenen Antifaschisten aus der Katastrophe, in die Hitler Deutschland getrieben hat, lernen wird. Deshalb begrüßen wir die Beschlüsse verschiedener Stadt- und Gemeindeverwaltungen, die bei den Besatzungsbehörden um die Genehmigung von Jugendausschüssen nachgesucht haben . . . Pflicht der Erwachsenen ist es, der Jugend überall und immer zu



helfen und einen erfahrenen Antifaschisten in jeden Jugendausschuß zu entsenden, der den Jugendlichen mit seinen Erfahrungen beisteht.“

Die Jugend rechtfertigt das Vertrauen der Partei. Im März 1946 wird die Freie Deutsche Jugend als Massenorganisation der jungen Generation gegründet. Ihren Vorsitz übernimmt Erich Honecker.

Sommer 1946 Geführt von der geeinten Arbeiterklasse, verwirklicht im sowjetisch besetzten Gebiet die Bevölkerung im Frühsommer 1946 mit tatkräftiger Hilfe der sowjetischen Freunde das entscheidende Werk des demokratischen Umwälzungsprozesses: die Enteignung der Betriebe der Kriegsverbrecher und der Nazis. Das geschieht in heftigem Klassenkampf.

*Das Volk  
entscheidet  
über sein  
Eigentum*

Die Konzernherren, die schon durch die Bodenreform bedeutende Positionen verloren haben, bangen jetzt mit Recht um ihre ökonomischen Machtgrundlagen. Bereits seit dem Befehl 124 der Sowjetischen Militäradministration vom Oktober 1945 ist das Vermögen der Nazis und Kriegsverbrecher beschlagnahmt, aber noch ist die Frage des Eigentums nicht entschieden. Noch sitzen auch im Osten Deutschlands getarnte Interessenvertreter der Monopolherren in einigen Verwaltungsfunktionen, andere haben in den bürgerlich-demokratischen Parteien Unterschlupf gefunden. Jetzt treten sie immer offener mit unverschämten Forderungen hervor. Sie suchen die eben anlaufende Produktion zu sabotieren.

Schon auf der 1. Reichskonferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands am 2. und 3. März 1946 charakterisiert Walter Ulbricht in seiner Rede über den Plan des demokratischen Neuaufbaus diese monopolkapitalistischen Kräfte und die Gefahr, die sie heraufbeschwören, mit den Worten: „Aber jene wahren Herren Deutschlands, die 1932 den Hitlerfaschismus unterstützten und ihm Anfang 1933 zur Macht verhalfen, haben heute noch starke Positionen in Deutschland. Sie sind die Hauptgefahr für die gesamte Entwicklung in Deutschland... Schon nach dem ersten Weltkrieg hat sich jene Politik verhängnisvoll ausgewirkt. Den Kapp-Putsch, den Hitlerputsch und andere Putsche konnten die Reaktionäre damals anzetteln, weil die Weimarer Demokratie nicht die genügende Energie gegenüber der Reaktion aufbrachte.“ Deshalb bezeichnet Walter Ulbricht neben der Bodenreform die

Enteignung der Kriegsinteressenten als wichtigste Aufgabe. Er weist darauf hin, daß die Hauptgefahr in jenen Kräften liegt, die sich plötzlich als Hitlergegner ausgeben und versuchen, alle möglichen Positionen in Wirtschaft und Verwaltung zu retten. Und er fährt fort: „Wir haben also die Tatsache zu verzeichnen, daß es Zonengrenzen gibt, die für die politischen Parteien, die Gewerkschaften und die demokratischen Kräfte gelten, nicht aber für die deutschen Imperialisten.“

Im Land Sachsen sind 40 Prozent der Industrieproduktion des sowjetisch besetzten Gebietes konzentriert. Darum schlägt die Fraktion der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands den im antifaschistisch-demokratischen Block vereinigten Parteien und den freien Gewerkschaften im Lande Sachsen einen Volksentscheid über die Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher vor. Der Antrag wird angenommen.

Die Bewegung für den Volksentscheid wird von Walter Ulbricht geleitet, dem die Parteiführung die Hauptverantwortung dafür übertragen hat. Ein Höhepunkt dabei ist der 1. Mai 1946. Zum ersten Mal nach der Befreiung vom Faschismus wird er wieder als Kampftag der Werktätigen begangen. Zum ersten Mal gehen die Mitglieder der vereinigten Arbeiterpartei, ehemalige Sozialdemokraten und Kommunisten, Seite an Seite in *einer* gemeinsamen Maidemonstration. Auf den Maikundgebungen in ganz Deutschland fordern die Werktätigen, die Kriegsverbrecher zu bestrafen und zu enteignen.

In Sachsen ist der 1. Mai Auftakt zu Tausenden Versammlungen in allen Betrieben, Dörfern und Städten. Hunderttausende Arbeiter und Angestellte fordern hier den Volksentscheid, auch die Mehrheit der Bauern stellt sich an ihre Seite. In über 100 000 Handwerksbetrieben wird der Volksentscheid gutgeheißen. Fortschrittliche Persönlichkeiten aus dem Bürgertum, Kulturschaffende, Pfarrer sprechen sich dafür aus. Mit einer Kanzelverkündigung zum Volksentscheid erklärt der höchste Würdenträger der katholischen Kirche im Land Sachsen, Petrus, Bischof von Meißen: „Zum ersten Male in dieser Nachkriegszeit sind die Einwohner des Bundeslandes Sachsen aufgerufen worden, in einem Volksentscheid ihre Stimme in die Waagschale zu werfen. Die große Not des überstandenen Krieges hat in uns allen die Friedenssehnsucht gesteigert und den Willen zu energischen Friedenssicherungen gestärkt.“

Die Stärke dieser Bewegung gegen die Monopole ist für die Gegner des Volksentscheides doch eine unerwartete Überraschung. Mit Erpressung, Demagogie und vielfältigen anderen Methoden versuchen sie nach alter Nazi-Manier, die Werktätigen einzuschüchtern. Doch es gelingt ihnen nicht.

In diesen Wochen ist Walter Ulbricht ständig unterwegs. In Leipzig, Dresden, Chemnitz und anderen Orten erläutert er den Menschen den Sinn des Volksentscheides und führt viele Besprechungen mit dem Leiter der Landesverwaltung Sachsen, Rudolf Friedrichs, mit dem Vizepräsidenten, Dr. Kurt Fischer, und den Vorsitzenden der Blockparteien.

Der 30. Juni 1946 wird zu einem feierlichen Tag. Fast die gesamte Bevölkerung des Landes Sachsen ist auf den Beinen.

93,71 Prozent aller Wahlberechtigten schreiten zum Volksentscheid. Die überwältigende Mehrheit – 77,62 Prozent – trifft die gesetzgebende Entscheidung: Die Betriebe der Kriegs- und Nazi-verbrecher gehören in Volkes Hand.

Der Tag, an dem dieser große Erfolg errungen wird, ist der 53. Geburtstag Walter Ulbrichts. Die Ergriffenheit und Freude, die ihn erfüllt, spricht deutlich aus dem Artikel, den er tags darauf für das Zentralorgan der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands „Neues Deutschland“ über den Sieg des Volksentscheides schreibt: „In Leipzig sah ich ein Plakat: ‚Mutter, denk an meine Zukunft!‘ Das Plakat stellte eine Mutter mit ihrem Kinde dar, das den Vater im Hitlerkrieg verloren hat. In der Tat: In diesem Volksentscheid hat das Volk seinen Willen für eine friedliche Zukunft Deutschlands bekundet.“

Unmittelbar nach der Entscheidung des Volkes erhält die Enteignung der Kriegsverbrecher in allen Ländern des sowjetisch besetzten Gebietes durch Beschluß der Landesverwaltungen Gesetzeskraft.

Mit der Überführung der Kriegsverbrecherbetriebe in Volkseigentum entsteht die ökonomische Basis für die demokratische Ordnung, eine Ordnung, die der friedlichen Zukunft ganz Deutschlands dient. Als im April 1948 durch Befehl der sowjetischen Militärverwaltung die Sequestrierung beendet und das Volkseigentum für unantastbar erklärt wird, ist die völlige Enteignung des Monopolkapitals abgeschlossen, ist im Osten Deutschlands die imperialistische Großbourgeoisie als Klasse abgeschafft.

Im Sommer 1946 fahren Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl, Juli/August  
Walter Ulbricht und Max Fechner wie auch andere führende Ge- 1946  
nossen zu den westdeutschen Arbeitern, deren Willen zur Einigung *Reise nach*  
die imperialistischen Besatzungsmächte mit allen Mitteln zu *Westdeutschland*  
brechen suchen. Natürlich ist es diesen Herren gar nicht recht, daß

die Vertreter der vereinigten Arbeiterpartei auch in Westdeutschland die Wahrheit verbreiten wollen. Das Auftreten der SED-Funktionäre in Westdeutschland ist durchaus legitim, denn im Potsdamer Abkommen haben sich die vier Besatzungsmächte verpflichtet, alle demokratischen politischen Parteien in ganz Deutschland zu erlauben und ihnen das Recht zu Versammlungen und öffentlichen Diskussionen einzuräumen. Das kümmert freilich die Offiziere des amerikanischen Geheimdienstes an der bayrischen Grenze wenig. Sie stoppen den Wagen, holen Walter Ulbricht und Max Fechner heraus und setzen sie zunächst fest.

Walter Ulbricht protestiert, beruft sich auf die Beschlüsse von Potsdam, erklärt schließlich, daß es einen politischen Skandal geben werde, wenn man ihn hier weiter festhalte. Da ziehen sich die USA-Besatzer zurück, telefonieren offensichtlich mit einer höheren Dienststelle und – lassen endlich mißmutigen Gesichts die beiden Genossen weiterfahren.

In Hof, München, Nürnberg, Fürth, Augsburg und anderen Orten Bayerns führen Walter Ulbricht und Max Fechner Gespräche mit Kommunisten und Sozialdemokraten, sprechen auf verschiedenen Massenversammlungen.

Schmerzhaft ist es, daß viele Sozialdemokraten unter dem Einfluß ihrer rechten Führer und der von den Besatzungsmächten wie von reaktionären Kreisen Westdeutschlands dirigierten öffentlichen Meinung die Einheitsfront mit den Kommunisten ablehnen. Doch Walter Ulbricht hat in den Kämpfen der Weimarer Republik gelernt, gegen den Strom der öffentlichen Meinung zu schwimmen und dem Volk immer die Wahrheit zu sagen.

Und jetzt sagen die Genossen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wiederum nichts als die Wahrheit, als sie an die Verantwortung der deutschen Arbeiterklasse appellieren, die Einheitsfront in ganz Deutschland zu schaffen, denn sie allein gibt die Möglichkeit, ganz Deutschland von den Resten des Faschismus zu befreien, die Monopole zu entmachten und die Nation in eine bessere Zukunft zu führen.

Darüber spricht Walter Ulbricht auch auf einer Pressekonferenz in München und führt mit Vertretern der amerikanischen Besatzungsmacht heftige Auseinandersetzungen. Warum hat die amerikanische Militärregierung in ihrem Gebiet die Kommunistische Partei Deutschlands und andere politische Parteien ebenso wie die Organisierung der Gewerkschaften erst wesentlich später zugelassen, als das in der sowjetischen Besatzungszone geschah? fragt er und gibt auch die Antwort darauf: Es ging ihnen darum, zunächst willfährige bürgerliche Beamte in die Verwaltungsorgane einzusetzen und dabei die fortschrittlichsten Vertreter der Werktätigen auszuschalten, die sich wie überall zuerst zum Wiederaufbau zur Verfügung stellten.

Und überall dort, wo sich der Wille zum Fortschritt zeigt, wo Sozialdemokraten trotz allem bereit sind, mit den Kommunisten gemeinsam die Einheitsfront zu schmieden, werden ihre Zusammenkünfte von den Besatzungsmächten weiter behindert.

Doch der Kampf der Kommunistischen Partei Deutschlands und anderer patriotischer Kräfte in Westdeutschland und der Einfluß der demokratischen Errungenschaften im Osten Deutschlands bewirken die Annahme einiger fortschrittlicher Gesetze in den westdeutschen Ländern. In Hessen, Württemberg, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen werden Bodenreformgesetze verabschiedet. In einer Volksabstimmung spricht sich die Mehrheit der hessischen Bevölkerung für den Artikel 41 der Landesverfassung aus, der die Überführung der Bergbau-, Eisen- und Stahlbetriebe und der Energiewirtschaft in Gemeineigentum fordert.

Die Durchführung dieser Gesetze wird jedoch von den westlichen Besatzungsmächten, den deutschen Monopolherren und den rechten sozialdemokratischen Führern verhindert.

Zu den letzteren gehört zum Beispiel Fritz Tarnow, der schon 1931 das berüchtigte Wort von der Sozialdemokratie als „Arzt am Krankenbett des Kapitalismus“ prägte, sich während der Emigration der Unterstützung des amerikanischen Geheimdienstes erfreute, als Angehöriger der amerikanischen Besatzungsmacht zurückkehrte und als Zonensekretär für die Gewerkschaften im Besatzungsgebiet der USA eingesetzt wurde. Jetzt tritt er gegen die Entmachtung der Monopole auf und unterstützt die Entstehung von Arbeitgeberverbänden. Er redet den Arbeitern ein, die Rettung des deutschen Volkes hänge von der „privatkapitalisti-

schen Ordnung“ ab, und meint nichts anderes damit als den reaktionären deutschen und amerikanischen Imperialismus. Ein klassischer Verfechter der alten Politik der rechten sozialdemokratischen Führer.

Vom gleichen Schlage ist der von der englischen Besatzungsbehörde in Hamburg eingesetzte frühere Sekretär des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Spliedt, der nach Kräften die Bodenreform verhindern hilft, sich gegen eine einheitliche Sozial- und Unfallversicherung wendet und sich bemüht, die Werkstätigen für die amerikanische Marshallplan-Politik gefügig zu machen.

Mit schein-demokratischen Phrasen, mit List und Betrug werden so die im Potsdamer Abkommen der vier Mächte festgelegten demokratischen Grundsätze durchbrochen. 1947 beginnt das sogenannte Entflechtungsmanöver, das den Eindruck erwecken soll, als seien die großen Monopole beseitigt und die Macht der Monopolherren beschränkt worden. In Wirklichkeit handelt es sich nur um die Anpassung des Monopolkapitals an die wirtschaftlichen Verhältnisse der Nachkriegszeit. Durch die Einbeziehung Westdeutschlands in den Marshallplan sichert sich dann 1948 das amerikanische Finanzkapital entscheidenden Einfluß in der westdeutschen Industrie. „Der Marshallplan“, so sagt Walter Ulbricht Mitte Juni 1948, „ist der Plan der Zerreißung Deutschlands und der nationalen Versklavung der Bevölkerung Westdeutschlands . . . ist der Plan des Klassenkampfes der ausländischen und der deutschen Konzernherren gegen das arbeitende Volk . . . ist der Plan der Verwandlung Westdeutschlands in eine Basis für den Kampf gegen die demokratischen Länder im Interesse der Welt-herrschaftspläne des Dollarimperialismus.“

Zur gleichen Zeit, da sich der rheinische Separatist Adenauer in Rhöndorf immer intensiver mit dem Gedanken beschäftigt, die drei Westzonen zu einem Separatstaat zusammenzufassen, wird im Zentralsekretariat der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands das Grundgesetz für ein einiges, demokratisches Deutschland ausgearbeitet.

„Wir bitten die Genossen des Parteivorstandes, das Zentralsekretariat zu beauftragen, eine Erklärung über die Einheit Deutschlands und die Grundrechte des deutschen Volkes unverzüglich

Herbst 1946  
*Eine  
neue Verfassung  
wird vorbereitet*

auszuarbeiten und zu veröffentlichen“, sagt Walter Ulbricht in seinem Referat auf der erweiterten Sitzung des Zentralsekretariats der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands am 27. August 1946.

Es soll gezeigt werden, so betont er, wie die Reaktion in den verschiedenen Gebieten Deutschlands am Werk ist, ihre alte Position zu retten und unter der Losung des Föderalismus Deutschland aufzuteilen und die demokratischen Kräfte zu schwächen. Er legt dar, daß auch der beabsichtigte Zusammenschluß der amerikanischen und der britischen Besatzungszone nicht als Fortschritt angesehen werden kann, denn er birgt die Gefahr der Zerreißung Deutschlands in sich.

„Wenn gegenwärtig“, fährt er fort, „von einigen Propagandisten der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie in einer Situation, wo der ganze Stoß der einigen Kräfte des werktätigen Volkes gegen die Reaktion in Deutschland geführt werden muß, die Frage der Ostgrenzen in den Vordergrund geschoben wird, so zeigt das nur den Versuch, von der Hauptaufgabe, die vor unserem Volke steht, abzulenken. Es ist die alte Methode, die auch nach dem ersten Weltkrieg angewandt wurde, als man nur über Versailles sprach und zu verschleiern suchte, daß die Kriegsschuldigen noch in ihren Positionen sitzen.“

Kürzlich hat ein amerikanischer Journalist die Meinung geäußert, die Sozialistische Einheitspartei erstrebe in Deutschland einen Staat ohne Klassenunterschiede, und die SED werde zu revolutionären Mitteln Zuflucht nehmen, wenn die kapitalistische Klasse den Boden der Demokratie verläßt. Darauf bezieht sich Walter Ulbricht, als er nochmals nachdrücklich unterstreicht, was auf dem Vereinigungsparteitag als Grundbedingung für einen demokratischen Weg ganz Deutschlands genannt wurde: Der Großgrundbesitz und die Großbanken müssen liquidiert, die Leitung der Industriebetriebe von Faschisten und Kriegsinteressenten gesäubert, der Verwaltungsapparat mit zuverlässigen Antifaschisten und Demokraten besetzt werden. Das gilt besonders für Polizei und Justiz.

„Durch diese demokratischen Sicherungen wird die materielle Macht der kleinen Minderheit von Imperialisten und Reaktionären so weit geschwächt, daß eine demokratische Entwicklung möglich ist. Falls die besitzenden Klassen den Versuch unternehmen, die

freie demokratische Willensäußerung der Massen zu verhindern, wird die Arbeiterklasse diese Versuche mit allen Mitteln unterbinden“, sagt Walter Ulbricht. Dann legt er die entscheidenden gesetzlichen Bestimmungen eines demokratischen Grundgesetzes für Deutschland dar. Diese Bestimmungen finden bald danach Aufnahme in den Länderverfassungen.

Zu Verfassungsfragen spricht Walter Ulbricht auch einige Zeit später vor dem gewählten Landtag der Provinz Sachsen (Halle-Merseburg-Anhalt). Er arbeitet den Unterschied der Politik von heute gegenüber dem Weg heraus, der nach dem ersten Weltkrieg gegangen wurde. Dieser neue Weg besteht darin, daß die Volksvertretung die höchste Körperschaft ist. Das Volk beschränkt sich nicht mehr nur darauf, seinen parlamentarischen Vertretern das Gesetzgebungsrecht zu gewähren, erklärt Walter Ulbricht, sondern es wirkt selbst mit bei der Vorbereitung und Durchführung der Gesetze, wie das bereits mit der Bodenreform praktiziert wird.

Damit werden, so erläutert Walter Ulbricht, „jene Nebenregierungen beseitigt . . ., die in Form der großen Konzerne, des Großgrundbesitzes, der Organe der Großgrundbesitzer usw. bestanden. Wir sprechen also offen aus, daß wir einen neuen Weg gehen wollen, der sich unterscheidet von der Ordnung, wie sie in anderen Ländern besteht. Wir wollen nicht die Sowjetordnung auf Deutschland übertragen, weil das nicht den besonderen Entwicklungsbedingungen in Deutschland entspricht, aber wir wollen auch nicht die verfassungsmäßigen Ordnungen aus westlichen Ländern übertragen, die in früheren Jahrhunderten entstanden sind, die den damaligen Entwicklungsbedingungen, aber nicht unseren gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland entsprechen . . . Die Lösung dieser großen demokratischen Aufgaben soll gleichzeitig dazu beitragen, die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands zu fördern. Die Frage der Einheit Deutschlands ist die Frage der Demokratisierung in allen Teilen unserer deutschen Heimat.“

„Grundgedanken zu einer neuen deutschen Verfassung“ legt Walter Ulbricht auch in einer Rede am 12. Oktober 1946 in Leipzig dar. Ausgehend vom Parlament als höchste Instanz der demokratischen Ordnung, charakterisiert er die Rückständigkeit der Weimarer Verfassung an der Tatsache, daß darin drei Gewalten festgelegt waren: das Parlament, die Regierung mit dem Verwaltungs-



apparat und die Justiz. Im Unterschied dazu ist in der neuen Verfassung vorgesehen, daß die leitenden Beamten der Regierung und andere leitende Personen vom Parlament vorgeschlagen werden und des Vertrauens des Parlamentes bedürfen.

In diesem Zusammenhang setzt er sich auseinander mit den Vorschlägen der CDU und der bayrischen CSU. Sie vertreten vor allem in Westdeutschland die Forderung, durch Einsetzung von Staatspräsidenten und Ständekammern (Großgrundbesitzer, Unternehmer, Justizbeamte) Einrichtungen zu schaffen, die gegen die Parlamentsbeschlüsse Einspruch erheben dürfen.

„Das widerspricht einer demokratischen Ordnung“, stellt Walter Ulbricht fest. „Gegenüber allen diesen Versuchen, anstelle einer demokratischen Entwicklung zur autoritären Herrschaft der Zeit von Brüning und Papen zurückzukehren, haben wir diese Grundrechte vor der gesamten Bevölkerung zur Diskussion gestellt. Die lebendige Demokratie, von der wir sprechen, unterscheidet sich von der formalen Demokratie dadurch, daß in der formalen Demokratie zwar die Parlamentarier das Recht haben, Gesetze zu beschließen, aber was in der Praxis geschieht, das wird in den Büros von IG Farben, des Stahltrusts usw. bestimmt. Diese Hauptregierungen haben wir uns in der sowjetischen Besatzungszone zu beseitigen erlaubt.“

Auf der 7. Tagung des Parteivorstandes im November 1946 begründet Otto Grotewohl den „Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik“.

So wird es zur geschichtlichen Tatsache, daß die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands die Partei der demokratischen Verfassungsinitiative in Deutschland ist und der Öffentlichkeit rechtzeitig einen Entwurf unterbreitet, der dazu beitragen soll, die Zerreißung Deutschlands durch die reaktionären Kräfte zu verhindern und die demokratischen Kräfte der Arbeiterklasse, der werktätigen Bauern, der Intelligenz und der demokratisch gesinnten Kreise des Bürgertums zu einigen.

Herbst 1946 Im Jahre 1946 und Anfang 1947 finden in allen Besatzungszonen  
*Die ersten* Gemeinde-, Kreis- und Landtagswahlen statt. Doch nur im Osten  
*demokratischen* Deutschlands sind die Voraussetzungen dafür vorhanden, daß der  
*Wahlen* Wille des Volkes wirklich zum Ausdruck kommt.

Die Parteiführung, und besonders Walter Ulbricht, der für die Fragen des Staates verantwortlich ist, erkennt rechtzeitig die neuen Probleme und geht mit Tatkraft an ihre Lösung. Seit der Befreiung vom Faschismus hat die Partei eine gewaltige Leistung vollbracht. Sie hat die Initiative der fortschrittlichen Werktätigen geweckt und ständig gefördert. Systematisch, Schritt für Schritt wird so mit den Massen und durch die Massen die neue sozialökonomische Grundlage geschaffen. Jetzt gilt es, von der bisherigen einfachen Form der antifaschistisch-demokratischen Verwaltung zum Aufbau der demokratischen Staatsmacht mit gewählten Landes- und Provinzialparlamenten, mit Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen überzugehen.

Schon vor den Wahlen haben sich auf Initiative der Partei bei den Landes- und Provinzialverwaltungen beratende Versammlungen gebildet, in denen Mitglieder der Parteien und Massenorganisationen vertreten sind. Doch die Entscheidung treffen noch immer die Verwaltungen. Viele Fragen werden auf den Beratungen der Innenminister, die Walter Ulbricht leitet, behandelt und geklärt. Nun müssen aus den Wahlen zu den Landtagen und zu den Kreistagen arbeitsfähige und arbeitende Vertretungskörperschaften des Volkes hervorgehen, die weit mehr sind als die früheren bürgerlichen Parlamente.

Das ist das Ziel der Partei der Arbeiterklasse. Walter Ulbricht, der am 28. September auf der Delegiertenkonferenz der Partei im Land Sachsen-Anhalt als Spitzenkandidat für die Landtagswahlen bestätigt wird, tritt auf vielen Wahlversammlungen, in Artikeln und Rundfunkansprachen dafür ein. Das geschieht zugleich in erbitterter Auseinandersetzung mit den reaktionären Kräften in der CDU und der LDPD.

Das teils offen, teils versteckt angestrebte Ziel ihres Wahlkampfes ist, den Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien zu sprengen und der Arbeiterklasse die Führung zu entreißen. Kaiser gibt zu diesem Zweck die Parole heraus: „Christentum oder Marxismus, darum geht es.“ Friedensburg, ein anderer CDU-Politiker, tritt offen gegen die entschädigungslose Enteignung der Kohlebarone auf. Vertreter der Monopolherren in der LDPD operieren mit der Tarnkappe der „freien Wirtschaft“.

In dieser Auseinandersetzung leistet die Partei eine große Arbeit, um die reaktionären Einflüsse der Vergangenheit zu überwinden

und das demokratische Bewußtsein der Bevölkerung zu entwickeln. Das konstruktive Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands über die Grundrechte des deutschen Volkes, dessen Entwurf Walter Ulbricht auf der 5. Tagung des Parteivorstandes im September begründet hat, veranlaßt viele Wähler zu aktiverer Teilnahme am politischen Leben. In den Wahlversammlungen und bei der öffentlichen Berichterstattung der Kandidaten über ihre Tätigkeit hilft die Kritik der Bevölkerung, Mängel der Verwaltungsarbeit zu beheben. Ihre Wachsamkeit entlarvt eine Anzahl von Kandidaten, die in der Vergangenheit Naziverbrechen begangen haben oder in der Gegenwart Schwarzmarktgeschäfte betreiben und deshalb der Wahl zum Volksvertreter nicht würdig sind.

Am 20. Oktober 1946 stimmen in der sowjetischen Besatzungszone bei den Kreistagswahlen 50,3 Prozent, bei den Landtagswahlen 47,5 Prozent der Wähler für die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands. Die übrigen Wähler stimmen für die Kandidaten der anderen beiden antifaschistisch-demokratischen Parteien.

Mit diesen Wahlen, an denen sich über 90 Prozent der Wahlberechtigten beteiligen, ist der Beweis erbracht, daß die Mehrheit der Bevölkerung der gemeinsamen Politik des demokratischen Neuaufbaus zustimmt.

Walter Ulbricht ist zum Abgeordneten des Landtages von Sachsen-Anhalt gewählt, eines Gebietes, das früher der Hort mächtiger Konzerne wie der IG Farben, einflußreicher Syndikate und militaristischer Großgrundbesitzer war, aber zugleich Schauplatz der heldenhaften Märzkämpfe der mitteldeutschen Arbeiter im Jahre 1921 und vieler anderer revolutionärer Aktionen der zwanziger und dreißiger Jahre.

Nachdem am 3. Dezember 1946 die Landesregierung von Sachsen-Anhalt einstimmig gewählt worden ist, schlägt Walter Ulbricht in der Landtagssitzung eine Volksabstimmung für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands vor, die dem Ziel dienen soll, in ganz Deutschland eine demokratische Ordnung zu schaffen. Zugleich betont er, daß mit der Bildung der Landtage ein neuer Abschnitt in der Entwicklung der demokratischen Ordnung im Osten Deutschlands begonnen hat.

„Uns scheint notwendig, . . . daß nicht nur hier im Parlament die Regierungsmitglieder und anderen Vertreter der Verwaltung regelmäßig berichten, sondern daß eine solche Praxis eingeführt wird,

daß die Minister, die leitenden Verwaltungsangestellten – bei den Abgeordneten ist das selbstverständlich! – in den Betrieben, in den Massenorganisationen, in der Öffentlichkeit über die Fragen, die das Volk interessieren, berichten, um auf diese Weise zu erreichen, daß das Volk nicht nur alle zwei Jahre seine Vertreter in das Parlament wählt, sondern daß das Volk jederzeit die Möglichkeit hat, den Ministern und Parlamentariern seine Meinung mitzuteilen.“

Das ist neu für alle, die mit alten, bürgerlich-parlamentarischen Auffassungen in den Landtag gekommen sind. Zu ihnen gehört auch Professor Dr. Erhard Hübener, Mitglied der LDPD, früherer Oberpräsident der Provinz Sachsen-Anhalt. Er bringt ganz feste Vorstellungen von der Gewaltenteilung im bürgerlichen Parlamentarismus mit. In seiner bisherigen Tätigkeit als Präsident der Provinzialverwaltung hat er sich große Verdienste erworben. Deshalb hat die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, die stärkste Fraktion des Landtages, ihn zum neuen Ministerpräsidenten der Landesregierung vorgeschlagen. Im gleichen freundschaftlichen Geist finden nun auch die klärenden Diskussionen mit ihm statt. Die Gewaltenteilung, bei der in Wahrheit die administrativen den gewählten Staatsorganen übergeordnet sind, verfolgte keinen anderen Zweck als den, die Macht der Bourgeoisie immer wieder vor dem Ansturm der revolutionären Volksmassen zu retten, erklärt Walter Ulbricht. In einem demokratischen Parlament, das die Macht des Volkes verkörpern soll, müssen Beschlußfassung und Durchführung eine untrennbare Einheit bilden.

Noch Jahre später erinnert sich Walter Ulbricht an diese Gespräche, die oft bis tief in die Nacht dauern: „Hübener war Jurist und hat immer versucht, so viel von der bürgerlichen Rechtsordnung zu erhalten, wie nur möglich war. Wir haben das bei ihm für ganz normal befunden und uns geduldig bemüht, ihn von seiner ‚Oberpräsidentenideologie‘ abzubringen auf eine realistische, demokratische Basis. Das hat dann auch im Prozeß der Arbeit Erfolg gehabt. Denn es ging bei all diesen Diskussionen ja immer um ganz konkrete Fragen. Für theoretische Auseinandersetzungen war damals keine Zeit.“

Es gibt tatsächlich keine Atempause für die jungen Volksvertretungen. Die Bodenreform ist im Gange und muß zu Ende geführt werden, ebenso die Enteignung der Kriegsverbrecher. In den volkseigenen Betrieben wird ein harter Kampf geführt um Arbeitsdiszi-

plin und Arbeitsorganisation. So sind mit der Durchführung der beiden wichtigsten Gesetze schon viele Fragen verbunden, die von den Volksvertretungen und ihren gewählten Organen geklärt und erledigt werden müssen. Vieles gelingt noch nicht ganz, doch schon zeichnet sich die Einheit von Beschlußfassung und Durchführung ab.

Als hätten sich nun auch die Naturkräfte gegen die neue Ordnung verschworen, kommt der zweite Nachkriegswinter mit klirrender Kälte und noch größerem Hunger. Kohle und Energie reichen nicht aus, die ohnehin niedrige Arbeitsproduktivität geht noch weiter zurück. Das folgende Frühjahr bringt statt Erleichterung eine Hochwasserkatastrophe im Oderbruch, die es noch schwerer macht, die Volksernährung zu sichern.

Mit all diesen Schwierigkeiten, die nur durch äußerste Kraftanstrengung der Werktätigen bezwungen werden können, beginnt der neue Weg der Volksvertretungen; im Prozeß einer unerhört schweren Arbeit prägt sich ihr neues Gesicht.

Bei all der Arbeitsfülle, die der Aufbau der Staatsmacht für Walter Ulbricht gegenwärtig bringt, vergißt er jene nicht, die später einmal diesen Staat leiten werden. Am 9. November 1946 fährt er zu einer Festveranstaltung anläßlich der Jahrestage der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und der deutschen Novemberrevolution in seine Vaterstadt Leipzig. „Der Zusammenbruch Deutschlands im ersten Weltkrieg und die Lehren der Novemberrevolution“ ist der Titel der Vorlesung, die er an der Leipziger Universität hält.

Nachdenklich blickt der Lektor auf seine junge Hörerschaft. Seine Gedanken schweifen zurück zum Anfang des Jahres 1914. Damals war er zum ersten Mal hier an der Universität, nicht etwa als Hörer und schon gar nicht als Lektor.

Als junger Tischlergeselle folgte er zusammen mit anderen jungen Arbeitern aus dem Bildungsverein einer Einladung der Studenten. Die hatten sich gönnerhaft vorgenommen, mit den jungen Arbeitern zu diskutieren und sie „aufzuklären“. Aber die Schlosser, Tischler und Maurer – Autodidakten wie Walter Ulbricht auch – waren allesamt klüger als jene, die sie belehren wollten.

Die jungen Marxisten bewiesen schon damals, daß die marxistische Ökonomie das Leben viel exakter zu durchdringen vermochte als die bürgerliche Volkswirtschaftslehre. Den Phrasen der Studenten

von der „gottgewollten“ Ordnung setzten sie die marxistische Analyse der antagonistischen Widersprüche des Kapitalismus entgegen und bewiesen, daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung Krieg gebärt und zum Untergang verurteilt ist. Wenige Monate später begann dann der erste Weltkrieg. Weil die rechten sozialdemokratischen Führer in der Novemberrevolution die Macht des deutschen Imperialismus retteten und weil damals an der Spitze der deutschen Arbeiterklasse noch keine revolutionäre Partei stand, die die Arbeiterklasse zur Erfüllung ihrer historischen Aufgabe führen konnte, folgte der zweite Weltkrieg.

Das sind sie, die Lehren aus der Novemberrevolution, die im Osten Deutschlands jetzt beherzigt werden, zum Nutzen des Volkes, zum Nutzen seiner Jugend.

Unter den Studenten im Hörsaal von heute sind schon viele Arbeiter- und Bauernkinder, denen die neue Zeit die Tore der Universitäten weit geöffnet hat. Aufmerksam lauschen sie den Darlegungen Walter Ulbrichts, der ihnen die historischen Ereignisse der Vergangenheit und der Gegenwart deutet und ihnen zukunftsicher sagt: Ihr werdet die wahre, die friedliebende demokratische und antiimperialistische deutsche Republik erbauen, die das Vaterland aller guten Deutschen sein wird.

# Für die demokratische Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden — gegen die Spaltungspolitik der ausländischen und westdeutschen Monopolherren

Nachdem sie in den Westzonen die Einheit der Arbeiterklasse – die wichtigste Garantie für die demokratische Einheit Deutschlands – verhindert haben, beginnen die imperialistischen Westmächte ganz offen, Deutschland zu spalten. Die ersten Spaltenstiche zu dem Graben, der das Land durchziehen soll, werden am 1. Januar 1947 mit der wirtschaftlichen Vereinigung der amerikanischen und der britischen Besatzungszone zur sogenannten Bi-Zone getan. Durch die Bildung eines Bi-Zonen-Wirtschaftsrates wird die wirtschaftliche Spaltung Deutschlands vorbereitet.

Getreu ihrer nationalen Verantwortung, tut die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands alles, um die Einheit Deutschlands zu erhalten und die antifaschistisch-demokratische Umwälzung in ganz Deutschland zum Erfolg zu führen.

In Artikeln und Reden warnt auch Walter Ulbricht schon Anfang 1947 vor den gefährlichen Plänen gegen die Einheit Deutschlands und fordert mit Nachdruck, entsprechend dem Potsdamer Abkommen eine zentrale deutsche Regierung mit dem Sitz in Berlin zu bilden.

Diese Regierung, so erklärt er, läge im Gesamtinteresse des deutschen Volkes und könnte die Unterzeichnung eines Friedensvertrages wesentlich erleichtern. Sie würde verhindern, daß sich die einzelnen Zonen und Länder noch mehr auseinanderleben. Sie würde helfen, viele Fragen gemeinsam zu lösen, besonders in der Wirtschaft und im Außenhandel. Dazu schlägt Walter Ulbricht vor, ein deutsches Amt für Wirtschaftsplanung zu schaffen und einen einheitlichen Landwirtschaftsplan auszuarbeiten. „Durch eine deut-

sche Wirtschaftsplanung würde es möglich sein, in einiger Zeit die Produktion für den friedlichen Bedarf um das Zwei- bis Dreifache zu erhöhen.“

Hinter diesen Vorschlägen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands steht der Wunsch von Millionen Menschen, bei denen noch immer Schmalhans Küchenmeister ist und die sich nach einem besseren Leben sehnen. Es ist in ganz Deutschland dringend notwendig, die Wirtschaft planmäßig und schneller im Interesse des Volkes in Gang zu setzen.

Bei der Bildung des Bi-Zonen-Wirtschaftsrates haben die Westmächte heuchlerisch behauptet, das geschähe, um die Wirtschaft besser voranzubringen. Tatsächlich aber wird die Lage in den Westzonen zunächst immer schlechter, bereiten sie durch die planmäßig organisierte Politik des Hungers den Betrug mit dem Marshallplan vor.

Die tiefgehenden demokratischen Umgestaltungen und die ersten Erfolge, die die Arbeiter und Werktätigen Ostdeutschlands beim wirtschaftlichen Aufbau erreichen, bleiben auf die westdeutschen Arbeiter nicht ohne Einfluß. Viele westdeutsche Arbeiter fragen, wie es bei ihnen weitergehen soll. Walter Ulbricht spricht im März und April 1947 in Westdeutschland erneut in zahlreichen Veranstaltungen mit Betriebsräten, Wirtschaftsfachleuten, Funktionären der Kommunistischen Partei Deutschlands über den einzig richtigen Weg zum wirtschaftlichen Neuaufbau in einem einheitlichen demokratischen Deutschland.

Im Juni gibt er gemeinsam mit Friedrich Ebert eine Pressekonferenz im Münchener Rathaus. Beide sprechen auf einer Kundgebung vor der Feldherrnhalle. Im August ist er in Frankfurt am Main, in Bremen, in Westberlin – überall tritt er für das einheitliche antifaschistisch-demokratische Deutschland und für demokratische Umgestaltungen auch in den Westzonen ein und findet viele offene Ohren und Herzen.

Da die imperialistischen Westmächte die Wirkung des in Ostdeutschland geschaffenen Beispiels auf die Bevölkerung in Westdeutschland fürchten, gehen sie immer mehr dazu über, den führenden Funktionären der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands die Einreise in ihr Besatzungsgebiet zu verbieten. Zugleich versuchen sie mit allen Mitteln, den friedlichen Aufbau im Osten Deutschlands zu stören. Schiebungen, Spekulationen, Sabotage,



Diebstahl von Akten und Patenten, ja, Brandstiftungen und sogar Mord – das sind ihre verbrecherischen Methoden.

Der II. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom 20. bis 24. September 1947 ruft die Bevölkerung in ganz Deutschland auf, für die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung aus Vertretern der demokratischen Parteien, für den Abschluß eines Friedensvertrages und die Wiederherstellung der staatlichen Souveränität des deutschen Volkes einzutreten.

Wilhelm Pieck gibt auf dem Parteitag den Bericht über die Tätigkeit der Partei seit der Vereinigung. Die Referate Otto Grotewohls über den Kampf um nationale Einheit und Demokratisierung Deutschlands und Walter Ulbrichts über den demokratischen Neuaufbau in Wirtschaft und Verwaltung behandeln die künftige Politik der Partei. Sie werden gemeinsam diskutiert.

Mit der Losung: „Mehr produzieren, gerechter verteilen, besser leben!“ gibt der Parteitag den Werktätigen ein Kampfprogramm für die kommende Zeit. Er stellt der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands die Aufgabe, sich zu einer Partei neuen Typus zu entwickeln. Er orientiert die Genossen auf die Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung im Staatsapparat, in Wirtschaft und Kultur.

In fast allen Betrieben wird durch Betriebsvereinbarungen und Kollektivverträge das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter fest verankert. Die Betriebsgruppen der Sozialistischen Einheitspartei und die Betriebsvertrauensleute der Gewerkschaften sorgen dafür, daß die besten, klassenbewußtesten Arbeiter die entscheidenden Funktionen erhalten. Besonders gefördert werden die Frauen und die Jugendlichen. Jedes vierte Mitglied der neugewählten Betriebsräte ist eine Frau, jedes zehnte gehört der jungen Generation an.

Schon jetzt beginnt die Bevölkerung zu lernen, was später mit dem Wort: Plane mit – arbeite mit – regiere mit! charakterisiert wird. In jedem Kreis bilden sich Kommissionen aus Vertretern der Wirtschaftsorgane, der Gewerkschaften und der Blockparteien, mit deren Hilfe die 1947 gebildete Deutsche Wirtschaftskommission unter der Leitung von Heinrich Rau und Bruno Leuschner das Wirtschaftsleben planmäßig zu lenken beginnt.

Walter Ulbricht, der an der Ausarbeitung der Wirtschaftspolitik der Partei wie auch an der Bildung der Deutschen Wirtschafts-

kommission maßgeblichen Anteil hat, geht mit der ihm eigenen Beharrlichkeit daran, diese Politik den Arbeitern, den Partei- und Staatsfunktionären zu erläutern und ihnen den Weg zur Lösung der Aufgaben zu weisen.

Im erbitterten Kampf gegen die drohende Gefahr der Spaltung Deutschlands entwickelt sich im Herbst 1947 die Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden. Sie entsteht auf Initiative der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, nachdem alle vorherigen Versuche anderer Kreise, eine gesamtdeutsche Beratung vorzubereiten – von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands unterstützt, von der sozialdemokratischen Führung jedoch unterminiert –, schließlich gescheitert sind.

Dezember  
1947

*Mitglied  
des Deutschen  
Volkskongresses*

Die Volkskongreßbewegung vereint in sich alle patriotischen Kräfte, wird geführt von der Arbeiterklasse und hat in der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in Ostdeutschland ein gutes und festes Fundament.

Auf dem 1. Deutschen Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden am 6. und 7. Dezember wird neben Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl Walter Ulbricht in den Ständigen Ausschuß des Deutschen Volkskongresses und in dessen Sekretariat gewählt. Mit allem Nachdruck widmet er sich dem Ringen um die deutsche Einheit. Auf dem Landes-Volkskongreß in Halle hält er Abrechnung mit den Feinden der deutschen Nation.

Im Referat auf dem 2. Deutschen Volkskongreß im März 1948 legt er das Programm des demokratischen Neuaufbaus der Wirtschaft dar. Er erklärt, daß die ökonomischen Erfolge im Osten Deutschlands dem ganzen Volk die Möglichkeit beweisen müssen, die Zukunft der Nation aus eigener Kraft zu sichern.

Der Volkskongreß bestätigt die in diesem Referat fixierten Grundsätze und wählt Walter Ulbricht in das Präsidium des aus 400 Mitgliedern bestehenden Deutschen Volksrates. Auf der konstituierenden Sitzung des Präsidiums wird er Mitglied des Wirtschaftsausschusses und später dessen Vorsitzender.

Das vom 2. Deutschen Volkskongreß beschlossene Volksbegehren wird Mitte 1948 eingeleitet. Dabei fordern über 13 Millionen Deutsche in Ost und West mit ihren Unterschriften einen Volksentscheid über die Einheit Deutschlands.

Die Volkskongreßbewegung schließt die antifaschistisch-demokratischen Kräfte in Ostdeutschland fester zusammen. An der Spitze der Christlich-Demokratischen Union und der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands stehen jetzt fortschrittliche Persönlichkeiten. Die reaktionären Kreise besonders um Kaiser und Lemmer verlieren allmählich ihren Einfluß. Weiter gestärkt wird die Volkskongreßbewegung durch die Gründung zweier neuer Parteien, die dem demokratischen Block beitreten. Es sind die Demokratische Bauernpartei Deutschlands, die erste Bauernpartei in der deutschen Geschichte, die wirklich die Interessen der werktätigen Bauern vertritt, und die National-Demokratische Partei Deutschlands, die neben Angehörigen des Mittelstandes in ihren Reihen auch ehemalige Mitglieder der Nazipartei sammelt, die mit der faschistischen Vergangenheit gebrochen haben und am demokratischen Aufbau ehrlich mitarbeiten wollen.

Für Naziverbrecher jedoch ist in der neuen Ordnung kein Platz. Im April 1948 findet in der Görlitzer Kongreßhalle ein Prozeß statt. Es ist nach dem Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher im Jahre 1946 die erste Verhandlung gegen Naziverbrecher vor einem deutschen Volksgericht. Einer der Angeklagten ist der letzte Nazi-Oberbürgermeister von Görlitz, Dr. Meinshausen. Als die Beweisaufnahme seine schweren Verbrechen gegen die Menschlichkeit bestätigt, versucht er es nach dem in Westdeutschland schon vielfach bewährten Muster mit der Behauptung: „Ich war immer Demokrat.“ Als Beweis führt er an, er hätte 1931 im Präsidium der Naziversammlung im Saalbau Friedrichshain dafür gesorgt, daß Sozialdemokraten und Kommunisten „frei und ungehindert“ auftreten konnten. Als Zeugen dafür benennt er – Walter Ulbricht.

Der Hauptankläger und Generalstaatsanwalt in Sachsen, Dr. Rolf Helm, seit 1921 Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands, stimmt dem Antrag zu. Was er erwartet, tritt ein: Walter Ulbricht wird als Zeuge in diesem Prozeß zum Ankläger gegen die Verbrechen des Faschismus im allgemeinen und des Dr. Meinshausen im besonderen. Dieser angebliche „Demokrat“ hatte vor dem Auftreten Walter Ulbrichts im Saalbau Friedrichshain gesprochen, dabei Sozialdemokraten und Kommunisten in übler Weise verleumdet und wüste Judenhetze betrieben. Zugleich hatte das Versammlungspräsidium, dem Meinshausen angehörte, hinter

der Bühne eine SA-Kolonne postiert und gab ihr den Befehl zum Losschlagen, als der Schlußredner Goebbels sich gegen die ablehnende Haltung der Zuhörer nicht mehr durchsetzen konnte.

So zeigt das Auftreten Walter Ulbrichts in diesem Prozeß mit aller Deutlichkeit: Naziverbrecher, die in Westdeutschland schon wieder dabei sind, sich führende Positionen zu erobern, haben im demokratischen Leben Ostdeutschlands keine Chance mehr.

Ein völlig anderes Ereignis ruft Walter Ulbricht einige Zeit später nach Eisleben. Dort wird am 1. Mai 1948 das erste Lenin-Denkmal in Deutschland enthüllt. Dieses Standbild, von den Faschisten 1943 aus Leningrad zur Verschrottung nach Deutschland verschleppt, haben mutige antifaschistische Arbeiter bis zum Kriegsende versteckt gehalten, um es dann den sowjetischen Befreiern zurückzugeben. Auf deren Vorschlag soll es hier, im Herzen Deutschlands, errichtet werden.

„Die Übergabe des Lenin-Denkmal betrachten wir zugleich als eine Verpflichtung, im Geiste Lenins den Kampf für die nationale Selbständigkeit, den Kampf gegen die imperialistische Aggression . . . , für die Schaffung einer friedlichen demokratischen Ordnung zu führen“, erklärt Walter Ulbricht nach der Übergabe des Denkmals durch den Beauftragten der Sowjetregierung und fügt hinzu: „Wir haben aus der Geschichte gelernt. Wir wollen in Frieden und Freundschaft mit der Sowjetunion und mit den volksdemokratischen Ländern wie mit den demokratischen Kräften der ganzen Welt leben.“

Wie stets, so stützt sich Walter Ulbricht auch bei dem großen und in dieser Zeit außerordentlich schwierigen Werk des Wirtschaftsaufbaus auf die Lehren Lenins. Die marxistische Erkenntnis, daß mit der Bildung des Volkseigentums an den Produktionsmitteln Elemente des Sozialismus geschaffen werden, drängt zu der Schlußfolgerung, daß nun eine sozialistische Planwirtschaft nicht nur möglich, sondern zwingend notwendig wird.

So werden in dieser Zeit mit Hilfe sowjetischer Fachleute die ersten Wirtschaftspläne ausgearbeitet. Der erste Halbjahrplan 1948 ist freilich nur ein bescheidener Anfang, aber doch schon eine Richtschnur für den Weg aus der Nachkriegsnot.

Besonders schwierig ist es in dieser Zeit des Mangels, die Arbeits-

1948–1949  
*Der Übergang  
zur langfristigen  
Wirtschafts-  
planung*

produktivität zu steigern. Hier trifft zu, was Lenin über den „fehlerhaften Kreis“ sagte: „Um die Arbeitsproduktivität zu heben, muß man sich vor dem Hunger retten, und um sich vor dem Hunger zu retten, muß man die Arbeitsproduktivität heben. Bekanntlich werden derartige Widersprüche in der Praxis dadurch gelöst, daß dieser Circulus vitiosus durchbrochen wird dank einem Umschwung in der Stimmung der Massen, dank der heroischen Initiative einzelner Gruppen, die im Rahmen eines solchen Umschwungs nicht selten eine entscheidende Rolle spielt.“

In der Zeit des ersten Halbjahrplanes 1948 wird auch im Osten Deutschlands begonnen, diesen fehlerhaften Kreis zu durchbrechen. Die besten Arbeiter, an ihrer Spitze der Bergmann Genosse Adolf Hennecke, steigern durch bessere Arbeitsorganisation die Arbeitsproduktivität und verwirklichen den damals einzig richtigen Grundsatz für den gesellschaftlichen Fortschritt: „Erst mehr produzieren, dann besser leben.“ Das stößt auch jetzt noch längst nicht überall auf Zustimmung, eher wird zunächst das Gegenteil sichtbar. Adolf Hennecke und die anderen Aktivisten sind anfangs vielen Anfeindungen, auch der eigenen Kollegen, ausgesetzt. Doch sie lassen sich nicht beirren.

Nach dem Halbjahrplan ist der nächste, nun schon größere Schritt der Zweijahrplan 1949/1950. Walter Ulbricht leitet das Kollektiv von Wissenschaftlern, Arbeitern, Funktionären der Partei, das den Plan verfaßt und dem wiederum sowjetische Freunde mit ihren Erfahrungen zur Seite stehen.

Es ist kein leichtes Werk, was hier in Angriff genommen wird. Durch die von den Westmächten betriebene Spaltung werden die wirtschaftlichen Bindungen zwischen beiden Teilen Deutschlands immer mehr zerrissen. Das ist um so schlimmer, da Deutschland zuvor ein Land mit hoher Spezialisierung der Produktion war. Der östliche Teil ist in der Hauptsache Agrarland.

Unter diesen Bedingungen müssen Betriebe des Schwermaschinenbaus errichtet, die Hüttenindustrie ausgebaut, die zum großen Teil zerstörte chemische Industrie wiederhergestellt und eine Schiffbauindustrie aufgebaut werden.

Frühere Konzernbetriebe, die den Kriegsverbrechern von IG Farben, den Flick, Stinnes und anderen gehörten, werden zunächst als Sowjetische Aktiengesellschaften (SAG) weitergeführt. Die von erfahrenen sowjetischen Fachleuten geleitete Organisation dieser

SAG ist für viele deutsche Wirtschaftsfunktionäre, die aus der Arbeiterklasse kommen, eine gute Schule und ein Beispiel für die Arbeit in ihren volkseigenen Betrieben.

So sind die Erfahrungen der sowjetischen Freunde den deutschen Genossen auch bei der Planung eine ständige, unschätzbare Hilfe. Mancher, der vielleicht noch nie einen Plan ausgearbeitet hat, spricht zuweilen hochmütig über die damalige „dogmatische Planung“. Angesichts des Mangels und der geringen Erfahrungen der Wirtschaftler ist jedoch die Methode des Administrierens unvermeidlich. Es ist gewiß – von der späteren Entwicklung aus betrachtet – noch eine „Planung in Kinderschuhen“. Doch man darf dabei nicht übersehen, daß man in Kinderschuhen das Laufen lernt.

In seinem Referat auf der 11. Tagung des Parteivorstandes am 29. und 30. Juli 1948 charakterisiert Walter Ulbricht den Zweijahrplan als „ein Programm der friedlichen Arbeit und der freundschaftlichen Beziehungen mit allen demokratischen Völkern“ und als eine echte Alternative gegen die Einbeziehung Westdeutschlands in den Marshallplan. Er sagt voraus, daß die Westmächte ein Militärbündnis schmieden und die westdeutschen Werktätigen als Landsknechte im Kampf gegen die Demokratie mißbraucht werden sollen.

Die Demokratie zu festigen, auf neue Weise zu leiten und besser wirtschaften zu lernen ist die Aufgabe, die der Parteivorstand besonders den Staatsorganen stellt. Noch bevor der Zweijahrplan in Kraft tritt, gibt Walter Ulbricht auf der 1. Staatspolitischen Konferenz in Werder am 23. Juli 1948 den Staatsfunktionären dazu das ausschlaggebende Rüstzeug. Es geht darum, den Einfluß der demokratischen Kräfte, besonders der Arbeiterklasse, auf die Verwaltungen zu erhöhen und die staatlichen Organe enger mit den Werktätigen zu verbinden. „Durch die Erfüllung des Wirtschaftsplans für das 2. Halbjahr 1948 und durch den Zweijahrplan wollen wir ganz Deutschland zeigen, wie eine fortschrittliche Wirtschaft geschaffen wird und wie der Aufbau unseres Landes und die Lösung der Lebensfragen des werktätigen Volkes mit dem Bestand einer fortschrittlichen demokratischen Ordnung auf das engste verbunden sind.“

Jetzt, da das Volk seine Staatsmacht selbst aufbaut, müssen neue demokratische Leitungsmethoden entwickelt werden.

„Die Weimarer Republik“, erläutert Walter Ulbricht, „war stets,

auch in ihrer demokratischen Zeit, ein Instrument der kapitalistischen Klasse zur Unterdrückung namentlich der Arbeiterklasse.“ Er unterstreicht die Bedeutung der marxistischen Erkenntnis über das Wesen des Staates. In Westdeutschland dagegen versucht die Schumacher-Partei, die bürgerlichen Staatstheorien systematisch in die Arbeiterklasse und in die Kreise des werktätigen Volkes hineinzutragen. „Die Gelehrten, Schriftsteller, Journalisten, Juristen, Philosophen des amerikanischen Monopolkapitals unternehmen die größten Anstrengungen, den Staat und die Staatsform des Sozialismus und der Länder der Volksdemokratie zu diffamieren und zu entstellen. In keiner Epoche ist von diesen Herrschaften so viel über Demokratie und Freiheit geredet und geschrieben worden wie gerade jetzt“, sagt Walter Ulbricht.

Der Konferenz in Werder folgt im Oktober 1948 die Gründung der Deutschen Verwaltungsakademie, an der die Werktätigen lernen werden, Staat und Wirtschaft wissenschaftlich zu leiten. Walter Ulbricht eröffnet die Akademie mit einer prinzipiellen Rede über die neue Funktion der Staatsorgane. Vereinigt mit der Hochschule für Justiz, wird sie fünf Jahre später zur Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft.

Werktätige aller Bevölkerungsschichten nehmen an den zahlreichen Aussprachen über den Zweijahrplan teil. Daß der Plan weit mehr als nur eine wirtschaftliche Angelegenheit ist, betont Walter Ulbricht in seiner Diskussionsrede auf einer Arbeitstagung der Schriftsteller und Künstler am 2. September 1948. Es geht um tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen und auch darum, den Kampf um den Zweijahrplan mit dem Ringen um eine neue, fortschrittliche Kultur zu verbinden. „Die Hauptfrage scheint mir zu sein, daß unsere Genossen Schriftsteller und bildenden Künstler vor allem dazu übergehen müssen, mehr mit dem Neuen, das sich entwickelt hat, zu leben und es zu erfassen.“

Er schildert einige Erlebnisse bei seinen Betriebsbesuchen, bei Kulturabenden in neuen Klubräumen. Aber diese Räume haben noch kahle Wände, und auf ihren Bühnen wird mancher Kitsch gespielt.

Wer, wenn nicht die fortschrittlichen Künstler, soll hier die neue Kultur des Volkes zum Blühen bringen? Das kann jedoch niemals mit formalistischen Mitteln erreicht werden. „Wir haben jedenfalls als Partei das Recht“, erklärt Walter Ulbricht, „gegen expres-

sionistische und andere falsche Auffassungen Stellung zu nehmen... Die Künstler können den verschiedensten Kunstrichtungen angehören, aber als Partei haben wir einen ganz bestimmten Standpunkt, den des sozialistischen Realismus.“

Am Beginn des Jahres 1949 steht die 1. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Otto Grotewohl hebt in seinem Referat „Die Politik der Partei und die Entwicklung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu einer Partei neuen Typus“ hervor, daß die organisatorische und politische Einheit der Partei zu einer festen ideologischen Einheit werden muß. Die geschichtliche Erfahrung lehrt, „wie ehemalige Sozialdemokraten und Kommunisten zu einer Kampfkraft verschmelzen können, wenn sie die Interessen der Arbeiterschaft, die Interessen des schaffenden Volkes zum obersten Gebot ihres Handelns machen“.

Walter Ulbricht, jetzt Mitglied des neugebildeten Politbüros des Zentralkomitees und dort weiterhin verantwortlich für Staats- und Wirtschaftsfragen, erläutert auf der Parteikonferenz die Wirtschaftspolitik der Partei, ihre Aufgaben bei der Durchführung des Zweijahrplanes. Er hebt hervor, daß die Arbeiterklasse ihre führende Rolle nur verwirklichen kann, indem sie sich an die Spitze des Kampfes um die Erfüllung des Wirtschaftsplanes stellt, indem sie lernt, den Staats- und Wirtschaftsapparat zu leiten, indem sie sich die Erkenntnisse der fortschrittlichen Wissenschaft zu eigen macht und indem sie unter Führung ihrer Partei gemeinsam mit den demokratischen Organisationen eine breite Bewegung für den demokratischen Aufbau entfaltet.

Die zielstrebige Arbeit der Partei trägt erste Früchte. Der Lebensstandard der Werktätigen wird allmählich besser, weil die Hennecke-Bewegung zur Steigerung der Arbeitsproduktivität immer mehr um sich greift. Unter Führung der Partei organisieren die Gewerkschaften die Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung und den Kampf um die Gleichberechtigung der Frauen.

Auf der ersten Konferenz der Hennecke-Aktivisten in Berlin am 4. Februar 1949 kann Walter Ulbricht berichten, daß sich eine neue Einstellung zur Arbeit entwickelt. „Das grundsätzlich Neue besteht also darin“, sagt er, „daß die Hennecke-Aktivisten in den

Januar 1949

*Mitglied  
des neugebildeten  
Politbüros*



volkseigenen Betrieben und auf den volkseigenen Gütern ihre Leistungen in dem Bewußtsein vollbringen, daß nur durch die Steigerung der Produktion ein besseres und schöneres Leben erreicht werden kann und die demokratische Ordnung gefestigt wird.“

Zugleich festigt sich das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern. In den Dörfern werden staatliche Maschinen-Ausleih-Stationen eingerichtet, die als feste Stützpunkte der Arbeiterklasse den werktätigen Bauern ökonomisch und ideologisch helfen, die eigene Lage und die Ernährung des Volkes zu bessern. Und Walter Ulbricht kann auf der ersten Bauernkonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in Halle am 19. Februar feststellen, daß der Boden für eine neue Demokratie im Dorf bereitet ist.

Wie auch der Mittelstand, die Betriebe kleiner und mittlerer Privatunternehmer durch neue Vertragsformen, durch den Ausbau eines ganzen Vertragssystems eng mit der gesamten Volkswirtschaft verbunden werden, hat Walter Ulbricht bereits auf der 1. Parteikonferenz dargelegt. Auf einer Handelskonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands am 21. April 1949 zeigt er, wie sich auch auf diesem Gebiet der Einfluß der Arbeiterklasse im Interesse der Verbraucher verstärkt und der Kampf gegen Spekulanten und Schieber geführt wird.

1948–1949 *Im Kampf gegen die drohende Spaltung* Die Einheit Deutschlands und der Frieden sind in großer Gefahr. Die westlichen Besatzungsmächte, im Bunde mit den deutschen Monopolherren und Junkern und den rechten Führern der SPD, setzen alles daran, um in Westdeutschland und Westberlin vollendete Tatsachen der Spaltung zu schaffen und die demokratische Entwicklung im Osten Deutschlands zu stören und zu hindern. Sie brechen das Potsdamer Abkommen und führen im Juni 1948 eine separate Währung für Westdeutschland und Westberlin ein. Sie spalten die deutsche Hauptstadt und treffen alle organisatorischen Vorbereitungen für einen westdeutschen Separatstaat. Sein Entstehen fällt mit der Unterzeichnung des aggressiven Nordatlantikkpaktes durch die Westmächte zusammen. Voller Hohn bezeichnet der Sozialdemokrat Reuter, Leiter des Westberliner Spaltersensats, Westberlin als „billigste Atombombe der USA“.

Die westlichen Imperialisten mobilisieren alle ihre Agenten und Helfershelfer im Osten Deutschlands zu immer neuen Versuchen, die demokratische Entwicklung rückgängig zu machen. Um die Bevölkerung von ihrer Spaltungspolitik und den über Deutschland heraufziehenden Gefahren abzulenken, entfesseln die Imperialisten eine Hetzkampagne gegen die Oder-Neiße-Friedensgrenze und gegen die Sowjetunion.

Die Partei und ihr Politbüro treten dagegen konsequent für die feste Freundschaft zur Sowjetunion und zu den anderen volksdemokratischen Ländern ein. Walter Ulbricht entlarvt die feindliche Hetze als Ausdruck neuer imperialistischer Revanchekriegspläne. Entschiedener Bruch mit den verhängnisvollen, nationalistischen antipolnischen und antisowjetischen Traditionen ist notwendig, so erklärt er, um bei den Völkern, die durch den deutschen Faschismus Furchtbares gelitten haben, Entgegenkommen zu finden.

Im Oktober 1948 leitet Walter Ulbricht die erste deutsche Delegation nach Volkspolen.

Er schildert später, wie freundlich die polnischen Genossen die Delegation empfangen haben. Doch er selbst ist zutiefst erschüttert von den furchtbaren Leiden und Zerstörungen, die der faschistische deutsche Imperialismus dem polnischen Volk zugefügt hat. Von Warschau bis Katowice und Wrocław hat er auf dieser Reise Stätten der Verwüstung gesehen, die alle Vorstellungen übertrafen.

Gemeinsam mit den polnischen Freunden verhandeln Walter Ulbricht, Bruno Leuschner und Georg Handke im Mai 1949 über die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Bruderländern.

Eine bedeutsame Erklärung des Politbüros vom 1. März 1949 nimmt Bezug auf das Gelöbnis, das die Genossen Maurice Thorez, Palmiro Togliatti und Harry Pollit im Namen des französischen, italienischen und englischen Volkes abgegeben haben: im Falle eines Krieges gegen die Sowjetunion den imperialistischen Aggressoren entschieden entgegenzutreten. Das Politbüro der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands erklärt: „Die Sowjetunion ist kein Aggressor, sondern die stärkste Friedensmacht der Welt. Das Politbüro der SED ruft deshalb das deutsche Volk auf, sich mit aller Entschiedenheit gegen die Kriegshetze und die Kriegsvor-

bereitungen der Westmächte gegen die Sowjetunion zur Wehr zu setzen. Im Falle der Aggression muß das deutsche Volk gegen die Aggressoren kämpfen und die Sowjetarmee in der Herbeiführung des Friedens unterstützen.“

Diese feste, internationale Solidarität, die sich den Kriegstreibern erfolgreich entgegenstellt, kommt auch auf dem IX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei vom 24. bis 26. Mai 1949 zum Ausdruck, an dem Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Walter Ulbricht teilnehmen.

Am 7. September 1949 wird in Bonn die lange vorbereitete Spaltung Deutschlands vollzogen. Als Kanzler für den westdeutschen Separatstaat setzen die Westmächte einen Mann ein, der schon 1945 gesagt hat: „Das beste wäre, sofort aus den drei westlichen Zonen einen Bundesstaat zu bilden.“

Es ist Adenauer, Separatist seit 1918.

# Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik

Mit aller Konsequenz haben die Partei der Arbeiterklasse und die von ihr geführten patriotischen Kräfte darum gerungen, die Spaltung zu verhindern. Dieser Kampf der Partei trägt einen klaren, klassenmäßigen Inhalt und zutiefst nationalen Charakter. Der Kampf der Arbeiter und aller demokratischen Kräfte in ganz Deutschland gegen das Monopolkapital ist von Anfang an auf die Sicherung der Einheit eines demokratischen und friedlichen Deutschlands gerichtet und untrennbar mit dem Kampf gegen jeden Versuch der Spaltung verbunden.

Ein überzeugendes Bekenntnis zur demokratischen Einheit Deutschlands haben die Werktätigen der sowjetischen Besatzungszone mit den Wahlen zum 3. Deutschen Volkskongreß im Mai 1949 abgelegt.

Aus der Volkskongreßbewegung erwächst die Nationale Front des demokratischen Deutschland. An der Spitze dieser breiten, Millionen Menschen umfassenden antiimperialistischen nationalen Bewegung steht die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, die damit die Politik des nationalen und sozialen Befreiungsprogramms von 1930, die Beschlüsse der Brüsseler und der Berner Parteikonferenz, die Linie des Programms der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 11. Juni 1945 und der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom April 1946 konsequent fortführt und weiterentwickelt.

Der nationale Verrat der westdeutschen Monopolherren und Reaktionen und der rechten Führer der Sozialdemokratie erheischt eine Antwort, die den Sieg der Demokratie im Osten Deutsch-

lands sichert und die Grundlage schafft, die Spaltung zu überwinden.

Die Antwort ist die Bildung der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949. An diesem historischen Tag konstituiert sich der vom Volk gewählte Deutsche Volksrat mit Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl, Otto Nuschke und Wilhelm Külz an der Spitze zur Provisorischen Volkskammer. Walter Ulbricht ist nun Mitglied des ersten wirklichen Volksparlamentes in der deutschen Geschichte.

Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, die jetzt in Kraft tritt, ist vorher in Tausenden Versammlungen vom Volk beraten worden. 15 000 Resolutionen und 503 Abänderungsvorschläge hat der Deutsche Volksrat zum Entwurf erhalten. Der Mann, der dann dem 3. Deutschen Volkskongreß im Auftrag aller dafür geschaffenen Arbeitsgemeinschaften die Zustimmung zu dem nun vorliegenden Entwurf ausgesprochen hat, war Erhard Hübener, eben jener Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, mit dem Walter Ulbricht drei Jahre zuvor so ausgiebige und dann so fruchtbringende Diskussionen über den Charakter der Volksmacht geführt hat.

Die Verfassung, von der Provisorischen Volkskammer zum Gesetz erhoben, ist so zur rechtmäßigen Geburtsurkunde des neuen, anti-imperialistischen und antifaschistisch-demokratischen deutschen Staates geworden, in dem das Volk die Macht hat. Oberster Grundsatz seiner Staatspolitik ist der Frieden und der Kampf für seine Erhaltung und Festigung. Die Grundrechte der Bürger, von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im ersten Jahr ihres Bestehens proklamiert, sind nun zum ersten Mal in der Geschichte deutscher Verfassungen Gesetz und garantiertes Recht. Damit weist die erste Verfassung der jungen Republik zugleich den Weg, der gesetzmäßig vorwärts führt zur sozialistischen Gesellschaft.

Oktober 1949 Am 11. Oktober wird in einer Sitzung der Volks- und Länderkammer der erste Arbeiterpräsident der deutschen Geschichte, Genosse  
*Mitglied*  
*der Volkskammer*  
*der DDR -*  
*Stellvertreter des*  
*Minister-*  
*präsidenten*  
Wilhelm Pieck, feierlich gewählt. Am 12. Oktober wird die Provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gebildet; Ministerpräsident ist Otto Grotewohl. Walter Ulbricht gehört als Stellvertreter des Ministerpräsidenten der Regierung an.

In der Volkskammer und der Regierung sind unter Führung der Arbeiterklasse Vertreter aller demokratischen Kräfte vereint.

Die Gründung des ersten wahrhaft friedliebenden deutschen Staates wird in der Grußbotschaft des Vorsitzenden des Ministerrates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, J. W. Stalin, an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik als ein Wendepunkt in der Geschichte Europas charakterisiert. Mit der Deutschen Demokratischen Republik ist der Grundstein gelegt für ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland, das den Frieden in Europa sichern kann. Die Sowjetunion nimmt als erster Staat der Welt diplomatische Beziehungen mit der Deutschen Demokratischen Republik auf. Ihr folgen kurz danach die volksdemokratischen Staaten.

Die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten verwirklichen so unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in einem Teil Deutschlands das Recht der Selbstbestimmung. Im Lande von Karl Marx und Friedrich Engels ist das Vermächtnis der besten Kämpfer der deutschen Arbeiterklasse in guten Händen.

Niemals zuvor gab es eine deutsche Regierung, deren erste Schritte zu den Arbeitern führten. Otto Grotewohls Regierungserklärung aber schließt mit den Worten: „Wir werden am morgigen Tage der Aktivisten vor den Arbeitern in den Betrieben unser Programm entwickeln und die Bestätigung des arbeitenden Volkes einholen.“

Der Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Walter Ulbricht, spricht am folgenden Tag zu den Arbeitern im volkseigenen Horchwerk Zwickau und seine Rede heißt: „Warum gilt das erste Wort der Regierung den Aktivisten?“ Es ist der 13. Oktober. Ein Jahr ist vergangen, seit Adolf Hennecke die erste Aktivistenschicht leistete. Nun tun es ihm schon viele Tausende gleich.

Nach Schichtschluß spricht Adolf Hennecke gemeinsam mit Walter Ulbricht zu den Kumpeln des Karl-Liebkecht-Schachtes im Zwickau-Oelsnitzer Revier. „Die Kumpel sind die Herren der Gruben, und sie müssen umsichtige Herren mit großem Wissen sein“, sagt Walter Ulbricht und fordert die Arbeiter auf, sich technisch zu qualifizieren und sich darauf vorzubereiten, die Führung in Wirtschaft und Staat zu übernehmen.

„Das ist unser Mann“, sagen die Kumpel nach der Versammlung. Sie erkennen bald, daß den Worten Walter Ulbrichts Taten

folgen. Adolf Hennecke selbst, obwohl nicht mehr der Jüngste, hat Walter Ulbricht nach der Möglichkeit gefragt, an der Bergakademie in Freiberg zu studieren. Schon Anfang Januar 1950 wird dort ein Kursus eingerichtet, in dem er und 13 andere Aktivisten des Steinkohlenbergbaus mit dem Studium beginnen.

In den volkseigenen Betrieben, bei den Arbeitern, die die Produktivität steigern, liegt die Wurzel aller kommenden Erfolge des jungen Staates. Kurz zuvor hat Walter Ulbricht in einem Interview mit der Zeitung „Neues Deutschland“ für die junge Republik das Bild vom Bau eines Hauses gebraucht: „Solange die Fundamente geschaffen werden und der Rohbau fortschreitet, sieht die Bevölkerung noch nicht, ob das Haus wohnlich wird oder nicht.“ Als im Osten Deutschlands gegen den Widerstand der Reaktion die Grundlagen einer friedlichen Entwicklung geschaffen wurden, die Aktivistenbewegung sich entfaltete und der Zweijahrplan begann, wurden die schwersten Aufgaben erfüllt, ohne daß täglich die Erfolge sichtbar wurden. „Jetzt kommt die Zeit der Erfolge“, kann er zuversichtlich voraussagen.

Das ist ein kühnes Wort. Noch prophezeit man ja im Westen täglich den bevorstehenden Zusammenbruch der DDR und prahlt mit dem „Aufschwung“ im Bonner Staat. Nach langen Hungerjahren hat dort die sogenannte Marshallplan-Hilfe die Aufrichtung einer schillernden Fassade ermöglicht, hinter der die alten Verderber Deutschlands ihre Machtpositionen erneut festigen und den Weg der Wiederaufrüstung und der Remilitarisierung beschreiten. Die westdeutsche Bevölkerung wird das noch teuer bezahlen müssen.

Die Deutsche Demokratische Republik geht den langwierigeren und schwierigeren Weg des Aufbaus aus eigener Kraft, denn er allein entspricht den Interessen des Volkes. Es ist der einzige Weg, auf dem das Volk seine Macht nicht nur bewahren, sondern festigen und ausbauen kann.

Jeder Schritt auf diesem Weg will hart erkämpft sein. Von Westdeutschland aus gelenkte Agenten versuchen, mit Sabotageakten und Schiebungen großen Ausmaßes den Aufbau zu stören. Die Bestrebungen der Imperialisten in Westdeutschland werden unterstützt durch einige reaktionäre Politiker in den Blockparteien, die nach der Übergabe der Verwaltungsfunktionen durch die Sowjetische Militäradministration in Deutschland an die Provisorische

Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zum offenen Kampf gegen die junge Staatsmacht der Arbeiter und Bauern übergehen. Doch diese weiß sich zu wehren.

„Es ist allgemein bekannt“, sagt Walter Ulbricht in einem weiteren Interview mit der Zeitung „Neues Deutschland“, „daß sich in der Deutschen Demokratischen Republik gewisse Feinde der Demokratie und des Neuaufbaus in verschiedenen Parteien getarnt haben, um die legale Basis für ihre antinationalen und antidemokratischen Ziele auszunutzen. Es hat sich der Zustand herausgebildet, daß einige dieser Leute zwar bei zentralen Beratungen den getroffenen Vereinbarungen zustimmten, aber dann in den Ländern, Kreisen oder Orten die gegenteilige Auffassung vertraten. Das Wesen der gegenwärtigen Auseinandersetzung mit diesen reaktionären Elementen besteht darin, es ihnen unmöglich zu machen, Positionen in den Parteien und Massenorganisationen für ihre heimtückische Tätigkeit auszunutzen. Erst damit werden die Garantien für die gemeinsame Tätigkeit aller demokratischen Kräfte und die Einhaltung der Vereinbarungen von oben bis unten geschaffen.“

Als wichtigste Aufgabe für das neue Jahr kennzeichnet Walter Ulbricht im Januar 1950 vor dem Parteivorstand die Verteidigung des Friedens und die Sicherung der Zukunft der Nation. Der Weg dazu führt über den noch festeren Zusammenschluß aller patriotischen und demokratischen Kräfte in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. An der konstituierenden Sitzung des Nationalrates nimmt auch Walter Ulbricht teil und vertritt auf der ersten Nationalratstagung am 15. Februar die Meinung der Regierung zum Programm der Nationalen Front, an dessen Vorbereitung und Entwicklung er seit fast einem Jahr regen Anteil genommen hat.

Nie vergißt er, trotz aller Anspannung und trotz der vielfältigen neuen Aufgaben, die Jugend und den Sport. Im Ministerrat ist er neben anderen Aufgaben für das Amt für Jugendfragen verantwortlich. Er beschäftigt sich mit der Lehrlingsausbildung, regt die Schaffung von Kinderferienlagern an und verlangt, daß in allen Städten und Orten Räume als Jugendheime zur Verfügung gestellt werden. Eines der ersten Gesetze, die von der Provisorischen

Februar 1950  
*Das Programm  
der  
Nationalen Front  
des  
demokratischen  
Deutschland*



Volkskammer beraten und verabschiedet werden, ist das von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vorgeschlagene und mit Tausenden jungen Menschen beratene Gesetz zur Förderung der Jugend in Schule und Beruf, bei Sport und Erholung. Walter Ulbricht begründet im Namen der Regierung das Gesetz.

Er nützt jede Möglichkeit, bei der Jugend zu sein und selbst Sport zu treiben. Gemeinsam mit Wilhelm Pieck ist er Ehrengast bei der ersten Geburtstagsfeier der Pionierorganisation, bei der Eröffnung der Pionierrepublik „Ernst Thälmann“ und bei der Übergabe des Berliner „Hauses der Kinder“ an den Zentralrat der Freien Deutschen Jugend.

Beim Wintersport in Altenberg unterhält er sich mit Spitzensportlern. Er und seine Frau Lotte beweisen durch die Tat, daß sie sich durchaus mit manchen viel Jüngeren messen können: Sie absolvieren beide die erforderlichen Leistungsprüfungen im Langlauf und Abfahrtslauf und erwerben sich damit das Wintersportabzeichen der Freien Deutschen Jugend.

Das erste Deutschlandtreffen der FDJ in Berlin spiegelt schon lange vor seinem Beginn den Schwung der jungen Generation beim Aufbau wider. In der Hauptstadt der jungen Republik entstehen neue Sportstätten.

Berlin ist erfüllt von jungem, wirbelndem, friedlichem Leben, als das große Treffen der Jugend am 27. Mai 1950 beginnt. Beim Kongreß der jungen Friedenskämpfer in der Werner-Seelenbinder-Halle zeigt Walter Ulbricht im Hauptreferat den Weg zum Sieg der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, der auch das Hauptanliegen der Jugend ist.

Im neu erbauten Walter-Ulbricht-Stadion im Bezirk Mitte bereiten frohe Mädchen und Jungen Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl, Walter Ulbricht, dem Berliner Oberbürgermeister Friedrich Ebert und anderen Persönlichkeiten einen brausenden Empfang. Minister Luitpold Steidle würdigt die großen Verdienste Walter Ulbrichts um den Aufbau dieser Sportstätten und einer demokratischen Sportbewegung.

Mit neuen Impulsen kehren die Jungen und Mädchen an ihre Arbeitsplätze zurück. Für einige von ihnen gibt es schon bald ein Wiedersehen mit Walter Ulbricht. Er legt den Grundstein für die Talsperre Sosa im Erzgebirge, die „Talsperre des Friedens“, die von der Jugend erbaut wird.

# Der sozialistische Aufbau

„Etwas Neues, Großes ist in der Deutschen Demokratischen Republik Wirklichkeit geworden. Werktätige, die vor einigen Jahren noch verzagt ihres Weges gingen, die keine Möglichkeit sahen, wie man die Folgen des Hitlerkrieges überwinden und zu einem neuen Leben kommen kann, stehen jetzt stolz an ihren Maschinen und vollbringen Leistungen, wie sie im alten Deutschland nicht möglich waren.“ So beginnt Walter Ulbricht sein Referat auf dem III. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der am 20. Juli 1950 zusammentritt.

Leistungen, wie sie im alten imperialistischen Deutschland undenkbar waren, sieht auch das Dokument vor, über das Walter Ulbricht referiert und das im Mittelpunkt des Parteitages steht: der erste Fünfjahrplan der Deutschen Demokratischen Republik. Durch die vorfristige Erfüllung des Zweijahrplanes ist der Friedensstand der Produktion fast wieder erreicht worden. Nicht nur die Industrie, auch die Landwirtschaft, die Wissenschaft und die Kunst, die Schulen und die Forschungsstätten werden schneller vorankommen – das sagt der große Plan der friedlichen Arbeit für ein besseres Leben des werktätigen Volkes, der große Plan des Kampfes für die Gestaltung eines friedlichen, demokratischen Deutschlands.

Der Plan, den der Parteitag beschließt, zeigt eine kühne Perspektive. Schon im Februar hat das Politbüro eine von Walter Ulbricht geleitete Kommission, der erfahrene Genossen, aber auch parteilose Wissenschaftler und Praktiker angehören, mit der Vorbereitung beauftragt. Viele Schwierigkeiten waren dabei zu bedenken. Die Spaltung Deutschlands ist für die Deutsche Demokratische

1950

*Initiator des  
ersten  
Fünfjahrplanes*

Republik mit großen wirtschaftlichen Nachteilen verbunden. Die wichtigsten Rohstoffquellen liegen in Westdeutschland. In der Grundstoffindustrie und in der metallverarbeitenden Industrie sind erhebliche Disproportionen entstanden. Unter diesen komplizierten Verhältnissen einen langfristigen Plan durchzuführen ist ein Unterfangen, dessen Erfolg noch mancher anzweifelt. Doch die Marxisten wissen, daß auf der neuen sozialökonomischen Grundlage, die in der Deutschen Demokratischen Republik geschaffen wurde, die Gesetze des Sozialismus bereits zu wirken beginnen, daß die Zeit gekommen ist, ihnen allmählich und planmäßig zum Durchbruch zu verhelfen.

„Wir sind uns bewußt“, sagt Walter Ulbricht auf dem Parteitag, „daß der Fünfjahrplan noch nicht die Lösung aller Fragen bringt.“ Doch das unermüdliche Lernen, das Heranwachsen der Werktätigen zu Gestaltern einer neuen, höheren Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung gibt die Gewißheit, daß auch diese Fragen gemeistert werden.

Juli 1950 Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist für die Verwirklichung des Planes gut gerüstet. Sie hat sich zu einer Partei neuen Typus entwickelt. Das neue Parteistatut, das der Parteitag beschließt, und die Einführung des Parteilehrjahres werden die Kampfkraft der Genossen weiter stärken. Als das neugewählte Zentralkomitee am 25. Juli zu seiner ersten Tagung zusammentritt, wählt es Walter Ulbricht zu seinem Generalsekretär.

*Generalsekretär  
des ZK*

In den folgenden Wochen und Monaten setzen Partei und Regierung alle Kraft daran, den Fünfjahrplan in einer Volksdiskussion zur Sache aller Bürger der Republik zu machen. Das geschieht in harter Auseinandersetzung mit falschen Auffassungen eines Teiles der Bevölkerung. Die von Westdeutschland und Westberlin betriebene ideologische und ökonomische Beeinflussung auch der Werktätigen verlangt von der Partei eine gewaltige Arbeit. Walter Ulbricht ist in diesen Tagen wiederum viel unterwegs. In den Jenaer Zeiss-Werken, auf den Werften in Stralsund und Rostock, in Salzwedel und Freiberg, in den Leuna-Werken und in der Maxhütte, in Riesa und Gröditz und an anderen Orten erläutert er den Werktätigen die neuen Ziele. Unbeirrt und unerschrocken tritt er feindlichen Argumenten entgegen. Bei einer Versammlung im

Mineralölwerk Lützkendorf spricht er über die Friedensgrenze an Oder und Neiße. Darüber geraten die Zuhörer, in der Mehrheit Umsiedler, in Unruhe. Es braucht seine Zeit, bis sich Walter Ulbricht wieder Gehör verschaffen und den Verblendeten die Augen darüber öffnen kann, daß es gerade die Feinde der Arbeiter sind, die diese Grenze zum Anlaß eines dritten Weltkrieges nehmen wollen, wie einst Hitler den „Korridor“ zum Ausgangspunkt seiner verbrecherischen Aggression auf Polen und die anderen europäischen Völker nahm. Der Weg zum dauerhaften Frieden führt über die Freundschaft mit den Nachbarländern, der Sowjetunion, Polen und der Tschechoslowakei, und über den friedlichen Aufbau in der Deutschen Demokratischen Republik, die auch den Umsiedlern zu einer guten Heimat werden wird. Walter Ulbricht macht kein Hehl daraus, daß dieser Weg nicht leicht ist.

Es gibt noch viele Fragen der Bevölkerung, die er beantwortet. Bei einer Aussprache im Magdeburger Kristall-Palast erwartet ihn zudem ein ganzer Stoß von Briefen und Anfragen. Darunter gibt es manche Beschwerde. Einige Arbeiterinnen aus einem Magdeburger Schwermaschinenbaubetrieb sind nicht damit einverstanden, daß sie plötzlich eine niedrigere Lebensmittelzuteilung erhalten sollen. Walter Ulbricht ist ganz auf ihrer Seite, denn es gibt eine Anweisung der Regierung, die solche Rückstufungen untersagt. Am nächsten Tag geht er im Rat der Stadt der Sache nach und entdeckt eine ganze Reihe solcher Rückstufungen.

„Man muß sagen“, erklärt er den Staatsfunktionären mit Ernst und Ironie zugleich, „daß in Magdeburg eine talentvolle Methode entwickelt wurde, die Menschen durch unfruchtbare Diskussionen über die Lebensmittelversorgung in ihrer Schaffenskraft zu beeinflussen.“ Er veranlaßt, daß die bürokratischen Maßnahmen rückgängig gemacht werden und die Verantwortlichen in einer öffentlichen Erklärung über ihr falsches Verhalten Rechenschaft ablegen.

So demonstriert er die Demokratie auch in scheinbar kleinen Dingen, die aber, falsch angepackt, dem einzelnen oft den Blick auf das Große, Neue trüben. Er zeigt zugleich, daß die Kandidaten, die im Oktober zur Wahl stehen, wahre Volksvertreter sind.

Am 30. September 1950 stellen die Wähler des Landes Sachsen-Anhalt Walter Ulbricht an die Spitze ihrer Kandidaten für die

Volkskammer. Die Volkswahlen am 15. Oktober werden zu einem überwältigenden Vertrauensbekenntnis für die Kandidaten der Nationalen Front, dem die Werktätigen nicht nur mit dem Stimmzettel, sondern zugleich mit höheren Leistungen und neuen Produktionsverpflichtungen Ausdruck geben.

Bald nach der Wahl spüren die Menschen, daß die Worte auf den Wahlversammlungen keine leeren Versprechungen sind, wie es in den Wahlkämpfen der früheren Gesellschaftsordnung oft der Fall war. Bei einer Wahlkundgebung in Halle hat Walter Ulbricht zugesagt, dafür zu sorgen, daß eine Reihe von Schulen, die bisher für andere Zwecke benutzt wurden, wieder ihrer Bestimmung zugeführt werden. Nun erhalten Lehrer und Eltern, die diese Forderung der Wähler vertreten haben, persönliche Briefe Walter Ulbrichts, in denen ihnen der Stellvertreter des Ministerpräsidenten mitteilt, daß sich ihr Wunsch bald erfüllen wird.

Mit dem Beginn des Fünfjahrplanes am 1. Januar 1951 wird das „Auferstanden aus Ruinen“ aus der von Johannes R. Becher und Hanns Eisler geschaffenen Nationalhymne der jungen Republik immer mehr zur greifbaren Wirklichkeit. Grundsteine werden gelegt, neue Betriebsanlagen eingeweiht, der Bau großer Industriebetriebe, wie des Eisenhüttenkombinates, Ost, begonnen. Am Schaltstand des ersten nach dem Krieg in Deutschland gebauten Großdrehwerkes im VEB Bergmann-Borsig setzt Walter Ulbricht unter dem freudigen Beifall der Werktätigen die neue Anlage in Gang. Zu Ehren des 1. Mai findet in Hennigsdorf der erste Abstich am Siemens-Martin-Ofen statt, den Walter Ulbricht „Ofen des Friedens“ tauft.

In den neu erbauten Eisenwerken West in Calbe ist er dabei, als der erste Niederschachtofen in Betrieb genommen wird. Walter Ulbricht würdigt die Erfindung, für den Schmelzprozeß Braunkohle zu verwenden, als ein Beispiel vorbildlicher Zusammenarbeit von Wissenschaftlern, Ingenieuren und Arbeitern. Es zeugt von ihrer Fähigkeit, Ideen zu entwickeln, wenn es darum geht, aus einer Notlage schneller herauszukommen.

Mit Schwung und Begeisterung folgen alt und jung dem Aufruf der Partei zum Nationalen Aufbauwerk, das von der Hauptstadt Berlin ausgeht und in kurzer Zeit die ganze Republik erfaßt. Walter Ulbricht gehört dem Nationalen Aufbaukomitee an und ist ebenso wie Otto Grotewohl, Friedrich Ebert und viele andere

Persönlichkeiten von Partei und Regierung mitten unter den 45 000 Berlinern, die am 2. Januar 1952 ihre erste freiwillige Aufbauschicht leisten, um die Trümmer beiseite zu räumen. In der folgenden Zeit sieht man Walter Ulbricht oft bei den Bauarbeitern, deren Wettbewerbs- und Neuererbewegung beispielhaft für alle Betriebe der Republik wird.

In tiefem Kontrast zu diesem lebensvollen Vorwärtsschreiten steht die Entwicklung im westdeutschen Staat. Hinter der Fassade der als „Wirtschaftswunder“ gepriesenen Nachkriegskonjunktur wird die Macht der Monopole wieder errichtet, die Remilitarisierung betrieben, die Spaltung Deutschlands weiter vertieft.

Die Deutsche Demokratische Republik wirkt auf vielfältige Weise dieser verderblichen Politik entgegen. Sie schlägt vor, miteinander zu verhandeln, freie, gesamtdeutsche Wahlen durchzuführen, gesamtdeutsche Organe zu bilden. Sie regt an, eine Volksbefragung gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages in beiden deutschen Staaten zu organisieren. Bonn aber lehnt alle diese Vorschläge ab, verbietet die Volksbefragung und unterdrückt die demokratische Volksbewegung.

Nachdem die Volksbefragung in der Deutschen Demokratischen Republik das einmütige Bekenntnis ihrer Bürger für den Frieden und gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands gebracht hat, tritt Mitte Juni 1951 das Zentralkomitee zu einer bedeutungsvollen Tagung zusammen. In seinem Referat über das Wiedererstehen des Imperialismus in Westdeutschland legt Walter Ulbricht die wissenschaftliche marxistisch-leninistische Analyse der Parteiführung über die neue Lage im Bonner Staat und die Strategie und Taktik der Partei dar. Er weist nach, daß die aggressiven Kräfte der USA den westdeutschen Imperialismus zu ihrem Hauptverbündeten in Europa und Westdeutschland zum wichtigsten Aufmarschgebiet des NATO-Kriegsblockes machen wollen. Für die Wiedervereinigung Deutschlands ist die Überwindung des westdeutschen Imperialismus zur unerläßlichen Voraussetzung geworden.

Walter Ulbricht entlarvt die antinationale Politik Adenauers auf einer Pressekonferenz vor über 200 in- und ausländischen Journalisten. Der Plan des westdeutschen Kanzlers, durch einen bisher geheimgehaltenen „Generalvertrag“ mit den USA hinter dem

Rücken der westdeutschen Bevölkerung den Bruch des Potsdamer Abkommens herbeizuführen, wird mit dieser Konferenz durchkreuzt.

Den westdeutschen Imperialismus zu überwinden erfordert die vereinte Kraft der friedliebenden Menschen in beiden deutschen Staaten, hat die Parteiführung erklärt. Es ist ständiges Streben Walter Ulbrichts, diese Kraft zu mobilisieren.

„Es gibt eine friedliche Lösung der deutschen Frage, wir müssen unsere Politik und unseren Kampf nur hartnäckig weiterführen“, erklärt er vor den Erbauern des Eisenhüttenkombinates Ost. An der Spitze einer Delegation des Politbüros ist er zu ihnen gekommen, um an Ort und Stelle Mängel in der Arbeitsorganisation zu untersuchen und überwinden zu helfen. So weist er den Weg, mit der Stärkung der Republik zugleich die Kräfte des Friedens zu stärken.

Daß ihn die Arbeiter dieses gewaltigen Bauvorhabens verstanden haben, zeigt sich zwei Monate später. Als die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in einer Note an die Regierungen der drei Westmächte am 10. März 1952 den Entwurf der Grundlagen eines Friedensvertrages übermittelt, schreiben die Arbeiter des Eisenhüttenkombinates einen Brief an Walter Ulbricht. Sie bekräftigen die Friedensvorschläge der Sowjetunion mit einem Wettbewerb zwischen den Hochöfnern und erklären: „Nach einer breiten Diskussion wollen wir Ihnen, dem Generalsekretär der SED, und damit der ganzen Partei sowie allen Werktätigen der DDR eine Reihe Verpflichtungen unterbreiten, durch deren Erfüllung wir den schnelleren Aufbau des Eisenhüttenkombinates Ost und vor allem die baldige Erreichung eines Friedensvertrages mit Deutschland verwirklichen wollen.“

Während der Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik auf vielfältige Weise mit dem Kampf um die friedliche Lösung der deutschen Frage verflochten ist, gilt es zugleich, die fortschrittlichen Menschen Westdeutschlands in ihrem Ringen zu unterstützen. An sie wendet sich Walter Ulbricht, als er im April 1952 am Karl-Liebknecht-Haus in Berlin zum Geburtstag Ernst Thälmanns eine Gedenktafel enthüllt. Massendemonstrationen und Massenstreiks, wie sie Ernst Thälmann einst organisierte, sind auch jetzt wieder gegen den Generalkriegsvertrag notwendig. „Das einmütige Auftreten der Arbeiterschaft und aller friedliebenden Kräfte wird sich

stärker erweisen als alle papierenen Paragraphen, die Adenauer mit den Vertretern der drei Westmächte ausgearbeitet hat.“

Am 70. Geburtstag Georgi Dimitroffs, des 1949 verstorbenen großen internationalen Arbeiterführers, hebt Walter Ulbricht hervor, daß im Bonner Staat bereits wieder mit dem Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands gedroht und eine wilde anti-kommunistische Hetze betrieben wird. Die Deutsche Demokratische Republik erfüllt das Vermächtnis Georgi Dimitroffs. In Leipzig, an der Stätte seines unvergessenen, konsequenten Kampfes gegen den Faschismus, wird das Dimitroff-Museum eröffnet. „Die Tatsache, daß wir heute hier im früheren Reichsgerichtsgebäude das Dimitroff-Museum einweihen, bestätigt die tiefe Wahrheit, die Dimitroff schon in der schwärzesten Nacht des Faschismus sah, daß der Faschismus durch die Sowjetunion, durch die Kraft des internationalen Proletariats vernichtet werden würde und der Sieg der antifaschistischen Front gewiß sei.“

Der 9. Juli wird ein historischer Tag. Stürmischer Jubel braust durch die Werner-Seelenbinder-Halle in Berlin, als Walter Ulbricht im Auftrag des Zentralkomitees den Delegierten der 2. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vorschlägt, in der Deutschen Demokratischen Republik nun planmäßig den Sozialismus aufzubauen.

Juli 1952

2. Parteikonferenz  
der SED

Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung in der Deutschen Demokratischen Republik ist vollendet. Mit den volkseigenen Betrieben haben sich die Elemente des Sozialismus weiterentwickelt; der erste Fünfjahrplan wird durchgeführt. In der Landwirtschaft steigen die Erträge; fortgeschrittene werktätige Bauern beginnen aus freiem Entschluß, den Boden gemeinsam zu bearbeiten, und machen den Vorschlag, zum Zusammenschluß der Bauernwirtschaften zu landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften überzugehen.

Die Zeit ist reif geworden, die Menschen sind mit ihr gewachsen. Das große Ziel, das Marx und Engels der Arbeiterklasse setzten, das die Große Sozialistische Oktoberrevolution unter der Führung Lenins in einem Lande der Welt Wirklichkeit werden ließ, dem die besten Kämpfer der deutschen Arbeiterklasse Kraft und Leben weihten – jetzt wird es auch auf deutschem Boden zur Tat.



Walter Ulbricht ruft den Genossen ins Bewußtsein, daß der Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik ihren Feinden ein Dorn im Auge sein wird und daß er nicht zuletzt deshalb unter außerordentlich komplizierten Bedingungen erfolgen muß. Doch die Freundschaft mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern wie auch das Bündnis der demokratischen Kräfte unter Führung der Partei der Arbeiterklasse sind die festen Pfeiler für den Bau der neuen Gesellschaftsordnung.

Und die Parteikonferenz, die ihre Beratungen am 12. Juli beendet, beschließt und verkündet: Die politischen und ökonomischen Bedingungen und das Bewußtsein der Arbeiterklasse und der Mehrheit der Werktätigen sind so weit entwickelt, daß der Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe in der Deutschen Demokratischen Republik geworden ist.

Nachdem auch die in der Nationalen Front vereinten Parteien und Massenorganisationen ihre Zustimmung bekundet haben, verleihen Volkskammer und Regierung den Vorschlägen der Partei der Arbeiterklasse Gesetzeskraft. Der Staat der Arbeiter und Bauern, das Hauptinstrument für den Aufbau des Sozialismus, wird auch in seinen Formen den neuen Aufgaben angepaßt. Vierzehn Bezirke, die der ökonomischen Struktur der Republik besser entsprechen als die bisherigen fünf Länder, werden gebildet. Noch enger als bisher verbinden sich Volk und Staat, noch fester und dauerhafter wird die Macht der Arbeiter und Bauern.

Die erste Konferenz der Vorsitzenden der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften tritt im Dezember 1952 in Berlin zusammen. Es sind die Pioniere der sozialistischen Entwicklung auf dem Lande, zielbewußt und unbeirrt von dem Mißtrauen und den Anfeindungen vieler noch tief in den jahrhundertealten privatbäuerlichen Traditionen verwurzelten Dorfbewohner. Sie beraten gemeinsam mit der Delegation der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, die von Walter Ulbricht geleitet wird, wie die größte und schwerste Aufgabe der sozialistischen Umwälzung schrittweise gelöst werden kann. Nach reiflicher Überlegung beschließen die Teilnehmer der Konferenz die Musterstatuten der LPG. So schaffen sie sich mit Hilfe der Arbeiterklasse und des Staates erste rechtliche Normen, Fundamente ihrer künftigen Arbeits- und Lebensbeziehungen. Es ist die Geburtsstunde einer

neuen Bauerntadition, die sich später mit den Bauernkongressen entwickeln und vervollkommen wird.

Nach dem Richtfest am Strausberger Platz in der Hauptstadt Berlin beginnt auch der Wiederaufbau der Großstädte Rostock, Magdeburg, Dresden, Leipzig und Karl-Marx-Stadt. In langen, gründlichen Diskussionen mit den Architekten berät das Politbüro die Baupläne und Entwürfe.

Am 30. Januar 1953 sind an der zerstörten Langen Straße in Rostock Zehntausende froher Menschen versammelt, als Walter Ulbricht den Grundstein für den Neuaufbau des Stadtzentrums legt.

Für ihre Verdienste um Frieden, Demokratie und Sozialismus ehrt die Republik am 8. Mai 1953, dem Tag der Befreiung, Otto Grotewohl und Walter Ulbricht mit der höchsten Auszeichnung, dem Karl-Marx-Orden, der am 5. Mai, dem 135. Geburtstag von Karl Marx, gestiftet worden ist. Zum 60. Geburtstag Walter Ulbrichts verleiht ihm Präsident Wilhelm Pieck den Ehrentitel „Held der Arbeit“.

Mai/Juni 1953  
*Verleihung  
des Karl-Marx-  
Ordens und des  
Ehrentitels  
„Held der Arbeit“*

Doch zwischen diesen beiden Tagen liegt eine Zeit harter Bewährung für die Republik.

Walter Ulbrichts Voraussage, der Aufbau des Sozialismus werde den Feinden der jungen Republik ein Dorn im Auge sein, ist eingetroffen. Sie tun alles, um diesen Dorn wieder loszuwerden. Mit der Unterzeichnung des Generalvertrages in Bonn\* und des EVG-Vertrages\* in Paris durch Adenauer ist die Einbeziehung Westdeutschlands in das aggressive NATO-Bündnis besiegelt worden. Die Gefahr eines Krieges in Mitteleuropa hat sich verschärft. Als erstes Ziel ihrer Raubpläne betrachten die westdeutschen Imperialisten die Deutsche Demokratische Republik. Vertreter der aggressivsten monopolistischen Kreise, aber auch Angehörige der rechten sozialdemokratischen Führung und des Deutschen Ge-

\* Der Generalvertrag oder Deutschlandvertrag und der Vertrag über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft wurden am 26./27. Mai 1952 unterzeichnet.

Hauptzweck dieser Verträge ist die Remilitarisierung Westdeutschlands und die Einbeziehung des westdeutschen Imperialismus und Militarismus in die strategischen Planungen der NATO.

werkschaftsbundes haben sich im sogenannten Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung zusammengetan. Doch unter dieser Wiedervereinigung verstehen sie nichts anderes als den „Tag X“, an dem, wie sie offen ankündigen, die Deutsche Demokratische Republik gewaltsam dem westdeutschen Staat einverleibt werden soll.

Sie haben es zunächst mit Hetze, Spionage und Sabotage versucht, auch Mordanschläge nicht gescheut und mit dem Ausbau Westberlins zur Frontstadt des kalten Krieges und den Währungsmanipulationen Verwirrung in die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik getragen. Dabei hat ihnen das sozialdemokratische „Ostbüro“ stets wertvolle Schützenhilfe geleistet. Jetzt aber gehen sie noch weiter: Sie wollen die Arbeiter-und-Bauern-Macht stürzen.

Die Kompliziertheit des Überganges vom Kapitalismus zum Sozialismus, die Beseitigung der Kriegsfolgen und die westliche Wühlätigkeit bringen die Deutsche Demokratische Republik Mitte 1953 zeitweilig in eine schwierige Situation. Um ihr zu begegnen, beschließt das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands eine Reihe von Maßnahmen. Das Entwicklungstempo bestimmter Teile der Schwerindustrie und des Schwermaschinenbaus wird verlangsamt, um die materielle Lage der Bevölkerung schneller verbessern zu können. Gewisse Überspitzungen beim sozialistischen Aufbau werden korrigiert.

Die kritische Situation in der Deutschen Demokratischen Republik kommt den Plänen der Feinde des Volkes entgegen. Um sie zu nutzen und die Erfolge der vom Zentralkomitee festgelegten Maßnahmen zu verhindern, inszenieren sie beschleunigt von Westberlin aus einen faschistischen Putsch gegen die Arbeiter-und-Bauern-Macht.

Walter Ulbricht charakterisiert später in seinem Aufsatz „Des deutschen Volkes Weg und Ziel“ diesen verbrecherischen Anschlag auf den Frieden mit den Worten: „Das Ziel des faschistischen Putsches vom 17. Juni 1953 bestand darin, die revolutionären Errungenschaften der Werktätigen der DDR zu vernichten, ein konterrevolutionäres Regime zu errichten, die ehemaligen Konzernbetriebe wieder den Monopolherren, den Boden der werktätigen Bauern den Junkern zurückzugeben und im Herzen Europas einen neuen Kriegsherd zu schaffen. Die faschistischen Elemente erlitten

ein schmähhches Fiasko, weil die überwiegende Mehrheit der Arbeiterklasse und der Werktätigen fest zur Arbeiter-und-Bauern-Macht stand und die auf dem Territorium unserer Republik stationierten sowjetischen Truppen die Werktätigen bei der Niederschlagung des faschistischen Putsches unterstützten.“

Der Putsch wird zu einem Mißerfolg für seine Organisatoren. Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands bewährt sich in seiner festen Einheit. Die Schlagkraft der Partei wahren vor allem die Genossen Wilhem Pieck, Walter Ulbricht, Otto Grotewohl, Heinrich Rau, Hermann Matern, Friedrich Ebert, Erich Honecker, Erich Mückenberger und viele andere.

Besonders standhaft kämpfen, geführt von ihren Parteiorganisationen, die Arbeiter in vielen Großbetrieben. Die Hochöfner des Eisenhüttenkombinates Ost, des Eisenwerkes West in Calbe, die Kumpel aus der Steinkohle, der Braunkohle und dem Erzbergbau, aus der Großkokerei Lauchhammer, dem Stahl- und Walzwerk Brandenburg und viele andere in der ganzen Republik weisen die Provokateure entschieden zurück. Ein Ergebnis der Ereignisse am 17. Juni sind die bewaffneten Kampfgruppen der Arbeiterklasse.

Doch nicht nur sie, alle Schichten der Bevölkerung scharen sich fester um die Arbeiter-und-Bauern-Macht. Der Dichter Bertolt Brecht bekundet in einem Brief an Walter Ulbricht: „Es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen in diesem Augenblick meine Verbundenheit mit der SED auszudrücken. Ihr Bertolt Brecht.“ Der Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Union und Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Dr. h. c. Otto Nuschke, der an der Grenze zum amerikanischen Sektor Berlins von Westberliner Provokateuren überfallen und verschleppt wird, bekennt sich in Westberlin, mitten im Lager der Feinde, aufrecht zur Deutschen Demokratischen Republik und brandmarkt die Verbrechen der Putschisten. Man droht und lockt, doch der christliche Politiker läßt sich in seiner patriotischen Haltung nicht beirren. So müssen ihn die westlichen Machthaber nach zweitägiger widerrechtlicher Haft freilassen.

Die führenden Funktionäre der Partei, an ihrer Spitze Walter Ulbricht und Otto Grotewohl, gehen zu den Arbeitern in die Betriebe. Sie führen den Werktätigen die von Westdeutschland ausgehende faschistische Gefahr vor Augen und erläutern die Friedenspolitik von Partei und Regierung.

Wie schon so oft besucht Walter Ulbricht auch in diesen Tagen und Wochen wiederholt die Leuna-Werke. Seit Jahren ist er den Leuna-Arbeitern als guter Genosse und Freund bekannt. Es ist kein Zufall, daß sich Walter Ulbricht intensiv mit diesem Betrieb befaßt; im Gegenteil. Es beschäftigt ihn sehr, wie dieser größte Industriebetrieb der Deutschen Demokratischen Republik den Weg vom Werk des aggressiven IG Farben-Konzerns zum sozialistischen Großbetrieb findet. Seine Mitarbeiter sind oft tagelang im Betrieb, um der Parteileitung und den fortschrittlichen Kräften in der Werkleitung zu helfen, die komplizierten politischen und ökonomischen Aufgaben zu lösen.

Es ist für die aus der Arbeiterklasse heranwachsenden Wirtschaftsfunktionäre von großem Nutzen, daß die Leuna-Werke einige Jahre lang SAG-Betrieb sind und von erfahrenen sowjetischen Direktoren geleitet werden. Denn es gibt noch immer einige Herren im Betrieb, die sich als Angehörige des IG Farben-Konzerns betrachten und dessen Interessen durchzusetzen bestrebt sind. Teils im Verborgenen, teils offen suchen sie bei der Intelligenz, besonders bei der jungen Intelligenz, aber auch bei den Arbeitern Pessimismus und Unglauben an die Perspektive der Deutschen Demokratischen Republik zu verbreiten. Sie treffen meist gut getarnte Leitungsentscheidungen, die sich zum Schaden der Volkswirtschaft auswirken; sie führen Fehldispositionen herbei, die Unordnung im Betrieb nach sich ziehen und die Beziehungen zu anderen Gliedern der Volkswirtschaft stören.

Die Existenz der sowjetischen Generaldirektoren und die Patenschaft Walter Ulbrichts für diesen Betrieb hindern sie daran, die Aufträge des IG Farben-Konzerns mit aller Konsequenz durchzuführen. Beim faschistischen Putsch haben sich einige, die glauben, der „Tag X“ sei nun gekommen, ganz ohne Maske gezeigt. Das macht es den Genossen und den fortgeschrittenen Arbeitern leichter, sie aus den erschlichenen Funktionen in der Leitung und Verwaltung des Betriebes hinauszubefördern. Auch der bisherige Bürgermeister von Leuna, der auf allen möglichen Wegen feindliche Elemente in die Stadtverwaltung und in die Verwaltung der Leuna-Werke einschleuste, wird nach dem 17. Juni als Agent des Ostbüros gestellt.

So geht auch hier die Schlacht erfolgreich aus, bestätigt wird das nach 1945 geprägte Arbeiterwort: „Leuna wird immer eine Fe-

stung der deutschen Arbeiterklasse sein. Nie wieder werden die Schornsteine unseres Werkes für die Konzernherren rauchen.“ Wieder sind einige Steine aus dem Weg geräumt, die das erfolgreiche Vorwärtsschreiten der Leuna-Werker behinderten.

Die Generallinie der Partei war und ist richtig, stellt das Zentralkomitee auf seiner 15. Tagung im Juli 1953 fest. Im Referat Walter Ulbrichts wird der Gesamtplan der Parteiführung für die weitere ökonomische und politische Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik entwickelt. Noch vorhandene Schwächen werden offen beim Namen genannt. Unter Walter Ulbrichts Leitung zerschlägt das Zentralkomitee eine Fraktion von Kapitulanten in der Parteiführung und festigt die Einheit und Geschlossenheit der Partei.

Bei der Wahl des Politbüros und der Sekretäre des Zentralkomitees wird Walter Ulbricht einstimmig die Funktion des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees übertragen.

Auf dieser und den folgenden Tagungen des Zentralkomitees bewährt sich die Fähigkeit Walter Ulbrichts und der Parteiführung, aus feindlichen Angriffen Lehren auf lange Sicht zu ziehen. Mit dem Aufschwung, den das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben in der zweiten Hälfte des Jahres 1953 nimmt, wird den Auftraggebern der faschistischen Provokateure eine doppelte Niederlage bereitet.

Brüderliche Hilfe beim sozialistischen Aufbau erhält die Republik durch die Sowjetunion und die volksdemokratischen Länder. Über die Verhandlungen zwischen einer Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken Mitte August 1953 berichten Otto Grotewohl und Walter Ulbricht bei einer Kundgebung auf dem Berliner Marx-Engels-Platz. Die Moskauer Vereinbarungen umfassen Werte von über 13 Milliarden Mark zur wirtschaftlichen Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik. Sie helfen dem deutschen Volk in seinem Kampf um den Frieden. Die freundschaftliche Unterstützung zeigt, daß an der Kraft der Völker des sozialistischen Lagers alle Provokationen der Imperialisten scheitern werden.

Frohsinn und buntes Leben herrschen an einem Sonntag Anfang

Juli 1953

*Erster Sekretär  
des ZK*

September auf dem Rüdersdorfer Arbeiter- und Bauernfest. Herzlich wird Walter Ulbricht begrüßt, der nach freundschaftlichen Gesprächen mit Arbeitern und Wirtschaftsfunktionären der Kalk- und Zementwerke und mit Genossenschaftsbauern der LPG „Clara Zetkin“ an dem bunten Umzug teilnimmt.

Die Industrie und die Landwirtschaft zeigen auf geschmückten Wagen ihre Erzeugnisse, Junge Pioniere singen ihre schönsten Lieder. Walter Ulbricht ruft den Festteilnehmern zu, daß dieser schöne Tag das Werk ihrer eigenen Hände, ihrer friedlichen Arbeit ist.

Die Erkenntnis, daß vom Werk der eigenen Hände das bessere Leben abhängt, festigt sich in großen Teilen der Arbeiterklasse. Aus ihrer Mitte kommt eine neue Initiative zu höheren Leistungen. Die Weberin Frida Hockauf prägt das anspornende Wort: „So wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben!“ Ihr Ruf wird aufgenommen von den Arbeitern und Arbeiterinnen des Kunstfaserwerkes „Wilhelm Pieck“ in Schwarza. Sie fordern die Werktätigen der ganzen Republik zum Wettbewerb auf und schlagen vor, das Jahr 1954 zum „Jahr der großen Initiative“ zu gestalten.

„Diese große Idee fand Widerhall in vielen, vielen Betrieben der Deutschen Demokratischen Republik“, stellt Walter Ulbricht in seiner Rundfunkansprache zum Beginn des neuen Jahres mit Freude fest. „Wenn die Arbeiter in den Betrieben zur großen Initiative aufgerufen haben, damit im Interesse der Verbesserung der Lebenshaltung der Werktätigen mehr, besser und billiger produziert wird, so wissen wir: Alle Aufbauertfolge müssen gesichert werden durch einen lang andauernden Frieden! Deshalb steht im Jahr der großen Initiative der gemeinsame Kampf aller friedliebenden Menschen in ganz Deutschland für die Erhaltung des Friedens und gegen das Wiedererstehen des Militarismus in Westdeutschland im Vordergrund.“

Unter diesem Leitgedanken steht die gesamte Tätigkeit der Partei, der Regierung, der Nationalen Front und der ganzen Bevölkerung. Schöpferisch und undogmatisch wird der Marxismus-Leninismus auf die komplizierten Bedingungen des sozialistischen Aufbaus bei offenen Grenzen angewandt. Der Kampf der beiden Gesellschaftssysteme, die sich auf deutschem Boden unmittelbar gegenüberstehen, die Einflüsse des Gegners stellen hohe Anforderungen an die Prinzipienfestigkeit und Elastizität der Partei.

Der IV. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der vom 30. März bis 6. April 1954 in Berlin stattfindet, gibt mit dem Beschluß „Der Weg zur Lösung der Lebensfragen der deutschen Nation“ allen patriotischen Kräften ein klares Programm.

Herzlich begrüßen die Teilnehmer des Parteitages die vom Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Anastas Mikojan, geleitete Delegation der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und die Delegationen vieler anderer Bruderparteien.

Der Erste Sekretär des Zentralkomitees lenkt den Blick auf die große Perspektive: „Das arbeitende Volk wird ein Deutschland aufbauen, in dem das Volk bestimmt, ein Deutschland, das demokratisch ist, weil es die Vorherrschaft der kapitalistischen Monopole brechen wird; ein Deutschland, das frei und stark sein wird, weil es friedliebend und unabhängig ist, weil es in fester Freundschaft mit der Sowjetunion und mit den Ländern des Weltfriedenslagers verbunden ist.“

Die neuen Produktionsverhältnisse zu festigen und zu entwickeln, fordert er auf dem Parteitag nicht nur von allen Partei-, Staats- und Wirtschaftsfunktionären. Er selbst ist in der folgenden Zeit überall dort zu finden, wo das Neue wächst. Er besucht die Betriebe, in denen sich die Bewegung der Neuerer und Rationalisatoren entwickelt, begrüßt zum Internationalen Frauentag alle Frauen und Mädchen als große Kraft im Friedenskampf, spricht auf dem Deutschen Jugendkongreß vor 5000 Jugendlichen aus ganz Deutschland, erläutert Wissenschaftlern die Beschlüsse des Parteitages und berät mit werktätigen Bauern über den Weg des genossenschaftlichen Zusammenschlusses.

Zum 5. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik wird Walter Ulbricht mit dem „Vaterländischen Verdienstorden“ in Gold ausgezeichnet.

Die Volkswahlen des Jahres 1954 sind von der großen Initiative aller Bürger der Deutschen Demokratischen Republik gekennzeichnet. 99,46 Prozent der Wähler stimmen für die Kandidatenliste und das Programm der Nationalen Front. Dieses geschlossene Bekenntnis aller Bevölkerungsschichten zum Frieden und zum sozialistischen Aufbau ist ein Ergebnis der Politik der Nationalen Front

7. Oktober  
1954

*Verleihung  
des  
Vaterländischen  
Verdienstordens  
in Gold*



des demokratischen Deutschland, die Menschen verschiedenster Herkunft und Anschauung zur Mitarbeit gewinnt.

Kurz vor der Wahl hat Walter Ulbricht in Leipzig eine Aussprache mit alten Berufskollegen. Es sind Tischlermeister, aber schon ganz andere als jene, bei denen er vor fast fünfzig Jahren in die Lehre ging. Ihre Lehrlinge haben im Zeichen des Jugendgesetzes längst nicht mehr unter doppelter Ausbeutung, zu langer Arbeitszeit oder gar Prügelein zu leiden. Und auch die Handwerker bekennen, wie es ein Tischlerobermeister ausspricht: „Früher kannten wir keine Regierung, die das Handwerk so großzügig förderte und unseren Sorgen und Wünschen ein solch offenes Ohr schenkte, wie das heute unsere Regierung tut.“

Ein anderer Tischlermeister berichtet von Gesprächen mit westdeutschen Handwerkern während der Leipziger Messe: „Sie schilderten uns, daß es an Aufträgen mangelt und daß sie viel mehr Steuern zahlen müssen als wir. Es ist erschütternd, daß mancher von ihnen schon seine Maschinen verpfändet hat. Wir Handwerker der Deutschen Demokratischen Republik bedanken uns für eine solche ‚Perspektive‘, wir werden unsere Stimme den Kandidaten der Nationalen Front geben, die dem Handwerk wirklich zu neuer Blüte verhelfen.“

Nicht nur um die Stimme allein geht es, entgegnet Walter Ulbricht, sondern auch darum, daß die Handwerker selbst in den Organen der Staatsmacht mitregieren.

1954, das „Jahr der großen Initiative“, neigt sich seinem Ende zu, als das Zentralkomitee der Partei vom 12. bis 14. November zu seiner 21. Tagung zusammentritt. Schon ist sichtbar, daß die großen Anstrengungen der Werktätigen es vermocht haben, die zeitweilig eingetretenen Schwierigkeiten des sozialistischen Aufbaus bedeutend zu vermindern und die Lebenslage der Bevölkerung fühlbar zu verbessern. Gerade deshalb widmet das Zentralkomitee auf der 21. Tagung dem Voranschreiten des wirtschaftlichen Lebens seine besondere Aufmerksamkeit. Walter Ulbrichts Ausführungen zu diesem Themenkreis sind richtungweisend. Mit allem Nachdruck betont er, daß es darauf ankommt, die objektiven ökonomischen Gesetze des Sozialismus sachverständiger auszunutzen.

Als sich Walter Ulbricht auf diese wichtige Rede vorbereitet, führt er mehrere Aussprachen mit sowjetischen Experten und Fachberatern. Besonders seine Gespräche mit dem Genossen Zapkin,

einem Fachmann für Finanzwesen und wirtschaftliche Rechnungsführung, tragen dazu bei, die Konzeption seines Referates herauszuarbeiten.

Walter Ulbricht orientiert darauf, in der Produktion die höchstmöglichen Resultate mit den geringsten Aufwendungen zu erreichen. Diese Methode wird als Sparsamkeitsregime bezeichnet. Der zentrale Punkt kommt in der Forderung zum Ausdruck, die Rentabilität der Betriebe zu erhöhen und die wirtschaftliche Rechnungsführung in den Betrieben durchzusetzen. In diesem Zusammenhang wird die Notwendigkeit begründet, die wirtschaftlich-operative Selbständigkeit der Betriebe herzustellen, um ihnen, ihren Belegschaften und dem leitenden Personal bei der Erfüllung der Planaufgaben weitgehende Initiative zu ermöglichen.

Seiner Bedeutung entsprechend wird auch das Problem der materiellen Interessiertheit der Belegschaft behandelt. „Die wirtschaftliche Rechnungsführung verlangt“, erklärt Walter Ulbricht, „daß die Werktätigen . . . an der Erfüllung des Gewinnplans (des Planes des Reineinkommens) materiell interessiert werden.“

Mehr als ein Jahrzehnt nach dieser Tagung versteigen sich westdeutsche Kritiker des neuen ökonomischen Systems zu der Behauptung, die Rolle des Gewinnes zu betonen, bedeute einen Bruch und eine Verleugnung der bisherigen Wirtschaftspolitik der SED. Ein Blick in die Dokumente des Jahres 1954 genügt, um zu erkennen, wie abwegig diese Behauptung ist.

Auch auf das ökonomische Gesetz der Verteilung nach der Leistung und seine richtige Anwendung geht Walter Ulbricht in seinem Referat ausführlich ein.

So vermittelt die 21. Tagung des Zentralkomitees den Parteifunktionären und Wirtschaftskadern von einem soliden wissenschaftlichen Fundament aus die Hauptthesen der politischen Ökonomie des Sozialismus, die dem erreichten Entwicklungsstand entsprechen.

In allen diesen Fragen besteht völlige Übereinstimmung mit den sowjetischen Freunden. Daß die Durchführung dieser ökonomischen Politik in den folgenden Jahren auf große Schwierigkeiten stößt, hat seine Hauptursache in der offenen Grenze, der von Westen her organisierten Produktions sabotage und Schiebertätigkeit.

Februar 1955 Ein Sonnabend im Februar 1955 bringt unerwartete Aufregung und Freude in den Fortschrittschacht des Mansfelder Kupferbergbaus. Walter Ulbricht ist gekommen. Nach einer kurzen Beratung in der Werkleitung schlägt er seinen Gesprächspartnern vor, selbst in den Schacht zu fahren und mit den Kumpeln zu sprechen.

*Besuch im  
Mansfelder  
Revier*

Über diese Begegnung, 800 Meter unter der Erde, berichtet Otto Gotsche: „Aus den Förderstrecken schieben Kettenbahnen Lasten heraus. Ein alter Fördermann nimmt seine Lampe vom Fahrhut und leuchtet den Mann im blauen Arbeitsanzug an. Walter Ulbricht. – Er streckt ihm die Hand entgegen. ‚Glück auf, Genosse Ulbricht!‘ Vor Aufregung findet er keine weiteren Worte.

Genosse Walter Ulbricht erkundigt sich nach den Arbeitsbedingungen, nach der Förderleistung, fragt nach den Löhnen. Aus den Strecken kommen sie staubgeschwärzt heran, umstehen ihn, stellen Fragen und drücken ihm die Hand.

Geduckt, auf Händen und Knien schlitternd, kriecht Walter Ulbricht vor den Streb, Brigadier Josef Klein hält erstaunt seine Leuchte hoch und drosselt den Preßlufthammer ab. Den Mann, der dort auf ihn zukommt, den kennt er! Sie begrüßen sich mit Handschlag. ‚Walter Ulbricht, das ist eine Überraschung!‘

Wieder stellt Genosse Ulbricht Fragen. ‚Wie ist die Versorgungslage?‘

Polternd, man merkt ihm auch ein klein wenig Aufregung an, sagt Josef Klein: ‚Ja, weißt du, Kamerad Ulbricht, Fett kriegen wir nicht genug. Wir brauchen Mumm in den Knochen bei dieser Arbeit. Aber warum schafft der Konsum nicht genug Fett heran?‘

Walter Ulbricht liebt offene Worte, und ebenso offen und klar ist seine Antwort:

‚Ja, wißt ihr, Kameraden, das hängt alles von uns, von unserer Arbeit ab. Eure Brigade hat ihren Plan im Januar, wie mir der Genosse Werkleiter sagte, mit 124,29 Prozent erfüllt. Das ist eine sehr gute Leistung. Aber leider haben manche Bauern ihren Plan nicht erfüllt, und nun fehlt uns das Fett für die Bergarbeiter. Das hängt alles sehr eng zusammen. Die Industriearbeiter müssen mithelfen, daß der Plan in der Landwirtschaft ebenfalls erfüllt wird.‘

Die Zusammenhänge werden klar. Angeregt geht die Unterhaltung weiter. Jawohl, sagen die Bergarbeiter, es ist besser geworden bei uns.

„Jetzt erst wieder, seit dem 8. Februar 1955, haben wir eine große neue Verbesserung. Jeder Strebarbeiter erhält täglich einen halben Liter Milch.“

Josef Klein kann sich nicht enthalten zu sagen:

„Brauchen wir auch, hier gibt's Staublunge, da ist Milch gut.“

Die Bergarbeiter wissen jedoch nicht, wer diese Milch bezahlt. Werkleiter Genosse Leithold kann nur sagen, die Milch wird aus Arbeitsschuttmitteln kostenlos vom Betrieb geliefert.

„Warum also“, fragt Genosse Ulbricht den Parteisekretär, Genossen Jonack, „habt ihr die Belegschaft nicht informiert?“ Er bemängelt die ungenügende Aufklärungsarbeit und macht Vorschläge für eine bessere politische Arbeit im Schacht.

Die Arbeiter der Mittagschicht drängen sich um Walter Ulbricht, Hunderte begrüßen ihn in der Kae begeistert mit Händeklatschen. Der Steiger Licha, Brigadier Dienemann, Schlosser Ebensing und die Kläuberin Friedrich überbringen ihm Wettbewerbsverpflichtungen der Belegschaft. Die wenigen Stunden seiner Anwesenheit auf dem Schacht haben die ganze Belegschaft in Bewegung gebracht.“

Am Sonntag, dem 13. Februar 1955, jährt sich zum zweiundzwanzigsten Male der Blutsonntag von Eisleben. Walter Ulbricht spricht vor 20'000 Menschen auf dem Marktplatz der Stadt.

„Das friedliche Leben des deutschen Volkes kann man sichern, wenn sich das deutsche Volk selbst einig darüber ist und wenn es dafür sorgt, daß die Vorschläge der Sowjetunion zur Schaffung eines Vertrages aller europäischen Staaten über kollektive Sicherheit in die Tat umgesetzt werden“, schließt er seine Rede.

Zu Ehren dieses Tages verpflichten sich Hunderte Mansfelder Bergarbeiter zu Hochleistungsschichten, übernehmen ganze Brigaden ihre Maschinen in persönliche Pflege.

So formt die Partei auf allen Gebieten den neuen Menschen, den Baumeister des Sozialismus und des friedlichen Deutschlands.

Zur gleichen Zeit wird der Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus beharrlich fortgesetzt. In Leipzig treffen sich am 10. September 1954 1000 Gewerkschafter und Arbeiter aus der westdeutschen Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik zur Ersten Deutschen Arbeiterkonferenz, die von jetzt ab zur Tradition und zu einer neuen Form des Kampfes um die Aktionseinheit wird.

Walter Ulbricht und der Vorsitzende des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, Herbert Warnke, sprechen auf dieser Konferenz. Sie führen den westdeutschen Gästen das Beispiel des französischen Volkes vor Augen, das in gemeinsamer Aktion den Kriegspolitikern und ihrer „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ eine Niederlage bereitet hat.\*

Die Aktionseinheit steht auch im Mittelpunkt der Aussprache, die Walter Ulbricht Anfang Oktober in Leipzig mit 106 sozialdemokratischen Funktionären aus Westdeutschland führt. In einer einstimmig angenommenen Resolution fordern sie Zusammenarbeit der deutschen Arbeiterklasse im Kampf gegen den westdeutschen Militarismus.

Eine Bestätigung der einzig richtigen und wahrhaft im nationalen Interesse betriebenen Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik, die zu einem festen Bestandteil des sozialistischen Lagers geworden ist, wird die Moskauer Konferenz europäischer Staaten zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit im Dezember 1954. Die Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik wird nach ihrer Rückkehr vom Präsidenten Wilhelm Pieck empfangen. Otto Grotewohl, Walter Ulbricht und der Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Lothar Bolz, berichten über die Beratungen und die Moskauer Deklaration über die Sicherheit Europas, in der zur Lösung der deutschen Frage der Verzicht auf Remilitarisierung Westdeutschlands und der Abschluß eines Friedensvertrages gefordert werden.

Entgegen dem Vorschlag der Sowjetunion, der Deutschen Demokratischen Republik und der Konferenz europäischer Staaten über einen Friedensvertrag, der das Ziel hat, die deutsche Frage friedlich zu lösen und die Einheit Deutschlands im Sinne des Potsdamer Abkommens herbeizuführen, setzt Adenauer die Eingliederung Westdeutschlands in das politische System der imperialistischen Westmächte durch.

War die Bildung des westdeutschen Separatstaates der erste, so ist der zweite Staatsstreich Adenauers die Unterzeichnung der Pariser Verträge und der Anschluß Westdeutschlands an die NATO im Oktober 1954. Die reaktionäre Mehrheit im Bonner Bundestag

\* Am 30. August 1954 lehnte die Nationalversammlung der Republik Frankreich unter dem Druck des französischen Volkes den Generalvertrag und den Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft ab.

ratifiziert später diese Verträge, legalisiert damit die Remilitarisierung Westdeutschlands und vertieft die Spaltung. In den Pariser Verträgen ist ausdrücklich festgelegt, daß eine Wiedervereinigung Deutschlands nur im Rahmen der NATO möglich sei.

Mehrere Jahre hat der Kampf der westdeutschen Patrioten, tatkräftig unterstützt durch die Deutsche Demokratische Republik, die Bildung einer neuen Aggressionsarmee im westdeutschen Staat hinauszuzögern vermocht. Jetzt aber fühlen sich die deutschen Imperialisten stark genug, sich gegen den Willen der Nation dem imperialistischen Kriegspakt anzuschließen. Ihr verbrecherischer Plan ist es, die deutsche Frage auf ihre althergebrachte Weise, durch den Militarismus, zu lösen. Das bedeutet Gefahr nicht nur für das deutsche Volk, sondern zugleich für Europa und für den Weltfrieden.

Um dieser Gefahr entgegenzuwirken, tritt am 11. Mai 1955 in Warschau eine Konferenz von Vertretern der Sowjetunion und der europäischen volksdemokratischen Staaten zusammen und unterzeichnet am 14. Mai einen Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand. Die Deutsche Demokratische Republik wird gleichberechtigtes Mitglied des Warschauer Verteidigungsbündnisses. So wird mit dem Warschauer Vertrag ein Schutzwall gegen den westdeutschen Revanchismus und Militarismus geschaffen.

Die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik auf der Warschauer Konferenz, die von Otto Grotewohl geleitet wurde und der auch Walter Ulbricht und Dr. h. c. Nuschke angehörten, erstattet dem Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, der Volkskammer und der gesamten Bevölkerung Bericht über die Warschauer Verhandlungen.

„Wenn die deutsche Bevölkerung den Warschauer Vertrag gründlich studiert und danach die Erklärung Adenauers im Bonner Parlament liest, so wird sie erschüttert sein von der Tatsache, daß die Bonner Regierung und die gegenwärtige Mehrheit des Bonner Parlaments jedes nationalen Empfindens bar sind“, sagt Walter Ulbricht auf der ZK-Tagung am 1. Juni 1955. Er berichtet, daß der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik auf eigenen Vorschlag im Warschauer Vertrag das Recht zugesichert wird, selbständig Verhandlungen über die Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands zu führen. Das Bonner Parlament hin-

gegen hat das Recht, über die nationalen Fragen zu verhandeln, den Westmächten überantwortet, und Adenauer scheute sich nicht, offen zuzugeben, daß die strategischen Interessen der USA in Westdeutschland Vorrang besitzen. Damit hat Bonn das Recht der deutschen Nation auf Wiedervereinigung für die Wiederaufrüstung des deutschen Militarismus preisgegeben und die Spaltung Deutschlands für lange Zeit zementiert.

Die allseitige Unterstützung, die dem deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat beim Aufbau des Sozialismus und im Ringen um die friedliche Lösung der Lebensfragen des deutschen Volkes durch die Sowjetunion zuteil wird, vertieft die Freundschaft zwischen der Bevölkerung der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik.

Am 20. September 1955 unterzeichnet eine von Otto Grotewohl und Walter Ulbricht geführte Regierungsdelegation in Moskau den Staatsvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Dieser Vertrag gibt dem deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat die Souveränität und bedeutet eine internationale Anerkennung der revolutionären Umwälzung in der Deutschen Demokratischen Republik.

November 1955  
Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates

Das Präsidium des Ministerrates, das am 24. November 1955 Maßnahmen zur weiteren Verbesserung des Staatsapparates und eine neue Arbeitsordnung des Ministerrates beschließt, beruft zugleich Walter Ulbricht zum Ersten Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates. Bruno Leuschner, der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, wird Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates.

Schon bahnt sich an, was einige Jahre später deutlich sichtbar wird und „das wahre deutsche Wunder“ heißen soll. Das Wilhelm-Pieck-Aufgebot für die vorfristige Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1955 zum 80. Geburtstag des Präsidenten vereint am Ende des Jahres 1,7 Millionen Menschen in dem bisher größten sozialistischen Wettbewerb. Immer mehr rückt der wissenschaftlich-technische Fortschritt in den Mittelpunkt. Die Deutsche Demokratische Republik festigt sich ökonomisch, und der Aufbau des Sozialismus geht voran. Das Land an der westlichsten Grenze des sozialisti-

schen Lagers ist ein fester und zuverlässiger Bestandteil dieses Lagers geworden. Und auf dem ganzen Erdball ändert sich das Kräfteverhältnis zugunsten des sozialistischen Weltsystems.

Wer hätte das gedacht, damals, vor nun beinahe vierzig Jahren, als die Novemberrevolution in Deutschland verraten und niedergeschlagen, die besten Führer der Arbeiterklasse ermordet wurden? Doch, die Genossen haben es damals schon gewußt. „Aber unser Schiff zieht seinen geraden Kurs fest und stolz dahin bis zum Ziel“, so schrieb Karl Liebknecht einen Tag vor seinem Tode.

Und heute, am 15. Januar 1956, zieht eine gewaltige Demonstration zur Gedenkstätte der Sozialisten, an den Gräbern Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs vorüber. Viele sind dabei, die schon Seite an Seite mit ihnen gekämpft haben. Ihr Haar ist weiß geworden, aber die Augen und die Herzen sind jung geblieben.

Nach der Demonstration kommen 150 bewährte Parteiveteranen in der Parteihochschule als Gäste des Zentralkomitees zusammen. Hermann Duncker ist dabei und Rosa Thälmann, Fritz Globig und Sepp Miller, Willy Langrock, der treue Kampfgefährte Walter Ulbrichts aus der Leipziger Spartakusgruppe, und viele andere. Zwischen ihnen sitzen Walter Ulbricht, Otto Grotewohl, Heinrich Rau, Hermann Matern, Friedrich Ebert und andere Mitglieder der Parteiführung.

Lebhaft sind die Gespräche. Das „Weißt du noch?“ kehrt immer wieder. Freude liegt auf allen Gesichtern. Mancher ist unter ihnen, der vielleicht hin und wieder gedacht hat, jetzt, da die Jugend an der Reihe ist, wäre er vergessen. Aber die Partei vergißt niemand. Sie ehrt in den 150 Männern und Frauen alle alten Genossen und Genossinnen, und ihnen allen ruft Walter Ulbricht zu, daß die Partei sie braucht. Der Hauptfeind, gegen den sie ihr ganzes Leben lang gekämpft haben, der deutsche Imperialismus und Militarismus, herrscht noch immer in Westdeutschland. Gerade eure hervorragenden Kampferfahrungen sind unentbehrlich, um die Arbeiterklasse, vor allem die Jugend, politisch zu erziehen und zu stählen, erklärt der Erste Sekretär des Zentralkomitees. Und im Namen der Parteiveteranen gelobt Professor Dr. Hermann Duncker, daß sie all ihr im Klassenkampf erworbenes theoretisches und praktisches Wissen der Jugend weitergeben werden.

Wiederum steigen Erinnerungen herauf, als auf dem IV. Deut-



schen Schriftstellerkongreß, mit herzlichem Beifall begrüßt, Walter Ulbricht erscheint.

„Die älteren antifaschistischen Schriftsteller wissen heute noch, was ihnen Walter Ulbricht vor Jahrzehnten im Kampf gegen den Militarismus war“, sagt der Tagungsleiter Alexander Abusch aus eigener Erfahrung. „Er ist ihnen auch heute bei ihren Bemühungen um eine neue sozialistische Nationalkultur ein guter Berater und Freund.“

Das zeigt sich in der Diskussion, an der Walter Ulbricht teilnimmt. Er weist nach, daß die Deutsche Demokratische Republik die Hauptbasis der neuen deutschen Nationalkultur ist und daß nur sie es sein kann, denn hier allein werden die Ideen der großen deutschen Humanisten gewahrt, hier wächst die neue, höhere Gesellschaftsordnung.

„Der Kampf um die Lösung der großen Aufgaben des sozialistischen Aufbaus, die Meisterung der Ökonomik des sozialistischen Großbetriebes, die Meisterung der modernen Wissenschaft, Technik und Ökonomik im Großbetrieb der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft bedeuten eine tiefe Umwandlung im Denken und in den gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen. Dieses Neue, Fortschrittliche zu erkennen, den Kampf zwischen dem Alten, Reaktionären und dem Neuen zu gestalten, die Menschen der neuen Zeit, die Helden der Arbeit, die Mitglieder der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, die Wissenschaftler, die um den sozialen Fortschritt kämpfen, in den literarischen Werken künstlerisch zu gestalten, das ist die bedeutendste Aufgabe unserer Literatur.“ Walter Ulbrichts Worte auf diesem Kongreß des Jahres 1956 behalten für die Schriftsteller und Künstler der Republik auf lange Zeit ihre Gültigkeit.

Große Wandlungen sind in den vergangenen Jahren auch im Leben der Frauen vor sich gegangen, denen die Arbeiter-und-Bauern-Macht den Weg zu voller Gleichberechtigung und zur Entfaltung all ihrer Fähigkeiten geöffnet hat. Walter Ulbricht verfolgt und fördert diese Entwicklung mit Aufmerksamkeit. Wie schon im Vorjahr, so nimmt er auch im Januar 1956 gemeinsam mit seiner Frau Lotte, die zu den Mitbegründerinnen der Frauenausschüsse in den Betrieben gehört, an der Frauenkonferenz des Zentralkomitees im VEB Chemische Werke Buna teil. Etwa 500 Frauen, Vertreterinnen von 15 000 Frauenausschüssen, in denen

über 100 000 Mitarbeiterinnen vereinigt sind, beraten über ihre nächsten Aufgaben.

Im Namen der Partei und der Regierung dankt Walter Ulbricht den Frauen der Republik für ihre großen Leistungen. „Der erste Fünfjahrplan wurde erfüllt, und wir erreichten eine Verdoppelung der industriellen Produktion“, kann er feststellen. „Das ist zu einem entscheidenden Teil ein Verdienst der Aktivistinnen und der Arbeiterinnen, die bei der Durchführung des Planes eine große Initiative entfaltet haben.“

## Je stärker die Republik, desto sicherer der Frieden

„Aus tiefer Verantwortung für den Frieden und die Zukunft der deutschen Nation hat die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik nunmehr am 18. Januar dieses Jahres einstimmig das Gesetz über die Schaffung einer Nationalen Volksarmee und eines Ministeriums für Nationale Verteidigung beschlossen . . . Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ersucht die Partnerstaaten des Warschauer Vertrages um ihre Zustimmung zur Teilnahme von Vertretern der Deutschen Demokratischen Republik an dem Oberkommando der vereinigten Streitkräfte.“ Walter Ulbrichts Rede auf der Prager Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages Ende Januar 1956 findet Zustimmung. Der Vorschlag der deutschen Delegation wird akzeptiert. Der Minister für Nationale Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik, Willy Stoph, wird später zu einem der Stellvertreter des Oberkommandierenden berufen. Ein weiterer Schritt zur Stärkung der Friedenskräfte in Europa ist getan.

Kurze Zeit danach reist Walter Ulbricht an der Spitze der Delegation des Zentralkomitees zum XX. Parteitag nach Moskau. Die weltbewegenden Beratungen und Beschlüsse des Parteitages im Februar 1956 leiten einen neuen Entwicklungsabschnitt der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung ein. Der Sozialismus ist zum Weltsystem geworden. Kriege sind nicht mehr wie in der Epoche des Imperialismus schicksalhaft unvermeidlich. Die Möglichkeiten des Überganges zum Sozialismus in vielfältiger Form, die von Marx, Engels und Lenin begründet wurden, sind

durch das neue internationale Kräfteverhältnis gewachsen. Das ist die Botschaft, die aus Moskau in die Welt dringt.

Die Kritik am Personenkult um Stalin und am Dogmatismus, die volle Wiederherstellung der Leninschen Normen des Parteilebens und der sozialistischen Gesetzmäßigkeit stärken die Kommunistische Partei der Sowjetunion, den Aufbau des Kommunismus in der Sowjetunion und den Kampf der Völker gegen Imperialismus und Krieg, festigen ihre Freundschaft und Zusammenarbeit.

Neben den Leninschen Normen des Parteilebens behandeln die Beschlüsse des XX. Parteitages auch die Grundgesetze der sozialistischen Staats- und Wirtschaftsordnung. Deshalb strahlen sie besonders auf die volksdemokratischen Länder Osteuropas aus, in denen der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus vollzogen wird. Die unterschiedlichen Entwicklungsbedingungen und Traditionen der volksdemokratischen Länder bewirken vielfältige Formen dieses Überganges.

Die Deutsche Demokratische Republik ist in einer besonderen Lage. Sie hat außerordentlich große Kriegsschäden zu beseitigen und mußte bis 1954 die Wiedergutmachungsleistungen für ganz Deutschland tragen. Die ökonomischen Probleme des Überganges hat Walter Ulbricht, gestützt auf die Hinweise Lenins über die Ausnutzung des Wertgesetzes, bereits auf dem 21. Plenum des Zentralkomitees im Jahre 1954 behandelt. Doch die Durchführung dieser Beschlüsse wird behindert durch den Mangel an Rohstoffen und Materialien in der Volkswirtschaft, der immer wieder administrative Maßnahmen notwendig macht.

Während von Westdeutschland aus mit Hilfe von Presse und Rundfunkstationen der kalte Krieg gegen die Deutsche Demokratische Republik geführt wird und westliche Agenturen die offene Grenze zur Störtätigkeit gegen den sozialistischen Aufbau ausnutzen, gehen Partei- und Staatsführung der Deutschen Demokratischen Republik festen Schrittes den sozialistischen Weg weiter. Sie lassen sich vom Gegner nicht auf eine Diskussion über „Fehler der Vergangenheit“ drängen, sondern orientieren auf die schöpferische Anwendung der Lehren des XX. Parteitages der Kommunistischen Partei der Sowjetunion für den weiteren sozialistischen Aufbau. Das findet seinen Ausdruck besonders auf der 3. Partei-

März 1956

3. Parteikonferenz  
der SED

konferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom 24. bis 30. März 1956.

In seinem großen Referat erklärt Walter Ulbricht: „Die Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik ist jetzt nicht mehr zu trennen von der Entwicklung des ganzen sozialistischen Lagers. Darin liegt die wichtigste Garantie für die weiteren Erfolge der Deutschen Demokratischen Republik.“

Der Weg zu diesen weiteren Erfolgen ist in der Direktive zum zweiten Fünfjahrplan gewiesen, den Walter Ulbricht auf der Parteikonferenz begründet. Er kann feststellen, daß die Grundaufgaben des ersten Fünfjahrplanes erfüllt worden sind, obwohl die westdeutschen Imperialisten und ihre Agenten in der Deutschen Demokratischen Republik nach Kräften versucht haben, das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben in der Deutschen Demokratischen Republik zu stören. Mit der Aufgabe, den wissenschaftlich-technischen Höchststand zu erreichen, steckt die Partei neue, höhere Ziele. Der Kampf für den vollen Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse steht jetzt in der Deutschen Demokratischen Republik auf der Tagesordnung.

Von großer Wichtigkeit ist dabei das gemeinsame Bemühen der Partei, der Regierung und der Nationalen Front, den Weg des Überganges für die werktätigen Bauern, für kapitalistische Unternehmer, Handwerker und Gewerbetreibende zu finden. So eröffnen sich auch den Mittelschichten ihre Perspektiven im Sozialismus.

Nach eingehenden Beratungen mit den Blockparteien und Vertretern des Mittelstandes wird von der 3. Parteikonferenz vorgeschlagen, daß Handwerker zur genossenschaftlichen Arbeit übergehen, Einzelhändler und Gewerbetreibende Kommissionsverträge mit dem staatlichen Handel abschließen und private Unternehmer eine staatliche Beteiligung aufnehmen können, wenn es – das bleibt Grundprinzip – ihrem freien Willen entspricht. So bezieht die Arbeiter-und-Bauern-Macht auch Unternehmer, die ihr früher als Klasse feindlich gegenüberstanden, in den sozialistischen Aufbau ein und nutzt deren spezifische Kenntnisse und Erfahrungen.

Zur Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie in der Deutschen Demokratischen Republik schlägt die Parteikonferenz der Volkskammer vor, die Aufsicht und Anleitung der Volksvertretungen in den Bezirken, Kreisen und Gemeinden zu übernehmen und die Fragen des Aufbaus und der Arbeitsweise der ört-